

IDENTITÄT UND POLITIK

	MSB Oderberger Str. 20 10435 Berlin	PDS Partei der Demokratischen Sozialismus	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	PDS Forum: Udo Lischka, Ingrid Isenhardt, Uwe Gellert Eva Föll, Dr. Dörbel Grogan, Dr. Gesine Jüttgen, Barbara Gruber, Erika Klatte	
4	Wieland, Wolfgang Rechenwall Cramerstr. 25 10669 Berlin	GRÜNE BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	GRÜNE Bernd Kluge, Walter Schult, Franz-Josef Ebel, Michael Grottel, Alex Brühl, Frank	4
5	Heise, Gabriele Rechenwall Tschakowskistr. 44 10179 Berlin	FDP Freie Demokratische Partei	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Freie Demokratische Partei Dr. Rainer Härdt, Marcus Lohng, Hilmar Schepers, Gabi da Hone, Dr. Hans-Joachim Lauth	5
6	Haraszi, Tibor Audi Versicherungskaufmann Lindauer Allee 12 12407 Berlin	REP DIE REPUBLIKANER	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	DIE REPUBLIKANER Dr. Konrad Wigg, Wolfgang Seifert, Thomas Weitzel, Marlene Jeschke, Reinhold Rücker	6
				<input type="radio"/>	DIE GRAUEN - Graue Panther Gabi Heiser, Karl-Wenzel Augustin, Therese Marz, Ingrid Nöcker, Armin Balthasar	7
				<input type="radio"/>	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	8
				<input type="radio"/>	Klaus-Dieter Jöckel, Rainer, Andrea Lammik, Hans-Joachim, Mike Dinkler	
				<input type="radio"/>	Feministische Partei DIE FRAUEN	9
				<input type="radio"/>	DIE FRAUEN Helga Trachsel, Eike Bensch, Ina Baur, Eva Kitzberger	
				<input type="radio"/>	ödp Ökologisch-Demokratische Partei	10
				<input type="radio"/>	Kristin Hübner, Dr. Eva Blichstein, Dr. Larissa Hübner, Andreas Schmal, Heide Fautsch	
11	Zepp-LaRouche, Helga Jugendheim Hofkornstr. 34 65187 Wiesbaden	BüSo Bürgerrechtsbewegung Solidarität	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	Bürgerrechtsbewegung Solidarität Helga Zepp-LaRouche, Heiko Zschalig, Moritz Helm, Tomoko Watanabe, Marengeger, Ulrich Eith	11
				<input type="radio"/>	Humanistische Partei	12
				<input type="radio"/>	Michael Bensch, Johanna Krippmann, Berndt Christian Krüger, Michael Daniel Weller, Dirk Wimmer	
				<input type="radio"/>	KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS	13

Michael Vester
Schieflagen sozialer
Gerechtigkeit

Ulrich Eith
Zwischen Tradition,
Modernisierung und
Hoffnung

Margit Wehrich
Warum wählen wir?

Reinhold Rücker
Alltägliche Lebens-
führung und Politik

Im Forum
DL21 schreiben u.a.:
Andrea Nahles, Egon
Bahr, Michael Müller,
Gernot Erler

von Thomas Westphal

„Geiz ist geil!“ so lautet der aktuelle Werbeslogan eines großen deutschen Elektronikkaufhauses mit angeblichen Dauerniedrigpreisen. In jeder Anzeige, auf jedem Preisschild und auf jeder Tragetasche dieses Kaufhauses prangt in großen Lettern dieser Spruch, verziert durch eine junge Frau in engen Lederklamotten. Entstanden ist dieser „Claim,“ wie solche Sprüche in der Werbesprache genannt werden, in der Agentur Jung v. Matt in Hamburg. Diese Agentur gilt als Popstar unter den Werbeagenturen und ist unter anderem auch für die Sixt und DEA-Werbung (Super, Ingo!) verantwortlich.

„Geiz ist geil!“ ist längst zum Leitbild für eine ganze Reihe von sogenannten Billig-Anbietern, vom Einzelhandel bis zu den Billigfliegern, geworden. Im Windschatten der Diskussion über den teuren Euro und die drohende Inflation, haben sich einige Handelsmarken geschickt als Sparmarken in den Köpfen der Konsumenten platzieren und deutliche Marktanteile gewinnen können.

„Geiz ist geil!“ zielt nicht auf die kaufschwachen Schichten, ist keine Samariterwoche der Kaufhäuser oder gar eine Art Volksküche des 21. Jahrhunderts. Angelockt werden eher die ökonomischen Mittelschichten (Einkommen zwischen 3.000 und 6.000 Euro brutto im Monat), die drauf und dran sind, dem Wirtschaftskreislauf ihr Geld durch „Übersparen“ zu entziehen.

„Geiz ist geil!“ trifft den Nerv der deutschen Mittelschichten, die in großer Empörung über die allgemeine Verteuerung, in der Hauptsache mit den Abzügen auf ihrem Lohnzettel, der Schnäppchenjagd, mit tausend kleinen Steuertricks, mit der Suche nach der günstigsten Krankenkasse, dem billigsten Telefonanbieter und dem größten Zinsvorteil beschäftigt sind.

„Geiz ist geil!“ ist die höchstmögliche positive Umkehr des Grundjammerns „alles wird teurer!“ Geld zusammenhalten mit Lust, durch Kaufen mit kleinen Preisen. Geiz zahlt sich aus und ist einfach geil! Das Schöne ist, der Spaß wird um so größer, je höher wir in der Einkommensskala klettern.

Kurzum: Es steht wohl weit schlimmer um die deutsche Mentalität als wir dachten. In der ökonomischen Krise feiert die deutsche Krämerseele ein fulminantes Comeback als positive Leitfigur gesellschaftlichen Verhaltens. Danke Jung v. Matt!

Längst ist diese Krämerseele auch in der Politik am Werke. Die Diskussionen um die richtige Steuerpolitik, die Gesundheitsreform, den Staatshaushalt und die Rentenreform wird dominiert von den Krämerseelen auf allen Seiten. Zunächst war die neue Bundesregierung nicht in der Lage ein Wachstumsprogramm für Deutschland zu entwerfen. Sie verging sich am eigenen Wahlsieg, in dem sie eine Liste zum Abbau von Steuerbegünstigungen vorlegte, die ohne jeden reform-po-

litischen Zusammenhang und jede Logik in der Steuersystematik auskommen musste.

Die Krämerseelen in der Bürokratie des Bundesfinanzministeriums sammelten Kürzungsvorschläge wie andere Leute Rabattmarken. Sie hatten offenbar den Auftrag eine bestimmte Einsparsumme zu erzielen ohne jede Rücksicht auf mögliche Folgewirkungen im volkswirtschaftlichen Kreislauf. Diesen Umstand wollte auch niemand groß verschleiern. Das entsprechende Gesetz wurde deshalb auch einfach „Steuervergünstigungsabgabengesetz“ genannt.

Als dann dieses „Reformgesetz“ noch begleitet wurde durch Beitragserhöhungen in der Rente, durch Pläne zur Anhebung der Beiträge seitens der Krankenkassen, durch die Ökosteuer und durch das Dosenpfand, platzte den Krämerseelen auf der andern Seite endgültig der Kragen. Die frisch wiedergewählte Bundesregierung verlor innerhalb von Wochen jede Unterstützung in der Bevölkerung und die deutsche Krämerseele bekam zur Leitmarke „Geiz ist geil“ noch ihre neue Nationalhymne in Form des Steuersongs von Elmar Brandt.

„Ich will Euren Zaster“ war die treffende und zugleich brandgefährliche Verulkung der Wirtschafts- und Finanzpolitik der rot/grünen Bundesregierung. Der Verlust an Zustimmung und gesellschaftlicher Hegemonie ist nicht mit der direkten Wirkung der einzelnen Maßnahmen erklärbar. Sie resultiert vielmehr aus dem katastrophalen Gesamteffekt, die Regierung treibe, wie Könige und Lehnsherren in vormodernen Gesellschaften, in voller Willkür Steuern ein. Da hilft es auch wenig, wenn in diesen Tagen eine Studie präsentiert wird, die nachweist, dass Deutschland eine geringere Steuer- und Abgabenquote als viele europäische Nachbarn hat und weit unter der Abgabenquote etwa von Schweden liegt. Insbesondere die schwedischen Sozialdemokraten haben gezeigt, wie man einen Zusammenhang zwischen Steuer- und Reformpolitik aufbaut.

Die Bundesregierung hat jedoch das Gegenteil erreicht, sie ist zum bloßen Mitspieler im Spiel der Krämerseelen herabgesunken. Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung werden nicht mehr als finanzielle Beiträge zur Solidargemeinschaft, sondern als Beute des Staates interpretiert. Der Staat ist nicht mehr die hoheitliche Verwaltung der Gemeinschaft, er ist in den Augen vieler ein geldfressender, unbeweglicher Machtapparat den alle mit „ihrer Hände Arbeit“ durchfüttern. *Kurzum:* Mit ihren hastigen Steueraktionen hat die rot-grüne Bundesregierung nicht nur die ökonomische Krisensituation verschärft, sie hat den positiven Sinnzusammenhang zwischen Staat-Gemeinschaft und Individuum weiter aufgelöst und damit dem Sozialstaat in Deutschland einen hegemonialen Bären dienst erwiesen.

Es hilft den Protagonisten deshalb auch wenig, wenn sie beteuern, es gäbe dazu keine Alternative.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

- Edelgard Bulmann (Hannover)
- Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
- Klaus Dörre (Recklinghausen)
- Katrin Fuchs (Verl)
- Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
- Michael R. Krätke (Amsterdam)
- Uwe Kremer (Dortmund)
- Detlev von Larcher (Weyhe)
- Benjamin Mikfeld (Bochum)
- Susi Möbbeck (Magdeburg)
- Andrea Nahles (Weiler)
- Horst Peter (Kassel)
- René Röspehl (Hagen)
- Thomas Sauer (Mölin)
- Sigrid Skarpellis-Sperk (Kaufbeuren)
- Thomas Westphal (Dortmund)
- Ulrich Zichert (Apenen)

Redaktion:

- Thorben Albrecht
- Uta Biermann
- Björn Böhring
- Stefanie Gerszewski
- Oliver Kaczmarek
- Anja Kruke
- Dirk Meyer
- Lars Neumann
- Svea Reiners
- Reinhold Rünker
- Frank Schäuff
- Frank Wilhelmy

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

- Olaf Schade
- Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2003.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, Februar 2003

kurzum 2

Andrea Nahles
 Für eine ökologisch und sozial nachhaltige Wachstumspolitik 4
Hermann Scheer, Gernot Eler, Michael Müller, et. alt.
 Initiative für ein ökologisches Zukunfts-Investitionsprogramm 5

Anpassen oder Gestalten
 Erklärung der Parlamentarischen Linken 6

Michael Wendt
 Balanceakt – Der Tarifkompromiss im öffentlichen Dienst 8
Ernst-Dieter Rossmann
 Drei lange Linien für eine Bildungspolitik von links 9
 Erklärung des Vereins „Soziale Republik Europa“
 Völker Europas, Völker der Welt verhindert den Krieg gegen den Irak! 10

Euro-Spot 10

Egon Bahr
 Zum Tod von Dieter Lutz 11

Gernot Eler
 Die Linke und der Irakkonflikt 12

Niels Annen
 „Hamburger Erklärung“ 12

Hamburger Erklärung – Gemeinsame Erklärung
 von Sozialdemokraten und Grünen gegen den Irak-Krieg 13

IDENTITÄT UND POLITIK

Michael Vester
 Schieflagen sozialer Gerechtigkeit 14

Ulrich Eith
 Zwischen Tradition, Modernisierung und Hoffnung 22

Christian Schicha
 Mediendiskurse und Politik 25

Michael Klundt
 (Kinder-)Armut und Generationen-Debatten 28

Jahresverzeichnis 2002 29

Margit Wehrich
 Warum wählen wir? 36

Reinhold Rünker
 Alltägliche Lebensführung und Politik 39

INTERNATIONALE POLITIK

Franco Cavalli
 Der Linkskurs der SPS und die Wahlen 2003 42

THEORIE & STRATEGIE

Heinz-J. Bontrup
 Mitbestimmung – eine polit-ökonomische Begründung 44

Matthias Band/Frank Werner
 Unternehmensgeschichte und die Probleme von heute 48

Gazi Caglar
 Migration und „Kultur“ 50

Hermann Scheer
 Die Wirtschaftsfelder der Zukunft 52

spw-intern 56

Rez.: *Neue Wege der Sozialdemokratie (Martin Klatt)* 57
 Rez.: *Die Deutschland AG (Hans-Joachim Olczyk)* 59

Für eine ökologisch und sozial nachhaltige Wachstumspolitik

Kanzleramts-Strategiepapier auf dem Holzweg

Von Andrea Nahles

Die „hervorragenden Systeme“ der sozialen Sicherung in Deutschland werden derzeit von der Bundesregierung reformiert. Gerade gestern hat der Bundestag ein umfassendes Reformpaket zur Umsetzung der Hartz-Vorschläge und der Stabilisierung des Gesundheitssystems verabschiedet. Noch nie hat eine Bundesregierung in so kurzer Zeit so viele Veränderungen geplant und durchgesetzt. „Erneuerung und Gerechtigkeit“ sind die beiden Leitziele dieser Reformanstrengungen. Die SPD-geführte Bundesregierung hat ihre Reformbereitschaft unmissverständlich deutlich gemacht. Dabei hat es auch massive Einschnitte in das Soziale Netz gegeben. Sogar bei der Arbeitslosenhilfe, also bei Langzeitarbeitslosen werden 2,48 Mrd. Euro im laufenden Haushalt eingespart. Das sind Einschränkungen, die wehtun. Mit Recht wird das von den Sozialverbänden missbilligt. So erhielten bereits vor diesem Einschnitt 80 % der Arbeitslosenhilfeempfänger monatlich nicht mehr als 600 Euro staatliche Leistungen. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat daher in seiner jüngsten Regierungserklärung deutlich gemacht, wo sozialdemokratische Reformanstrengungen ihre Grenze ziehen. Schröder warnte vor vorschleunigtem Aktionismus und vor weiteren Einschnitten bei den Kleinstrentnern. Die Hälfte der rund 18 Millionen Rentenbezieher würden derzeit von staatlicher Alterssicherung leben, die für Frauen 500 Euro und bei Männern bei 1000 Euro liege. „Wer da noch kürzen will, soll sich das drei Mal überlegen.“ Dieser Satz kann nicht dick genug unterstrichen werden. Was sollen da weitere Kürzungsvorschläge? Insbesondere die im Thesenpapier angeordnete Reform des Gesundheitssektors läuft bereits auf Hochtouren und muss nicht erst eingefordert werden. Zum ersten Mal plant die SPD-geführte Bundesregierung dabei eine gerechte

Verteilung der Beiträge zur Konsolidierung im Gesundheitssektor. Nicht die weitere einseitige Belastung der Arbeitnehmerinkommen durch mehr Eigenbeteiligung wird vorrangig angestrebt, sondern vielmehr alle beteiligten Interessengruppen von der Pharmaindustrie über die Apotheken bis zur Ärzteschaft zu ihrem Beitrag zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung im System angehalten.

Zu diesem Reformansatz gibt es keine Alternative. Es gilt Ulla Schmidt vor dem Hintergrund der zahllosen Boykottankündigungen und Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Lobbygruppen den Rücken zu stärken. Derzeit ist eine klare Linie der Bundesregierung und Bundespartei nicht erkennbar. Jeder Tag bringt neue Vorschläge mit einem Verfallsdatum von 24 h. Keine Klärung in Sicht. Vielmehr scheint das Kanzleramt entgegen der verbalen Erklärungen vom Herbst letzten Jahres auf eine deutlich neoliberale Vorgehensweise zu dringen, während Fraktion und Ulla Schmidt einen solidarischeren Kurs halten und Lobbystrukturen aufknacken wollen.

„Konsequente Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme“ wie sie das Thesenpapier fordert, sind auf den Weg gebracht. Kahlschlag zu Lasten der Schwachen und der arbeitenden Bevölkerung darf es nicht geben. Die SPD-geführte Bundesregierung darf hier Vertrauen nicht verspielen, will sie die Reformbereitschaft in Deutschland lebendig halten.

Wachstum und Beschäftigung soll sozialdemokratische Politik fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, sind kurz- und mittelfristig mehr Investitionen in die Zukunftsbranche richtig. Langfristig muss ihre Finanzierung auch dem Kriterium der Nachhaltigkeit gerecht werden. In wirtschaftlichen Schwächephase allerdings sind



Andrea Nahles

auch kreditfinanzierte Investitionen volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Maastrichtkriterien des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind nicht flexibel genug, um wie vom Kanzler gefordert, die automatischen Stabilisatoren wirken lassen zu können. Sie müssen verändert werden. Hier ist das Kanzleramtspapier widersprüchlich. Eine klare Entscheidung für einen neuen konjunkturgerechten Umgang mit den Stabilitätskriterien steht aus. Eine deutsch-französische Initiative wäre hier möglich und überfällig.

Für die Finanzierung der notwendigen öffentlichen Investitionen muss aber auch die Solidarität der Reichsten in unserer Gesellschaft eingefordert werden.

Wichtig für eine Politik des Wachstums ist ebenfalls die Unterstützung der Konjunktur durch die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Sie muss die Zinsen in der jetzigen Konjunkturphase weiter senken, da keinerlei Inflationsgefahr besteht, kann sie es auch. Der Einschätzung aus dem Kanzleramt, dass eine zu restriktive, auf das Inflationsziel Null gerichtete Geldpolitik Arbeitslosigkeit verursacht, ist zuzustimmen.

Konsequente Haushaltskonsolidierung muss Aufgabe für wirtschaftliche Wachstumsphasen bleiben. Volkswirtschaftlich falsch ist die Forderung des Bundesfinanzministers, in der jetzigen Lage uneingeschränkt an seinem Konsolidierungskurs festzuhalten.

Das Kanzleramtspapier war vor Weihnachten nur eine „Ideensammlung“ und im Januar dann plötzlich „Grundlage unserer Politik“ (beides Schröder). Die Wahrheit liegt wohl irgendwo dazwischen. Ob Ideensammlung oder Grundlage – beides muss einem Sorge machen. Perspektive und programmatische Orientierung bietet es in keinem Fall.

Initiative für ein ökologisches Zukunfts- Investitionsprogramm

I.

Die seit der Bundestagswahl ergriffenen Maßnahmen zur Reform des Arbeitsmarktes sind wichtige Schritte, um das Arbeitspotential auszuweiten, die Arbeitsplatzvermittlung zu erleichtern und zu effektivieren. Die vom Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft angekündigten Initiativen zum Abbau administrativer Hemmnisse werden darüber hinaus dazu beitragen, unternehmerische Innovationen auf den Weg zu bringen und Unternehmen zu entsprechenden Investitionen zu motivieren. Daneben sind jedoch weitere Initiativen nötig, um die Wirtschaftstätigkeit bereits kurzfristig und mit langfristiger Wirkung anzuregen. Dies gilt insbesondere für

- öffentliche Investitionen vor dem Hintergrund, dass bei Städten und Gemeinden ein Investitionsbedarf von über 10 Mrd. EUR besteht,
- kleinere und mittlere Unternehmen (KMU), die neben dem Bürokratieproblem und der nachlassenden öffentlichen Investitionstätigkeit mit enormen Schwierigkeiten bei der Kreditbeschaffung konfrontiert sind. Für die Initiative der Bundesregierung zur Gründung einer Mittelstandsbank ist es deshalb notwendig, ein umfangreiches zusätzliches Kreditvergabevolumen bereitzustellen,
- die Wirtschaftsfelder, die zugleich Wachstum und Umweltvorsorge ermöglichen.

Die neuen Initiativen müssen deshalb strukturpolitischer Art und dabei geeignet sein, aktuell die Konjunktur zu beleben. Um zu vermeiden, dass die dafür zu mobilisierenden öffentlichen Mittel die Staatsverschuldung erhöhen, ist es notwendig gegenwärtige eingesetzte öffentliche Mittel zielgerichtet umzuwidmen, um damit eine zukunftsfähige Wirtschaftsdynamik ingangzusetzen. Die Initiative muss vor allem einen binnenwirtschaftlich wirksamen Effekt haben.

Ein nach diesen Kriterien gestaltetes wirtschaftsstrategisches Zukunftskonzept muss sich vor allem auf folgende Bereiche beziehen:

Neue Energietechnologien

Neue Energieumwandlungstechniken für Erneuerbare Energien und die generelle Steigerung der Energie- und Umwelteffizienz sind entscheidender Motor der industriellen Entwicklung, der Sicherung des Wirtschaftsstandorts und der künftigen Exportaktivitäten. Die Technologieunternehmen, die hier Vorreiter sind, werden die größten Weltmarktchancen haben. Dies betrifft die Sektoren der Fahrzeug-, Schiffs- und Luftfahrtindustrie, der Heizungs- und Klimatechnik, des Maschinenbaus, der Windkraft- und Solaranlagenindustrie, der Elektrotechnik und der Mikroelektronik und der Glas- und sonstigen Baustoffindustrie, die Baumaterialien herstellt, die gleichzeitig eine energetische Funktion haben.

Mobilisierung heimischer Kraftstoffzeugung aus Bio-Energie

Die weltweit knapper werdenden fossilen Energievorräte besonders bei Erdöl sind nicht nur eine zunehmende internationale Konfliktgefahr und eine Gefahr für die wirtschaftliche Stabilität. Sie betreffen auch die Grundstoffsicherung der chemischen Industrie. Die Alternative sind neue Kraftstoffe (Bio-Methanol, Bio-Ethanol, Wasserstoff aus Biomasse, Pflanzenöl) und nachwachsende Rohstoffe für die chemische Industrie. Dies ist die Chance für einen massiven Bedeutungszuwachs der Land- und Forstwirtschaft. Tendenziell wird diese die Umsätze auf dem Gebiet der Kraftstoffe und der chemischen Grundstoffe machen, die heute von den global operierenden Rohenergielieferanten gemacht werden. Diese wird dadurch wieder zu einem wachsenden und dauerhaft notwendigen volkswirtschaftlichen Sektor mit vielen neuen Arbeitsplätzen, die regional breit gestreut sind.

Schlüsselbereich Wasserversorgung

Im Bereich der Verkehrs-, Versorgungs- und Kommunikationsnetze liegt die Zukunft in der Bereitstellung integrierter Infrastruktur, wirtschaftlichen Doppel-

und Mehrfachnutzen von Netzen zu nutzen.

II. Finanzwirtschaftliche Umwidmungsoptionen

Zur Mobilisierung der vorgenannten Wirtschaftsfelder und Unternehmen sind sowohl gesetzliche Rahmenbedingungen als auch indirekte wie gezielte direkte finanzielle Anreize möglich, aus denen selbsttragende Entwicklungen werden müssen. Für die finanziellen Anreize bieten sich folgende Optionen der Umschichtung bzw. Umwidmung öffentlicher Haushalte an:

Mit der Etablierung der Europäischen Zentralbank und der Einführung des Euro am 1.1.2002 ist eine völlig neue Situation eingetreten, in der die Bundesbank ihre klassische Rolle als Währungshüter abgegeben hat. Ihre Devisenbestände sind allenfalls noch eine „Reserve der Reserve“ der EZB. Die Devisenreserven der Bundesbank lagen im Dezember 2001 bei 108,9 Mrd. Euro. Die beiden größten Posten waren 34,3 Mrd. Goldreserven und etwa 50 Mrd. Dollarreserven. Deutschland hat einen EZB-Anteil von 24,4 Prozent, stellt aber mit seinen Devisenreserven 40 Prozent aller bei den nationalen Notenbanken im Euro-Raum noch vorhandenen Devisenreserven von insgesamt 250 Mrd. EUR. Daraus ergibt sich, dass von den 108,9 Mrd. Euro etwa 50 Mrd. Euro Devisenreserven aufgelöst und umgewidmet werden könnten, ohne dass Deutschland die Gemeinschaftskonformität im Euro-Raum verlässt. Es verblieben noch 60 Mrd. EUR Devisenbeständen bei der Bundesbank, die dann immer noch 25 Prozent aller Devisen der nationalen Notenbank ausmachen. Die aufgelösten Reserven sollten jedoch nicht konsumiert werden, sondern einem anderen langfristig angelegten Zweck dienen und dafür aktiviert werden.

Die Einnahmen der Öko-Steuer belaufen sich ab 2003 auf etwa 17 Mrd. Euro. Mit Ausnahme der Mittel für das Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien in Höhe von 230 Mio. Euro, werden diese bisher zur Mitfinanzierung der Rentenversicherung eingesetzt. Zu erwägen ist, die Einnahmen für ein ökologisches Zukunftsprogramm einzusetzen. Damit könnten die Einnahmehäufungen für die Rentenversicherung in etwa gleicher Höhe kompensiert werden.

Die steuerfreien Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber für die atomare Entsorgung liegen derzeit bei einem Betrag von etwa 35 Mrd. Euro. Sie wirken wie steuerfreie Gewinne, weil damit in beliebige Zwecke

Initiative für ein ökologisches Zukunfts-Investitionsprogramm und zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

Antrag der Parteilinken für den Parteivorstand auf Grundlage einer Vorlage für die Klausurtagung des SPD-Parteivorstandes am 7.1.2003

investiert werden kann. Die Folge ist ein einzigartiger Wettbewerbsvorteil, der für Unternehmensaufkäufe genutzt wird und den Konzentrationsprozess der Wirtschaft vorantreibt. Zu erwägen ist die Beendigung dieser Rückstellungspraxis, woraus jährlich etwa zwei Mrd. Euro Zusatzeinnahmen erwachsen würden.

Die Mineralölsteuerbefreiung für mineralölverarbeitende Betriebe: Diese liegt bei mindestens einer Mrd. Euro jährlich. Noch wesentlich höher ist die Flugtreibstoffsteuerbefreiung, die nur – solange sie international gilt – national durch eine Erhöhung der Start- und Landegebühen kompensiert werden kann und muss.

III. Die Initiative

Aus diesen finanzwirtschaftlichen Umwidmungspotentialen ergeben sich folgende Ansatzpunkte einer Zukunftsstrategie:

1. 50-Milliarden-Kapitalstock für die Mittelstandsbank

Ein 50-Milliarden-Kapitalstock aus aufgelösten Devisenreserven für die neue Mittelstandsbank. Damit sollen dem Mittelstand einschließlich der Landwirtschaft auf unbürokratischem Wege zinsgünstige Kredite deutlich unterhalb des Marktzins und mit langen Laufzeiten angeboten werden. Dies wäre das ambitionierteste Mittelstandskreditprogramm der Wirtschaftsgeschichte. Die Auflösung der Devisenreserven hierfür kann dabei schrittweise eingeleitet werden. Der Präsident der Bundesbank hat diese Möglichkeit bereits öffentlich in Aussicht gestellt.

2. Ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm

Die Einnahmen der gegenwärtigen Ökosteuer könnten schrittweise für ein ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm aktiviert werden, das beispielsweise aus folgenden Elementen bestehen könnte:

- eine Erhöhung der Investitionszuschüsse für die Bundesbahn, für Gleisbau, Bahnhofsbau und Schienenfahrzeuge (5 Mrd.),
- eine Aufstockung des Altbausanierungsprogramms mit ökologischen Auflagen (2 Mrd.),

- eine Aufstockung des Marktanzreizprogramms für erneuerbare Energien (2 Mrd.),
- ein kommunales Infrastruktur-Erneuerungsprogramm (5 Mrd.),
- ein Sonderprogramm zur Förderung von regionalen Nahverkehrssystemen (3,5 Mrd.).

Daraus ergibt sich ein durchgehend binnenmarktwirksames Investitionsvolumen, das bei den direkten Investitionshilfen für die Bundesbahn und den Nahverkehr der Höhe der hier angegebenen Haushaltsmittel von 8,5 Mrd. entspricht, wenn es sich um 100 %-Förderzuschüsse handelt.

Die weiteren Ansätze könnten Beihilfen in Höhe von vielleicht 25 % der Investitionssummen darstellen, mit denen der vierfache Investitionseffekt erzielt werden kann, also insgesamt etwa 32 Mrd. Dies ergäbe jährlich zusätzliche Gesamtaufträge von über 40 Mrd. Da pro 75.000 Euro Neuinvestition innerhalb des Baugewerbes etwa ein neuer Arbeitsplatz entsteht, steckt allein in diesem Programmansatz ein Potential von mindestens 650.000 neuen Vollerwerbsbeschäftigten.

Die Gefahr eines Einnahmeausfalls für die Rentenversicherungsträger besteht dabei nicht: Die für das Investitionsprogramm zur Verfügung gestellten Investitionsanreize würden etwa zeitgleich und in dem Ausmaß, in dem sie aus dem Bundeshaushalt aktiviert würden, unmittelbar gewerblich umgesetzt und damit zusätzliche Beschäftigung schaffen. Daraus könnten etwa in gleicher Höhe Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge geschöpft sowie soziale Transferleistungen eingespart werden. Da ein Arbeitsloser etwa 25.000 EUR kostet, würden 650.000 Beschäftigte einen Mehreinnahmeeffekt von 16,25 Mrd. EUR bedeuten – wobei die zusätzlichen Dynamisierungseffekte für die wirtschaftlichen Kreisläufe nicht genau zu zählen sind, die durch die Kaufkraftsteigerung über neue Arbeitsplätze auftreten. Würde ein solches Zukunftsinvestitionsprogramm dagegen nicht im vollen vorgesehenen Umfang in Anspruch genommen werden, so würden auch entsprechend weniger Mittel aus dem Bundeshaushalt in Anspruch genommen werden – und stünden damit weiter direkt als

Rentenversicherungszuschuss zur Verfügung.

3. Ein Landwirtschaftserweiterungsprogramm hin zu Biomasse für Energie und Rohstoffe:

Dazu bedarf es weiterer politischer Initiativen, vor allem die im EU-Ministerrat durchzusetzende Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für mineralölverarbeitende Betriebe, die eine Steuervergünstigung beim Einsatz fossiler Energien und Rohstoffe darstellt. Die durch Aufhebung der Steuerbefreiung zusätzlichen Steuereinnahmen von etwa einer Mrd. EUR könnte direkt weiterverwendet werden für eine Umstellung der landwirtschaftlichen Produktionsmaschinen auf Bio-Energie. Dies setzt die landwirtschaftliche Erzeugung für nachwachsende Rohstoffe in Gang. Ergänzend dazu könnte in einer neuen Verpackungsverordnung festgelegt werden, dass ab dem Stichtag 1.1.2006 nur noch Kunststoffe, Farben, Lacke und Schmierfette auf der Basis nachwachsender Rohstoffe hergestellt werden. Hinzu kommt, dass die Mineralölbetriebsbeihilfe in der Landwirtschaft künftig an den Einsatz von Bio-Treibstoffen geknüpft werden sollte. Die Landwirtschaft selbst muss Kooperationsformen für Biomasse aufbauen, um die Wertschöpfungskette in der Hand der landwirtschaftlichen Betriebe zu halten.

Sonderforschungsprogramm Nutzpflanzen und Energiespeicherung

Aus den Einnahmen der zu erhebenden Brennstoffsteuer aus Kohle und Atom-brennstoffen sowie aus der Beendigung weiterer atomarer Entsorgungsrückstellungen ist ein Drei-Milliarden-Programm zur Ressourcenforschung für nachwachsende Rohstoffe möglich, das die wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten der Nutzpflanzen erfasst. Auf diesem Feld gibt es den größten Nachholbedarf in der Forschung und Entwicklung, obwohl die Nutzpflanzen die bedeutendste Rohstoffquelle der Zukunft sind. Das zweite Sonderprogramm zielt auf dezentrale Energiespeichertechniken, mit deren Hilfe Erneuerbare Energien durchgängig wettbewerbsfähig werden.

Forum DL21

Anpassen oder Gestalten

Erklärung der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion vom 17.01.2003

In der öffentlichen Debatte herrscht das merkwürdig geschichtslose Durcheinander, der Sozialstaat sei das Grundübel aller Probleme. In dieser Ideo-

logie, die offenkundig nicht einmal das Grundgesetz respektiert, scheinen die einzig wahren Mittel Liberalisierung und De-regulierung zu sein. Wer an der sozialen

Demokratie festhält, ist von gestern und hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die Bundestagswahl hat trotz eines massiven Trommelfeuers gezeigt, dass die Wähler-

innen und Wähler in der Mehrheit doch anders denken. Dafür sprach der gesunde Menschenverstand, dass die Orientierung an sozialer Gerechtigkeit nach wie vor ein zentraler Maßstab bleibt. Der Sozialhistoriker Eric Hobsbawm bezeichnet die radikale Programmierung der Sichtweisen und Entscheidungen auf eine „permanente Gegenwart“ als den besorgniserregendsten Trend unserer Zeit. Diese „Kurzfristlogik“ macht unfähig, die Erfahrungen der Vergangenheit zu berücksichtigen, die Komplexität der Gegenwart zu erfassen und die Erfordernisse der Zukunft einzubeziehen.

Die Ergebnisse dieser Denkweise sind nirgendwo überzeugend. Kurzen Aufblähungen folgten Instabilität, Krisen und Ausgrenzungen. Wer spricht heute beispielsweise noch – wie in den 1980er Jahren – vom großen Vorbild Japan? Warum wird so gerne verschwiegen, dass der amerikanische Wirtschaftsboom auch auf einem „schmutzigen Keynesianismus“ über den Rüstungssektor beruht und durch die Hochzinspolitik in den vergangenen zwei Jahrzehnten viele Volkswirtschaften in die Krise gestürzt hat?

Deshalb begrüßt die Parlamentarische Linke in der SPD, dass eine Debatte über die Situation und die Perspektiven unseres Landes in Gang kommt. Diese Diskussion ist überfällig.

Wir sind nicht bereit, die Definitionsmacht über Reform und Modernität denen zu überlassen, denen es schon immer vor allem um partikuläre Interessen gegangen ist.

Wir sind nicht bereit, den Versagern von gestern das Feld zu überlassen. Wir leugnen nicht den großen Modernisierungsbedarf, den es in unserer Gesellschaft gibt.

Doch die Erneuerung wird nicht mit einem neoliberalen Gesellschaftsmodell zu erreichen sein. Der Absolutheitsanspruch, mit dem der Wirtschaftsliberalismus heute auftritt, entfremdet ihn auch von seinen Wurzeln. Um es mit Schumpeter zu sagen: „Wenn der Nationalökonom eine individualistische Methode zur Tatsache verbrämt, so können wir das nicht billigen und geben insofern seinen Gegnern Recht.“ Alexander Rüstow hat die wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen des letzten Jahrhunderts im Wesentlichen als Folge der Absolutheit beschrieben, mit der die Maxime „laissez faire, laissez passer“ verfolgt wurde. Sie ist nicht nur mit unserer Verfassung unvereinbar, sondern zerstört letztlich jedes Gleichgewicht, auf das Ökonomie und Gesellschaft angewiesen ist. Im Gegenteil: Wir wollen sehr viel mehr Modernität und Demokratie verwirklichen als unsere politischen Gegner, die schon immer jede weitergehende Idee von der Öko-Steuer bis zu mehr Teilhabe bekämpft haben.

Die Scheidelinie liegt also woanders: Wir wollen uns den ökonomischen Zwängen der Globalisierung nicht anpassen, sondern den politischen Handlungsspielraum erweitern, um sie zu gestalten. Auch heute gilt, was The Economist in den 1930 Jahren als Fazit der Wirtschaftskrise geschrieben hat: Krisen und schwere Erschütterungen sind nur zu verhindern, wenn die Handlungsfähigkeit der Politik gestärkt wird. Unser Land befindet sich mit der Globalisierung in dem tiefsten Umbruch seit den Aufbauzeiten. Das Modell des Rheinischen Kapitalismus, das auf Nationalstaat, Flächentarifvertrag und Kartellrecht aufgebaut war, ist vorbei, auch international haben sich die Bedingungen geändert.

In den USA dominiert ein ökonomischer Unilateralismus, der seine Interessen mit denen der Welt gleich setzt. Hierin liegt auch die entscheidende Bedeutung der rot-grünen Politik: Wenn es gelingt, wieder mehr Vielfalt zu verwirklichen, das in die Sackgasse führende ökonomische Einheitsdenken zu überwinden und eine Weltinnenpolitik zu beginnen, die sich zuerst am Vertiefungs- und Erweiterungsprozess der EU bewähren muss, dann ist dies aller Anstrengungen wert. Keine Frage: Wir müssen die Sozialsysteme grundlegend erneuern. Es ist nicht so, dass die politische Linke dies verkennt. Im Gegenteil: Wir sehen die tiefgreifenden Veränderungen, die in der Erwerbsgesellschaft stattgefunden haben, die von den Grenzen der tradierten Massenproduktion bis zu der enormen Produktivität, die vor allem die deutsche Industrie auszeichnet, reichen. Doch das Ergebnis darf nicht der Sozialhilfestaat werden, sondern muss der soziale Rechtsstaat bleiben. Jede funktionierende Wettbewerbsordnung braucht aber Markt und Rahmenseetzungen. Dies muss die Politik und das müssen die öffentlichen Institutionen leisten.

Auch ist es falsch, dass die Linke nur staatsfixiert sei. Aber die Leitlinien unserer Politik bleiben mehr Teilhabe, Demokratie und Chancengleichheit. Zudem wollen die Konservativen viel mehr Staat, wenn es in ihre Ideologie passt: Mehr Bundeswehr, mehr Polizei, mehr Justiz. Auch bei der Modernisierung der Sozialsysteme stellt sich die Frage, ob wir den vorgegebenen Handlungsspielraum hinnehmen oder ob wir die Möglichkeiten sehen und nutzen wollen, ihn zu erweitern. Deshalb gibt es nicht nur den Zusammenhang, dass die Sozialpolitik auf die wirtschaftlichen Rahmendaten Rücksicht nehmen muss. Auch umgekehrt gilt, dass die Ökonomie so gestaltet werden kann, dass sie den Handlungsspielraum erweitert. Dabei ist unbestritten, dass wir sehr viel stärker auf Vorsorge, Eigenverantwortung sowie Fördern und Fordern umstellen. Vor allem aber wollen wir die ökologische Modernisierung fortsetzen. Das ist ein zentraler Weg zur Modernisie-



... wissen,
was die
SPD-Linke
diskutiert!

spw

Kostenloses Probeheft:
www.spw.de

rung von Wirtschaft, Erwerbsarbeit und Gesellschaft.

Wir verbinden damit die Frage, ob es zwangsläufig ist, dass immer mehr produktive Arbeit durch Technik übernommen wird, wodurch letztlich die Gesellschaft auseinander fällt zwischen hoch bezahlter Arbeit und wachsendem Niedriglohnbereich. Auf eine hohe Produktivität ist der Exportweltmeister Deutschland angewiesen, aber muss dies zwangsläufig sozial fatale Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und das Auseinanderdriften auf dem Arbeitsmarkt haben?

Nicht die Arbeit, sondern der Materialdurchsatz ist der größte Kostenblock in dem Life Cycle Cost deutscher Produkte: In der Industrie liegen die Personalkosten bei 23 Prozent, aber die mit dem Materialdurchsatz verbundenen Kosten bei 72 Prozent. Doch die Debatte ist fast ausschließlich auf die Verbilligung der Arbeitskosten gerichtet.

Die Industrie liefert im Inland Produkte für ca. 730 Milliarden Euro pro Jahr. Dieser Umfang ist nicht zwingend. Die Steigerung der Material- und Energieproduktivität ist weit hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben. Eine 25-prozentige Reduzierung (Nutzen von 190 Mrd.) würde nach den Evaluierungen bisheriger Erfahrungen nicht nur neue, vor allem produktionsnahe Dienstleistungsfelder, Produktinnovationen und Märkte kreieren. Die würden vor allem dem Mittelstand durch bessere Wettbewerbsfähigkeit helfen und unter günstigen Bedingungen auch bis zu 1 Million Arbeitsplätze schaffen sowie die privaten Haushalte entlasten.

Deshalb brauchen wir neben der Umsetzung der Hartz-Vorschläge eine Innovationsoffensive, die eine große Gemeinschaftsanstrengung werden muss. Wir stehen am Beginn einer Grundsatzauseinandersetzung. Wir werden sie führen.

Balanceakt

Der Tarifkompromiss im öffentlichen Dienst

Von Michael Wendl

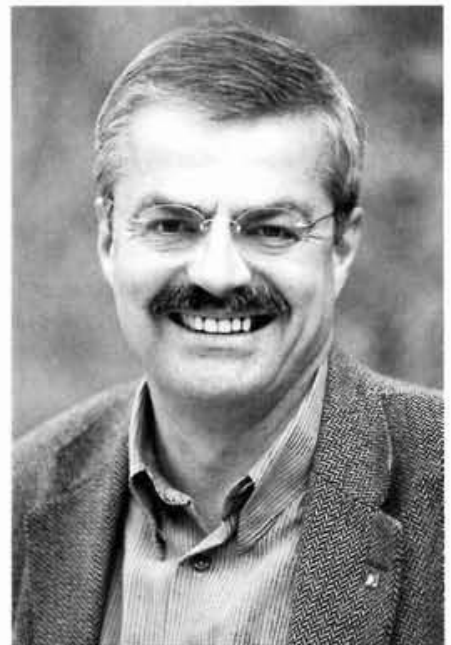
■ Noch nie seit Anfang der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sind die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes unter so schwierigen polit-ökonomischen Rahmenbedingungen in eine Tarifrunde gegangen. Die Unternehmenssteuerreform der rot-grünen Bundesregierung hatte einmal zu einem drastischen Rückgang des Aufkommens der Körperschaftssteuer, aber auch der kommunalen Gewerbesteuer geführt, zum Zweiten war das Steueraufkommen durch die konjunkturelle Rezession seit 2001 spürbar zurückgegangen. Zum Dritten verhindert die Orientierung an den Verschuldungskriterien des europäischen Stabilitätspaktes, dass die Staatsausgaben als „automatische Stabilisatoren“ im Konjunkturverlauf wirken.

Verschärfend kommt hinzu, dass der Rückgang der Steuereinnahmen nicht gleichmäßig verläuft, sondern die Länder und Gemeinden mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und entsprechend schwächerer Wirtschaftskraft ein entsprechend niedrigeres Steueraufkommen haben. Nach der neoklassischen Doktrin hätten die Tarifparteien flexibel auf eine solche ökonomische Konstellation reagieren müssen: Regional

insbesondere in Ostdeutschland bzw. für Berlin. Dann hätte der differenzierte Rückgang der Personalkosten einen Teil der Einnahmeverluste kompensiert.

Die Tarifparteien sind trotz heftiger publizistischer Interventionen, die die Arbeitgeber (!) offen zum Durchstehen eines Arbeitskampfes ermutigt hatten, diesen Weg nicht gegangen. In der Tendenz haben sie sogar das Gegenteil getan. Sie haben neben den allgemeinen Einkommenserhöhungen für West und Ost die Angleichung der Einkommen in den neuen Bundesländern an das Westniveau spätestens bis Ende 2007 bzw. für die höheren Einkommen bis Ende 2009 fixieren können. Aus ökonomischer Sicht haben sie damit den ausgesprochen finanzschwachen Gebietskörperschaften einen höheren Personalkostenanstieg verordnet, ein Vorgang, der sogar einen keynesianischen Ökonomen wie Gustav A. Horn, den Leiter der Konjunkturabteilung des DIW bewogen hat, die ostdeutschen Kommunen zur Tarifflicht aufzufordern. Dieser Prozess zeigt, dass der Korporatismus des deutschen Tarifsystems im öffentlichen Dienst noch intakt ist.

Die Hauptrollen in diesen korporatistischen System haben Frank Bsirske, der Vorsitzen-



Michael Wendl

ökonomischen und parteipolitischen Motiven zerstrittenen Arbeitgeberlager durchgesetzt. Bsirske war für die Taktik von ver.di in dieser Auseinandersetzung verantwortlich. Er drängte auf eine rasche Entscheidung und ließ die Verhandlungen noch vor Weihnachten 2002 scheitern. Die massiven Warnstreiks vor der letzten Verhandlungsrunde am 18./19.12. hatten die Arbeitskampfbereitschaft von ver.di glaubwürdig demonstriert. Mit der Ablehnung des Schlichterspruches wurde den Arbeitgebern Gelegenheit gegeben, nach außen Härte zu zeigen. Danach konnte, wenn auch bei den Arbeitgebern mit der denkbar knappsten Mehrheit, eine Verhandlungslösung erzielt werden.

Finanziell war der Bund in der besten Situation. Da sich Bund, Länder und Gemeinden das Lohnsteueraufkommen in den Größen 42,5, 42,5 und 15 % teilen, werden die Lohnerhöhungen beim Bund komplett, bei den Ländern zum Teil von den Steuern der Gemeindebeschäftigten finanziert. Die Verschiebung des Zeitpunkts der Lohnzahlung ab Dezember 2003 auf das Ende des Kalendermonats belastet die Sozialversicherungsträger, weil die Sozialbeiträge des Dezember 2003 erst im Januar 2004 bei der Sozialversicherung eingehen, ein Vorgang, über dessen Folgen sich die tarifpolitischen Akteure zum Zeitpunkt der Entscheidung vermutlich nicht im Klaren waren. Insgesamt beträgt die tabellenwirksame Erhöhung durch die Stufensteigerung um 2,4 und zweimal 1,0 % 4,46 % bei einer Laufzeit von insgesamt 27 Monaten. Werden die Einmalzahlungen dazu gerechnet, ist der Tarifabschluss im Gesamtvolumen unter Berücksichtigung der zusätzlichen Einkommenssteigerung im Osten deutlich besser als der Tarifab-



unterschiedliche Nominallohnerhöhungen und Öffnungsklauseln für besonders finanzschwache Länder und Gemeinden,

de von ver.di und der Bundesinnenminister Otto Schily gespielt. Schilys Autorität hat den Tarifkompromiss gegenüber dem aus

Michael Wendl, ver.di-Landesbezirk Bayern, Ressortleiter Tarifsekretariat öffentliche Dienste, Arbeiter, Erwerbslose

schluss vom Juni 2000, der unter den tarifpolitischen Vorgaben des Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit stand. Damals in der Spätphase eines Konjunkturbooms hatten die Gewerkschaften den vorhandenen Verteilungsspielraum bewusst nicht nutzen wollen, um einen Anstieg der Beschäftigung zu ermöglichen. Faktisch haben sie damit eine bereits schwache Binnenkonjunktur zusätzlich gebremst.

In einer ökonomischen Rezession ohne einen Erzwingungsstreik einen besseren Tarifabschluss als im konjunkturellen Boom zu erzielen, ist eine gelungene Leistung im korporatistischen System. Dafür hat ver.di auch bezahlen müssen. Einmal mit Abstrichen bei den Lohnerhöhungen und bei der Arbeitszeit, die allerdings eher symbolischen Charakter haben. Zum Zweiten mit einer Verhandlungszusage und einen Verhandlungsplan für die grundlegende Reform des Tarif-

vertragssystems des öffentlichen Dienstes. Jenseits der Öffentlichkeit beginnt jetzt die nächste tarifpolitische Auseinandersetzung. Wäre es nach einem Scheitern der Verhandlungen zu einem langanhaltenden Arbeitskampf gekommen, wäre durch die damit verbundene Verhärtung der Fronten die ins Auge gefasste tiefgehende Tarifreform weiter verschoben worden. Auch in dieser Frage: Der Korporatismus im öffentlichen Dienst funktioniert noch.

Forum DL21



Ernst-Dieter Rossmann

Drei lange Linien für eine Bildungspolitik von links

Von Ernst-Dieter Rossmann

1) Bildung braucht in der Zukunft mehr öffentliche Verantwortung und gesellschaftliches Engagement – keine Privatisierung und keine Entstaatlichung.

Nur öffentliche Bildungsverantwortung garantiert die Bildungsrechte für das Individuum und die Bildungsleistung für die Gesellschaft. Nur mehr gesellschaftliches Engagement macht mehr Eigenverantwortung für den Einzelnen möglich.

a) Die Internationalisierung von Bildung und Arbeit und die Globalisierung der Wissensgesellschaft der Zukunft erfordern mehr politische Gestaltung, z.B. mit Programmen und Regelungen bei Zugänglichkeit, Transparenz und Qualitätssicherung im internationalen Bereich. Nur so erreichen wir das Leitbild eines „souveränen europäischen Bildungsbürgers“.

b) Öffentliche Mittel für Bildung sind im besten Sinne nachhaltige Investitionen. Bildungsfinanzierung braucht Stetigkeit. Zu den wachsenden Möglichkeiten einer privaten Bildungsfinanzierung für Wenige gehört der öffentliche Ausgleich für die Vielen. Dafür braucht es ein Umdenken in der Bildungsfinanzierung, mit stabilen Bildungsplafonds bei der öffentlichen Hand, mit gesamtstaatlichen Mehr-Jahres-Programmen und dem Aufbau von Bildungsfonds.

2) Für die Wissensgesellschaft der Zukunft gilt: Bildung braucht mehr Zeit – im ganzen Leben.

Bildung ist mehr als Qualifizierung. Bildung versagt sich dem Wahn der Beschleunigung.

Gerade die „älter“-werdende Gesellschaft der Zukunft bedeutet die Chance auf mehr Zeit für mehr Bildung.

a) Der Aufbruch nach PISA bekommt eine neue Perspektive. Mit der Aufwertung der vor- und schulischen Bildung, der Stärkung der Grundschule und dem Aufbau von Ganztagschulen als Regelangebot holen wir in Deutschland nicht nur eine längst überstündige große Schulreform nach. Wir schaffen auch ein neues Bewusstsein für Bildungszeit und damit auch die Voraussetzung für mehr Zeit und Lebensengagement für Bildung insgesamt.

b) Denn zur Lebenszeit nach der Schule muss in Zukunft mehr Kontinuität in der Bildungszeit insgesamt treten: Bei der Erstausbildung (dual, vollzeitschulisch, akademisch), die berufsorientiert statt fähigkeitsfixiert bleiben muss, bei dem Recht auf Weiterbildung, das betrieblich, tariflich und gesetzlich abzusichern ist bis hin zu Bildung und Lernen im Alter. Wenn wir klug sind, beginnen wir schon jetzt damit, die Gesellschaft insgesamt durch Bildung „jung“ zu erhalten.

3) Den Gefahren einer „neuartigen Klassenspaltung“ (Peter Glotz) entlang von Bildung und Qualifizierung kann nur entgegengewirkt werden mit mehr Bildungschancen für alle – von Anfang an.

Die Chancengleichheit im Bildungswesen in Deutschland hat sich in den letzten 20 Jahren nicht nachhaltig verbessert gegenüber der alten sozialen Frage (bildungsferne Unterschichten) und der neuen sozialen Frage

(verschiedene Gruppen von MigrantInnen). Derart starke schichtenspezifische Barrieren im Bildungssystem können gerade die Linke nicht ruhen lassen.

a) PISA hat aufgezeigt, dass die Verbesserung der Bildungskompetenz in der Breite und die Entwicklung von Spitzenleistungen bei einer Elite keine Gegensätze sein müssen, mit einer frühen Förderung für alle, mit einer langen gemeinsamen Zeit des Lernens statt früher Selektion, mit individueller Förderung und Differenzierung. Andere Länder haben es vorgemacht: Mit mehr Anstrengungen für mehr Qualität des einzelnen Unterrichts einerseits und mehr Kooperation und Integration im Schulsystem andererseits. Deshalb weg mit den Reformtabus! Die Sicherung der Qualität von Schule gehört dabei in die öffentliche Verantwortung, die Verwirklichung der Qualität in die Praxis der „selbständigen Schule“.

b) Eine soziale Erblast im deutschen Bildungswesen ist die immer noch vorhandene Trennung von beruflicher und akademischer Ausbildung und deren unterschiedliche Wertigkeit, denn sie verhindert die Wahrnehmung von Bildungschancen. Wir brauchen die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung. Dafür stehen der Ausbau der Bildungsförderung durch BAföG, Meister-BAföG und Bildungsgeld zusammengefügt werden müssen, die Verbesserung der Durchlässigkeit und Dualisierung von beruflicher Bildung und Hochschule. Für Geringqualifizierte muss ein Rechtsanspruch auf Nachqualifizierung mit dem Ziel eines Berufsabschlusses aufgebaut werden. Denn Bildungschancen dürfen nicht abstrakt bleiben.

Forum DL21

Ernst-Dieter Rossmann, MdB, ist stellvertretender bildungspolitischer Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion und lebt in Elmshorn

Völker Europas, Völker der Welt verhindert den Krieg gegen den Irak!

Erklärung vom 09.01.2003 des Vereins „Soziale Republik Europa“

Während Präsident Bush seine Kriegsvorbereitungen intensiviert und andere europäische Länder ihm folgen, vermitteln andere Regierungen Europas den Eindruck, sie würden den Handlungen der Bush-Administration tatenlos zusehen.

Ein Krieg gegen den Irak ist in keiner Weise gerechtfertigt. Diese Region kann keinen neuen Krieg gebrauchen. Die Konsequenzen würden für den ganzen Mittleren Osten, insbesondere für Israel und Palästina zu einer Destabilisierung führen. Die Bush-Administration will sich mit einem Krieg nicht nur die Ölquellen sichern, sondern eine neue Ordnung im Mittleren Osten schaffen. Dem Irak kann keine Verbindung zum terroristischen Al Quaida-Netzwerk nachgewiesen werden. Bisher hat der Irak mit den Uno-Inspektoren kooperiert. So fehlt diesem Krieg nach internationalem Völkerrecht jede internationale Legitimation. Der Kampf gegen den Terrorismus dient Präsident Bush als Vorwand für die Verwirklichung seiner Strategie des Präventivkrieges.

Dieser Krieg kann nicht mit dem Kampf gegen den Terrorismus gerechtfertigt werden. Es steht zu befürchten, dass die Antiterrorcoalition auseinander fällt. Al Quaida zu vernichten braucht eine Verstärkung der internationalen Koalition und nicht einen Kampf zwischen Islam und Okzident.

Europa und seine Länder müssen eine internationale Legitimation für eine Strategie des Präventivkrieges verhindern. Das Recht der UNO ist nicht das Recht des Stärkeren.

Der Zusammenhang zwischen neoliberaler Globalisierung und den internationalen militärischen Interventionen von Seiten westlicher Staaten ist offensichtlich: Wirtschaftliche, strategische und geopolitische Interessen werden auch mit militärischen Mitteln durchgesetzt.

Ein neuer Golfkrieg würde der irakischen Bevölkerung, die unter dem Embargo bittere Not und Hunger leidet und durch das diktatorische Regime Saddam Husseins unterdrückt wird, noch mehr Elend, weitere Tausende Tote und Zerstörung von Städten und Infrastruktur bringen. Nicht das Regime, die Menschen wären die Hauptleidtragenden. Im Irak wie überall muss sich Europa für die Selbstbestimmung der Bevölkerung einsetzen. Im Irak muss es freie Wahlen geben.

Oberste Priorität muss es sein, den Krieg zu verhindern.

Wir begrüßen, dass es in vielen Ländern der Welt immer mehr Widerstand gegen einen Krieg im Irak gibt. Wir freuen uns insbesondere auch über die starken Protestbewegungen in den USA und in Großbritannien.

Wir rufen die Menschen in den europäischen Ländern auf: Beteiligt Euch massiv

an den vielen, friedlichen Protestkundgebungen in allen Ländern. Macht den 15. Februar 2003, den europaweiten Protesttag gegen den Krieg zu einem großen Erfolg. Wir fordern die Regierungen Europas auf, mit einer Zunge gegen den Krieg in den VN zu sprechen und entsprechend gemeinsam zu stimmen.

Wir fordern die SPE auf, sich klar gegen den Krieg auszusprechen. Zusammen mit den Sozialdemokraten und Sozialisten Europas muss sie sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass es zu einer einheitlichen europäischen Ablehnung eines Krieges im Sicherheitsrat kommt. Wir erwarten, dass die sozialdemokratischen und sozialistischen Regierungen im UNO-Sicherheitsrat gegen einen Krieg stimmen.

Kofi Annans Anstrengungen müssen unterstützt werden. Die UN-Resolution 687 bezeichnet die dem Irak auferlegten Abrüstungs- und Kontrollauflagen als Schritte zu dem Ziel einer von Massenvernichtungswaffen und Trägermittel freien Zone im Mittleren Osten. Eine Konferenz über regionale Rüstungsbegrenzung ist heute notwendiger denn je.

Wir fordern unsere Parteien auf, nicht länger im Stillschweigen zu verharren, sondern sich laut und öffentlich für die hier beschriebenen Ziele einzusetzen und für die Verbreiterung des Einsatzes für die Wege und Mittel der friedlichen Konfliktlösungen einzusetzen.

Forum DL21

Eurospot – SRE-Tagung

Drei Themen standen am 08./09.01. im Mittelpunkt: Die weitere organisatorische Entwicklung von SRE, die Verabschiedung einer Erklärung gegen einen Irak-Krieg (s. Kasten) sowie die europäische Verfassung.

Wichtigstes organisatorisches Ergebnis der Vorstandssitzung am 08.01. ist die Vervollständigung der Satzung. Der Verein Soziale Republik Europa kann nunmehr in das Vereinsregister in Brüssel eingetragen werden. Die Gründung einer neuen europäischen Struktur als Folge der Neugruppierungen der Gauche Socialiste war nach den Vordiskussionen per mail kein Thema mehr.

Die 40 internationalen TagungsteilnehmerInnen am 09.01., darunter viele Abgeordnete des Europaparlaments, waren sich einig, dass in der Verfassung die Sozialstaatlichkeit Europas garantiert werden müsse. Eine europäische Sozialcharta müsste Bestandteil der Grundrechtcharta werden. Es drohe jedoch die Gefahr, dass sich bei einer erneuten Diskussion um die Grundrechtcharta die rechten Kräfte durchsetzen könnten. Soziale Standards müssen deswegen in ande-

ren Kapiteln der Verfassung durchgesetzt werden, wobei zumindest die Standards der ILO festzuschreiben seien.

Der Umgang mit der EZB und mit den Maastrichtkriterien ist eine Kernfrage europäischer Sozialpolitik. Europa sitzt in der selbst gestellten Falle: denn der von der offiziellen Politik geforderte Schuldenabbau gehe bei geringem Wirtschaftswachstum nur durch Sozialabbau. Deswegen ist hier härtester Widerstand der Linken erforderlich.

Hauptforderungen für die europäischen Institutionen sind volle Rechte für das Europäische Parlament, eine zweite Kammer, um dem föderalen Prinzip Rechnung zu tragen, die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament, weil nur so der Wählerwille bis zur „Regierung“ durchschlage. Beklagt wurde, dass die Zivilgesellschaft die Verfassungsdiskussion nicht verfolgt, geschweige denn, irgendeinen Einfluss darauf nimmt. Das würde sich ändern, wenn die ausgearbeitete Verfassung durch ein Referendum in Kraft gesetzt würde.

Zum Tod von Dieter Lutz

Von Egon Bahr

Der Schock hat viele getroffen. Der Vorgänger hat nie gedacht, dem Nachfolger einen Nachruf schreiben zu müssen.

Als ich mich Mitte Dezember von Dieter Lutz in Breslau verabschiedete, war er voller Pläne. Das deutsch-polnische Willy-Brandt-Zentrum in Wrocław wäre ohne ihn nicht entstanden, auch wenn es vom polnischen Präsidenten mit dem deutschen Bundeskanzler gegründet wurde. Er ist der Vorsitzende des Kuratoriums der „Deutschen Stiftung für Friedensforschung“ gewesen. Diese Einrichtung sollte vor allem das Parlament zu Problemen der Außen- und Sicherheitspolitik beraten. Sie hat gerade mit einem Programm

Sicherheits- und Friedenspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) übergeben. Wir haben noch gemeinsam als Prinzip deutscher Außenpolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts den Grundsatz formuliert, dass für das ungeteilte Europa das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts ersetzt werden muss. Dieter Lutz hat Ansehen und Bedeutung des Instituts entscheidend erweitert, auch indem er für die „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (OSZE) das regelmäßig erscheinende Jahrbuch geschaffen hat, das inzwischen für Politik und Wissen-



Egon Bahr

Foto: www.ifsh.de



Dieter S. Lutz

Foto: www.ifsh.de

begonnen, das unserem Land helfen soll, Nachwuchswissenschaftler zu fördern, die wir auf diesem Gebiet wirklich brauchen. Dieses seit langem überfällige Programm hat er ausgearbeitet.

Die „Vereinigung Deutscher Wissenschaftler“ hat ihren Vorsitzenden verloren, die „Stiftung Hessischer Friedenspreis“ ein Mitglied ihres Kuratoriums, die Friedensbewegung einen drängenden engagierten Aktivisten.

Er war Mitbegründer und Geschäftsführer des Willy-Brandt-Kreises, in dem Frauen und Männer von Günter Grass bis Christa Wolf diskutieren und formulieren, was an Grundlinien der Erkenntnisse des Friedensnobelpreisträgers für die Entwicklung wichtig geblieben ist.

1994 habe ich an ihn die Aufgabe des wissenschaftlichen Direktors am Institut für

fentlichen Mitteln Hamburgs finanziert wird. Die Aufstellung seiner Aktivitäten und Projekte ist ganz unvollständig. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass Dieter Lutz nicht weniger Manager als Wissenschaftler gewesen ist. Der Druck, der sich auf allen Ebenen durch finanzielle Knappheit ergibt, erfordert Kontakte und Fähigkeiten und Zeitbedarf, die der Forschung verloren gehen. Auch das gehört zu den belastenden Realitäten unseres Landes. Da muss jeder sehen, wie er am besten seiner Verantwortung gerecht wird.

Damit bin ich bei einem Kern von Dieter Lutz. Er war durchdrungen von der immer wieder überprüften und bestätigten Sicht, dass nach dem Ende der Sowjetunion und nach dem Aufstieg der USA zur alleinigen

Supermacht nötig und möglich werden könnte, auf die Abschaffung des Krieges abzielen und weiter bestehende Interessenkonflikte durch Kooperation und Rechtsordnungen zu lösen, deren Einhaltung notfalls auch durch Gewalt garantiert werden muss.

Wer eine solche Vorstellung hat und sie mit der Realität vergleicht, den treibt es um, im ganz wörtlichen Sinn, besonders, wenn er als Bürger und Wissenschaftler Verantwortung spürt. Er findet an mehr Stellen mehr zu tun als der Einzelne leisten kann, als Forscher, als Organisator, als Redner, als Lehrer, als Publizist. Die Sache, der sich Dieter Lutz verschrieben und die ihn beherrscht hat, hat ihn aufgerieben.

Dazu kam, dass er nicht bequem war, unwirsch, wo er Dummheit oder gar Heuchelei witterte, verächtlich sein konnte, wo er Trägheit oder Feigheit spürte, missionarisch handelte, wo es geraten, aber auch wo es unnötig war. Die SPD hat das mehrfach erfahren, ohne dass je an der Loyalität zu seiner Partei zu zweifeln war.

Natürlich hat er sich und anderen Ärger gemacht. Das lag auch an der zuweilen störrischen Unbedingtheit, mit der er für eine Überzeugung focht. Anpassung lag ihm dann nicht, um durch elegante Stromlinien möglichst wenig Widerstand zu erzeugen. Der Bürger Lutz nahm die Verfassung und die dort formulierte Friedenspflicht Ernst. Er scherte sich wenig um den Chor der Aufgeregten und Beflissenen, der dem Bundeskanzler Isolierung des Landes vorwarf, sondern machte darauf aufmerksam, dass die deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak ohne Mandat des Sicherheitsrates verbotener Verfassungsbruch wäre. Er hat über eine spezifische deutsche friedenspolitische Rolle nachgedacht, natürlich im Rahmen der Bindungen und Interessen des Landes.

Die Unabhängigkeit des Denkens, die unsere Demokratie garantiert, hat er geliebt. Dafür bleiben wir Dieter Lutz dankbar.

Prof. Egon Bahr, von 1984 bis 1994 Direktor und Stiftungsvorstand des IFSH, war SPD-Bundestagsabgeordneter sowie Bundesminister

Die Linke und der Irak-Konflikt

von Gernot Erler, MdB

1) In der Frage des Irak-Konflikts hat die Linke kein Problem mit der Bundesregierung:

- Das Nein zu einer deutschen Beteiligung an einem Irak-Krieg, weder mit Soldaten noch mit Geld, wackelt nicht;
- Der Bundeskanzler nutzt seine Begegnungen mit europäischen Staatschefs, um eine gemeinsame europäische Haltung in dieser Frage vorzubringen;
- Ohne sich im Falle einer möglichen zweiten UN-Resolution auf eine formale Vorfestlegung einzulassen (einige Linke fordern eine Nein-Ankündigung), wird die Bundesregierung ihre Linie auch im Falle einer denkbaren Kriegs-Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat nicht verlassen;
- Der parallel dazu geleistete deutsche Einsatz im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus bleibt eindrucksvoll und überzeugend.

2) In der öffentlichen Diskussion besteht die Tendenz, das Irak-Thema auf mögliche Schwierigkeiten der Bundesregierung, ihre Position durchzuhalten, zu reduzieren. Gegen diese Verengung wendet sich die Linke mit dem Versuch, die tatsächlichen Dimensionen dieser politischen Auseinandersetzung zu thematisieren:

- Es geht um die Zukunft der Vereinten Nationen: Wenn sich Washington in der aktuellen Frage der Dauer des Mandats für die Inspektionen durchsetzt, dann wird der Eindruck bleiben, dass die UNO nur als Pausenfüller bis zum Abschluss des militärischen Aufmarsches der USA eine Scheinrolle spielen durfte. Eine solche Demütigung der Vereinten Nationen darf nicht hingenommen werden.
- Es geht um die Zukunft der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Nonproliferation). Wenn Washington auf die Provokationen des Regimes in Nordkorea mit Hinweis auf

dessen atomare Potentiale einen Verhandlungsweg einschlägt, im Falle des Irak aber ein Exempel statuiert, gibt Präsident Bush damit nicht nur indirekt zu, dass er selbst nicht an einsatzfähige irakische Massenvernichtungswaffen glaubt, sondern er sendet eine verhängnisvolle Botschaft aus – sie lautet, dass nur ein Land, das über einsatzfähige Massenvernichtungswaffen verfügt, gegen militärische Interventionen von außen geschützt ist. Dieses Signal zerstört den Grundgedanken der Nonproliferation. Die Zukunft liegt dann in Präventivkriegen zur Verhinderung von gefährlichen Waffen-Fähigkeiten in amerika-feindlichen Staaten.

- Es geht um die Weltordnung in der Nachseptemberwelt: Ein gegen alle Kriegsverhinderungsversuche durchgesetzter Irak-Krieg kann zwar von Amerika nur „gewonnen“ werden, anschließend ist aber weltweit mit einer regelrechten Explosion des Antiamerikanismus zu rechnen. Der Satz „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ entfaltet erst dann seine Dynamik einer neuen Teilung der Welt, in der ein Bin Laden seinen Zielen eines Kampfs der Kulturen näherkommen kann. Dann wird sich herausstellen, ob in dieser Konstellation die Kräfte Europas so intakt geblieben sind, dass sie eine Alternative bieten: mit einem „Europäischen Modell“,
- das die weltweite Kooperation bei der Beantwortung der Herausforderung des Terrorismus an die erste Stelle setzt,
- die Rolle ungelöster regionaler Konflikte (Nahost, Kaschmir, Tschetschenien) für die Ausbreitung extremistischer und terroristischer Politik erkennt und entsprechend an
- die dauerhafte Beilegung dieser Konflikte herangeht,



Gernot Erler

- die verhängnisvolle Bedeutung des Zusammenbruchs staatlicher Ordnung in Regionen und ganzen Ländern begreift und durch regionale Stabilisierungsstrategien gegensteuert,
- mit einer globalen Politik der Entwicklung und der fairen Chancenverteilung jene Verarmungs- und Marginalisierungstendenzen immer größerer Teile des Planeten aufhält, die nachweislich Voraussetzungen für Extremismus und Terrorismus schaffen und
- das die Fäden einer vertragsgestützten Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik wieder aufnimmt, die im vergangenen Jahrzehnt in fahrlässiger Weise fallen gelassen wurden.

Das Nein der Bundesregierung zum Irak-Krieg ist insofern keine Ohne-Mich-Haltung. Für die Linke ist der globale Kontext dieser Entscheidung von grundlegender Bedeutung. Das „Ja“, das zu diesem Nein gehört, darf in den reduzierten Fragestellungen der Tagespolitik nicht untergehen.

Wir befinden uns mitten in einer Richtungsentscheidung darüber, in welcher Welt wir künftig leben wollen und leben müssen. Forum DL21

„Hamburger Erklärung“

von Niels Annen

Als Joschka Fischer per „Spiegel-Interview“ kund tat, Deutschland bestehe nicht auf einer zweiten Resolution des UN Sicherheitsrates, schrillten in Deutschland die Alarmglocken: Sollte die Unterstellungen der Opposition sich am Ende doch bewahrheiten? Würde

sich die Bundesregierung von ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einem möglichen Krieg im Irak still und leise verabschieden? Die Äußerungen von UN-Botschafter Pleuger wenig später, es sei nicht abzusehen, wie sich Deutschland im Sicherheitsrat verhalten

werde, schienen diesen Verdacht zu bestätigen.

Es war nicht zuletzt die klare Festlegung von Bundeskanzler Schröder im Wahlkampf, sich an einem Krieg nicht zu beteiligen, die entscheidend zur Wiederwahl von rotgrün beigetragen hatte. Viele enttäuschte Wählerinnen und Wähler, gerade im jungen Alter, konnten sich mit dieser Position identifizieren. Und nicht nur im Osten der Republik mag die klare Haltung gegen den Krieg mit wahlentscheidend gewesen sein. In der „Hamburger Erklärung“ von Sozialdemokraten und Grünen gegen den Krieg wird die Erwartung an die Bundesregierung formuliert: Die klare Haltung konsequent fortführen und auf eine zweite Resolution im Sicherheits-

rat insistieren. Für den Fall einer Abstimmung über ein Mandat für den Krieg fordern die Unterzeichner ein „Nein“ der Bundesrepublik Deutschland.

Schnell zeigte sich, dass der gemeinsame Aufruf die Stimmungslage in beiden Parteien traf. Bereits auf der Liste der Erstunterzeichner fanden sich Bundestagsabgeordnete beider Parteien, sowie zahlreiche Mandatsträger.

Der Bundeskanzler reagierte ungewohnt sensibel. Offensichtlich verärgert über das Vorpreschen seiner Diplomaten stellte er klar: „Über die Position der Bundesrepublik entscheidet die Regierung und nicht die Diplomaten“.

Bereits im SPD- Parteivorstand hatte er die Kritik an der Regierungslinie kurzerhand zur „Ermutigung“ erklärt und so- gewollt oder ungewollt- der „Hamburger Erklärung“ weiteren Auftrieb verliehen.

Bis heute haben sich über 700 Mitglieder, die meisten von ihnen Mandatsträger und Funktionäre, der Erklärung angeschlossen. Darunter 44 MdB's, mehrere Europaabgeordnete, viele Landtags- und Bürgerschaftsmitglieder, einschließlich der kompletten SPD Landtagsfraktion Sachsen.

Der politische Druck blieb nicht ohne Folgen. Sowohl der Parteirat der Grünen, als auch sein

Äquivalent in der SPD haben eindeutige Beschlüsse gefasst, die eine Zustimmung faktisch ausschließen. Zuletzt hat auch der Bundeskanzler klar gemacht, dass niemand mit einer Zustimmung zu einer Kriegsresolution rechnen dürfe. Dass beide Parteien diesen Kurs unterstützen, zeigt die unvermindert eingehende Flut von Unterschriften und ermutigenden Mails, Faxen und Briefen. Die Bevölkerung zählt sich nach jüngsten Umfragen zu mehr als 80% zu den Gegnern eines Krieges. In dieser Frage steht die SPD unbestritten da, wo sie ihr Vorsitzender immer verorten ließ: In der Mitte der Gesellschaft.

Forum DL21

Gemeinsame Erklärung von Sozialdemokraten und Grünen gegen den Irak-Krieg – „Hamburger Erklärung“

SPD und Bündnis 90/Grüne haben die Bundestagswahlen 2002 auch durch die eindeutige Festlegung auf eine Position gegen einen Irak-Krieg gewonnen. Die Mehrheit der Bevölkerung steht in dieser Frage hinter der Regierung. Wir wollen, dass dieses Wahlversprechen konsequent eingehalten wird.

In den letzten Monaten hat die Bundesregierung, insbesondere Gerhard Schröder und Joschka Fischer, mit ihrer Haltung friedenspolitisch viel bewegt und für diese Politik Unterstützung in der ganzen Welt gefunden. Wegen des Widerstands der Mehrzahl der Verbündeten hat die Bush-Regierung die eigene Politik korrigieren müssen: Im Irak sind jetzt wieder UN- Inspektoren im Einsatz. Dazu hat die deutsche Haltung maßgeblich beigetragen. Und das ist gut so.

Wir fordern die Bush-Regierung auf, sich an das in der UN-Charta verankerte Verbot eines Angriffskrieges zu halten.

Wir gehen davon aus, dass die Bundesregierung ihr Handeln an der Rechtsauffassung ausrichtet, dass die UN-Resolution 1441 in keiner Weise zu Kampfeinsätzen nach Kap. VII der UN-Charta gegen den Irak ermächtigt, sondern dafür ein weiterer Beschluss des Sicherheitsrats notwendig wäre.

Als Mitglied des Sicherheitsrates sollte Deutschland seinen politischen Einfluss nutzen, um andere Sicherheitsratsmitglieder für eine Ablehnung des drohenden Irak-Krieges zu gewinnen, insbesondere die Veto-Mächte Frankreich und Russland.

Wir, Mitglieder der Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Grüne, appellieren deshalb an die Bundesregierung, den deutschen Vertreter im UN-Sicherheitsrat anzuweisen, alles zu tun, um eine Ermächtigung zum Krieg gegen den Irak zu verhindern: Sollten entsprechende Beschlussvorlagen eingebracht werden, erwarten wir, dass Deutschland mit Nein stimmt.

Hamburg, den 05.01.2003

Kontakt: Uli Cremer, ehem. Sprecher des Fachbereichs Außenpolitik von Bündnis 90/Die Grünen, UliCremer@aol.com; Niels Annen, Bundesvorsitzender der Jusos in der SPD, Niels.Annen@spd-online.de

Der Aufruf wird unterstützt u. a. von

Benjamin von der Ahe, Vorsitzender der Grünen Jugend; Dr. Lale Akgün, MdB, SPD; Niels Annen, Bundesvorsitzender der Jusos; Klaus Barthel, MdB, SPD; Cornelia Behm, MdB; Bündnis 90/Die Grünen; Dr. Axel Berg, MdB, SPD; Björn L. Böhning, stv. Juso-Bundesvorsitzender; Marco Bülow, MdB, SPD; Ulla Burchardt, MdB, SPD; Uli Cremer, ehem. außenpol. Sprecher Bündnis 90/Die Grünen; Dr. Mario Domann-Kaese, Mitglied der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft; Jutta Dümpe-Krüger, MdB; Bündnis 90/Die Grünen; Hella Dunger-Löper, stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin; Thomas Ehmke, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft; Franziska Eichstädt-Bohlig, MdB; Bündnis 90/Die Grünen; Sigi Erhmann, MdB, SPD; Hans-Josef Fell, MdB; Bündnis 90/Die Grünen; Christian Gaebler, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin; Tina Gerts, Vorsitzende der Grünen Jugend; Renate Gradistanac, MdB, SPD; Angelika Graf, MdB, SPD; Till Haier-Stuffer, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen in Berlin; Anke Hartnagel, MdB, SPD; Winfried Hermann, MdB Bündnis 90/Die Grünen; Gabriele Hiller-Ohm, MdB, SPD; Ursula Hertel-Lenz, Sprecherin des Fachbereiches Außenpolitik (BAG-Frieden), Bündnis 90/die Grünen; Marc Herter, Juso-Landesvorsitzender NRW, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hamm; Peter Hettlich, MdB von Bündnis 90/Die Grünen; Ulrike Höfken, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Frank Hofmann, MdB, SPD; Thilo Hoppe, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Brunl Irber, MdB, SPD; Thomas Jurk, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag; Andreas Körner, Sprecher des Fachbereiches Außenpolitik, Bündnis 90/die Grünen; Dietmar Köster, SPD- Unterbezirksvorsitzender Ennepe-Ruhr, SPD-Landesvorstand NRW; Karin Kortmann, MdB, SPD; Anette Kramme, MdB, SPD; Horst Kubatschka, MdB, SPD; Markus Kurth, MdB Bündnis 90/Die Grünen; Dr. Christine Lucyga, MdB, SPD; Regina Michalik, Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen in Berlin; Katrin Malkentin, stv. Bundesvorsitzende der Jusos, stv. Landesvorsitzende des SPD-Landesverbandes Brandenburg; Andrea Nahles, Sprecherin DL21, Mitglied im SPD-Parteivorstand; Christa Nickels, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Karl Nalle, Mitglied der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag; Horst Peter, Sprecher der spw-Herausgeber; Dr. Wilhelm Priesmeier, MdB, SPD; Florian Pronold, Mitglied der SPD-Fraktion, Juso-Landesvorsitzender Bayern; Marc Rackles, Kreisvorsitzender der SPD in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg; Christa Randzio-Plath, Mitglied der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament; Karin Rehbock-Zureich, MdB, SPD; René Röspeil, MdB, SPD; Claudia Roth, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Astrid Rothe, Landessprecherin Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen, Parteirat Bündnis 90/Die Grünen; Marlene Rupprecht, MdB, SPD; Tanja Sagasser, Mitglied im SPD- Parteirat; Rüdiger Sagel, MdB, Bündnis 90/Die Grünen im Landtag Nordrhein Westfalen; Thomas Sauer, MdB, SPD; Bernd Scheelen, MdB, SPD; Irmgard Schewe-Gerigk, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Horst Schmidbauer, MdB, SPD; Dagmar Schmidt, Mitglied im SPD-Parteirat; Fabian Schmitz, Landesvorsitzender der Jusos in Berlin; Fritz Schösser, MdB, SPD; Rüdiger Scholz, Bundesgeschäftsführer der Jusos; Sigrid Skarpelis-Sperk, MdB, SPD; Ottmar Schreiner, MdB, SPD; Ursula Sowa; MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Iris Spranger, stv. Vorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, Kreisvorsitzende der SPD in Berlin Hellersdorf-Marzahn; Silke Stokar, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Christoph Strässer, MdB, SPD; Hans-Christian Ströbele, MdB, Bündnis 90/Die Grünen; Jella Teuchner, MdB, SPD; Heidi Tischmann, Landessprecherin Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen; Rüdiger Veit, MdB, SPD; Marlies Volkmer, MdB, SPD; Barbara Weiler, Mitglied der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament; Heidi Wright, MdB, SPD

Wenn Sie die gemeinsame Erklärung von Sozialdemokraten und Grünen gegen den Irak-Krieg – „Hamburger Erklärung“ unterstützen wollen und mit der Veröffentlichung ihrer Daten einverstanden sind, senden Sie mit der vollständigen Angabe ihres Namens, ihrem Wohnort und dessen Postleitzahl eine Unterstützer-Mail an jusos@spd.de

Vorbemerkung zum Schwerpunkt

Mit den Beiträgen von Michael Vester und Ulrich Eith dokumentieren wir die Hauptreferate der Jahrestagung vom 07. Dezember 2002 in Bielefeld. Christian Schicha und Michael Klundt haben die Arbeitsgruppen der Tagung thematisch eingeführt. Ergänzend haben wir in den Schwerpunkt einen Beitrag von Margit Wehrich aufgenommen, der eine ungewohnte Perspektive auf den „Wahlakt“ wirft. Der abschließende Beitrag von Reinhold Rünker greift Gedanken des Tagungsreferats von Thomas Westphal auf.

spw-Redaktion

Schieflagen sozialer Gerechtigkeit

von Michael Vester

Seit den neunziger Jahren sind die Regierungsmehrheiten in Europa zunehmend unsicher geworden. Die anhaltende Umstrukturierungskrise des Kapitalismus ruft nach neuen Konzepten politischer Regulierung des Wirtschafts- und Sozialsystems. Nachdem die Wählerinnen und Wähler die Lösung zunächst europaweit bei der Sozialdemokratie gesucht hatten, gewinnen konservative und neuerdings auch konservativ-rechtspopulistische Koalitionen wieder an Boden.

Die anhaltende politische Vertrauenskrise erinnert an eine ähnliche Entwicklung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Auch damals veränderte ein großer Schub der Modernisierung die Wirtschaftsweise und die Lebensstile und mündete schließlich 1929 in eine lange Wirtschaftskrise. Auch damals stellte diese Dynamik die Institutionen und Regelungen des nationalen und transnationalen Zusammenhalts in Frage. Die alten politischen und weltanschaulichen Eliten verloren an Akzeptanz in den sozialen Milieus. Durch neue Wählermehrheiten oder gewaltsame Machtergreifungen kamen fast überall andere Eliten mit anderen Konzepten der Regulierung des Sozialsystems an die Macht. Es war der große Kampf zwischen faschistischen und kommunistischen, sozialdemokratischen und bürgerlich-revolutionären Alternativen. Erst nach langen Konflikten und schließlich dem Zweiten Weltkrieg hat sich dann in den hochentwickelten Ländern das neue, breit akzeptierte Modell des Wohlfahrtsstaates – in seinen konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Varianten – durchgesetzt.

Dieses Modell ist nun selbst wieder infrage gestellt. Seine Institutionen, Autoritäten und

Leitbilder stehen auf dem Prüfstand. Alte und neue Elitemilieus konkurrieren mit ihren Sozialmodellen um die Führungsrolle.

Für diese neue Vertrauenskrise gibt es widerstreitende Erklärungen. Die These der „Individualisierung“ unterstellt, dass die alten Klassenmilieus in zahllose Einzelmenschen zerfallen seien, die ihre Lebensstile und Milieus nun selber schaffen und wählen. Manche sprechen von der „politischen Verdrossenheit“ wie von einer geheimnisvollen Krankheit, die Gemeinsinn und soziales Engagement auflöst. Andere halten dem entgegen, dass ja gerade der „Wertewandel“ fort vom

materiellen Habenwollen und hin zu einem erweiterten sozialen und politischen Interesse geführt habe. Die wachsende Unzufriedenheit sei eher eine Folge gestiegener Ansprüche an die Politik, einer Tendenz zur „Bürgergesellschaft“. Wieder

andere erklären die große Unzufriedenheit aus einer Wiederkehr der Tendenz der Verelendung und sozialen Exklusion, als Folge einer globalen Deregulierung sozialer Sicherungssysteme.

Die These dieses Aufsatzes liegt quer zu solchen Prognosen eindimensionaler Trends, denen die Individuen vereinzelt und passiv ausgeliefert scheinen. Die Trends sind vielmehr nur Teilaspekte von weit komplexeren Kräftefeldern, die von den gesellschaftlichen Akteuren – Milieus und gesellschaftspolitischen Lagern – durchaus aktiv gestaltet werden. Die Milieus sind zwar vielfältig unterteilt, aber sie sind doch, wie wir sehen werden, die modernisierten Nachfahren der historischen Klassen, Schichten und Stände, und sie teilen sich nach wie vor in privilegierte und weniger privilegierte oder unterprivilegierte Gruppen. (vgl. Vester, von Oertzen

u.a. 2001). Gerade bei raschem wirtschaftlich-sozialem Wandel steht das Verhältnis zwischen oben und unten, der „Gerechtigkeitsvertrag“ der Gesellschaft, zur Debatte. Neue start-ups, die die Gewinner sein wollen, fordern die Integrationsfiguren von gestern heraus. Doch hat bisher aber keines der heutigen alten und der neuen „Leitmilieus“ nachhaltige Integrationskraft gewinnen können.

1. Das historische Sozialmodell der BRD in der Krise

Die Integrationskraft gesellschaftspolitischer Ordnungskonzepte hängt besonders davon ab, wie weit sie die sozialen Verwerfungen, die durch die Modernisierung aller Wirtschaftsbranchen entstehen, regulierend flankieren können. Die ökonomische Modernisierung besteht wesentlich in der horizontalen Dynamik zunehmender Arbeitsteilung, Spezialisierung und Technisierung der Produktivkräfte, die durch die internationale Konkurrenz beschleunigt wird. Wenn ein Wirtschaftszweig nach dem anderen eine höhere Arbeitsproduktivität erwirbt, werden Arbeitskräfte überflüssig und immer mehr Menschen genötigt, sich auf alternative Lebensgrundlagen umzustellen.

Jedes Milieu entwickelt, seinem Habitus und seiner Tradition entsprechend, zur Bewältigung des Wandels ganz eigene „Strategien der Umstellung“, indem es seine Kräfte in die Anhäufung und politische Sicherung von Besitz, Bildung oder Macht, in Konkurrenzkämpfe oder solidarische Hilfsnetze, in Ortsfestigkeit oder Wanderungen investiert (vgl. Bourdieu 1982, S. 210-276). Oft reichen diese Strategien nicht aus. Wenn die drohenden Statusverluste nicht durch staatliche Flankierung begrenzt werden, kann dies – wie ab 1930 die Sparpolitik des deutschen Reichskanzlers Heinrich Brüning – zu einem starken Machtzuwachs extremistischer Parteien führen.

Diese Erfahrung hatte die nachfaschistischen Eliten überzeugt, dass die kapitalistischen Marktmechanismen von sich aus nicht zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung führen können. Der Ordo-Liberalismus der sozialen Marktwirtschaft

Die neuen Spitzenpolitiker, selber soziale Aufsteiger, waren fasziniert von den Symbolen und Attitüden der start-ups der „new economy“

Foto: Christian Kiel (Berlin)



ebenso wie der Keynesianismus der Sozialdemokratie betonten daher die Unverzichtbarkeit der wirtschafts- und sozialpolitischen Flankierung solcher Umstellungen. Parallel zu diesen theoretischen Einsichten wurde nach 1945 ein Konflikt- und Aushandlungsmodell erkämpft und erprobt, das in dem Grundsatz „Leistung gegen Teilhabe“ zusammengefasst werden kann. Für die Bereitschaft zu hoher Arbeitsleistung wurde eine umfassende Teilhabe an den sozialen Chancen verlangt.

Entgegen der Behauptung der neoliberalen Politik handelte es sich nicht um ein protektionistisches Modell, das die Faulen vor Leistungsanforderungen schützt, sondern um einen entwicklungsfähigen, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufbauenden historischen Kompromiss. So konnten in der Geschichte der Bundesrepublik konservative und sozialdemokratische gesellschaftspolitische Integrationsmodelle, die stufenförmig aufeinander aufbauten, einander ablösen. Die konservativen Regierungen Konrad Adenauers entwickelten nicht nur die Kompromissfähigkeit zwischen den bürgerlichen Parteien, sondern auch mit der Arbeiterbewegung. Neben der Mittelstandspolitik entstand eine konservative Arbeitnehmerpolitik. In den 1950er und 1960er Jahren konnten sich die Arbeitnehmer die Teilhabe am „Wirtschaftswunder“ durch Arbeitszeitverkürzungen sowie höhere Lohn-, Konsum-, Sozial- und Bildungsstandards erkämpfen. Im Zuge der horizontalen Strukturverschiebungen schrumpften die traditionellen Agrar- und Industrierufe der körperlichen Arbeit radikal und wuchs die Mitte der Facharbeiter und qualifizierten Angestellten. Die Klassengesellschaft „enttraditionalisierte“ sich. Nicht nur die ständisch-kleinbürgerlichen Strukturen, sondern auch die schroffen Klassenspaltungen aus der Zeit der Industrialisierung bauten sich ab. Das Modell der regulierten Klassengesellschaft lag jenseits der alten Alternative zwischen ständischer Har-

monie und schroffen Klassengegensätzen. Einerseits waren die Klassengegensätze jetzt eindeutiger, weil die ständischen Zwischenschichten dahinschwanden. Andererseits waren sie durch das *Aushandlungsmodell des „institutionalisierten Klassenkonfliktes“* (vgl. Geiger 1949 u. Darendorf 1957), das die Chance zum Kompromiss bot, entschärft. Die Stärke dieses verbandlichen oder „korporatistischen“ Aushandlungsmodells ist seine Unabhängigkeit von direkter staatlicher Intervention. Seine Schwäche liegt in seinen oligarchischen und bürokratischen Erstarrungstendenzen, im Mangel an Beweglichkeit, Partizipation und Elitewechsel. Trotz dieser Grenzen war das Sozialmodell doch modernisierungs- und konfliktfähiger als das staatsbürokratische Modell, das nach 1945 mit Hilfe der Sowjetunion in Ostdeutschland installiert worden war. Nachdem jenes aber 1989 zusammengebrochen war, blieb das westdeutsche Modell nur noch mit seinen eigenen Mängeln konfrontiert.

Aufgrund dessen steht das Modell von zwei Seiten unter Druck. Zum einen fordern kleine, aber in Politik und Medien einflussreiche neoliberale Eliten einen Abbau des Modells. Umgekehrt fordern die großen sozialen Gruppen, die auf Verbandsvertretung angewiesen sind, eine Modernisierung des Modells: mehr Mitwirkungsrechte und einen weniger bevormundenden Politik- und Organisationsstil. Zu ihnen gehören sowohl die anwachsende Gruppe der modernen, besonders gut qualifizierten Arbeitnehmer wie auch die klassischen benachteiligten Gruppen der Frauen, Ausländer, gering Qualifizierten, Jugendlichen und Rentner. Zwischen diesen widerstreitenden Ansprüchen ist integrative Mehrheitspolitik schwierig geworden. Die Regierung Helmut Kohls konnte die großen Wählerpotentiale der Union nur so lange halten wie sie, trotz mancher Abstriche, die Grundsubstanz des Sozialmodells nicht zu sehr antastete. Als sie sie

antastete, insbesondere durch den Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, verlor sie 1998 die für eine Regierungsmehrheit entscheidenden Arbeitnehmerstimmen.

Die dann gewählte rot-grüne Regierung verding sich in den gleichen Widersprüchen. Die Parole der „neuen Mitte“ war von Beginn doppeldeutig. Denn sie sprach, wie die Landkarte der sozialen Milieus zeigt, gleichzeitig zwei sehr gegensätzliche Milieugruppen an, ein vermeintliches postmodernes „Leitmilieu“ der modernen Unternehmer und die große moderne Mitte der gut qualifizierten Facharbeiter und Angestellten, die ihre Interessen nicht als Unternehmer, sondern als Arbeitnehmer verstehen (Abb. 1).

Die neuen Spitzenpolitiker, selber soziale Aufsteiger, waren fasziniert von den Symbolen und Attitüden der start-ups der „new economy“ und der postmodernen Avantgarden des Lebensstils und der Medien (oben links im sozialen Raum). Von Blairs Berater, Anthony Giddens, ließen sie sich raten, sich von der „schrumpfenden Basis der traditionellen Arbeiterschicht“ zu lösen, die nur materielle Umverteilung wolle, um sich in der komfortablen Hängematte des Wohlfahrtsstaates auszuruhen. Es folgten Vorschläge, die Bildung kostenpflichtig zu machen und die Arbeitslosen nicht zu sehr durch Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zu verwöhnen. Auch wenn diese Signale relativiert wurden, hatten sie einen verheerenden demobilisierenden Effekt. In einer Landtagswahl nach der anderen flüchteten die gemeinten Stammwähler in die Wahlenthaltung. Paradigmatisch wurde Nordrhein-Westfalen, wo SPD und Grüne zusammen 6% verloren. Diese Verluste waren nur die Spitze eines breiteren Eisbergs der Unzufriedenheit. Deswegen Ursache war, wie im Weiteren gezeigt werden wird, nicht die Leistungsunwilligkeit verwöhnter Wohlstandsbürger. Verprellt wurde vor allem die moderne Arbeitnehmermehrheit, die gerade auf das Prinzip „Leistung gegen Teilhabe“ setzte, aber ihre Arbeitsleistung wie auch ihre immer besseren Bildungsabschlüsse abgewertet sah. Trotz aller Mängel findet das historische Sozialmodell der Bundesrepublik immer noch Akzeptanz bei mehr als 80%, die seine Verbesserung, nicht seine Abschaffung wollen.

2. Das Paradox neoliberaler Sparpolitik: Stagnation trotz Wachstum der Produktivität

Seit den 1970er Jahren müssen sich die Milieus erneut auf neue horizontale Strukturverschiebungen umstellen, jedoch unter den Bedingungen eines wachsenden Sockels der Arbeitslosigkeit. Während in den goldenen Jahren des „Wirtschaftswunders“ die horizontalen Umstellungen meist in bessere Beschäftigungen führten, wurden die sozialen Flankierungen der Umstellungen jetzt brüchig. Die benötigte Arbeitsqualifikation

nahm zu, aber sie wurde auf verschiedene Weise entwertet, insbesondere durch das Zurückbleiben des Einkommenswachstums hinter dem Wirtschaftswachstum, durch höhere Belastungen, durch unsichere Arbeits- und Einkommensverhältnisse und oft auch durch Arbeitslosigkeit. Von den Entwertungen betroffen waren fast alle Arbeitnehmer im mittleren und unteren sozialen Raum, besonders aber die klassischen diskriminierten Gruppen: Frauen, Zuwanderer, unterprivilegierte Milieus und Einwohner geringer entwickelter Regionen.

Mit der Ölkrise von 1973 wurde das Paradox der Grenzen des Wirtschaftswachstums sichtbar. Die beschleunigte technologische Revolution, die die wirtschaftliche Produktivität erhöhte, war keineswegs mit einem beschleunigten Wachstum des Wohlstands verbunden. Vielmehr begann eine heute noch anhaltende langfristige *Stagnation*, eine anhaltende Nachfrage- und Wachstumsschwächung bei steigendem „Arbeitslosensockel“ (vgl. Zinn 1998, S. 55, 75). Die Ursachen lagen, wie die keynesianische Theo-

rie es erklärt, gerade im gewachsenen Wohlstand. Er ermöglichte es den „besserverdienenden“ Gruppen, große Teile ihrer Einkommen nicht mehr in die Nachfrage nach Waren, sondern in Anlagekapital bzw. Aktien Spekulation zu investieren. So stiegen z.B. von 1980 bis 1997 die Nettogewinne um 119%, die Nettolöhne aber nur um 20%. Die fehlende Nachfrage verursachte eine krisenverschärfende Spirale der Kostendämpfung durch die Unternehmer, den Staat und das Maastrichter Abkommen der Europäischen Gemeinschaft, das die staatliche Kreditaufnahme bremste. Der Export konnte dies nur begrenzt ausgleichen, da sich die Nachfrage aus den gleichen Gründen auch in den anderen hochentwickelten Ländern abgeschwächt hatte. Die Exportbranchen

versuchten zunehmend, ihre relative Position durch kosten- und arbeitssparende neue Rationalisierungen und Hochtechnologien zu verbessern. Zugleich wurde gering qualifizierte Arbeit zunehmend in Schwellenländer mit niedrigen Lohnniveaus ausgelagert. Zusammengenommen bilden die mit dieser

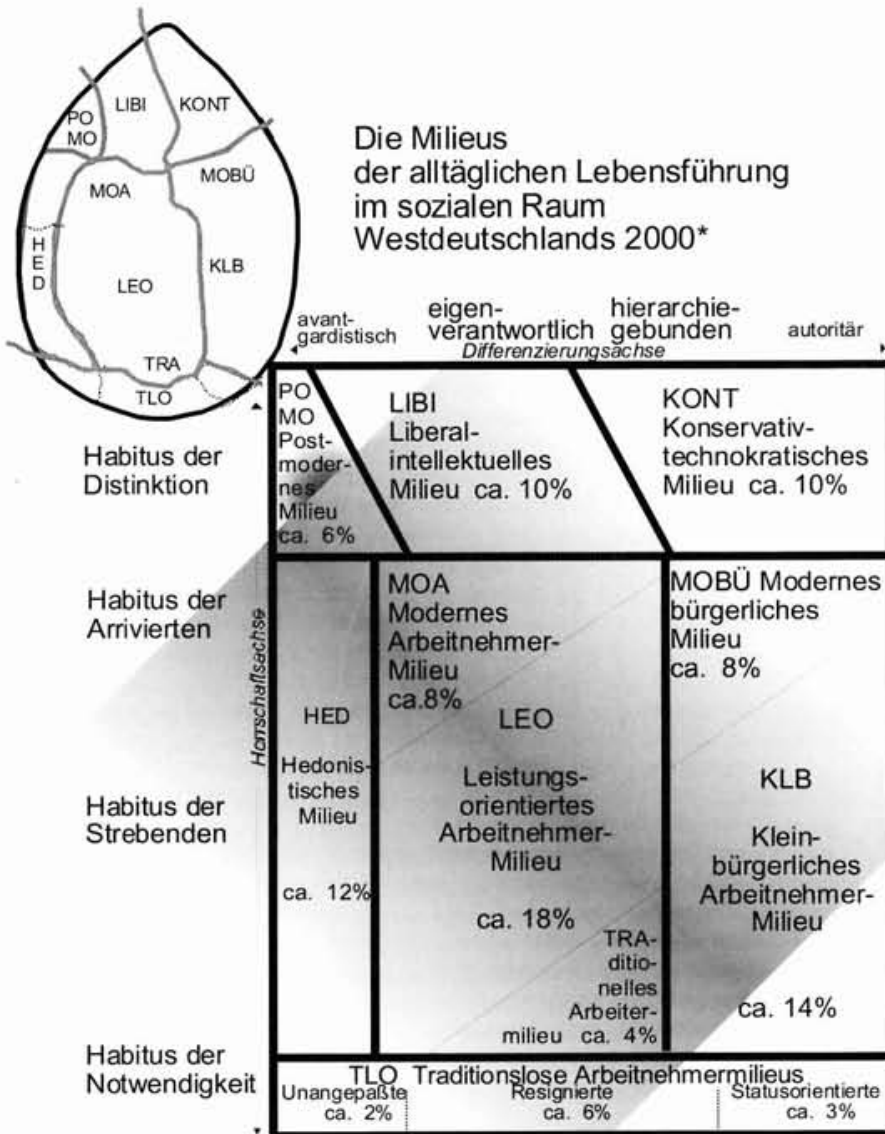
Gerade bei raschem wirtschaftlich-sozialem Wandel steht das Verhältnis zwischen oben und unten, der „Gerechtigkeitsvertrag“ der Gesellschaft, zur Debatte.

Entwicklung Unzufriedenen etwa 60% der Gesellschaft. Obwohl sie eine nach Lagen und Milieus heterogene Gruppe sind, hat die Unzufriedenheit einen gemeinsamen Nenner. Die Abwertung der Arbeitsleistung wird erfahren als Verletzung des Grundkonsenses des histori-

schon Sozialmodells der Bundesrepublik, des Prinzips der „Leistungsgerechtigkeit“ und der Hilfe bei „unverschuldeter Not“. Die in Medien und Politik vorherrschende Argumentation sieht dies aus einer anderen Perspektive. Die von den neoliberalen Kräften durchgesetzten Sparzwänge des Maastrichter Abkommens begünstigten die neue Philosophie des Mangels und des Sparens. Für sie liegt die Ursache der knappen Mittel im geringen Arbeits- und Bildungseifer der Bevölkerung.

Die Diffusität der Unzufriedenheit hängt damit zusammen, dass die wirtschaftlichen Laien diesem hegemonialen Diskurs der politischen und medialen Experten keinen intellektuellen Diskurs entgegenhalten können, sondern nur ihr Ethos, das ihnen sagt, dass sie ja genug leisten und dafür zu wenig Teilhabe erhalten. So bleibt nur ein „Gefühl“, die Verdrossenheit. Das Gerechtigkeitsempfinden ist nicht nur verletzt, wenn es um krasse materielle Not geht. Es geht ihm nicht nur um materielle Einkommenshöhen, sondern um Fragen der Verhältnismäßigkeit und der Qualität der „Lebensweise als ganzer“ (vgl. Thompson 1987 [1963]). Die Vorstellungen darüber sind zwar von Milieu zu Milieu verschieden, aber für die Mehrheit geht es dabei um eine kontinuierliche und geachtete Arbeit, um die Belohnung aufgewandter Mühen durch Erfolg, um die Freiheit von Zukunftsangst, um die Achtung und Anerkennung anderer, um die Kredit- und Glaubwürdigkeit.

Ein Gegendiskurs, der sich diese Sichtweise der Arbeitnehmermehrheit zu eigen machte, wurde zwar in den neunziger Jahren von den Gewerkschaften und von Intellektuellen wie Pierre Bourdieu (vgl. Bourdieu u.a. 1997 [1993]) organisiert, blieb aber gleichwohl ohne Einfluss auf die herrschende Politik. In der veröffentlichten Meinung blieb weitgehend verdeckt, dass die eigentlichen Ursachen des finanziellen Mangels gerade nicht in einer zu geringen, sondern in einer „zu hohen“ Produktivität der Arbeit liegen.



Es ist das enorme Wachstum der Arbeitsproduktivität, mit dem die Gesellschaft nicht umgehen kann (vgl. Zinn a.a.O.). Unter der neoliberalen Sparpolitik wird dieser Überfluss in Überflüssigkeit verwandelt. Es kommt zu einer Art „Überproduktion“ von Bildungskapital. Zum einen braucht die Gesellschaft immer mehr Berufe, die eine hohe Fachbildung, Eigenverantwortung und kommunikative Fähigkeit verlangen. Ihr Anteil ist seit 1950 von etwa 5% auf mehr als 30% gewachsen (vgl. Vester, von Oertzen u.a., a.a.O., S. 407-426). Zum anderen wirkt die Sparpolitik dahin, diese hochproduktive Arbeit unter ihrem Wert zu bezahlen oder die Arbeitsplätze im Wissenschafts-, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem abzubauen. Ein Beispiel von vielen ist die derzeitige Befristung der Arbeitsverträge der jüngeren Generation des wissenschaftlichen Nachwuchses der Universitäten. Ein Sprecher des Bundesforschungsministeriums nannte sie zutreffend „Verschrottung“: Hochwertiges investiertes Bildungskapital wird nutzlos. In der Logik der Wirtschaftsentwicklung ist dies keineswegs notwendig. Das Wachstum der Produktivität ist potentiell hoch genug, um eine anhaltende Vermehrung von Wohlstand, Sozialausgaben und Arbeitszeitverkürzung finanzieren zu können. Selbst ein moderates Wirtschaftswachstum von 2,5% führt rechnerisch in 28 Jahren zu einer Verdoppelung des Sozialprodukts. Davon wären die steigenden Kosten „des demographischen Problems“ (wachsende Renten), „der Jugend“ (Bildungsausgaben) und „der Soziallasten“ (Sozial- und Gesundheitsausgaben) durchaus finanzierbar. Allerdings ist die Produktivität so hoch, dass auch die Erhöhung dieser strukturnotwendigen Ausgaben heute nicht mehr zur Vollbeschäftigung führen würde (vgl. Zinn a.a.O.). Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass sich weiterhin nach jeder Zwischenkonjunktur eine zusätzlich Erhöhung des Arbeitslosensockels einspielt. Dieser könnte nur noch dann abgebaut werden, wenn in der Tat eine tiefgreifende Arbeitszeitverkürzung mit Einkommensausgleich durchgesetzt würde.

3. Von der Integration zu sozialen Schief-lagen: Diskriminierung – Abwertung – Prekarisierung – Exklusion

Welcher Entwicklungstendenz folgen die sozialen Schief-lagen? – Auf den ersten Blick scheint es, dass die materiellen Standards zunehmend und linear sinken. So waren z.B. 1984 bis 1989 durchschnittlich nur 2,7% einkommensarm (vgl. Berger 1996). Für die frühen neunziger Jahre verzeichnet die Studie der Caritas (vgl. Hübinger 1996) bereits 10% Armut und weitere 50% in knappen oder prekären Lebenslagen. Aus den Caritas-Daten ergab sich folgende Stufung sozialer Lager:

- Etwa 40% lebten in *sicheren* Verhältnissen.

- Etwa 20-25% waren durch eine Lebensweise der *Knappheit* verunsichert.

- Weitere 25-30% waren Menschen in *prekären Lagen* nahe der Sozialhilfegrenze.

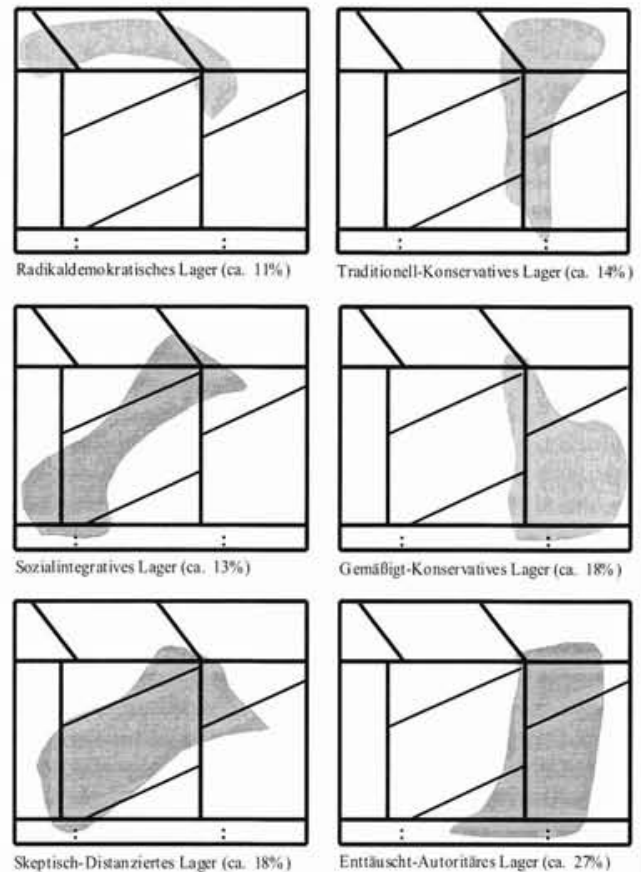
- 10% lebten in dauerhafter Armut, d.h. in *Exklusion* vom Wohlstand.

Diese Stufung suggeriert eine schiefe Ebene, deren unterer Teil immer weniger Halt gibt, während sich die Lage der reichen oberen Gruppen – wie bei einer Wippe – immer mehr hebt. Danach wären immer mehr Menschen von der naturgesetzlich eintretenden Katastrophe einer neuen „Proletarisierung“ und „Verelendung“ bedroht. Bei genauer Analyse ergibt sich ein anderes Bild, das eines Eisbergs mit mehreren, qualitativ durchaus verschiedenen Stufen, die nicht automatisch ineinandergleiten. Die sichtbare Spitze des Eisbergs bilden diejenigen, die relativ umfassend und dauerhaft sozial ausgeschlossen sind. Seit den siebziger Jahren sind in wachsendem Umfang auch Gruppen der gut ausgebildeten sozialen Mitte von der Abwertung der Arbeitskraft betroffen. Die Betroffenen lassen sich in vier spezifische Konstellationen sortieren, deren Größenordnungen hier nach der Caritas-Studie geschätzt sind:

1. *Diskriminierung* aufgrund der *Zugehörigkeit* nach Geschlecht, Herkunftsland, Altersgruppe usw.;
2. *Entwertung des Arbeitsvermögens* gut qualifizierter Arbeitskräfte durch Umstellungen und diskontinuierliche Berufswege für etwa 25-30%;
3. *Prekarisierung*, d.h. Absinken in ungesicherte Arbeitsverhältnisse bzw. Schief-lagen mit Armutsrisiko bei etwa 25-30%;
4. *Exklusion*, d.h. dauerhafte Ausschließung aus dem Arbeitsmarkt bzw. in benachteiligten Wohnvierteln für etwa 10%.

Die erste Schief-lage, die soziale Diskriminierung, wird seit den siebziger Jahren verstärkt unter dem Namen „neue soziale Frage“ (vgl. Geißler 1976) oder „neue soziale Ungleichheiten“ (vgl. Hradil 1987) diskutiert. Frauen, Ältere, Jugendliche, Zuwanderer und auch

Die gesellschaftspolitischen Lager der Bundesrepublik Deutschland



agis.uni-hannover.de

2000

Neuaufsteiger aus bildungsfernen Milieus waren von den Stellenkürzungen und Einkommensdämpfungen stärker betroffen, solange sie im sozialen Aushandlungssystem schlechter durch Interessenverbände und Rechtsgarantien vertreten waren. Die Frauen steigerten zwar ihre Teilnahme am Bildungssystem und an der Erwerbstätigkeit erheblich, wurden aber trotz verbesserter Interessenpolitik dort weithin auf ungünstige Positionen abgedrängt. Durch diese Erfahrung sehen sich viele Angehörige auch mittlerer und gehobener Milieus von Chancengleichheit und Leistungsgerechtigkeit ausgeschlossen.

Die zweite Schief-lage, die Entwertung des Arbeitsvermögens der Arbeitnehmer mit guter Fachqualifikation und Interessenvertretung, entwickelte sich in größerem Maßstab erst nach 1980, als die Krise vermehrt die Trägerbranchen des früheren Wirtschaftswunders erreichte. Die Unternehmen senkten die Kosten mit Rationalisierungen und vermehrt mit neuen arbeitssparenden Technologien. Das höhere Angebot an guten Fachkräften veränderte die betriebliche Beschäftigungspolitik (vgl. Sopp/Konietzka 1998). Qualifizierte Stammebelegschaften wurden durch „down-sizing“ verschlankt, da – gerade wegen der ständig verbesserten Fachausbildung – bei Bedarf genügend qua-

lifizierte Kräfte extern angeworben werden konnten. Die statistischen Durchschnittswerte täuschen über das Ausmaß der Diskontinuität sozialer Lagen. So lag 1977 bis 1988 die Arbeitslosigkeit zwar „nur“ um zwei Millionen. Aber in der gleichen Zeit machten 13 Millionen Menschen, annähernd jede zweite Erwerbsperson, die Erfahrung einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit (vgl. Berger a.a.O.). Die Betroffenen fanden aufgrund guter Qualifikation zwar wieder Beschäftigung, jedoch oft um den Preis geringeren Einkommens und erhöhter Belastungen an Flexibilität, Pendlerwegen, Mehrarbeit und Abwesenheiten von der Familie.

Die Schließung der Chancen traf zunehmend auch die Neuzugänge des Arbeitsmarktes. Neben die sichere Normalbiographie der Industriegesellschaft traten immer mehr diskontinuierliche Lebensläufe, in denen Ausbildungen, Prekarität und Erwerbslosigkeit einander abwechselten (vgl. Berger/Hradil (Hrsg.), 1990). Viele investierten immer wieder in Weiterbildungen, Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen, Stellenvertretungen usw., um sich nach und nach in feste Beschäftigungen „hineinzuschrauben“ – ohne aber sicher zu sein, ob der Stein, den sie emporgewälzten, nicht wieder zurückrollte. Von der dritten Schieflage, dem Wohlstand auf Widerruf oder „prekären Wohlstand“, sind seit den neunziger Jahren, als die internationale Konkurrenz sich weiter verschärfte, auch zunehmend Angehörige der sozialen Mitte betroffen. Für gut 25% wurden einzelnen Standards der sozialen Lage (Berufsstellung, Einkommen, Wohnweise, Familien- und Gesundheitssituation usw.) so instabil, dass ein alltäglicher Schicksalsschlag mindestens vorübergehend unter die Armutsgrenze führen konnte. Dies traf bestimmte „Risikogruppen“ (insbesondere Rentner, Alleinerziehende, Kinderreiche, Scheinselbständige, Kranke und Behinderte), die wenig soziale Netze oder „soziales Kapital“ (Bourdieu) besitzen.

Die vierte Schieflage, die Deklassierung durch dauerhafte Armut oder Arbeitslosigkeit, unterscheidet sich zwar von der historischen Gestalt einer flächendeckenden Proletarisierung der ungelerten Arbeiter. Sie hat bisher eine insulare Struktur von verarmten und sozialmoralisch ausgegrenzten Einzelnen, die sich allerdings in bestimmten Wohnvierteln der Großstädte, den sog. „sozialen Brennpunkten“, und in Formen der Anomie und der Jugendgewalt gegen Fremde verdichten. Die zunehmende Abwälzung der Sparpolitik auf die Sozialpolitik der Gemeinden und Kreise verschärft diese Situation.

4. Die Krise der politischen Repräsentation: Zu wenig Leistungsgerechtigkeit und Bürgerbeteiligung

„Politiker können versprechen, was sie wollen, ich glaube ihnen nicht mehr.“ Dieser Feststellung, Ausdruck der sog. „politischen Verdrossenheit“, stimmen seit Beginn der neunziger Jahre mehr als 60% der Bevölkerung zu. Politiker sehen die Motive häufig in einer „materialistischen“ Mentalität des Habenwollens. Die Wähler seien von der „Hängematte“ des Wohlfahrtsstaats verwöhnt und könnten nicht verstehen, dass sie heute mehr Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft zeigen müssten. Differenzierende Befragungen belegen dagegen, dass die Milieus sehr wohl fähig und bereit sind, sich auf das von der Modernisierung der Produktivkräfte in der Tat geforderte Mehr an eigenverantwortlichem Handeln, an beruflichem Umlernen und an vernetzender Kommunikation umzustellen. Verdrossen sind sie darüber, dass diese Bereitschaft nicht gerecht und leistungsgerecht motiviert und belohnt und in ihren sozialen Risiken abgesichert wird.

Im Einzelnen und im zeitlichen Vergleich lässt sich dies an den Ergebnissen von zwei bis in feine Details differenzierten repräsentativen Erhebungen aus den Jahren 2000 und 1991, an denen wir beteiligt waren, darstellen. Die Befragung „Deutschland im Wandel“, gefördert vom Bundesverband Deutscher Banken, wurde im November 2000 von ipos (Mannheim) durchgeführt und im Deutschland-Trendbuch dokumentiert (vgl.

Korte/Weidenfels (Hrsg.) 2001, S. 675-711 u. S. 160-171). Befragt wurde eine repräsentative Stichprobe von 1.502 wahlberechtigten Bundesbürgern aus Westdeutschland (79,9%) und Ostdeutschland (20,1%). Die zum Vergleich herangezogene Befragung „Gesell-

schaftlich-politische Milieus in Westdeutschland“, gefördert von der Volkswagen-Stiftung, wurde im Juni und Juli 1991 von Marplan (Offenbach) durchgeführt und ist ausgewertet in Vester, von Oertzen u.a., a.a.O.. Befragt wurde eine repräsentative Stichprobe der deutschsprachigen Wohnbevölkerung in Westdeutschland und Westberlin (n = 2.699). – Die Ergebnisse sind in den Größenordnungen für Westdeutschland annähernd vergleichbar. Wenn die Ergebnisse für Ostdeutschland abweichen, wird darauf hier besonders hingewiesen. Diese Befragungen unterscheiden sich von der gängigen politischen Meinungsforschung. Sie zielten nicht auf kurzfristige Sympathiewerte, sondern auf die unterschiedlichen Grundeinstellungen der großen gesellschaftlichen Gruppen,

die nach der Methodik von Bourdieu nach Typen aufgeschlüsselt und sehr genau ausgeleuchtet wurden.

Die Ergebnisse der Befragung bestätigen keineswegs die gängige These, dass die Grundeinstellungen der Wählerinnen und Wähler kurz- und mittelfristig stark schwanken und durch geschickte Medienauftritte der Politiker beliebig beeinflusst werden können. Die Grundvorstellungen sozialer Gerechtigkeit ändern sich vielmehr sehr langsam, vor allem im Rhythmus des Generationenwechsels. Für jede Generation und für jedes Milieu fungieren sie als langfristig stabile Maßstäbe, nach denen Erfahrungen bewertet und die sich wandelnden sozialen Verhältnisse beurteilt werden.

Die Perspektive derjenigen Politiker, die vom raschen Meinungswandel ausgehen, gleicht der von Zugpassagieren, die meinen, der Bahnsteig fährt ab, während es doch die Züge sind, die sich bewegen. Ähnlich scheint es sich bei der Beurteilung der sog. „politischen Verdrossenheit“ zu verhalten. Um 1980 hatte sie noch wenig über 10% gelegen, 1991 war sie, allen Umfragen zufolge, auf 60% gestiegen, und auf diesem Pegel verharrt sie und verfestigt sie sich bis heute. Waren es nun die Wählerinnen und Wähler, die sich verändert haben, oder die Politik?

Die nachfolgend kurz resümierten Befragungsergebnisse zeigen den Vorgang aus der Perspektive der breiten Bevölkerung. Sie fürchtet, um im Bilde zu bleiben, den Zug zu verpassen oder schlecht transportiert zu werden. Dabei richtet sich ihr Verdruss, wie die Befragungen auch belegen, nicht auf die Institution der Bahn, sondern auf ihr leitendes Personal. Das heißt, das politische Misstrauen stellt die bisherige Demokratie- und Sozialverfassung der Bundesrepublik nicht grundsätzlich in Frage, sondern nur die Haltung der politischen Klasse bei der Weiterentwicklung des Sozialmodells. Die politischen und sozialen Institutionen finden in ihrem Kern eine sehr hohe Akzeptanz, die bis zu 90% reicht. Aber die Tugenden der Verantwortung, Beweglichkeit und Vernetzung, die den Bürgern abverlangt werden, werden in der Politik vermisst.

5. Zufriedenheit mit dem institutionellen Modell – Zweifel an sozialer Gerechtigkeit und Bildungschancen

Das erste Hauptergebnis der Befragungen zeigt, dass – anders als 1933 – die Institutionen der Demokratie und des Sozialstaats von einer überwältigenden Mehrheit nicht in Zweifel gezogen werden. Der Verdruss richtet sich vielmehr auf die von der Politik verantworteten Schieflagen sozialer Gerechtigkeit, und zwar nicht nur auf unsichere materielle Standards, sondern zunehmend auf die Unsicherheit im Alter, in der Leistungsgerechtigkeit und – lange vor der PISA-Studie – vor allem bei den Bildungschancen.

Die Grundvorstellungen sozialer Gerechtigkeit ändern sich vielmehr sehr langsam, vor allem im Rhythmus des Generationenwechsels.

Insgesamt erwies sich in der Befragung von 2000 eine bemerkenswert große Mehrheit von 68% „eher zufrieden“ mit der „Demokratie in Deutschland“. Jedoch bedeutete dies keine kritiklose Zustimmung: „Besonders stolz“ auf die „Errungenschaft“ der „demokratischen Ordnung“ waren nur 40% der Befragten. Die übrigen 60% sind also auf die demokratische Ordnung eher weniger stolz, und zwar insbesondere Gruppen in sozialen Schiefen oder mit unsicheren Zukunftsperspektiven: die Frauen, die einfachen und die qualifizierten Arbeiter, die Ostdeutschen und die Jüngeren bis 24 Jahre.

Die Gründe dieser Skepsis lagen dabei nicht so sehr in der Sozialordnung als solcher. Diese fand vielmehr eine hohe Akzeptanz: 57% waren „besonders stolz“ auf die „Errungenschaft“ des „sozialen Friedens“. Diese breite Akzeptanz zielte zuletzt auf das grundlegende Aushandlungsmodell zwischen Kapital, Arbeit und Staat. So meinte eine überwältigende Mehrheit von 83%, „daß wir heute noch Gewerkschaften ... brauchen“. Selbst von den Selbständigen stimmten dem noch 70% zu – sowie von den Sympathisanten der CDU/CSU 76%, der FDP 76%, der Grünen 81%, der SPD 89% und der PDS 91%.

Dies entsprach einem vergleichbaren Ergebnis von 1991. Hier fand das *Modell der Arbeitnehmergesellschaft bzw. der sozialen Marktwirtschaft* mit seinen Ansprüchen auf Vollbeschäftigung und sozialen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit eine sehr hohe allgemeine Zustimmung von 78% bis 95% in allen Milieus, außer im Konservativ-technokratischen Milieu, das aber immerhin auch mit 60% zustimmte. – Der in der Geschichte der Bundesrepublik erkämpfte institutionelle Grundkonsens ist offensichtlich fest im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung verankert. Die Skepsis bezog sich also insgesamt weniger auf die gesellschaftspolitische Ordnung



Foto: Felix Welti (Kiel)

Abb. 3: Gesellschaftspolitische Lager und soziale Ordnungsmodelle in der Bundesrepublik

Elitemodelle (ca. 25%)		
(1)	Radikaldemokratisches Lager (RAD): <i>progressiv-liberales Elitemodell</i>	ca. 11%
(2)	Traditionell-konservatives Lager (TKO): <i>konservatives Fürsorgemodell</i>	ca. 14%
Solidaritätsmodelle (ca. 49%)		
(3)	Gemäßigt-konservatives Lager (GKO): <i>konservatives Solidaritätsmodell</i>	ca. 18%
(4)	Sozialintegratives Lager (SOZ): <i>progressiv-solidarisches Modell</i>	ca. 13%
(5)	Skeptisch-Distanziertes Lager (SKED): <i>Modell der Gegenseitigkeit</i>	ca. 18%
Protektionistische Modelle (ca. 27%)		
(6)	Enttäuscht-Autoritäres Lager (EA): <i>populistisches Anspruchsmodell</i>	ca. 27%
Repräsentativbefragung "Gesellschaftlich-politische Milieus in Westdeutschland" 1991: n = 2.684; deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten; Cluster- und Faktorenanalyse (M. Vester u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001, Kap. 12)		

als auf die Performanz der Politiker. Es war schon bemerkenswert, dass die von Helmut Kohl geführte konservativ-liberale Koalition die erste Regierung der Bundesrepublik war, die nicht durch den Seitenwechsel einer Koalitionspartei, sondern – aufgrund sozialer Enttäuschung – von den Wählern direkt abgewählt wurde. Ebenso bemerkenswert ist es aber, dass es der seit 1998 amtierenden rot-grünen Regierung nicht gelungen ist, die Enttäuschung in eine Mobilisierung für ein reformiertes Sozialmodell umzuwandeln. Nur 20% meinten im Jahre 2000, dass es unter der rot-grünen Bundesregierung mehr soziale Gerechtigkeit als unter Helmut Kohl gebe. 11% meinten das Gegenteil und 61% sahen keinen Unterschied. 54% meinten, daß es in unserer Gesellschaft eher sozial ungerecht zugeht. (Auch hier lagen die erwähnten benachteiligten Gruppen über dem Durchschnitt.)

Die Gründe hierfür waren in der Sozialpolitik, in der Arbeitslosigkeit und im Problem der Leistungsgerechtigkeit zu finden.

In der Sozialpolitik schien auf den ersten Blick keine extreme Unzufriedenheit zu bestehen. Den Umfang der bisher bestehenden Sozialleistungen fanden die meisten gerade richtig (48%), viele zu klein (28%) und nur wenige zu groß (17%). Das Bild ändert sich, wenn wir einzelne Felder der Sozialpolitik unterscheiden. Unzufrieden mit der sozialen Absicherung bei Krankheit waren 29%, mit der sozialen Absicherung im Alter 50%. Am größten war die Unzufriedenheit aber bei den Bildungsausgaben. 65% fanden sie zu niedrig, nur 24% gerade richtig.

Die hohe Unzufriedenheit mit den Bildungsinvestitionen verweist auf die auch schon im Jahre 2000 vorhandene Brisanz des Bildungsthemas, die von der Politik erst seit dem Schock der PISA-Studie im Sommer 2002 erkannt worden ist. Dabei war das Bewusstsein gerade in den bildungsnahen Gruppen im Jahre 2000 schon hochentwickelt: Überdurchschnittlich hohe Unzufriedenheit mit den Bildungsausgaben äußerten die unter 25-jährigen (74%), die unter 35-jährigen mit Hochschulreife (78%), die

leitenden Angestellten und Beamten (75%) und die politisch Interessierten (76%) sowie die Anhänger der liberalen und sozial-progressiven Parteien (FDP 73%, PDS 78%, Grüne 87%).

Die Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze und der Einkommen zeigt ebenfalls eine Stufung der Betroffenheit. Die Arbeitslosen (etwa 10%) bildeten dabei nur die Eisbergspitze. Hinzu kamen weitere 18%, die ihren Arbeitsplatz für gefährdet hielten. Die Summe beider Gruppen entspricht der Zahl derjenigen, die sich in der Befragung besonders besorgt um die Arbeitslosigkeit bzw. deren soziale Absicherung zeigten (33% bzw. 28%).

Weiter, auf etwa 56% der Bevölkerung, wächst der Eisberg, wenn wir die Zweifel an der Leistungsgerechtigkeit betrachten. Den Befragten wurde die Behauptung „Die meisten, die heutzutage im Leben nichts erreichen, sind selber schuld“ vorgelegt. 54% lehnten diese sozialdarwinistische These im Jahre 2000 ab, 3% mehr 1991. 56% lehnten die parallele Behauptung ab: „Wenn jemand genügend leistet, braucht er sich keine Sorgen um seinen Arbeitsplatz zu machen.“ Dies waren 15% mehr als 1991. Dabei zeigte sich auch eine größere Betroffenheit der Frauen. Die Ablehnung der Männer war auf 50% (10% mehr), die der Frauen auf 62% (19% mehr) gestiegen. Der Anteil derer, die nun die Annahme, dass Leistungsgerechtigkeit gewährleistet sei, entschieden und nicht nur eher ablehnten, hatte sich sogar auf 22% verdoppelt. – Der Eisbergsockel der Unzufriedenheit hat sich also seit 1991 nicht nur vergrößert, sondern auch verfestigt.

Zu diesem Eisbergsockel gehört nicht zuletzt das Misstrauen in Zukunftsperspektiven. 42% meinten im Jahre 2000: „Ich fürchte, daß ich meinen heutigen Lebensstandard in den nächsten Jahren nicht aufrechterhalten kann.“ Dies waren 2% mehr als 1991, bei den Frauen sogar 5% mehr. Der Anteil derer, die dem mit Entschiedenheit zustimmten, erhöhte sich um 7% auf 19%.

Die Prozentzahlen bestätigen insgesamt zweierlei. Zum einen drehen sich die Sorgen

tatsächlich nicht allein um die materiellen Standards, sondern um die Gerechtigkeit der Chancen und der Qualität des Lebens insgesamt. Zur Angst vor Arbeitslosigkeit (28%) und sinkendem Lebensstandard (42%) kommen die Sorgen um die Alterssicherung (50%), die Leistungsgerechtigkeit (56%) und die Bildungschancen (65%) hinzu. Zum anderen sind immer wieder diejenigen Gruppen besonders unzufrieden, die hinsichtlich der Leistungsgerechtigkeit besonders diskriminiert sind: Frauen, Arbeiter aller Qualifikationsgruppen, Ostdeutsche und die jüngere Generation.

6. Kritik an der Performanz der Politiker: Für mehr Demokratie von unten

Der zweite herausragende Befund der Befragungen lag darin, dass das Misstrauen gegenüber den Politikern zwar zugenommen hat, aber bei der großen Mehrheit der Befragten nicht auf einer passiven Erwartung beruhte, ohne Gegenleistung vom Wohlfahrtsstaat versorgt zu werden. Vielmehr war es mit einer wachsenden Bereitschaft zu Leistung und vor allem mehr aktiver politischer Mitwirkung verbunden. Das Misstrauen in die Politiker, das den 60% der mit sozialen Gerechtigkeitsfragen Unzufriedenen entspricht, hat sich seit 1991 von einer verdrossenen Stimmung sichtlich zu einer Grundhaltung der Enttäuschung verfestigt. Zwar hat sich der Prozentsatz derer nicht erhöht, die meinten: „Politiker können versprechen, was sie wollen, ich glaube ihnen nicht mehr.“ Er liegt bei 63% (vgl. Vester in: Korte/Weidenfels 2001, S. 164). Aber die Zustimmung ist entschiedener geworden: Statt 23% stimmten jetzt 31% dem zitierten Satz „voll“ und nicht nur „eher“ zu. Dabei hatte die nachhaltige Enttäuschung der Frauen die der Männer eingeholt. Sie war um 10% (auf 31%) gestiegen (Männer: um 6% auf 30%).

Die politische Kritik richtet sich vor allem gegen undurchsichtige und undemokratische Entscheidungsprozesse. 70% finden es nicht richtig, dass „immer häufiger politische Entscheidungen außerhalb der dafür vorgesehenen Gremien ausgehandelt“ werden. 89% bestehen darauf, dass „politische Entscheidungen durch demokratische Verfahren zustande kommen“. Dabei urteilen die Befragten offenbar weniger politisch-analytisch als von ihrem Ethos aus (vgl. Bourdieu 1982, S. 654-669), d.h. mit einer besonderen moralischen Färbung: 59% finden es richtig, „an Politiker höhere moralische Maßstäbe anzulegen als an andere Menschen“. Gleichzeitig gab es eine erstaunliche, seit 1991 verstärkte Mehrheit für eine wesentlich

erhöhte Partizipation, d.h. die direkte betriebliche, politische und ehrenamtliche Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger. Mit anderen Worten: Die Lösung der Krise der Repräsentation sahen viele darin, dass sie weniger an die Repräsentanten delegieren und mehr kraft eigener Kompetenz selbst regeln wollten.

72% (2% mehr als 1991) befürworteten die Forderung „Das Mitspracherecht der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz muß sehr viel größer werden.“ Dabei hatte sich Anteil derer, die „voll“ statt „eher“ zustimmten, sogar auf 44% verdoppelt. Überdurchschnittlich sind insgesamt die Befürwortungen bei Frauen (79%), Facharbeitern (79%), mittleren Angestellten und Beamten (77%), Arbeitslosen (85%) und Ostdeutschen (78%). – 1991 war zum Vergleich auch nach der Befürwortung einer Mitsprache der Gewerkschaften im Betrieb gefragt worden. Sie lag etwa 20 Punkte tiefer und nur zu 13% bei einer „vollen Zustimmung“. Dies war kein schlechtes Ergebnis. Aber ganz offensichtlich wollen die Befragten ihre Kontrolle öfter lieber selbst ausüben als sie zu delegieren – ein indirekter Hinweis auf einen Mangel an direkten Partizipationsmöglichkeiten in Gewerkschaften. 80% (11% mehr als 1991) befürworteten die direkte Bürgerpolitik: „Wenn man heute als Bürger politisch etwas erreichen will, muß man die Dinge selbst in die Hand nehmen.“ Der Feststellung stimmten „voll“ zu von allen 49% (30% mehr als 1991), von den Männern 45% (25% mehr)

(35% mehr). Ähnlich tendierten die Antworten zu der Frage „Sollten in dieser Gesellschaft an wichtigen politischen Entscheidungen die Bürger direkt beteiligt werden, oder sollten dafür die gewählten Politiker verantwortlich sein?“ 66% befürworteten

eine solche Bürgerbeteiligung, überdurchschnittlich vor allem Befragte unter 40 Jahren.

Bezeichnend ist auch, dass trotz der sog. Verdrossenheit das *politische Desinteresse* abgenommen hat. Statt 66%, wie 1991, meinten nur noch 52%: „Für mich gibt es wichtigere Dinge zu tun, als sich um Politik zu kümmern.“ Der Anteil derer, die Politik eher für wichtig halten, ist um 13% auf 47% gestiegen.

28% geben an, eine *unentgeltliche soziale oder karitative Tätigkeit* auszuüben, und zwar Männer und Frauen praktisch gleich. Eine *andere ehrenamtliche Tätigkeit*, z.B. in einem Verein oder einer Partei, geben 29% an, und zwar 38% der Männer und 21% der Frauen. Insgesamt bestätigen die repräsentativen Daten das hohe Gewicht der Unzufriedenheit mit qualitativ-partizipatorischen Standards im Vergleich zur Unzufriedenheit mit quanti-

tativ-materiellen Standards der Lebensweise. Die Zweifel an der Verteilungs- und Leistungsgerechtigkeit sind dabei überdurchschnittlich hoch bei den Frauen, bei den einfachen Arbeitern und den Facharbeitern, bei den Befragten ohne (oder ohne sicheren) Arbeitsplatz und bei den Ostdeutschen, teilweise auch bei der jüngeren Generation.

7. Chancen eines integrativen Sozialmodells

Im Dezember 2000 berichtete „Die Zeit“ über eine Studie, die vor allem die autoritäre und ausländerfeindliche Verarbeitung der sozialen Unsicherheiten betont. Dies signalisierte schon der Titel: „Starke Hand gesucht. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt: Autoritäre Einstellungen und Angst vor den Fremden steckt auch in den Köpfen der bürgerlichen Mitte“. Die Studie, so hieß es, „untermauert die Annahme, daß in der Bundesrepublik nach wie vor eine stark autoritäre Mentalität zu Hause ist – im Osten wie im Westen, in Unter-, Mittel- und Oberschichten.“ (Vgl. Hofmann, Die Zeit, 20.12.2000, S. 7)

Auch unsere Befragung verwies auf ein nicht geringes autoritäres Potential. Jedoch ließ sich dieses genauer in bestimmten gesellschaftspolitischen Lagern lokalisieren, die wir in der Landkarte der sozialen Milieus einordnen können (Abb. 3). Demnach sind die bedrohlichen autoritären Potentiale nicht überall, wie suggeriert wird, sondern in ganz bestimmten Milieus am rechten und unteren Rand der sozialen Landkarte zu finden: im sog. „Enttäuscht-autoritären Lager“ mit doch immerhin 27% der Bevölkerung. Dieses Potential flortiert auch nicht frei, beliebig von rechten Demagogen mobilisierbar, sondern es ist mehrheitlich noch von den großen Volksparteien gebunden. Aber diese Bindung ist, wie die Wahlerfolge des Rechtspopulismus zeigen, nicht mehr sicher, vor allem solange die Politik die Modernisierungsverlierer vernachlässigt.

Die Verortungen drücken den Spagat aus, den die politischen Parteien bewältigen müssen, wenn sie ihre Klientel aus den verschiedenen Milieus und Lagern mobilisieren und repräsentieren wollen. Vor allem die großen Volksparteien müssen ihre Anhänger jeweils aus mehreren Lagern schöpfen, wenn auch mit gewissen Schwerpunkten. So kann z.B. die CDU/CSU die Arbeitnehmer aus den konservativeren Milieus und Lagern mobilisieren, aber, über den modernen CDU-Flügel, auch einen Teil der moderneren Arbeitnehmer. Spiegelbildlich kann die SPD vor allem Arbeitnehmer aus moderneren Milieus und Lagern mobilisieren, aber, über den rechten SPD-Flügel, auch einen Teil der konser-

Die Sorgen drehen sich nicht allein um die materiellen Standards, sondern um die Gerechtigkeit der Chancen und der Qualität des Lebens insgesamt.

vativen Arbeitnehmer. Die nachlassende Integrationskraft der oberen Milieus – die Krise der politischen Repräsentation – drückt sich in vier Tendenzen aus.

- Die beiden konservativen Kernlager (TKO und GKO) erreichen mit gut 30% zwar noch weitgehend die konservativen Arbeitnehmersmilieus, erodieren aber deutlich infolge modernerer Bildung und Lebensstile.

- Das ökologisch und zivilgesellschaftlich orientierte Radikaldemokratische Lager (RAD) hat infolge elitärer und teilweise neoliberaler Orientierungen nur Bindekraft für gut 10%, in den oberen Milieus. Es hat sich als „Leitmilieu“ ungeeignet erwiesen.

- Die beiden Lager der solidarischen Sozialmodelle (SOZ und SKED) sind mit mehr als 30% gut in den großen moderneren Arbeitnehmersmilieus verankert, aber vom Abbau sozialer Sicherungen und vom gesellschaftspolitischen Kurs der politischen Eliten tief enttäuscht.

- Für mehr als ein Viertel der Westdeutschen (EA) besteht die Bindekraft der großen Parteien nur noch äußerlich. Sie sehen ihre Ansprüche gegenüber dem Staat enttäuscht und fühlen sich von den Modernisierern im Stich gelassen. Sie verarbeiten dies mit autoritären Ressentiments und rechtspopulistischen Sympathien.

Die zentrifugalen Tendenzen beruhen auf der Seite der populären Milieus in einer verfestigten Skepsis gegenüber der Fähigkeit der Eliten, den gesellschaftspolitischen Umbau als eine Kombination von marktgerechter Flexibilität und sozial gerechter Risikosicherung zielsicher anzupacken. Die Eliten sind unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders letzthin responsiver geworden, sie reagieren stärker auf Unzufriedenheit. Aber ihnen fehlen Perspektiven, die neoliberale Sparpolitik von Maastricht zu beenden und die verschiedenen Ansprüche und Sozialmodelle der sechs Lager zu integrieren.

Möglich wäre dies durchaus. Die Befragungsdaten zeigen nicht nur, dass die sozialen Milieus das sozialstaatliche Modell der Bundesrepublik immer noch zu gut 80% gutheißen. Sie zeigen auch, dass die verschiedenen sozialen Ordnungskonzepte der Lager (Abb. 3) einen gemeinsamen Nenner haben. Die Solidaritätsmodelle überwiegen mit 49%. Es sind solche Modelle, für die *Solidarität und Eigenverantwortung zusammengehören* und nicht – wie in neoliberalen oder protektionistischen Sozialmodellen – gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Beide Elemente – Solidarität und Eigenverantwortung – könnten entweder unter konservativem oder unter sozialdemokratischem Vorzeichen in dem Integrationskonzept eines „partizipatorischen Wohlfahrtsstaats“ zusammengefaßt werden (vgl. Vester in: Korte/Weidenfels

2001, S. 172-180). Die große Minderheitsgruppe der Modernisierungsverlierer von 27%, die ein protektionistisches Modell gutheißt, könnte durch eine Politik sozialer Mindestgarantien ins Boot geholt und dem Rechtspopulismus abspenstig gemacht werden. Die kleine Minderheitsgruppe der Radikaldemokraten (11%) ist sozial so gut gestellt, dass ihnen keine exzessiven Konzessionen gemacht werden müssen, zumal sie eine partizipatorische Gestaltung des Wohlfahrtsstaates attraktiv finden würden. Stattdessen üben die Regierenden weiterhin Druck auf das korporative Aushandlungssystem und die Parlamente aus, um ihre beiden seit 1999 verfolgten Hauptprojekte Schritt für Schritt voranzubringen: die Institutionalisierung eines prekären Sektors am unteren Rand des Arbeitsmarktes, die die Arbeitslosen und Arbeitsunwilligen mobilisieren soll, und Reformen des Bildungssystems, von denen immer noch nicht klar ist, ob sie auf eine selektive Förderung der bisher bevorzugten Bildungsschichten oder auf eine breite Förderung der benötigten Bildungsreserven, wie sie die meisten anderen Länder betreiben, hinauslaufen soll.

Diese Doppeldeutigkeit entspricht dem Spagat zwischen den Teilen der Elitemilieus, die neoliberalen Projekten der Risikoverlagerung nach unten zuneigen, und den großen Volksmilieus, für die Eigenverantwortung und Solidarität zusammengehören. Diese Elitemilieus können die Volksmilieus weder hinreichend politisch repräsentieren noch hinreichend zur Wahl mobilisieren, wenn sie nicht die Möglichkeit eines neuen historischen Kompromisses nutzen.

spw 1/2003

Literatur

- Peter A. Berger, Individualisierung, Statusunsicherheit und Erfahrungsvielfalt, Opladen 1996.
- Peter A. Berger/Stefan Hradil (Hg.), Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile, Göttingen 1990
- Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M. 1982, S. 654-669.
- Pierre Bourdieu, Pierre u.a., Das Elend der Welt, Konstanz 1997 [1993].
- Theodor Geiger, Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln und Hagen 1949; Dahrendorf, Ralf, Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft, Stuttgart 1957.
- Heiner Geißler, Die neue soziale Frage, Freiburg i.Br. 1976.
- Gunter Hofmann, Starke Hand gesucht, in: Die Zeit, 20.12.2000, S. 7.
- Stefan Hradil, Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen 1987.
- Werner Hübinger, Prekärer Wohlstand, Freiburg i.Br. 1996.
- Karl-Rudolf Korte/Werner Weidenfeld, Werner (Hg.), Deutschland-TrendBuch, Opladen 2001, S. 675-711;
- Peter Sopp/Dirk Konietzka, Gespaltener Arbeitsmarkt – Ausgeschlossene Individuen, Vortragsms., 1998.
- Edward Palmer Thompson, Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt a.M. 1987 [1963].
- Michael Vester, Milieus und soziale Gerechtigkeit, in: Korte/Weidenfeld, a.a.O., S. 160-171).
- Michael Vester, Peter von Oertzen u.a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001,
- Karl Georg Zinn, Wie Reichtum Armut schafft, Köln 1998, S. 55, 75.

www.sozialismus.de

Sozialismus

Kein Krieg gegen den Irak
Pursue Algebr - Bewusstseins in Politik
Gleichberechtigung
Taktik: Vor der Zerstörung
Weise Eider mit dem Beach Boys surft



Redaktion Sozialismus: Nein zum Krieg!
Ulrich Cremer: Nachruf auf Dieter S. Lutz;
Peter Lock: Das Imperium des Chaos

Fausto Bertinotti: Die Lektion der sozialen Bewegungen; Redaktion Sozialismus: Bewegungen & Politik

Hans-Georg Lorenz: Berlin – Ein Fall von fiskalpolitischer Fahrerflucht; Joachim Bischoff: Realitätsflucht – Zur Programmdebatte der PDS; Jörg Finkenberger: Die Rechte vor und nach dem NPD-Verbot; Joachim Bischoff: Was tun gegen Stagnation und Deflation?

Michael Wendl: Kompromiss im öffentlichen Dienst; Richard Detje: Verbetriebligung und Vermarktlichung – Wandel der Leistungsentlohnung; Ewald Wehner: Jenseits der Grenzen des Arbeitskampfrichts; Michael Wendl: DGB – Plädoyer für die Deflation? Hans-Jürgen Urban: Das neue europäische Sozialmodell und die Linke in Europa

Ömer Turgut: Die Türkei laviert; Hanna Ndlovu: ANC definiert sich links

Wenn Eisler mit den Beach Boys surft: Interview mit Heiner Goebbels; Holger Hegewald/Mario Keßler: Erwin Chargaff – Biochemiker und Gesellschaftskritiker
Marion Fisch: »Bowling for Columbine« (Filmkritik)

Supplement: S. Gindin/L. Panitch/Monthly Review-Redaktion/J. Bischoff/R. Detje
Krise der US-Ökonomie
Kontroversen der Linken

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

Zwischen Tradition, Modernisierung und Hoffnung

Konsequenzen der Bundestagswahl 2002 für den politischen Wettbewerb

von *Ulrich Eith*

Die Bundestagswahl 2002 ist mit einem ungewöhnlich knappen Ergebnis entschieden worden. Ein Vorsprung von gerade einmal 6000 Stimmen ermöglichte es der SPD zum dritten Mal nach 1972 und 1998, als stärkste Partei aus den Wahlen hervorzugehen. Dabei hatten noch wenige Wochen vor dem Wahltermin nicht wenige Beobachter und Meinungsforschungsinstitute einen klaren Sieg der Union prognostiziert. Wirtschaft und Aktienkurse befanden sich seit dem Sommer 2002 auf Talfahrt, die Arbeitslosigkeit hatte Höchststände erreicht.

Konstant lag die Union in wirtschaftspolitischen Kompetenzfeldern vor den Sozialdemokraten, wenngleich die stabilen Popularitätswerte von Gerhard Schröder die seines Herausforderers stets weit übertrafen. In einer rasanten Aufholjagd konnte der Bundeskanzler nach der Flutkatastrophe in Ostdeutschland und mit Hilfe eines strikten Anti-Kriegs-Kurses in Sachen Irak das Blatt kurz vor Toreschluss jedoch wenden. Das rot-grüne

Regierungsbündnis erhielt seine „zweite Chance“, wie etwa die Berliner taz titelte. Es gehört zu den wahlsoziologischen Besonderheiten der vergangenen Bundestagswahl, dass diese Wahl von Schröder mit hohen Sympathie- bei nur mäßigen Kompetenzwerten gewonnen werden konnte. Dazu passt, dass diese erneute Chance zum Regieren einem Blanko-Scheck seitens der Wähler gleicht, der allerdings in wichtigen Punkten eine unzureichende Deckung aufweist. In weitgehender Übereinstimmung mit den politischen Präferenzen in Deutschland befindet sich die amtierende Regierungskoalition vor allem bei gesellschaftspolitischen und ökologischen Themen wie Zuwanderung, Staatsbürgerschaftsrecht, Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemein-

schaften oder auch Atomausstieg. Eine Mehrheit im Land begrüßt den kulturellen Wandel der letzten vier Jahre und steht für eine offene und tolerante Gesellschaft. Weniger eindeutig hingegen erscheint die Übereinstimmung zwischen Rot-Grün und den Bevölkerungspräferenzen in Fragen der Wirtschaftspolitik. Die Erwartungen an die Regierung hinsichtlich der Reformierung der sozialen Sicherungssysteme und des Arbeitsmarktes, der Ankurbelung der Wirtschaft oder auch der Sicherung des Haushalts und somit der staatlichen Handlungsfähigkeit sind verständlicherweise hoch – gleichwohl in zentralen Punkten fast schon gegensätzlich. Während viele angesichts der aktuellen Krise nach

Instrumenten aus der neoliberalen Folterkammer rufen, stehen bei der sozialdemokratischen Wählerklientel vor allem Forderungen nach einer sozial gerechten Lastenverteilung im Vordergrund. Der zögerliche Amtsbeginn der neuen Bundesregierung konnte keiner dieser Erwartungen gerecht

werden. Allseits vermisst wurde die ansonsten hoch eingeschätzte Führungsstärke des Kanzlers sowie klare inhaltliche Reformkonzepte. Die politisch unverständliche Passivität der Regierung im Anschluss an die gewonnene Wahl provozierte eine massive Welle der Kritik, der rasante Absturz in den Meinungsumfragen offenbarte eine große Distanz zwischen Regierung und Regierten.

Darüber hinaus verdeutlicht der Ausgang der Bundestagswahl 2002 in den verschiedenen Regionen und gesellschaftlichen Milieus Deutschlands regionale und gruppenspezifische Besonderheiten des aktuellen Wählermarktes und politischen Wettbewerbs. Die Parteien sind angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse gut beraten,

hieraus für ihre politische Arbeit die entscheidenden Konsequenzen zu ziehen.

Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2002

Im Vergleich zu den vorangegangenen Wahlen weist die vergangene Bundestagswahl zumindest drei bemerkenswerte Auffälligkeiten des Wählerverhaltens auf.

Aus geographischer Perspektive wird zum Ersten eine Dreiteilung der Republik deutlich. CDU/CSU dominieren den katholischen Süden, die Sozialdemokraten beherrschen weitgehend den protestantischen Norden. Der Union gelang die Vormachtstellung in Westdeutschland, wenngleich sie diesmal eines ihrer schlechtesten Wahlergebnisse hinnehmen musste. Überdurchschnittliche Zuwächse erfolgten vor allem in den beiden südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg, im Norden stagnierten ihre Stimmenanteile. Spiegelbildlich hierzu fielen die Ergebnisse der SPD aus. Trotz klarer Verluste in Westdeutschland konnte sie sich zumindest in den nördlichen Bundesländern fast flächendeckend gegen die Union behaupten.

Hinzu kommen wie auch bei den Wahlen der 1990er Jahre die Besonderheiten des ostdeutschen Wählerverhaltens. Gegenläufige Ergebnisse in Ost und West musste diesmal insbesondere die SPD hinnehmen. Die Verluste in Westdeutschland lassen die Sozialdemokraten dort hinter ihr Ergebnis von 1998 zurückfallen. Im Osten hingegen gelangen Zuwächse, die den Status der SPD als stärkste Partei Ostdeutschlands und einen komfortablen Vorsprung vor der Union sicherten. Es gehört allerdings zu den Lehren vergangener Wahlen, dass das ostdeutsche Wählerverhalten großen Schwankungen unterliegt. Angesichts der bislang noch geringer ausgebildeten Parteibindungen ist die aktuelle Vormachtstellung der SPD im Osten also keineswegs automatisch auch für die Zukunft gesichert.

So bleibt aus diesem Blickwinkel zukünftig zu beobachten, ob sich hinter der aufgezeigten Dreiteilung des Wählerverhaltens etwa tiefere Unterschiede in den regionalen politischen Kulturen Deutschlands verbergen, wobei angesichts der Wahlergebnisse 2002 der Süden in pointierter Zuspitzung dann wohl für Tradition, der Norden für Moderni-

Die erneute Chance zum Regieren gleicht einem Blanko-Scheck seitens der Wähler, der allerdings unzureichende Deckung aufweist.

sierung und der Osten für Hoffnung steht. Zum Zweiten offenbaren die Wahlergebnisse Verschiebungen im geschlechtsspezifischen Wahlverhalten. Für die SPD kann geradezu von einer Feminisierung ihrer Wählerschaft gesprochen werden. Im Westen verloren die Sozialdemokraten überdurchschnittlich bei Männern, im Osten gelangen hohe Zugewinne gerade bei Frauen. Zu einem gewissen Teil mag dies auf die Ausstrahlung des Bundeskanzlers zurückgehen. Ganz offensichtlich aber hat die Thematisierung des möglichen Irak-Kriegs in der Endphase des Wahlkampfes nicht nur die brisanten innenpolitischen Fragen nach dem Zustand der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in den Hintergrund gedrängt. Gerade auch ältere Frauen konnten über die ethisch-moralischen Aspekte der Kriegsfrage zur Unterstützung der SPD mobilisiert werden. Es passt zudem ins Bild einer auf gesellschaftspolitische Modernität setzenden SPD, dass die Union bei der Familienkompetenz weit hinter der SPD rangiert, und das nicht nur bei Frauen unter 35 Jahren.

Der rot-grüne Wahlsieg geht aus dieser Perspektive auf die Frauen zurück, während sich die Männer 2002 mehrheitlich für Schwarz-Gelb ausgesprochen haben. Dennoch bleibt abzuwarten, ob sich hier wirklich eine neue, parteipolitisch wirksame Trennlinie zwischen den Geschlechtern abzeichnet. Fest steht zumindest, dass es die SPD derzeit weitaus besser als etwa die Union versteht, aktuelle Lebenswirklichkeiten und anstehende gesellschaftspolitische Fragen der Menschen aufzunehmen und in mehrheitsfähige politische Positionen und Konzepte umzusetzen.

Zugleich fällt aber aus sozialstruktureller Perspektive zum Dritten die zunehmende Abkehr mittlerer bis unterer sozialer Bevölkerungsgruppen von der Sozialdemokratie

auf, wobei auch hier Unterschiede zwischen Ost und West sichtbar werden. In Westdeutschland verlor die SPD weit überdurchschnittlich bei ihren traditionellen Stammwählern, den teils auch gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern. Von deren Frust profitierte diesmal die Union, viele entschieden sich auch für die Wahlenthaltung. Im Osten konnte die SPD demgegenüber ihre Stimmenanteile bei den Arbeitern im Vergleich zu 1998 nochmals leicht steigern, wobei diese allerdings 1990 und 1994 noch mehrheitlich die Union unterstützt hatten.

Insgesamt mehrten sich in den letzten Wahlen die Anzeichen einer wachsenden Entfremdung zwischen traditioneller sozialdemokratischer Stammwählerschaft und der SPD. Die von der rot-grünen Regierung in der letzten Legislaturperiode angestoßene und in weiten Teilen der Gesellschaft positiv beurteilte kulturelle Modernisierung stellt nun gerade für diese Wählerklientel kein zentrales Interessengebiet dar. Konnte deren Lebenswelten und Prioritäten 1998 noch Oscar Lafontaine glaubhaft repräsentieren, werden heute vielerorts beträchtliche kulturelle Distanzen zwischen den eigenen Lebensentwürfen und den gesellschaftspolitischen Konzepten der rot-grünen Bundesregierung wahrgenommen. Entsprechend gelten etwa die Green-Card-Regelung, das neue Zuwanderungsgesetz oder auch die Ökosteuer vor allem als Belastung. Für große Teile der Arbeiterschaft rangieren die existenziellen Fragen nach der Sicherheit des Arbeitsplatzes und der materiellen Lebensgrundlagen verständlicherwei-

se weit vor soziokulturellen oder ökologischen Problemen.

Der gemeinsame politische Nenner der unterschiedlichen sozialdemokratischen Wählerpotentiale stellt nach wie vor die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit dar. Zudem hat sich an den ausgeprägten wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen der SPD-Sympathisanten trotz einer nunmehr jahrzehntelangen Hegemonie neoliberaler Politikvorstel-

lungen in den öffentlichen Diskussionen kaum Entscheidendes geändert. Gerade die „einfachen Leute“ unter den potentiellen SPD-Wählern erwarten politische Führungsstärke und Konzepte, die bei allen Erfordernissen der wirtschaftlichen

Modernisierung die zentrale Berücksichtigung des Gedankens der sozialen Gerechtigkeit erkennen lassen. Andernfalls läuft die SPD Gefahr, die Unterstützung großer Teile ihrer traditionellen Wählergruppen aus mittleren und unteren sozialen Schichten dauerhaft zu verlieren. Nutznießer ist hierbei in nicht wenigen Fällen die Union, zudem ergeben sich Entfaltungsmöglichkeiten für populistische Politikangebote.

Veränderungen des politischen Wettbewerbs

Die aufgezeigten Besonderheiten des Wählerverhaltens 2002 bekommen ihre Bedeutung letztlich vor dem Hintergrund theoretischer Annahmen über die längerfristige Entwicklung des politischen Wettbewerbs. Analytisch sind hierbei strukturelle und akteursorientierte Faktoren zu unterscheiden, da Veränderungen der parteipolitischen Präferenzen von sozialen Gruppen keine unabwendbaren Naturereignisse, sondern zum Großteil das Resultat des Handelns der entsprechenden politischen Eliten sind.

Aus struktureller Perspektive verläuft der aktuelle Parteienwettbewerb seit den frühen 1990er Jahren im Wesentlichen vor dem Hintergrund zweier tiefgreifender, sich gegenseitig auch überlagernder Konfliktlinien. Eine erste Dimension umfasst Fragen der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung. In plakativer Verkürzung stehen hierbei neoliberale, marktorientierte Modelle einem sozialstaatlichen, auf Verteilungsgerechtigkeit bedachten Interventionismus gegenüber. Eine zweite Dimension resultiert aus der Verbreitung ganz unterschiedlicher Lebensstile und bezieht sich stärker auf kulturelle Aspekte der politischen Machtausübung. Gerade bei jüngeren Generationen hat sich im Zuge des Wertewandels und der Bildungsexplosion ein partizipationsorientiertes, auf Kommunikation zielendes Politikverständnis herausgebildet, das häufig durch entspre-

Insgesamt mehrten sich die Anzeichen einer wachsenden Entfremdung zwischen traditioneller sozialdemokratischer Stammwählerschaft und der SPD.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

chende lebensweltliche Erfahrungen und Arbeitsbedingungen in den modernen Humandienstleistungsberufen gestützt wird. Der traditionelle, auf Interessenrepräsentation und politischer Führung basierende Politikstil älterer, häufig auch formal geringer ausgebildeter Bevölkerungsgruppen wird hierdurch zunehmend in Frage gestellt.

Die parteipolitischen Antipoden stellen aus dieser Sicht die Grünen und die Republikaner dar. Darüber hinaus verlaufen die Konfliktlinien jedoch quer durch die potentiellen sozialdemokratischen Wählergruppen mit ihren unterschiedlichen politischen Erwartungen und Interessen: Idealtypisch trennen

sie den stärker auf autoritärere Politikmuster setzenden Facharbeiter vom wertgewandelten Studienrat mit seiner Präferenz für dezentrale, flach hierarchisierte Entscheidungsprozesse.

Aus akteursorientierter Sicht ist auf die ideologischen Positionsveränderungen der europäischen Sozialdemokratie zu verweisen, die unter Namen wie „Third Way“ oder auch „Neue Mitte“ im Verlaufe der 1990er Jahren etwa in den Niederlanden, Schweden, Großbritannien oder auch Deutschland vollzogen wurden. Diese Neuausrichtung auf einen Mittelweg zwischen Neoliberalismus und alter Sozialdemokratie mit ihrer Konzentration auf staatliche Regulierungsmechanismen hat allerdings zugleich zu einer ideologischen Annäherung an christdemokratische Politikvorstellungen geführt. Die Unterschiede zwischen der einst von Ludwig Erhard skizzierten „sozialen Marktwirtschaft“ und dem aktuellen Po-

litikmodell der „Neuen Mitte“ sind bestenfalls graduell.

Die Folgen dieser programmatischen Annäherung liegen auf der Hand. In vielen, insbesondere den wirtschaftlichen Politikfeldern konkurrieren Christ- und Sozialdemokratie inzwischen kaum noch um die Zustimmung der Wählerschaft zu alternativen programmatischen Politikentwürfen. Die identitätsbildenden politischen Schlachten etwa

um die Wiederbewaffnung, die Ostpolitik oder auch die Nachrüstung sind seltener geworden. Häufig geht es bei der heutigen Wahlentscheidung um die wirtschaftliche Zukunftskompetenz, um die Frage, wer denn die

auf dem Tisch liegenden Konzepte am besten und mit höchster Effizienz politisch umzusetzen vermag. Auch aus diesem Grund hat die Personalisierung der politischen Auseinandersetzung in letzter Zeit zugenommen. Gefragt ist in vielen Fällen politische Durchsetzungsfähigkeit, wobei sich diese nicht in der alleinigen Moderation gesellschaftlicher Interessenkonflikte erschöpfen darf.

Darüber hinaus fehlen aktuell die emotionsgeladenen Kristallisationspunkte zur Ausprägung und Stabilisierung parteipolitischer Bindungen. Wenn die inhaltlichen Zielvorstellungen der politischen Akteure zudem nicht richtig deutlich werden, wenn politische Führung mit Management – der operativen Abwicklung anstehender Geschäfte – verwechselt wird, steigt die Wahrscheinlichkeit für politische Entfremdung und Frust. In solchen Situationen fallen die schlichten Alternativen der Rechtspopulisten vielerorts auf fruchtbaren Boden.

Fazit

Wahlen stellen immer auch einen Gradmesser für Erfolg oder Misserfolg der politischen Arbeit der Parteien dar. Mit Blick auf die Ergebnisse 2002 können für beide großen Volksparteien Integrationsdefizite konstatiert werden.

Die großen regionalen Differenzen der Wahlergebnisse von CDU/CSU spiegeln zunächst einmal die seit langem beobachtbaren kulturellen Unterschiede zwi-

schen norddeutschen Protestanten und süddeutschen Katholiken wider. Dahinter werden aber auch innerparteiliche Positionskämpfe sowie Konflikte um die Definition eines zeitgemäßen bürgerlichen Politikangebots in der Gesellschafts- und auch Wirtschaftspolitik deutlich. Auch die Union wird sich künftig der bislang durch etliche Affären verdrängten innerparteilichen Diskussion zum Verhältnis von Sozialstaat und akzeptabler Deregulierung nicht entziehen können. Als gesamtdeutsch erfolgreiche Volkspartei muss sie gesellschaftliche Veränderungen aufgreifen und mitgestalten. Andernfalls droht die Selbstbeschränkung auf Minderheitenpositionen. Die relative schwache Stellung bei den Frauen 2002 signalisiert bereits erste Abkopplungstendenzen in moderneren, teils auch urbanen Milieus.

Den Sozialdemokraten verbleiben in der Regierungsverantwortung prinzipiell mehrere Alternativen. Eine Politik der spürbaren Neuverschuldung und Steuererhöhung wird allerdings in den stark neoliberal orientierten öffentlichen Diskussionen zu erheblichen Widerständen, einem ausgeprägten Wirtschaftspessimismus und einer Blockadepolitik seitens der Opposition führen. Eine Strategie der Deregulierung wiederum ist den sozialdemokratischen Anhängern mit ihren Forderungen nach sozialstaatlicher Absicherung nur dann zuzumuten, wenn diese durch zielgerichtete Maßnahmen der sozialen Lastenverteilung ergänzt und abgefedert wird. So kann etwa eine effektivere Bildungspolitik für mittlere und untere soziale Gruppen die Zumutungen wirtschaftlicher Modernisierung mindern, indem sie die Chancen potentieller Modernisierungsverlierer auf einen adäquaten Arbeitsplatz und somit die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand spürbar vergrößert. Die zukünftige Mehrheitsfähigkeit der SPD hängt ganz entscheidend davon ab, ob sie den schleichenden Abkopplungsprozess bei ihren traditionellen Stammwählern stoppen und drehen kann.

spw 1/2003

Literatur:

- Arzheimer, Kai / Jürgen W. Falter (2002): Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 49-50, S. 27-35.
- Eith, Ulrich (1999): Parteien, in: Werner Weidenfeld, Karl-Rudolf Korte (Hg.): *Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 617-631.
- Eith, Ulrich / Gerd Mielke (2001) (Hg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Forschungsgruppe Wahlen (2002): *Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2002*, Mannheim.
- Hartenstein, Wolfgang / Rita Müller-Hilmer (2002): Die Bundestagswahl 2002: Neue Themen – neue Allianzen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 49-50, S. 18-26.
- Oberndörfer, Dieter / Gerd Mielke / Ulrich Eith (2002): SPD und Union wirkten konzeptionell kraftlos und ausgebrannt. Abweichende Wählerpräferenzen und alte Verhaltensmuster. Eine Detailanalyse der Bundestagswahl, in: *Frankfurter Rundschau* Nr. 225 v. 27.9.2002, S. 20 (www.politik.uni-freiburg.de/pdf/AWF-bt02.pdf)

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT

MENSCHEN-VERSUCHE

BAYER testet Pestizide an Menschen.

STICHWORT BAYER

Widerstand gegen Konzernmacht.

Konkret, spannend, international.

Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org

KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

Mediendiskurse und Politik

Anmerkungen zu den TV-Duellen zwischen Schröder und Stoiber im Bundestagswahlkampf 2002

Von Christian Schicha

Politikvermittlung in der Mediendemokratie im Spannungsfeld zwischen Aufklärung und Amüsement avanciert zum Schauspiel, um den Unterhaltungsbedürfnissen der Rezipienten gerecht zu werden. Dies zeigt sich auch in der verstärkten Präsentation von Politikern in Talkshows, wo es im Rahmen der fernsehbestimmten Inszenierung durch die Fokussierung auf Personen primär darauf ankommt, die faktische Komplexität politischer Willensbildungsprozesse durch dramaturgische Strategien der „Spannung, Verkürzung, Simplifizierung“ (Oberreuter 1997, S. 21) zu reduzieren. Dennoch existieren für Gesprächssendungen im Rahmen der politischen Berichterstattung nach wie vor davon unabhängige normative Leitlinien. Beim Blick auf den programmrechtlichen Auftrag an politische Talkshows verfügen diese über die Aufgaben:

- zu informieren,
- Meinungen und kontroverse Standpunkte argumentativ auszutragen und
- politische Alternativen sichtbar werden zu lassen sowie
- Lösungen durch Verständigung und Kompromisse zu erreichen (vgl. Petter-Zimmer 1990).

Am Beispiel der TV-Duelle im Bundestagswahlkampf 2002 sollen die spezifischen Inszenierungsmechanismen der jeweiligen Sendungen und der teilnehmenden Protagonisten skizziert und problematisiert werden.

Politische Talkshows als inszenierte Gespräche

Politische Talkshows als Katalysatoren für politische Konstitutionsprozesse werden in der Regel live ausgestrahlt und gelten als kostengünstige Form der Information, Unterhaltung, Selbstdarstellung, Imagepflege, Karrierearbeit, Parteiwerbung, Interessenartikulation sowie Meinungsbildung (vgl. Lucas 1992). Sie lassen sich als inszenierte Gespräche klassifizieren, bei der die Zuschauer zwar in der Regel nicht direkt angesprochen werden, jedoch als Adressat der beteiligten Diskussionspartner fungiert. Die geführten Gespräche sind weniger erkenntnisleitend,

sondern auf die positive Reaktion der Rezipienten hin ausgerichtet, die durch entsprechende Inszenierungsstrategien erreicht werden sollen. Das Streitgespräch ist als Inszenierungsform deshalb so erfolgreich, weil es die beiden für den Zuschauer attraktivsten Qualitäten einer Gesprächssituation miteinander kombiniert: Die Teilnehmer können heftig aneinander geraten und dennoch Kooperationsbereitschaft signalisieren. Trotz der erwünschten Konfrontation, die zumeist schon durch die Auswahl der Teilnehmer vorprogrammiert wird, wird gleich-

zeitig immer auch die formale Botschaft ausgesendet, dass man „über alles reden kann“. Der Unterhaltungseffekt besteht darin, dass sowohl die Lust am Verfolgen einer Auseinandersetzung als auch das Bedürfnis nach der Beobachtung der emotionalen Aspekte dieser Auseinandersetzung befriedigt wird. Streitgespräche richten sich zunächst an das Fernsehpublikum; erst an zweiter Stelle rangieren die Diskutanten oder Kontrahenten als Adressaten der Debatte. Dieser Sendetyp ist – ebenso wie Interviews, Pressekonferenzen, Parteitage – als ein Mittel zu dem Zweck zu sehen, das Wahlvolk zu erreichen. Somit dokumentiert die politische Talkshow immer auch einen Wettkampf. Es wird erwartet, dass die an der Diskussion beteiligten Akteure die Regeln und Techniken der öffentlichen Selbstdarstellung beherrschen und „gut rüberkommen“. Neben der Vermittlung politischer Argumente sind schauspielerische Fähigkeiten und Entertainmentqualitäten der beteiligten Protagonisten gefragt. Da nur wenige prägnante Vertreter über diese Fähigkeiten verfügen, erstaunt es nicht, dass immer wieder dieselben medientauglichen und bisweilen charismatischen „Medienintellektuellen“ in den Diskussionen auftauchen, die über hohe Selbstdarstellungs- und Unterhaltungskompetenzen verfügen. Exemplarisch

seien an dieser Stelle die Akteure Drewermann, Schorlemmer, Geißler, Gysi, Fischer, Westerwelle und Glotz erwähnt, die regelmäßig in TV-Gesprächsrunden Reklame für ihre gute Gesinnung machen.

Obwohl das Publikum, also die Fernsehzuschauer bzw. die Zuschauer im Studio, in politischen Fernsehdiskussionen fast nie angesprochen wird – sofern man von den Begrüßungs- und Verabschiedungsritualen des Moderators einmal absieht – stellt es den eigentlichen Adressaten und die Motivationsgrundlage zur Ausstrahlung von und Teil-

nahme an Fernsehdiskussionen dar. Während die Sender die Einschaltquoten und damit die Werbekunden im Visier haben, bieten Gesprächsrunden im Fernsehen für Politiker und Interessensvertreter das optimale Forum, ihre Positionen publikumswirksam zu artikulieren. Vordergründig wird zwar der Eindruck erzeugt, dass die Diskutanten innerhalb der Debatte die primären Adressaten sind; faktisch steht jedoch die Wirkung auf die Rezipienten, also die potentiellen Wähler an den Bildschirmen, im Mittelpunkt des Interesses.

Streitgespräche richten sich zunächst an das Fernsehpublikum; erst an zweiter Stelle rangieren die Diskutanten oder Kontrahenten als Adressaten der Debatte.

nen publikumswirksam zu artikulieren. Vordergründig wird zwar der Eindruck erzeugt, dass die Diskutanten innerhalb der Debatte die primären Adressaten sind; faktisch steht jedoch die Wirkung auf die Rezipienten, also die potentiellen Wähler an den Bildschirmen, im Mittelpunkt des Interesses.

Moderation

Zentral für alle Talksendungen ist die Instanz eines Moderators. Obwohl in jedem Talk unvermeidlich eine Selbstdarstellung des Gastgebers enthalten ist, übernimmt er für die Zuschauer eine Serviceleistung, indem er den Gesprächsablauf strukturiert. Neben inhaltlicher und sachlicher Kompetenz wird von der Moderation zusätzlich erwartet, einen aufmerksamkeitsstimulierenden Spannungsbogen zu erhalten, um das Interesse der Zuschauer an der Diskussion zu erhalten. Er steuert und strukturiert das Gespräch thematisch und kann vor allem den Diskutanten das Wort erteilen und entziehen. Darüber hinaus kommt die Sachkenntnis des Moderators durch die entsprechenden Fragen zum Ausdruck, die das Niveau der Sendung maßgeblich mitbestimmen.

Die Aufgabe eines Moderators besteht grundsätzlich darin, den Gesprächsverlauf so zu strukturieren, dass die Sendung zeitlich und thematisch im angestrebten Rahmen

und ein angemessener Verlauf erhalten bleibt. Sein Eingreifen ist dann erforderlich, wenn vom ursprünglich festgelegten Thema zu stark abgewichen oder ein Detail zu dominierend diskutiert wird. Wiederholende Aussagen der Diskutanten sind von ihm ebenso zu unterbinden, wie der Versuch eines Gesprächsteilnehmers, die Diskussion „an sich zu reißen“. Gleichzeitig ist der Moderator Idealtypischerweise dazu angehalten, für eine ausgewogene und moderate Atmosphäre zu sorgen, um die Kontrolle über den Diskussionsverlauf zu gewährleisten. Beim Streitgespräch kommt es zudem darauf an, für das angemessene Verhältnis zwischen Anspannung und Entspannung, Konfrontation und Kooperationsbereitschaft zu sorgen. Die Moderationstechnik stellt demzufolge ein zentrales Kriterium für den Informationsgehalt und das Diskursniveau politischer Gesprächssendungen dar. Das Niveau der Sendung bemisst sich zudem an der erfolgten Vorbereitung durch Recherche auf Seiten des Moderators sowie seiner Durchsetzungsfähigkeit, Fairness und Sachlichkeit im Umgang mit den Diskussionsteilnehmern.

Nonverbale Kriterien

Politische Talkshows liefern zwar vordergründig keine auffallenden Gestaltungsmerkmale. Der visuelle Gehalt einer Talkshow ist auf Grund der strukturellen Einschränkungen durch geringe Bewegungsoptionen auf den ersten Blick eher gering. Dieses für die Fernsehberichterstattung auftretende Dilemma einer Gesprächsrunde wird durch eine Reihe von spezifischen Maßnahmen durch die Kameraregie wieder aufgehoben. Faktisch arbeitet diese Talkshow nämlich mit einer Reihe subtiler Mechanismen, die durch die perfekt inszenierte Kameraführung dramaturgisch aufbereitet werden. Die Körpersprache wird bis zur Darstellung der Schweißperle auf der Stirn eines Diskutanten „erbarmungslos“ festgehalten und wirkt besonders dann, wenn Widersprüche zwischen dem Gesagten und Gezeigten auftreten, z.B. durch eine unruhige Gestik und Mimik, die Nervosität vermittelt. Gerade bei Fernsehauftritten ist es wichtig, dass die Gesprächsteilnehmer ihr nonverbales Verhalten unter Kontrolle haben, um situativ nicht aus dem Rahmen der Rolle zu fallen, die sie durch die Wortbeiträge erzeugen wollen. Ihnen obliegt daher der Zwang zu opportunistischer Selbstkontrolle. Sofern Körperhaltung und Sprache der Diskutanten nicht stimmig aufeinander wirken, leidet die Glaubwürdigkeit der Aussage. Unruhige Bewegungen, hektisches Sprechen und eine

verkrampfte Sitzhaltung führen insgesamt zu einer negativen Wirkung beim Zuschauer. Im Gegenzug wird ein ruhiger Diskutant, der körperlich unauffällig mit unterstützenden Gesten seine Argumentation vorbringt eher als sachlich, glaubwürdig und kompetent eingestuft.

Die Fernsehdebatten der Kanzlerkandidaten im Bundestagswahlkampf 2002

Bislang gab es unmittelbar vor der Bundestagswahl keine direkte Auseinandersetzung zwischen den Spitzenkandidaten der großen Parteien im Rahmen einer Fernsehtalkshow nach amerikanischem Muster. Zum ersten Mal in der Fernsehgeschichte der Bundesrepublik Deutschland fanden nunmehr gleich zwei Talk-„Duellen“ zwischen dem Bundeskanzler und seinem Herausforderer im Bundestagswahlkampf 2002 statt, nachdem es zuvor bereits zwei „Printduellen“ zwischen dem Kanzler und dem Herausforderer in Zeitungen der BILD-Gruppe mit Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Welt“ gegeben hatte. Zunächst wurde ein Gespräch am 25. August bei den privat-kommerziellen Sendern RTL und SAT 1 unter der Moderation von Peter Kloeppel und Peter Limbourg 75 Minuten lang ohne Werbeunterbrechung um 20.30 Uhr parallel ausgestrahlt. Der FDP-Vorsitzende und Kanzlerkandidat seiner Partei, Guido Westerwelle, hatte bis dahin erfolglos den Versuch unternommen, seine Teilnahme an den Fernsehduellen juristisch einzuklagen.

Am achten September fand dann auf ARD und ZDF die zweite Runde zur gleichen Zeit statt, die von Maybritt Illner und Sabine Christiansen moderiert wurde. Beide Politiker waren bereits einzeln bei den beiden Moderatorinnen in ihren Sendungen zu Gast. Während Schröder bei Illner insgesamt einen souveränen Eindruck hinterließ, hat sich Stoiber bei Christiansen eine Reihe von Versprechen geleistet und war oftmals nicht in der Lage, seine langen Schachtelsätze korrekt zu beenden. Der für den bayrischen

Ministerpräsidenten peinliche Höhepunkt der Gesprächssendung fand statt, als er die Moderatorin fälschlicherweise mit „Frau Merkel“ ansprach, die jedoch betonte, dass es „keine Ähnlichkeiten“ zwischen ihr und der CDU-Vorsitzenden gäbe (vgl. weiterführend Brodda 2002). Dazu Brunst (2002: S. 11): „Bestenfalls enthüllt sich der Gast selbst, wie am letzten Sonntag der „Kompetenzwahlkämpfer“ Edmund Stoiber, der sein Fern(seh)duell gegen den Medienkanzler Schröder mit einer unerwartet „authentischen“ Vorstellung medialer Inkompetenz bestritt.“ Die Grünen haben den Fehler von

Stoiber im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2002 dankbar aufgegriffen und ein Plakat mit Stoibers Konterfei und der Sprechblase: „Alles Gute, Herr Christiansen“ entworfen. Die beiden Gespräche wurden bereits seit langem von den beteiligten Sendern als das politische Fernsehevent im Wahlkampf angekündigt und erreichten jeweils rund 15 Millionen Zuschauer. Die ARD schaltete u.a. in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung eine Anzeige, in der „DAS DUELL“ zwischen dem „Titelverteidiger“ und dem „Herausforderer“ unter der „Ringrichterin“ Christiansen wie ein Boxkampf angekündigt wurden. Die Rahmenbedingungen der Gespräche wurden von den Wahlkampfberatern von SPD und CDU bis ins Detail ausgehandelt. Beide Politiker hatten für ihre jeweiligen Antworten auf eine Frage 90 Sekunden Zeit. Danach war eine 60 Sekunden Antwort auf eine Nachfrage vorgesehen. Für jedes Themenfeld waren rund sieben Minuten Sendezeit reserviert. Die Redezeit wurde auf ein Zeitkonto addiert, um eine Gleichbehandlung zu gewährleisten. Die ausgehandelten Vorgaben wurde notariell überwacht: „Es ging um Parität. Kein Münzwurf war erlaubt, nichts sollte dem Zufall überlassen werden. Planwirtschaft bis in die Bildschnitte. Dahinter stand Angst. Etwa der Stoiber-Crew, dass eine Emotionalisierung Schröder Vorteile brächte“ (Keil 2002, S. 17). Die Atmosphäre war eher „steif“ und verkrampft, was vor allem daran lag, dass die Moderatoren sich zumindest im ersten Gespräch „so sehr mit den Regeln gequält hatten“ (vgl. Kister 2002a, S. 3). Die Kandidaten waren wie ein „Stehballett“ an zwei Pulten platziert und die Kameraführung verlief unspektakulär: „Wie angeklebt die Herren Schröder und Stoiber hinter ihren Pulten. Matadore ohne Unterleib“ (Zischler 2002, S. 15).

Bereits vor dem ersten „Duell“ gab es eine Reihe von Vorberichten und Trailern, die den Ereignischarakter des Gespräches dokumentieren sollten, der als Showdown angekündigt worden ist, sich jedoch als langweiliges und verkrampftes Frage-Antwort-Spiel herausstellte. Durch die starre Kameraregie und die notariell gemessene Zeitvorgabe (die von den Moderatoren als „Regulatoren“ (Kister 2002a, S. 3) in regelmäßigen Abständen während der Sendung immer wieder über eine Redezeitgrafik präsentiert wurde) sowie die eher steril anmutenden Studios wurde eine konstruktive Atmosphäre von vornherein verhindert. Ein Gespräch zwischen den Politikern fand praktisch nicht statt. Es folgten die bekannten Statements, die wie eine Ansprache an die Bevölkerung wirkten. Während Schröder seinen Kontrahenten regelmäßig musterte, sprach Stoiber fast ausschließlich die Moderatoren an und vermied den Blickkontakt mit dem Bundeskanzler. Stoiber wurde sogar an einer Stelle des Gesprächs von einem Moderator darauf

Sofern Körperhaltung und Sprache der Diskutanten nicht stimmig aufeinander wirken, leidet die Glaubwürdigkeit der Aussage.

hingewiesen, dass er seinen Konkurrenten durchaus ansehen dürfe, wenn er sein Wort an den Bundeskanzler richtet. Dies lag daran, dass er seinen Blick eben nur auf die Moderatoren, jedoch nicht auf Schröder richtete. Auch Schröder schaute seinen Kontrahenten erst nach 25 Minuten direkt an. Schröders Gestik und Mimik wirkte im Verlauf des Gesprächs „emotional einladender“, während Stoiber sich stärker am Pult festkrallte, und nervösere und aggressive Handbewegungen machte (vgl. Sollmann 2002). Insgesamt entstand der Eindruck, dass beide Politiker möglichst keine Fehler machen wollten. Inhaltlich wurden u.a. die Themen Flutkatastrophe, Steuern, Arbeitsmarkt, Zuwanderung, Irak-Krise, Anti-Terror-Maßnahmen, Große Koalition und Frauenpolitik abgearbeitet.

Schröder versuchte das Bild des besonnenen Staatsmanns zu vermitteln, während Stoiber den Versuch unternahm, die Defizite der rot-grünen Regierungspolitik aufzuzeigen. Der bayrische Ministerpräsident wirkte souveräner als von vielen erwartet und versprach sich im Gegensatz zu früheren Auftritten wesentlich seltener. Insgesamt wirkte aber doch die Mimik des bayrischen Ministerpräsidenten überzogen. Der Regisseur Claus Peymann gab der Qualität der Auseinandersetzung insgesamt schlechte Noten: „Das Ganze schien wie geklont, von einem Duell keine Rede! Ich würde eher von einer Abiturprüfung sprechen: Zwei Professoren befragen zwei Musterschüler und die beiden geben ihre auswendig gelernten Antworten. Beide [...] sind in Wirklichkeit ganz anders, als sie in dieser Inszenierung erschienen – das trägt nicht gerade zur Glaubwürdigkeit bei“ (Peymann 2002, S. 15). Sie wirkte also nicht authentisch, sondern eher maskenhaft. Es entstand der Eindruck, dass auch die Moderatoren übermotiviert waren, das – eher aus dem öffentlich-rechtlichen Kontext bekannte – Paritätsgebot einzuhalten, um in einem förmlichen und langweiligen Ambiente Seriosität und Glaubwürdigkeit zu vermitteln und keinem der Kandidaten einen Vorteil zu verschaffen. Für den gut informierten politischen Beobachter brachte das erste „Duell“ nur wenig neue Argumente: „Die politische Information war keine, war bekannt und schon oft gehört. Das Mitgeteilte informierte allenfalls über die Gedächtnisleistungen vielbeschäftigter Spitzenkräfte, die sich auch unter Stress an Versatzstücke ihrer Wahlkampfreden erinnern können.“ (Kaube 2002, S. 31)

Das zweite Duell

Nach dem „Halbfinale“ bei SAT 1 und RTL folgte am 8. September das „Finale“ des „Duells“ bei ARD und ZDF mit den beiden populären Moderatorinnen Illner und Christiansen. Auch hierbei wurde der „Eventcharakter“ der Sendung durch die Fernsehsender betont: Im ZDF wurde etwa während des Kri-

mis vor der Talkrunde in regelmäßigen Abständen eine Uhr eingeblendet, die Zahl der Minuten bis zum „Duell“ zeigte. Insgesamt bekamen die beiden Kontrahenten dort einen größeren Spielraum, direkt verbal aufeinander einzugehen. Gleich bei der zweiten Frage unterbrach Schröder seinen Mitbewerber. Stoiber versuchte, immer wieder die Misere auf dem Arbeitsmarkt auf die Agenda des Gesprächs zu setzen. Weiterhin stand die Irak-Krise im Mittelpunkt des Gesprächs. Schröder schloss dabei einen Kriegseinsatz deutscher Soldaten kategorisch aus und sprach sich weiterhin dagegen aus, eine Regierung zu führen, die keine eindeutige Mehrheit ohne die PDS im Bundestag hat. Unterschiedliche Positionen in der Außen- und Bildungspolitik wurden deutlich.

Die Duelle im Vergleich

Der Kanzler war lockerer und angriffslustiger, als im ersten „Duell“. Stoiber wirkte insgesamt nervöser und hektischer; ließ sich zudem provozieren und wurde unsicher. Die Moderatorinnen hinterließen einen souveränen Eindruck. Vor allem die Fragen von Sabine Christiansen waren wesentlich präziser als in vielen ihrer bisherigen Talkrunden. Rede und Gegenrede wurden stärker zugelassen. Die Kandidaten gingen unmittelbar aufeinander ein, wodurch ein kontroverser Gesprächsfluss in Gang kam, der erst am Ende durch zwei Schlussstatements der Politiker unterbrochen wurde. Die Kandidaten formulierten über weite Phasen der Gespräche die bekannten Statements, die sie in zahlreichen anderen Talkrunden, Interviews, Pressekonferenzen und Bundestagsdebat-

ten bereits mehrfach artikuliert hatten. Inhaltlich gab es auch im zweiten „Duell“ wenig Neues zu erfahren; Argumente des ersten Gesprächs wurden in weiten Teilen wiederholt. Die minutiös ausgehandelten Regeln blockierten jegliche Spontaneität:

„Die Kandidaten bestimmten die Regeln. Im völligen Widerspruch zur martialischen Rhetorik vom Duell haben Stoiber und Schröder sich in einen Schutzraum zimmern lassen, den sie in der Wahlkampfwirklichkeit so oft entbehren müssen. Das TV-Studio wurde zum Streichelzoo, in dem jede Aggression hinter dem Gitterzaun der Regularien eingehegt ist. So fühlten sich die Kandidaten sicher voreinander. Beim Wähler hätte ihnen der eine oder andere Fehler mehr gebracht.“ (Schwarz 2002, S. 3)

Die öffentliche Resonanz in der Berichterstattung konzentrierte sich aufgrund des mangelnden inhaltlichen Erkenntnisgewinns daher bei der Einordnung der „Duelle“ eher weniger auf die Argumente in den Gesprächen selbst, sondern primär auf die Wirkung des Auftretens, die Sympathiewerte, die Anzahl der Versprecher und die Körpersprache und eine Bewertung der „Spielregeln“. Der Vergleich der Problemlösungskompetenz der beiden Politiker in Hinblick auf die angesprochen Politikfelder scheint zumindest nicht das dominierende Thema bei der Beurteilung der Gespräche in der öffentlichen Diskussion eingenommen zu haben. Vielmehr nahmen die skizzierten „weichen“ Faktoren den entscheidenden Stellenwert im Rahmen der Analysen ein. Von Interesse schien weniger die Argumentation über die sachlichen Themenfelder zu sein als vielmehr der Grad der Souveränität des Auf-

Ein Gespräch zwischen den Politikern fand praktisch nicht statt.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

tretens, die Anzahl der Versprecher und die Körpersprache.

spw 1/2003

Literaturhinweise:

- Brosda, Carsten (2002): Gehversuche auf Talkshow-Glatteis. In: Zeitschrift für Kommunikationsökologie 1/2002, S. 65-67
- Brunst, Klaudia (2002): Ideologie des Nullmediums. In: die tageszeitung vom 26./27.1.2002, S. 11
- Kaube, Jürgen (2002): War da was? Spiegeleien oder: Das Duell zweier Kanzler-Testbilder. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.8.2002, S. 31
- Keil, Christopher (2002): Die Ich-AG. In: Süddeutsche Zeitung vom 27.8.2002, S. 17
- Kister, Kurt (2002a): Der Zweikampf der Gefesselten. In: Süddeutsche Zeitung vom 27.8.2002, S. 3
- Kister, Kurt (2002b): Aufschlag, Bumms, Punkt geht. In: Süddeutsche Zeitung vom 10.9.2002, S. 3
- Lucas, Joachim (1992): Strategische Kommunikation am Beispiel politischer Fernsehdiskussionen. Eine sprachwissenschaftliche Untersuchung. Heidelberg (Dissertation).
- Meyer, Thomas, Christian Schicha und Carsten Brosda, Diskurs-Inszenierungen. Zur Struktur politischer Vermittlungsprozesse am Beispiel der Debatte zur ökologischen Steuerreform, Wiesbaden 2001
- Oberreuter, Heinrich (1997): Medien und Demokratie. Ein Problemaufriß. In: Rohe, Karl (Hrsg.): Politik und Demokratie in der Mediengesellschaft. Baden-Baden, S. 11-24
- Oevermann, Ulrich (1995): Der Strukturwandel der Öffentlichkeit durch die Selbstinszenierungslogik des Fernsehens. In: Honegger, Claudia/Gabriel, Jürg M./Hirsig, Rene/ Pfaff-Czarnecka, Joana (Hg.): Gesellschaften im Umbau. Identitäten, Konflikte, Differenzen. Bern, S. 197-228
- Petter-Zimmer, Yvonne (1990): Politische Fernsehdiskussionen und ihre Adressaten. Tübingen
- Peymann, Claus (2002): Inszenierung: Was ihr wollt. In: Süddeutsche Zeitung vom 27.8.2002, S. 15
- Schwarz, Patrik (2002): Wahr ist, was schief geht. In: die tageszeitung vom 7./8. September 2002, S. 3
- Sollmann, Ulrich (2002): Körpersprache: Dogge und Pudel. In: Süddeutsche Zeitung vom 27.8.2002, S. 15
- Schicha, Christian/Brosda, Carsten (Hg.), Politikvermittlung in Unterhaltungsformaten. Medieninszenierungen zwischen Popularität und Populismus. Münster 2002
- Tenscher, Jens/Schicha, Christian (Hrsg.) (2002): Talk auf allen Kanälen. Wiesbaden 2002
- Zischler, Hanns (2002): Darsteller: Stehballett. In: Süddeutsche Zeitung vom 27.8.2002, S. 15

(Kinder-)Armut und Generationen-Debatten

Umdeutung der sozialen Frage als demografisierender Populismus?

Von Michael Klundt

Wenn von Kinderarmut die Rede ist, wird in der öffentlichen Debatte oftmals der Eindruck erweckt, beinahe die gesamte junge Generation sei von diesem Problem betroffen. Deshalb muss zunächst festgehalten werden, dass die materiellen Existenzgrundlagen der meisten Kinder und Jugendlichen sowie ihrer Familien in Deutschland als gesichert angesehen werden können. Das Konsumpotenzial ist enorm: Allein die direkte Kaufkraft der Kinder in Deutschland zwischen 7 und 14 Jahren liegt nach Angaben der nordrhein-westfälischen Ministerin für Frauen, Familie, Jugend und Gesundheit bei rund 5,88 Milliarden Euro jährlich (vgl. Fischer 2000, S. 12). Berichte über „Konsum-Kinder“, die mit Markenprodukten von Nike und Nokia aufwachsen, sind daher nicht nur aus der Luft gegriffen. „High Tech im Kinderzimmer, die Sparschweine voll und auch die Börse prall gefüllt: Kinder haben viel Geld und immer mehr von dem, was für Geld zu haben ist. (...) Das Geld in Kinderhand hat heute Rekordhöhe erreicht. 19,15 Milliarden Mark konnten die Kinder zwischen sechs und 17 Jahren im vergangenen Jahr (2000, M.K.) ausgeben, soviel wie

Laut Armuts- und Reichtumsbericht liegt die Sozialhilfequote von Kindern damit „fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt“.

niemals zuvor.“ (Unverzagt/Hurrelmann 2001, S. 55) Es gab noch nie vergleichbar viele Haushalte ohne materielle Sorgen und noch nie so viele Kinder mit einem großen Vermögen in der Bundesrepublik wie heute. Und das z.T. bereits unmittelbar nach der Geburt, wenn Eltern – noch durch die Erbschafts- bzw. Schenkungssteuerreform der liberal-konservativen Bundesregierung begünstigt – ihren Wertpapierbesitz auf ihre Kinder übertragen, um mehr Freibeträge und damit Steuervorteile zu erlangen (vgl. Butterwegge/Klundt 2003, S. 59ff.).

Gleichwohl wachsen viele Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik in (Einkommens-)Armut auf. Da sie mittlerweile diejenige Altersgruppe bilden, die am häufigsten und stärksten davon betroffen ist, sprechen Sozialwissenschaftler/innen seit einigen Jahren von einer „Infantilisierung der Armut“. Die von der Hans-Böckler-Stiftung, dem DGB und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband im Jahre 2000 herausgegebene Studie „Armut und Ungleichheit in Deutschland“ kommt zu dem Ergebnis, dass mehr als 14 Prozent aller Kinder in der Bundesrepublik als arm gelten (das sind zirka 2

Millionen Kinder). Somit wachsen etwa jedes siebte Kind und jede(r) siebte Jugendliche im Alter bis zu 15 Jahren in (Einkommens-)Armut auf (vgl. Hanesch/Krause/Bäcker 2000, S. 81ff.). Ein extrem hohes Armutsrisiko tragen junge Menschen, die in „unvollständigen“ und/oder kinderreichen Familien aufwachsen. Ende 1998 bezogen insgesamt 1,1 Millionen Kinder unter 18 Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2001 liegt die Sozialhilfequote von Kindern damit „fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt.“ (s. BMA 2001, S. 78) Dies kann zu psychosozialen Belastungen bei den Kindern führen und unter Umständen einen Ausschluss aus vielen sozialen und kulturellen Lebensbereichen nach sich ziehen. Damit ist die Chancengleichheit der Betroffenen nachhaltig beeinträchtigt. Hierdurch können sich soziale Ausgrenzungs- und Spaltungsprozesse entwickeln, die den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft gefährden und eine Erosion der Demokratie begünstigen.

Auf den ersten Blick muss es jedoch eigentlich erstaunen, dass in einer reichen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland, wo fast täglich die Überalterung, der fehlende Nachwuchs sowie der nachlassende Kinderreichtum der Familien bedauert wird, viele Kinder in sozialen Notlagen leben. Im Vergleich zu anderen Armutsgruppen ruft Kinderarmut stärkere negative Assoziationen und schärfere Emotionen hervor, besonders innerhalb gesellschaftlicher Kontroversen über „Renten“ und „Generationenverhältnis-

Fortsetzung des Artikels auf Seite 33

Titel	Heft, Seite
Albrecht, Thorben/Schauff, Frank: Einleitung zum Heftschwerpunkt	128, 14
Andretta, Gabriele: Niedersachsen macht Schule – bloß welche?	123, 9
Annen, Niels: SPD 2006: Die Perspektiv- und Ideenpartei	127, 12
Annen, Niels: Der Generationsaufbau in der SPD	125, 41
Annen, Niels: DL21 vor neuen Herausforderungen – Die Tagung vom 5. Oktober	127, 6
Bahr, Egon: Deutschland, der Kosovo-Krieg und die Linke	125, 7
Baumgart, Franzjörg: Die Illusion der Chancengleichheit	127, 50
Beer Angelika/Nassauer Otfried: Quo Vadis, NATO? – Quo Vadis Europa?	128, 15
Bell, Hans-Günter: Armut als Bedrohung. Der soziale Zusammenhalt zerbricht	127, 53
Bergrath, Dirk: Nachhaltigkeit in der Entwicklungspolitik	126, 23
Biermann, Uta/Peter, Horst: Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Einleitung	126, 12
Böhning, Björn/Breuer, Tanja: Die Chancen des Wandels nutzen	126, 8
Böhning, Björn/Peter, Horst/Welti, Felix: Gesunde Reformen? Einleitung zum Heftschwerpunkt	125, 12
Böhning, Björn/Gombert, Tobias: Recht auf Zukunftschancen umsetzen	125, 42
Böhning, Björn/Herter, Marc: Jusos – Die Erneuerung des Verbandes fortführen!	126, 51
Böhning, Björn/Seidel, Eckhart: Das neue Berlin: Individuell und solidarisch	124, 47
Bontrup, Heinz-Josef: Öffentliche Vorsorge – private Wirtschaft	123, 53
Borcher/Rudolf, Brodkorb/Matthias, Schulte/Jochen: Mecklenburg-Vorpommern	127, 8
Brand, Uli/Görg, Christoph: Rio plus 10	126, 34
Brockmeyer, Georg: Glückliches Österreich	128, 41
Brodkorb, Mathias: Die Rückkehr des Frankfurter Kreises?	123, 6
Brodkorb, Mathias: Die Rekonstruktion der sozialdemokratischen Linken	125, 46
Bulmahn, Edelgard: Wir dürfen Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen	127, 47
Burchardt, Ulla: Nachhaltigkeit – ein neuer politischer Gestaltungsansatz	126, 18
Burmeister, Kai: Globales Insolvenzverfahren für Staaten	128, 27
Butterwegge, Christoph: Rechtspopulismus in der Mitte?	126, 43
Commercon, Ulrich: Generationswechsel in der Saar-SPD	124, 41
Dehm, Diether: Marx und Demokratie	125, 39
Deml, Jörg: Rentenpolitik	128, 47
Dörre, Klaus: Rückkehr zum Taylorismus oder neues Produktionsmodell?	123, 13
Eifler, Christine: Staatsbürgerinnen in Uniform	124, 24
Erdmann, Ole/Körner, Matthias: „we will grow!“ – Über die Arbeit von scudag	125, 44
Evans, Michaela/Hilbert, Josef: Zukunftsbranche Lebensqualität:	125, 13
Freytag, Antonia: Geht der Frauenbewegung ihr Subjekt abhandeln?	124, 17
Gerlinger, Thomas: Gesundheitspolitik im Umbruch	123, 47
Gregory, Catherine: Politik mal anders	124, 35
Grohmann, Helga: Marx in Soho	124, 50
Gründinger, Wolfgang: Nachhaltigkeit als Kern sozialdemokratischer Politik	126, 21
Hartwig, Tanja: Viele Mythen sind entzaubert (Interview)	124, 28
Heimann, Horst: Kollege Proteus im modernen Sozialismus	123, 33
Heimann, Horst: Kurt Schumacher, Willy Brandt und die Bundestagswahl 2002	126, 10
Hensel, Ulrike: Chancen für eine linke Haushaltspolitik	127, 29
Hirsch, Jürgen: 5 Jahre Initiative für eine sozialistische Politik in der SPÖ (Interview)	124, 53
Hirsch, Jürgen: Speed kills – SPÖ auf dem Weg zu einer Mehrheit „links der Mitte“	127, 41
Höhn, Hilmar: Eine Skizze für eine neue Steuerpolitik	127, 32
Hooley, Tristram/Rooney, Steve: Zehn Jahre, die die Welt nicht erschütterten	127, 45
Jahresregister 2001	123, 29
Kaczmarek, Oliver: Mund abwischen und besser machen!	127, 16
Karsten, Maria-Eleonora: Junior-Professuren – Chance in der universitären Personalstruktur?!	126, 53
Klingbeil, Lars/Patuzzi, Mario: First they take Manhattan, than they take the world	128, 20
König, Barbara/Köster, Dietmar: Steinbrück übernimmt	128, 9
König, Barbara: NRW-SPD: Mit neuem Profil zur alten Stärke?	123, 7
Krämer, Ralf, Statement zu den spw-Thesen	123, 26
Krätke, Michael R.: Die scheinbar unpolitische Ökonomie des Rentners	123, 19
Krems, Martin: Ende eines Modells – Sachsen-Anhalt hat gewählt	125, 4
Kruke, Anja: Geschlechterkonstruktion – Einleitung zum Heftschwerpunkt	124, 16
Laberenz, Lennart: Arm in der Hauptstadt	127, 55
Lange, Bernd: Nachhaltigkeit – ein europäischer Exportschlager	126, 26
Larcher, Detlev von, Statement zu den spw-Thesen	123, 28
Larcher, Detlev von: Auf dem Weg zur Deflation?	128, 6
Larcher, Detlev von: Eurospot	128, 6
Larcher, Detlev von: Eurospot	127, 5
Larcher, Detlev von: 2. Weltsozialforum vom 31.1. bis 5.2.2002 in Porto Alegre	124, 38
Larcher, Detlev von: Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer	124, 8
Lauterbach, Karl: Die neuen Disease Management Programme der GKV	125, 32

Liebethuth, Dörthe: Jusos Niedersachsen – Perspektiven schaffen	128, 11
Lohmann, Heinz: Umbruch im Krankenhaus	125, 3
Lutz, Dieter S./Mutz, Reinhard/Neuneck, Götz: Präventivkrieg gegen den Irak	127, 43
Lutz, Dieter S.: Der Krieg folgt eigenen Gesetzen	125, 9
Machnig, Matthias: Politische Kommunikation 2002 – Herausforderung für Parteien	124, 5
Meyer, Christoph/Tammena, Heiko: Demokratie braucht parteinahe politische Bildung	124, 44
Meyer, Christoph: Die PDS ist keine linke Alternative	126, 4
Micus, Matthias: Was haben Vranitzky und Schröder gemeinsam?	126, 40
Mikfeld, Benjamin: Die schleichende Entpolitisierung der Volkspartei	123, 4
Molkentin, Katrin: „Matthias Platzeck kommt!“	126, 6
Müller, Michael: Möglichkeiten eines umweltschonenden ÖPNV	126, 31
Nahles, Andrea: Zur Außenpolitischen Tagung des Forum DL21	125, 6
Nahles, Andrea/Larcher, Detlev von: Sozialdemokratische Politik nach der Wahl	127, 4
Nahles, Andrea/Mikfeld, Benjamin: Qualifizierung und Beschäftigung	124, 9
Nahles, Andrea: Für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit	124, 4
Nahles, Andrea: Was tun?	128, 4
Nahles, Andrea: Berliner Weckruf!	125, 5
Notz, Gisela: Frauenpolitik ist heute wichtiger denn je!	124, 31
Notz, Gisela: Emanzipation durch Lohn für Hausarbeit?	126, 47
Olczyk, Hans-Joachim: Halbmond vor der Waterkant... ..	128, 13
Paetow, Holger: Ökonomisierung der Gesundheit – Über die Rolle der Gesundheitsökonomie	125, 17
Peter, Horst: Marx im Gespräch – Der Mensch und die Natur	124, 51
Peter, Horst: Stieglitz und die Globalisierung	128, 35
Pfaff, Martin: Perspektive sozialdemokratischer Gesundheitspolitik	124, 12
Pieczkowski, Joachim: Zum 10. Todestag von Jürgen Egert	128, 12
Plesch, Tina/Herzing, Evi: Lass rocken, Baby	124, 21
Rentsch, Christian: Wo war die linke Alternative zu Chirac?	126, 37
Rosenbrock, Rolf: Das GKV-System – mehr Effizienz durch noch mehr Wettbewerb?	125, 24
Röspel, René: Stammzellforschung in Deutschland künftig möglich	125, 1
Rot-Grüne Lektionen	127, 2
Runder Tisch Erwerbslose und Sozialhilfe: Kurz-Stellungnahme zu den Vorschlägen von Dr. Hartz	126, 7
Rünker, Reinhold/Peter, Horst: Einleitung zum Heftschwerpunkt	127, 10
Sauer, Thomas: Reform des Arbeitsmarktes	128, 7
Schmidt, Wolfgang: ATTAC ist ATTAC	125, 56
Schmidt, Wolfgang: Johannesburg 2002 – Gipfel der nachhaltigen Enttäuschung?	127, 38
Schmied-Kowarzik, Wolfgang: Marx als Philosoph (Marx in Soho)	126, 38
Schöler, Ulrich: Wolfgang Abendroth – Fragen an einen politischen Lebensweg	123, 42
Scholz, Dieter: Rot-Grün – und nun?	127, 7
Scholz, Meike: Zimbabwe nach den Wahlen	125, 36
Schratenstaller, Margit: Haushaltspolitik nach der Bundestagswahl 2002	127, 24
Schultze, Peter W.: Europa oder USA – Optionen für Russland?	128, 22
Skarpelis-Sperk, Sigrid: Deutschland in der Rezession – Handeln tut Not	123, 11
Skarpelis-Sperk, Sigrid: Weder Aufbruch noch Debakel – Welthandelskonferenz in Doha	123, 40
Smentek, Sabine/Zauner, Margrit Produktivgenossenschaften	126, 49
spw-Thesen zur Jahrestagung 2001: Flexibler Kapitalismus – Moderner Sozialismus	123, 25
Staeck, Klaus u. a.: Aufruf „Wählen statt Stoiber“	126, 11
Then, Christoph: Industriepolitik der besonderen Art: Patente auf menschliche Gene	125, 27
Tjaden, Karl-Hermann: Nachhaltigkeit und Gewaltlosigkeit	126, 13
Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert: „Die Arbeitslosen halbieren“	127, 20
Völker, Harald: Junior-Professuren – ... der Erfolg steht noch in Frage	126, 55
Vollmer, Sebastian: Für die Einführung einer Tobin Steuer in Europa	128, 29
Wahl, Peter: Seattle, Genua ... und jetzt Florenz	128, 25
Wasem, Jürgen: Eckpunkte einer neuen Gesundheitspolitik	125, 22
Weinz, Wolfgang: Gewerkschaften in Mitteleuropa und der EU Beitritt	125, 35
Welti, Felix, Statement zu den spw-Thesen	123, 27
Welti, Felix: Eigentum und Zugang – Herausforderungen für den modernen Sozialismus	123, 37
Wieck, Hans-Georg: Belarus – unter der Knute eines neosowjetischen Herrschers	128, 38
Wiele, Björn: Das neue Dogma – Replik auf Machnig: Politische Kommunikation 2002	125, 5
Wodarg, Wolfgang: Vorwärts und nicht vergessen – Strukturreform der GKV	128, 52
Woop, Gerry: Worst case für die PDS	128, 44
Wunder, Dieter: Chancengleichheit – neu bedacht	123, 51
Ziegler, Astrid: Einkommensdifferenzen von Frauen und Männern	125, 53
Zumhasch, Ulla: Kommunalakademie – High Potentials auf Erfolgskurs bringen	123, 50

Nach Rubriken**DL21**

Andretta, 123/9; Annen, 127/6; Bahr, 125/7; Böhning, 126/8; Borchert, 127/8; Brodkorb, 123/6; Heimann, 126/10; König, 123/7; König, 128/9; Krems, 125/4; Larcher, 124/8; Larcher, 127/5; Larcher, 128/6; Larcher, 128/6; Liebetruh, 128/11; Lutz, 125/9; Machnig, 124/5; Meyer, 126/4; Mikfeld, 123, 4; Molkentin, 126/6; Nahles, 125/5; Nahles, 125/6; Nahles, 124/4; Nahles, 124/9; Nahles, 127/4; Nahles, 128/4; Olczyk, 128/13; Pfaff, 124/12; Pieczkowski, 128/12; Röspel, 125/1; Runder Tisch Erwerbslose und Sozialhilfe, 126/7; Sauer, 128/7; Scholz, 127/7; Skarpelis-Sperk, 123/11; Staack, 126/11;

Schwerpunkt-Artikel

Albrecht, 128/14; Annen, 127/12; Beer, 128/15; Bergrath, 126/23; Biermann, 126/12; Böhning, 125/12; Brand, 126/34; Burchardt, 126/18; Burmeister, 128/27; Dörre, 123/13; Eifler, 124/24; Evans, 125/13; Freytag, 124/17; Gregory, 124/35; Gründinger, 126/21; Hartwig, 124/28; Heimann, 123/33; Hensel, 127/29; Höhn, 127/32; Kaczmarek, 127/16; Klingbeil, 128/20; Krämer, 123/26; Krätke, 123/19; Kruke, 124/16; Lange, 126/26; Larcher, 123/28; Lauterbach, 125/32; Lohmann, 125/3; Müller, 126/31; Notz Gisela, 124/31; Paetow, 125/17; Peter, 128/35; Plesch, 124/21; Rosenbrock, 125/24; Rünker, 127/10; Schratzenstaller, 127/24; Schultze, 128/22; spw-Thesen zur Jahrestagung 2001, 123/25; Then, 125/27; Tjaden, 126/13; Trube, 127/20; Vollmer, 128/29; Wahl, 128/25; Wasem, 125/22; Welti, 123/27; Welti, 123/37;

Internationale Politik

Brockmeyer, 128/41; Hirsch, 127/41; Larcher, 124/38; Lutz, 127/43; Rentzsch, 126/37; Schmidt, 127/38; Scholz, 125/36; Skarpelis-Sperk, 123/40; Weinz, 125/35; Wieck, 128/38;

Theorie & Strategie

Annen, 125/41; Baumgart, 127/50; Bell, 127/53; Böhning, 125/42; Böhning, 124/47; Böhning, 126/51; Bontrup, 123/53; Brodkorb, 125/46; Bulmahn, 127/47; Butterwegge, 126/43; Commercon, 124/41; Dehm, 125/39; Deml, 128/47; Erdmann, 125/44; Gerlinger, 123/47; Grohmann, 124/50; Hooley, 127/45; Horst, 124/51; Karsten, 126/53; Laberenz, 127/55; Meyer, 124/44; Micus, 126/40; Notz, 126/47; Schmidt, 125/56; Schmied-Kowarzik, 126/38; Schöler, 123/42; Smentek, 126/49; Völker, 126/55; Wiele, 125/5; Wodarg, 128/52; Woop, 128/44; Wunder, 123/51; Ziegler, 125/53; Zumhasch, 123/50;

Sachregister**Arbeitsmarkt-, Beschäftigungspolitik**

Böhning, 126/8; Dörre, 123/13; Nahles, 124/4; Nahles, 124/9; Notz, 126/47; Runder Tisch Erwerbslose und Sozialhilfe, 126/7; Sauer, 128/7; Smentek, 126/49; Trube, 127/20; Ziegler, 125/53;

Bildung, Wissenschaft (incl. Schule, Hochschule)

Andretta, 123/9; Baumgart, 127/50; Bulmahn, 127/47; Karsten, 126/53; Meyer, 124/44; Völker, 126/55; Wunder, 123/51;

Demokratische Rechte und Teilhabe

Dehm, 125/39; Olczyk, 128/13;

Europapolitik

Beer, 128/15; Lange, 126/26; Weinz, 125/35;

Finanz-, Haushalts-, Steuerpolitik

Hensel, 127/29; Höhn, 127/32; Krätke, 123/19; Larcher, 124/8; Larcher, 128/6; Schratzenstaller, 127/24; Vollmer, 128/29;

Friedenspolitik, Außen- und Sicherheitspolitik

Albrecht, 128/14; Bahr, 125/7; Beer, 128/15; Burmeister, 128/27; Eifler, 124/24; Klingbeil, 128/20; Lutz, 125/9; Lutz, 127/43; Nahles, 125/6; Peter, 128/35; Schultze, 128/22;

Gewerkschaften

Scholz, 127/7; Weinz, 125/35;

Geschichte

Heimann, 126/10; Pieczkowski, 128/12; Schöler, 123/42;

Geschlechterdiskurs

Eifler, 124/24; Freytag, 124/17; Hartwig, 124/28; Kruke, 124/16; Notz, 126/47; Notz, 124/31; Plesch, 124/21; Ziegler, 125/53;

Internationale Wirtschaftsbeziehungen

Bergrath, 126/23; Brand, 126/34; Burmeister, 128/27; Larcher, 124/38; Larcher, 124/8; Peter, 128/35; Schmidt, 127/38; Skarpelis-Sperk, 123/40; Vollmer, 128/29; Wahl, 128/25; Weinz, 125/35;

Jusos

Annen, 125/41; Böhning, 125/42; Böhning, 126/51; Erdmann, 125/44; Liebetruh, 128/11;

Kapitalismusanalyse

Bontrup, 123/53; Dörre, 123/13; Hartwig, 124/28; Heimann, 123/33; Krätke, 123/19; Welti, 123/37;

Klassenentwicklung, -bewusstsein

Freytag, 124/17; Hartwig, 124/28; Heimann, 123/33;

Kultur, Medien, Internet

Dehm, 125/39; Grohmann, 124/50; Hartwig, 124/28; Olczyk, 128/13; Peter, 124/51; Plesch, 124/21; Schmied-Kowarzik, 126/38;

Ökonomie

Bontrup, 123/53; Larcher, 128/6; Skarpelis-Sperk, 123/11;

Länderberichte

Brockmeyer (Österreich), 128/41; Hirsch (Österreich), 127/41; Rentzsch (Frankreich), 126/37; Scholz (Zimbabwe), 125/36, Schultze (Russland), 128/22; Wieck (Belarus), 128/38;

Nachhaltigkeit

Bergrath, 126/23; Biermann, 126/12; Burchardt, 126/18; Gründinger, 126/21; Lange, 126/26; Müller, 126/31; Röspel, 125/1; Then, 125/27; Tjaden, 126/13;

PDS

Meyer, 126/4; Woop, 128/44;

Politisches System, Parteienentwicklung

Butterwegge, 126/43; Hooley, 127/45; Machnig, 124/5; Meyer, 124/44; Micus, 126/40; Mikfeld, 123/4; Viele, 125/5;

Rot-grüne Bundesregierung

Annen, 127/6; Annen, 127/12; Biermann, 126/12; Burchardt, 126/18; Butterwegge, 126/43; Gründinger, 126/21; Hensel, 127/29; Höhn, 127/32; Kaczmarek, 127/16; Larcher, 128/6; Micus, 126/40; Nahles, 125/5; Nahles, 127/4; Nahles, 128/4; Rünker, 127/10; Sauer, 128/7; Scholz, 127/7; Schratzenstaller, 127/24; Trube, 127/20;

Sozialdemokratie (Deutschland, national/regional)

Annen, 125/41; Annen, 127/6; Annen, 127/12; Böhning, 124/47; Böhning, 126/51; Borchert, 127/8; Brodkorb, 125/46; Brodkorb, 123/6; Commercon, 124/41; Gregory, 124/35; Gründinger, 126/21; Heimann, 126/10; Kaczmarek, 127/16; König, 123/7; König, 128/9; Krems, 125/4; Machnig, 124/5; Micus, 126/40; Mikfeld, 123/4; Molkentin, 126/6; Nahles, 125/5; Nahles, 124/4; Nahles, 127/4; Nahles, 128/4; Pieczkowski, 128/12; Viele, 125/5; Zumhasch, 123/50;

Sozialdemokratie/Generationsaufbau

Annen, 125/41; Böhning, 125/42; Commercon, 124/41; Erdmann, 125/44; Zumhasch, 123/50;

Sozialdemokratie, International

Brockmeyer, 128/41; Hirsch, 127/41; Hirsch, 124/53; Larcher, 127/5; Larcher, 128/6; Micus, 126/40; Rentzsch, 126/37;

Soziale Bewegungen

Erdmann, 125/44; Freytag, 124/17; Gregory, 124/35; Larcher, 124/38; Notz, 124/31; Plesch, 124/21; Runder Tisch Erwerbslose und Sozialhilfe, 126/7; Schmidt, 125/56; Wahl, 128/25;

Sozialistische Theorie

Brodkorb, 125/46; Dehm, 125/39; Dörre, 123/13; Grohmann, 124/50; Heimann, 123/33; Horst, 124/51; Krämer, 123/26; Krätke, 123/19; Larcher, 123/28; Schmied-Kowarzik, 126/38; Schöler, 123/42; spw-Thesen zur Jahrestagung 2001, 123/25; Tjaden, 126/13; Welti, 123/27; Welti, 123/37;

Sozialstaatsentwicklung

Bell, 127/53; Böhning, 125/12; Butterwegge, 126/43; Deml, 128/47; Evans, 125/13; Gerlinger, 123/47; Laberenz, 127/55; Lauterbach, 125/32; Lohmann, 125/3; Nahles, 124/4; Nahles, 124/9; Paetow, 125/17; Pfaff, 124/12; Rosenbrock, 125/24; Wasem, 125/22;

Verzeichnis der besprochenen Bücher

Analysen zur Politik der USA und zum 11. September (Lennart Laberenz)	125,59
Arbeitspsychologie (Marcus Schwarzbach)	128,55
Bourdieu – Für eine europäische soziale Bewegung (Klaus Störch)	124,57
Bourdieu – wie die Kultur zum Bauern kommt (Lennart Laberenz)	124,56
Die Narrative der Gewalt (Lennart Laberenz)	128,58
Jonas C. Höpken "Gerechtigkeit in der Arbeitsgesellschaft" (Martin Büscher)	123,59
Korruption für Fortgeschrittene (Michael Klundt)	128,57
Lafontaine, Die Wut wächst (Bernd Höpken)	126,59
Mandel – Macht und Geld (Winfried Roth)	124,57
Mythos Leistungseliten (Ingo Zander)	128,56
Politik im Teilchenbeschleuniger (Anja Kruke)	127,56
Rosa-Luxemburg-Stiftung "PDS-Reformalternativen" (Inka Jörs)	123,57
Im Visier – Die DDR (Christoph Vietzke)	128,59
Die neuen Kriege (Ingo Zander)	127,59
Wer ist George W. Bush? (Ingo Zander)	127,58
Wolfgang Abendroth – Wissenschaftlicher Politiker (Horst Peter)	126,57

se". In der öffentlichen Diskussion zur Riester'schen Reform der Alterssicherung, aber auch hinsichtlich wachsender Staatsverschuldung sowie der Entwicklung von Sozialbeiträgen und Steuerabgaben und bei vielen anderen Gelegenheiten wurde bzw. wird die Frage gestellt, ob man nicht stärker zwischen Alt und Jung umverteilen müsse, um einen drohenden „Krieg der Generationen“ zu verhindern. „Generationengerechtigkeit“ ist eines der gegenwärtig am meisten bemühten sozialpolitischen Schlagwörter in der Bundesrepublik. So betont die Koalitionsvereinbarung der rot-grünen Bundesregierung (2002), man wolle „für nachhaltig solide Staatsfinanzen und mehr Generationengerechtigkeit“ sorgen: „Unser Ziel des Schuldenabbaus ist ein elementarer Beitrag zur Generationengerechtigkeit.“ (Frankfurter Rundschau v. 17.10.2002) Und der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber bezeichnet die „Wahrung der Generationengerechtigkeit“ in der Rentenpolitik als „größte sozialpolitische Aufgabe“ (Die Welt v. 6.1.2003). Darunter versteht man die Forderung nach fairer Aufteilung der Ressourcen und Lasten zwischen den Generationen (z.B. für das Sozialversicherungssystem). Ihre Propagierung setzt implizit oder explizit eine ungerechte Verteilung zu Lasten einer, und zwar der jüngeren, Generation voraus (vgl. Alterssicherung, Staatsverschuldung etc.). Mittels der Forderung nach (mehr) Generationengerechtigkeit besteht jedoch die Gefahr, dass soziale Ungerechtigkeiten innerhalb aller Generationen in einen „Kampf von Alt gegen Jung“ umgedeutet werden.

Generationenungerechtigkeit oder: Sind die Jungen arm, weil die Alten reich sind?

Für den Wirtschaftswissenschaftler Ulrich Busch besteht in der Bundesrepublik ein extrem asymmetrisches Generationenverhältnis: „Arm sind heutzutage vor allem die Jungen – in Ostdeutschland 21,9 Prozent und in Westdeutschland 11,8 Prozent aller Kinder und Jugendlichen – reich dagegen die Alten.“ (Busch 2000, S. 24) Busch spricht im Kontext einer „Infantilisierung der Armut“ von einer „Gerontolisierung des Reichtums“, das heißt „der Rentner als sozialer Typus, wandelt sich zunehmend zum Rentier“ (ebd.). Er resümiert: „In der Bundesrepublik Deutschland ist das Gleichgewicht zwischen den Generationen empfindlich gestört, nicht nur demographisch, sondern auch ökonomisch und machtpolitisch: Allenthalben haben die Alten das Sagen!“ (Ebd., S. 30) Steigende Altersbezüge führt er auf eine „fortschreitende(n) Gerontokratisierung der Gesellschaft“ der Bundesrepublik zurück. „Hier versucht in der Tat eine Generation ihren Wohlstand zu Lasten der nachfolgenden Generationen zu maximieren.“ (ebd., S. 31) Auch die Fernseh-Sendung *Panorama* vom 16. März 2000 nannte ihren Beitrag gar „Rei-

che Alte gegen arme Junge. Der Krieg der Generationen“. Genüsslich werden vermeintlich repräsentative wohlhabende Altenheimbewohner/innen jungen Mehr-Kinder-Familien mit Sozialhilfebezug gegenüber gestellt. „(W)eil unsere Gesellschaft langsam vergeist, stellen immer mehr Alte ein immer größeres Wählerpotential. Auf das müssen unsere Politiker Rücksicht nehmen. Wer aber schützt die Jungen, für die immer weniger bleibt?“ Folgerichtig wird der alten Generation bescheinigt, „den Krieg der Generationen für sich entschieden“ zu haben. Der Wirtschaftswissenschaftler Meinhard Miegel wird zur Untermauerung des angeblichen Tatbestands mit folgenden Worten wiedergegeben: „Es gibt heute zwischen den Generationen keine Gerechtigkeit mehr. Die heute ältere Generation fährt gut in diesem System, die junge wird nicht annähernd so gut fahren.“ Schlussendlich bilanziert der Beitrag: „Die insgesamt (...) gewaltige Vermögensverschiebung zu Gunsten der älteren Generation ist in der öffentlichen Diskussion bislang zu kurz gekommen.“

Noch einen Schritt weiter geht das Wochenmagazin *Stern* vom 21. November 2002 mit der Titelbild-Zeile „RENTE: Der Aufstand der Jungen“. Im Heftbeitrag von Walter Wüllenweber („Die Last mit den Alten. Konflikt der Generationen“) hagelt es nur so von Hetze und Polemik gegen den Wohlfahrtsstaat und die solidarische Sozialversicherung. „Die Jungen klagen an! Rentenbeiträge, Krankenversicherung, Steuern – die Belastung wird unerträglich. Ihre Eltern hinterlassen ihnen einen hochverschuldeten, abgewirtschafteten Staat. Gleichzeitig bedienen sie sich rücksichtslos weiter.“ In seiner Abrechnung mit dem imaginierten „Klassenfeind“ der ausbeuterischen Alten überschlägt sich der Autor beinahe bei der Vorstellung, was wohl die Seniorinnen und Senioren mit seinen Steuern und Abgaben so anfangen. „Von jedem Euro, den wir verdienen, überweisen wir 39 Cent an euch. (...) Was macht ihr damit? (...) Ihr legt ab zur Weltumsegelung. Ihr mietet euch ein auf einem der unzähligen Kreuzfahrtschiffe, auf denen ihr – wem wundert's – nur Gleichaltrige trifft. (...) Warum müssen wir jetzt schon wieder eine Erhöhung der Beiträge zahlen? Weil ihr so gierig seid. (...) Noch nie hat sich eine Generation so schamlos aus dem Geldbeutel ihrer Nachkommen bedient wie ihr bei uns. Ihr hinterlasst uns nicht mal nichts. Ihr hinterlasst uns Schulden.“

Die Debatten in Politik und Öffentlichkeit zeichnen beinahe durchgehend ein sozial homogenes Bild von Generationen – insbesondere den älteren. Dabei erweckt

man, wie Paul Nolte festgestellt hat, meist den Eindruck, „als wären ‚die‘ Senioren geradezu die Avantgarde einer klassenlosen Gesellschaft, als wären Menschen über 60 nur noch alt und nicht mehr Bürger oder Arbeiter, (Ex-)Unternehmer oder (Ex-)Verkäuferinnen.“ (Die Zeit v. 5.1.2001)

Ganz im Geiste von Neoliberalismus und Generationengerechtigkeit argumentiert auch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung („Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten“) für „mehr Wettbewerb“ und eine „bessere(n) Balance der Belastungen zwischen den Generationen“ (Die Zeit v. 27.12.2001). Sie kommt – mit Hilfe martialischer Metaphern – zu dem Ergebnis, dass die „überalterte Gesellschaft“ der Zukunft die Sozialsysteme sprengen wird. Außerdem werde die Gesellschaft „zunehmend von Alten dominiert.“ Gleichzeitig geißelt die Studie die „fatalen Folgen einer übermäßigen Fesselung der Arbeitsmärkte für die

Beschäftigung“ wie auch den mangelnden Kindernachwuchs. Entsprechend fordert sie eine pronalistische Politikorientierung, da auch Einwanderung die Alterung der Gesellschaft nur bedingt aufhalten könne: „Aber vielleicht

gelingt es, mit einer wirksamen Familienpolitik und Förderung die Lust auf Kinder zu erhöhen.“ Zu den wichtigsten Vorschlägen gehört jedoch die neoliberale (Teil-)Privatisierung und (Teil-)Liberalisierung fast der gesamten bundesdeutschen Sozialversicherungssysteme und die Deregulierung des Arbeitsmarktes. Wie jedoch immer zunehmendere Markt- und Flexibilisierungsanforderungen einerseits und adäquate (außer-)familiäre Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen andererseits miteinander vereinbart werden sollen, fragen sich die Autoren der Studie offenbar nicht.

In den gesellschaftlich relevanten Debatten zur (Kinder-)Armut und Generationengerechtigkeit thematisiert man nicht, wie aus einer Verschiebung der Altersstruktur resultierende Schwierigkeiten solidarisch bewältigt werden können (durch eine Verbreiterung der Basis des Rentensystems, konsequente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Frauenerwerbsquote, vermehrte Zuwanderung etc.). So stößt die Behauptung, dass die Deutschen wegen der Alterung der Gesellschaft künftig länger arbeiten, höhere Sozialabgaben und Rentenbeiträge zahlen, radikal gekürzte Altersbezüge erhalten und mehr Geld in private Vorsorge für den Ruhestand stecken müssen, gegenwärtig – meist bar jeglicher Erläuterung – auf keinerlei Widerspruch. Ausgeblendet

Der Schuldendienst lastet in Wahrheit nur auf einem Teil der kommenden Generationen; ein anderer Teil erhält viel mehr Zinsen als er selbst zahlt.

wird dabei ebenfalls die Möglichkeit, bisher nicht beitragspflichtige Gruppen (z.B. Selbstständige, sog. Freiberufler und Beamte) in die Gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen oder den Bundeszuschuss zu erhöhen. Auf diese Weise fungiert die ungünstige Altersstruktur als Legitimationsgrundlage für Sozial- und Rentenkürzungen. Die Demografie gerät hierdurch zu einem Mittel der sozialpolitischen Demagogie.

Gegenüber den – unter dem Deckmantel „Generationengerechtigkeit“ – voran schreitenden Kampagnen gegen den Sozialstaat (vgl. die erfolgreichen US-Diskurse seit Anfang der achtziger Jahre), welche häufig auf eine Entwertung des Alters hinaus laufen, sollte daran erinnert werden, dass sich soziale Ungleichheit in der Erwerbsphase im bundesdeutschen Rentensystem – auf Grund seiner Lebensstandardorientierung – als soziale Ungleichheit im Alter reproduziert, mithin hohe Alterseinkommen nur auf eine bestimmte Personengruppe beschränkt bleiben. Insofern wäre also, wie Marc Szydlik vorschlägt, „weniger die Einforderung der so genannten Generationengerechtigkeit angebracht, als eine Diskussion über die Verringerung der sozialen Ungleichheit im Alter durch eine stärkere Umverteilungskomponente von Reich zu Arm.“ (Szydlik 2002)

Generationenungerechtigkeit und/oder soziale Ungleichheit innerhalb der Generationen?

Da die Altersgruppe der Rentner/innen nicht in so hohem Maße wie etwa Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Armut betroffen ist, konstruieren Journalist(inn)en ein Wohlstandsgefälle zwischen Alt und Jung. Unter dem plakativen Titel „Arme Junge, reiche Alte“ redete Elisabeth Niejahr in der ZEIT sogar einen „(Verteilungs-)Kampf der Generationen“ herbei. Den sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen stellte sie die Alten als bloße Nutznießer und „Gewinner unseres musealen Systems“ (d.h. des deutschen Sozialstaates, M.K.) gegenüber (Die Zeit v. 21.10.1999). Im selben Artikel hieß es über Alternativen zum Umlageverfahren in der Gesetzlichen Rentenversicherung: „Bei kapitalgedeckten Systemen sorgt jede Generation für sich selbst, etwa durch Aktienfonds, Lebensversicherungen oder durch Einzahlungen in staatliche oder betriebliche Pensionsfonds.“ Die ZEIT-Redakteurin Elisabeth Niejahr hinderte ihre Parteinarbeit für die „armen Jungen“ nicht an einem Plädoyer dafür, die Strukturprinzipien der Riester'schen Rentenreform – Teilprivatisierung und Arbeitgeberentlastung – auf die übrigen Sozialsysteme zu übertragen, obwohl sie primär den Einkommensstarken nützen und die armen Kinderreichen noch mehr benachteiligen würden. Konsequenterweise denkt die Journalistin das Resultat der rot-grünen Rentenreform zu Ende, wenn sie mit demagogischem Unterton fragt: „Wer sollte verstehen, dass nach sozialdemokratischer Lesart zwar der Einstieg in die private Altersvorsorge geboten ist, private Zuzahlungen für Medikamente für die SPD aber nach wie vor des Teufels sind?“ (Die Zeit v. 25.1.2001)

Die ZEIT-Redakteurin Susanne Mayer hingegen versteht unter „Kinderarmut“ nicht, wie üblich geworden, die Not junger Menschen, sondern einen Mangel an (deutschem) Nachwuchs, zu dem sie ein reichlich instrumentelles

Verhältnis hat. Zur Finanzierung eines „überlebensnotwendigen Kinderreichtums(s)“ sollen ihrer Auffassung nach Renten gekürzt („Seniorenvergünstigungen in Familienerleichterung umwandeln“) und Kinderlose mit Strafgebühren belegt werden. Um damit höhere bzw. zusätzliche Kinderfreibeträge zu begründen, die vor allem Besserverdienende entlasten würden, stellt Mayer eine Suggestivfrage: „Sind Kinder weniger wichtig als die steuerabzugsfähige Büroausstattung?“ (Die Zeit v. 1.2.2001)

Staatsverschuldung und finanzielle Nachhaltigkeit oder: „Generationengerechtigkeit“ als Vorwand für mehr soziale Ungerechtigkeit?

Oft wird von Neoliberalen so getan, als hätten zukünftige Generationen hohe Schuldenberge abzutragen, wozu sie jedoch weder willens noch in der Lage wären (vgl. Lamsdorf 2001, S. 256). Dabei lastet dieser Schuldendienst in Wahrheit nur auf einem Teil der kommenden Generationen; ein anderer Teil erhält viel mehr Zinsen aus den (geerbten) Schuldverschreibungen des Staates, als er selbst zahlt und profitiert dadurch sogar von heutigen Budgetdefiziten. Trotzdem verfängt die Argumentationsfigur der „Zechpreller zu Lasten unserer eigenen Kinder“ (Bernd Raffelhüschen) auch bei Bündnisgrünen und Sozialdemokraten. Da die Verschuldung der Gebietskörperschaften „unseren Kindern und Enkeln die Chancen für ihre Zukunft“ raube, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder meint (siehe <http://www.spd.de/events/generationenkongress/redegs.htm>), sei die Konsolidierungspolitik „kein Selbstzweck, sondern ein Gebot der Generationengerechtigkeit“, heißt es im Positionspapier eines Fachkongresses, den die SPD am 23. Juni 2000 durchführte (<http://www.spd.de/events/generationenkongress/generationenpolitik.htm>). Norbert Reuter weist dagegen in einer finanzwissenschaftlichen Analyse der staatlichen Haushalts- und Rentenpolitik nach, dass aus der „Staatsverschuldung Forderungen und Verbindlichkeiten gleichermaßen resultieren, beide Größen im Falle einer längerfristigen Verschuldung an die nächste Generation ‚vererbt‘ werden“. Blicke man separat auf die gegenwärtige oder auf die zukünftige Generation, liege „immer ein Nullsummenspiel vor. Mit Verweis auf finanzielle Belastungen künftiger Generationen läßt sich der gegenwärtige Abbau der Staatsverschuldung jedenfalls nicht begründen.“ (PROKLA 121 (2000), S. 551)

Durch die Instrumentalisierung der nachwachsenden Generationen unter solchen Schlagworten wie „Nachhaltigkeit“ auch im finanzpolitischen Bereich“ und „Generationengerechtigkeit“ wird nicht nur eine Haushaltskonsolidierung verklärt, die gerade für Kinder und Jugendliche verheerende Folgen zeitigt, weil vorrangig sie betroffen

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

43

Linke und Macht

Mitte-Links-Projekt in Europa; SPS auf Linkskurs;
Rotgrün, Arbeitslosigkeit und die Gewerkschaften;
Wirtschaftsdemokratie, Sozialisierung der Märkte,
Linke und Flexibilisierungspakt; Klassengesellschaft;
Arbeit und menschliche Würde; Macht und Staat,
Globalisierungskritik, Attac, Empire-Debatte

K. Dräger, J. Steinhilber, F. Cavalli, M. Wendi, F. Vilmar,
M. R. Krätke, W. Eberle, H. Schäppi, K. Dörre,
W. F. Häug, J. Holloway, Y. Kramer, F. O. Wolf

Diskussion

T. Soiland: Mit Foucault gegen Gender
N. Klein: Zukunft der Befreiungstheologie
H. Baumann: EU-Erweiterung ohne soziale Dimension
M. König: Schweiz und Zweiter Weltkrieg

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

22. Jg./2. Halbjahr 2002

Fr. 25.- / € 16.-

216 Seiten, € 16.- (Abonnement € 27.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zürich
Tel./Fax 01 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Foto: Christian Kiel (Berlin)



den Bereichen (Bildung, Schule und Hochschule) nicht mehr die nötigen Mittel zufließen. Die realen Wirkungen von Sparmaßnahmen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem verbauen paradoxerweise im Namen der zukünftigen Generation eben jener die Zukunftsperspektiven (bei mangelhafter Kinderbetreuung, defizitärer Schulausstattung, fehlenden Lehrkräften, eingesparten Schuleingangsuntersuchungen etc.). Eine totale Konterkarierung erfährt der Ge-

danke ökologischer Nachhaltigkeit durch das Sparen im Bereich des sozialökologischen Strukturwandels mit Argumenten finanzpolitischer Nachhaltigkeit (mangelhafte Förderung und zu hohe Besteuerung von Bahn, ÖPNV, alternativen Energien usw.). Die mit dem Satz: „Wir haben den Staatshaushalt nur von unseren Kindern geborgt!“ begründete Übertragung des Konzepts der Nachhaltigkeit von der Umwelt- auf die Finanzpolitik ist denn auch für Klaus Dräger, Annelie Buntenbach und Daniel Kreutz „eine untaugliche Camouflage gewöhnlicher Austeritätspolitik“ (2000, S. 39), die das aus der Weimarer Republik bekannte „Schuldenparadox“ ignoriere und gefährliche Folgen habe: „Rabiante Kürzungsprogramme im Sozialbereich und bei den öffentlichen Investitionen dämpfen die Inlandsnachfrage. Die Erwerbslosigkeit bleibt in der Folge auf hohem Niveau und kann sogar steigen, während die Steuerein-

nahmen weiter zurückgehen. So verursacht die angebliche Sparpolitik selbst immer wieder neue Löcher im Haushalt, gegen die dann mit weiteren Kürzungen ebenso erfolglos angespart werden soll.“ (ebd.)

Micha Brumlik macht den Unterschied zwischen natürlicher Umwelt und materiellen bzw. finanziellen Ressourcen deutlich: „Während zukünftige Generationen von einmal vernutzten fossilen Brennstoffen in der Tat nicht mehr Gebrauch machen können, stehen ihnen für die Beiträge, die sie zur Tilgung von Schulden für öffentliche Aufgaben zu leisten haben, in einer gerecht geordneten Gesellschaft nützliche Infrastrukturangebote gegenüber. Während die Vernutzung natürlicher Ressourcen mithin asymmetrisch zu Gunsten der Gegenwart verläuft, besteht bei Nutzung finanzieller Ressourcen im öffentlichen Rahmen eine gewisse Symmetrie.“ (Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1999, S. 1464)

Fazit

Eine nicht nur verbal der Generationengerechtigkeit verpflichtete Politik müsste Norbert Reuter zufolge berücksichtigen, dass Schuldenabbau und der damit verbundene Rückzug des Staates aus wichtigen Bereichen unter den gegenwärtigen Bedingungen eine schwere Hypothek für künftige Generationen bedeuten würde, neben der die mittelfristig fortbestehende Staatsver-

Entgegen aller Hetzreden vom „Krieg der Generationen“ verläuft die soziale Scheidewand innerhalb entwickelter Industriegesellschaften immer noch zwischen Arm und Reich.

schuldung das vergleichsweise kleinere Problem darstellt. Der Aachener Ökonom konstatiert: „Tatsächlich wäre eine entschiedene Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit über die nächsten Jahre hinweg der nachhaltigste Beitrag zum Abbau der Staatsverschuldung.“ (PROKLA 121 (2000), S. 564)

Entgegen aller Hetzreden vom „Krieg der Generationen“ verläuft die soziale Scheidewand innerhalb entwickelter Industriegesellschaften immer noch zwischen Arm und Reich – unabhängig vom Lebensalter –, nicht zwischen Alt und Jung! Jedoch lassen sich Kinder bzw. deren soziale Probleme leicht für neokonservative und -liberale Zwecke instrumentalisieren. Als politisch-ideologischer Hebel eignet sich Kinderarmut in der momentanen Situation vorzüglich dazu, die Opfer von Kürzungsmaßnahmen im Sozialbereich gegeneinander auszuspielen.

Die gebetsmühlenhaft wiederholten Verweise auf die demografische Entwicklung und die daraus abgeleitete Notwendigkeit einer Privatisierung der Alterssicherung und von Rentenkürzungen (für „mehr Generationengerechtigkeit“) sind somit genauso interessengeleitet wie die Hinweise auf die Globalisierung und die angebliche Gefährdung des „Standorts D“ einschließlich des Rufes nach „Verschlankung“ des Sozialstaates und der Reduzierung sozialer Rechte abhängig Beschäftigter.

spw 1/2003

Literaturhinweise:

- BMA (Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung) (2001) (Hrsg.): Lebenslagen in Deutschland, Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn
- Busch, Ulrich (2000): Rentendebatte und Generationenkonflikt, in: Heike Imhof-Rudolph (Hrsg.), Altersvorsorge im Sozialstaat, Berlin, S. 11-31
- Butterwegge, Christoph (2001): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen
- Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael (2003) (Hrsg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen
- Dräger, Klaus/Buntenbach, Annelie/Kreutz, Daniel (2000): Zukunftsfähigkeit und Teilhabe. Alternativen zur Politik der rot-grünen Neuen Mitte, Hamburg
- Fischer, Birgit (2000): Statt eines Vorwortes: Mit einer tief gespaltenen Gesellschaft ins 3. Jahrtausend?, in: Butterwegge, Christoph (Hrsg.): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, 2. Aufl. Frankfurt am Main/New York, S. 11-20
- Hanesch, Walter/Krause, Peter/Bäcker, Gerhard u.a. (2000): Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek bei Hamburg
- Lambsdorff, Otto Graf (2001) (Hrsg.): Freiheit und soziale Verantwortung. Grundsätze liberaler Sozialpolitik, Frankfurt am Main
- Szydlík, Marc (2002): Von wegen alte Hüte. Klassische Unterschiede und neue Herausforderungen: Generation statt Schicht?, In: Frankfurter Rundschau v. 3.12.2002
- Unverzagt, Gerlinde/Hurrelmann, Klaus (2001): Konsum-Kinder. Was fehlt, wenn es an gar nichts fehlt, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien

Warum wählen wir?

Überlegungen zu Schuessler „A Logic of Expressive Choice.“

Von Margit Wehrich

Die Teilnahme an politischen Wahlen wird gemeinhin als eine moralische Verpflichtung thematisiert; stehen Wahlen an, wird man dazu aufgefordert, dieser Verpflichtung nachzukommen: „Am 22.09. wählen gehen!“ mahnte eine der Postkartenaktionen der SPD vor der letzten Bundestagswahl. Solche Bemühungen weisen darauf hin, dass die Beteiligung an Wahlen alles andere als selbstverständlich ist; Demokratinnen und Demokraten müssen ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger anscheinend dazu anhalten. Fällt die Wahlbeteiligung trotz der Ermahnungen gering aus, gibt man sich enttäuscht über das zu geringe Interesse mancher Zeitgenossen an Mitbestimmung.

Ein entscheidungstheoretischer Erklärungsansatz für die Teilnahme an politischen Wahlen

Entscheidungstheoretiker indes stehen vor dem umgekehrten Problem. Sie haben Schwierigkeiten damit, zu erklären, warum überhaupt jemand an politischen Wahlen teilnimmt. Denn ihren Voraussagen nach sollte die Wahlbeteiligung viel niedriger sein als sie es tatsächlich ist. Sie wollen menschliches Handeln erklären, indem sie Handlungsmodelle benutzen, an deren Basis rationale Akteure stehen; diese, so wird angenommen, entscheiden sich für diejenige Handlung, von der sie sich den besten Nutzen versprechen – den besten Nutzen für sich selbst. Aufgrund dieser Grundausstattung bekommen solche Akteure jede Menge Probleme. Eines dieser Probleme ist die Erstellung öffentlicher Güter: Ein rationaler Akteur wird erst einmal keine Motivation haben, hierzu einen Beitrag zu leisten. Denn öffentliche Güter zeichnen sich dadurch aus, dass sie auch derjenige nutzen kann, der nichts zu ihrer Erstellung beigetragen hat; einmal produziert, stehen sie allen zur Verfügung, und niemand kann von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden. Solche Güter sind etwa eine saubere Umwelt, aber auch eine funktionierende Demokratie. Das

Interesse an einem solchen Gut reicht noch lange nicht dazu hin, dass man sich an seiner Produktion beteiligt: Denn da diese Beteiligung mit Kosten verbunden ist, besteht die beste Option für rationale Akteure darin, die anderen stellten das Gut her und sie selbst müssten nichts dazu tun. Wie man am Umweltverhalten sieht, ist eine solche Annahme nicht unplausibel: Obschon man an einer sauberen Umwelt interessiert ist, fährt man selber gerne ein schnelles Auto, verzichtet auf die umständliche Mülltrennung und kauft Produkte schmutziger Industrien. Gelegentlich soll es auch vorkommen, dass man seine Coladose in der Grünanlage deponiert – oder Sondermüll im Atlantik löscht. Handeln alle so, wird es natürlich keine saubere Umwelt geben. Und auch dann, wenn unser rationaler Akteur so weit denkt, wird er den Schluss ziehen, dass er im Falle seiner Beteiligung in einer solchen Situation ganz sicher der Dumme ist – er wird der „sucker“ sein, wie die Spieltheorie das nennt, wenn er

Kosten auf sich nimmt, sein Ziel aber nicht erreicht, weil die anderen nicht kooperieren. Es macht hier keinen Sinn, den Helden zu spielen.

Glücklicherweise sieht die Wirklichkeit aber doch etwas anders aus: Zumindest einige Bürger

verhalten sich umweltbewusst, und zumindest in der Bundesrepublik Deutschland ist die Wahlbeteiligung in der Regel hoch.

Warum ist das so? Es kann sein, dass wir so vernünftig sind und von selbst auf die Realisierung unserer ersten Präferenz verzichten. Es kann sein, dass wir den Mahnern gehorchen; es kann auch sein, dass wir einfach gerne wählen gehen – ganz egal, wie viel es uns kostet, uns politisch zu informieren und wie hoch die Opportunitätskosten am Wahlsonntag sein werden, was uns also entgeht, wenn wir beispielsweise gerne Bergwandern und gerade heute eine Jahrhundertfernsicht herrscht. Und es kann sein, dass wir einfach umweltbewusste Bürger und gute Demokraten sind. Und wenn jemand die

Umwelt verschmutzt oder nicht zur Wahl geht, bleibt als Erklärung nur der Vorwurf der Uneinsichtigkeit.

Von solchen Annahmen geht die Entscheidungstheorie jedoch nicht aus; vielmehr stellt sie die gängige Argumentation auf den Kopf – oder eher auf die Beine: An die Stelle des Beklagens geringer Wahlbeteiligung tritt die Erkenntnis, dass es erklärungsbedürftig sei, warum jemand überhaupt zur Wahl geht. Man muss hier also nach den Gründen dafür suchen, warum das überhaupt so viele Leute tun – nicht danach, warum es einige nicht tun.

Wer den letzten Wahlkampf in diesem Lande verfolgt hat, wird bemerkt haben, dass sich neben den politischen Inhalten, die die Kanzlerkandidaten vertraten, auch andere Merkmale besonderer Aufmerksamkeit erfreuten: die sogenannte persönliche Ausstrahlung der Kandidaten, ihre Vertrauenswürdigkeit, ihr Auftreten in der Öffentlichkeit, ihre Schlagfertigkeit, der Stil ihrer Garderobe und die Frage, ob sich einer von ihnen die Haare färbt. Zu begutachten waren diese Fähigkeiten in einer uns bislang nur aus den USA bekannten Veranstaltung: den Fernsehduellen.

Expressive Rationalität als erweiternder Faktor des Aktormodells

Alexander A. Schuessler, Assistent Professor am Department of Politics der New York University, bietet uns einen verblüffenden und beunruhigenden Grund für die Entscheidung, zur Wahl zu gehen an, und ich denke, dass seine Analyse auch die im letzten bundesdeutschen Wahlkampf zu beobachtenden Phänomene erklärt. Schuessler vergleicht in seinem Buch „A Logic of Expressive Choice“ die Wahlkampfstrategien amerikanischer Präsidentschaftskandidaten mit den Werbekampagnen für Softdrinks und arbeitet Gemeinsamkeiten heraus, die zu denken geben.

Auch Schuessler arbeitet mit dem oben beschriebenen Aktormodell, stellt aber neben die instrumentelle Rationalität auch eine expressive:

„... das vorliegende Werk versucht, den sogenannten positivistischen Standpunkt auszubauen, indem sie etwas hegelianisches Aroma hinzugibt bzw. den ökonomischen Standpunkt auszubauen, indem sie einige soziologische Überlegungen einfließen lässt ... das Ziel ist es, eine theoretische Mikrofundierung zu konstruieren, die zu der Dimension des ‚Tuns‘ die tiefer liegende Dimension

Entscheidungstheoretiker haben Schwierigkeiten zu erklären, warum überhaupt jemand an politischen Wahlen teilnimmt.

des ‚Seins‘ addiert, um die Motivation zur Partizipation erklären zu können“ (Schuessler, S. 29; Übersetzung dieses und aller weiteren Zitate von Margit Wehrich).

Einer der von Schuessler zitierten Slogans aus einer Werbung für Softdrinks bringt auf den Punkt, was Schuessler mit „Sein“ meint: „Be original: drink Dr Pepper!“ Man solle, so die Botschaft dieser Werbung, das Getränk nicht vordringlich deshalb zu sich nehmen, weil es gut schmeckt und dabei den Durst löscht: Man soll es trinken, um unverwechselbar zu sein.

Ziel seiner Analyse ist es zu zeigen, dass derselbe Mechanismus auch als eine Erklärung für die Beteiligung an Wahlen gelten kann. Wahlkampfstrategen verlassen sich ganz offensichtlich nicht darauf, dass es der erwartete Einfluss meiner Stimme auf die Herstellung eines bestimmten Wahlergebnisses ist, weswegen ich zur Wahl gehe. Deshalb setzen sie auf die Dr. Pepper-Verkaufsstrategie: Denn aus denselben Gründen, aus denen man einen Softdrink einem anderen (geschmacksgleichen) Softdrink vorzieht, wählt man (in den USA) z.B. die Republikaner anstelle der Demokraten. Man tut dies, um seine Identität auszudrücken und nicht um eines spezifischen instrumentellen Ergebnisses wegen, sei es die beste Art, den Durst zu löschen oder die Durchsetzung der Politik eines bestimmten Kandidaten. Man wird vielmehr zum Ziel haben, seine Identität als (z.B.) Republikaner auszudrücken: sich selbst gegenüber und gegenüber anderen. Neben der „rational choice“ gibt es demnach eine „expressive choice“, eine expressive Wahl, „als eine Quelle von Identität.“ Die theoretische Grundlegung von „Sein“ ist bei Schuessler allerdings eher kursorisch; wichtig ist ihm, dass die Symbolik, mit der ich glaube, mein „Sein“ bzw. meine Identität authentisch auszudrücken, nichts anderes ist als ein Angebot der Wahlkampfstrategen und Produktmarketing-Leute – und das ist nicht gerade eine beruhigende Erkenntnis.

Die politische Wahl als Ausdruck der eigenen Identität

Auf unsere Verhältnisse bezogen würde die Wahl der SPD demnach bedeuten, mich für ein „Produkt“ zu entscheiden, mit dem ich meiner Identität Ausdruck verleihen kann: vor mir selbst und vor anderen. Die oben beschriebene Performance unserer Kandidaten bekäme damit ihren Sinn: Wir glauben, unsere Identität auszudrücken, indem wir einem dieser Angebote folgen.

Um uns sein Modell ganz klar zu machen, führt uns Schuessler in ein gut besuchtes Café im Bostoner North End und beschreibt, wie die dortige Jukebox bedient wird. Auch hier werden expressive Wahlen getroffen,

und der Mechanismus ist bei politischen Wahlen derselbe.

Will man ein bestimmtes Musikstück hören, wirft man Geld ein und tippt seinen Wunsch; freilich muss man eine Weile warten, bis er sich realisiert, denn die Jukebox spielt erst mal die Auswahl anderer Gäste. Einige Aspekte verhindern indes, dass ich meine individuelle Wahl dem zurechnen kann, was die Jukebox spielt: Erstens erfahre ich nicht, ob der Song, den ich wünsche, schon in der

Plattenschlange wartet, so dass es sein kann, dass mein Song gar nicht deshalb gespielt wird, weil ich ihn mir gewünscht und für ihn bezahlt habe – er wäre auch

so drangekommen. Zweitens spielt die Jukebox einen Song ohnehin nur einmal, ungeachtet dessen, wie oft er gewählt worden ist. Nichts desto trotz kann ich natürlich im Glauben sein, dass es meiner Handlung zuzuschreiben ist, wenn schließlich Sinatras „New York, New York“ gespielt wird. Denn ich weiß – drittens – nicht, was die anderen gewählt haben. Ich sehe zwar, dass mein Nachbar zur Jukebox geht und sie bedient, aber was er wählt, das sehe ich nicht und kann es auch über die Folge der Musikstücke nicht erschließen, denn die Jukebox arbeitet die Wünsche nicht der Reihe nach ab. Dieses „Abschirmen“ verbirgt die Identität derer, die zusammen eine bestimmte Wahl getroffen haben, voreinander.

Man könnte nun meinen, Benutzer bedienen die Jukebox, weil sie so die Wahrscheinlichkeit, ihren gewünschten Song zu hören, steigern können, denn schließlich wissen sie ja nicht, ob er bereits gewählt worden ist. (Das wäre analog zu der Annahme, ich wähle die SPD, um sie zum Gewinner zu machen.) Nur leider spricht die Empirie gegen diese Erklärung, zeigt doch die Jukebox den an diesem Tag meistgewählten Song auch noch extra an. „New York, New York“ ist im Caffè Vittoria – so weist es die Jukebox aus – der am meisten gewählte Song der letzten Jahre. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Song auch ohne mein Zutun gespielt wird, ist also sehr groß (auf Schröder bezogen, heißt das, er wird ohnehin gewinnen), aber anstatt mir diese Tatsache zu verbergen, tut es die Jukebox extra kund, und das kann nur heißen, dass diese Information offensichtlich die Wahl dieses Songs verstärkt, anstatt sie zu vermindern. (Auch Schröder wurde ja nicht müde zu behaupten, seine SPD würde es schaffen.)

Das ist rätselhaft: Wenn es doch so ist, dass meine Stimme gerade im Falle eines sicheren Gewinns keinesfalls eine Rolle spielen wird und ich also bequem Trittbrettfahren kann, warum betont der Politiker, den ich wählen soll, noch extra, dass er gewinnen wird? Warum sagt man mir, dass das Musik-

stück, das ich wählen soll, ohnehin schon gewählt ist?

Verbraucher müssen also von etwas anderem motiviert werden als vom zu erzielenden Ergebnis. Was ist das? „Partizipation ist nicht nur ein Mittel, um im Ergebnis zu erreichen, dass Frank Sinatra von der Jukebox gespielt wird – sie ist auch Weg, um meine ‚Frank Sinatraness‘ herzustellen, zu bestärken, zu demonstrieren und auszudrücken, sowohl gegenüber dem Rest der Welt als auch gegenüber mir selbst“ (Schuessler, S. 15). Meine Motivation, zu partizipieren, so Schuessler (S. 15), „ist nicht in dem kalkulativen Bereich angesiedelt, in dem man bestimmte Zustände der Welt strategisch herstellen will, sondern in dem interpretativen Bereich, indem ich mich selbst diesen Zuständen anhefte.“ Individuen sind nicht nur durch ihre Wünsche nach „Doing“ motiviert; sie sind es auch durch ihre Wünsche nach „Being“. „Partizipation – das Durchführen von x – ist in diesem Kontext nicht dadurch motiviert, y zu tun, sondern durch den Wunsch, ein x-performer zu sein.“ Die Partizipation selbst ist es also, die einen positiven Ertrag für den Teilnehmer bringt.

Analog zum Jukebox-Szenario geht es auch bei politischen Wahlen darum, mein „Being“ zu demonstrieren, indem ich z.B. meine „Democateness“ zeige oder, auf unsere Verhältnisse bezogen, meine „Socialdemocratness“, mein „Sozialdemokrat-Sein“: Auch hier, so die These, ist Partizipation ein Mittel, mich selbst an einen Zustand anzuhängen. Wenn das so ist, werden öffentliche Güter in private Güter umgewandelt, und es besteht kein Anreiz zum Trittbrettfahren mehr: Will ich meine Identität ausdrücken, muss ich zur Wahl gehen.

Potentielle Partizipierer und Produzenten von Partizipation

Juke-Box-Hersteller, Wahlkampfmanager und die Produktwerbung bewirtschaften solche Tatsachen; Schuessler untersucht nun, wie eine solche „Ökonomie expressiver Anreize“ funktioniert. Zwei Gruppen von Akteuren sind demnach im Spiel: die potentiellen Partizipierer und die Produzenten von Partizipation. Letztere arbeiten natürlich output-orientiert und strategisch: Sie, „locken die Partizipation der Ersteren hervor, indem sie deren expressive Wünsche systematisch anzielen und manipulieren“.

Ihre Strategien sind aus dem Jukebox-Modell ableitbar: Zum Ersten ist es wichtig, zu signalisieren (bzw. vorzutäuschen), dass viele andere den jeweiligen Kandidaten oder die jeweilige Marke ebenfalls wählen werden. Schließlich muss ich mich einem Kollektiv zuordnen können. Zum Zweiten darf ich aber nicht erkennen, aus welchen Mitgliedern dieses Kollektiv genau besteht. Diese Funktion übernimmt das „Abschirmen“. Denn vielleicht sind unter den Mitunterstützern Personen, mit denen ich niemals in

Will ich meine Identität ausdrücken, muss ich zur Wahl gehen.

www.dampfboot-verlag.de



Werner Rügemer

Colonia corrupta

Globalisierung, Privatisierung und Korruption im Schatten des Kölner Klüngels

4. Auflage - 2003 - 157 S.

€ 15,00 - SFR 26,30

ISBN 3-89691-525-8

Ulrich Brand/Werner Raza (Hrsg.)

Fit für den Postfordismus?

Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes

2002 - 331 S. - € 24,80 - SFR 42,90

ISBN 3-89691-529-0

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)

Gut zu Wissen

Links zur Wissensgesellschaft

2002 - 349 S. - € 20,50 - SFR 35,50

ISBN 3-89691-527-4

PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

Prokla 130

Gewerkschaften ...**zur Sonne, zur Freiheit?**

2003 - ca. 160 S. - € 10,50 - SFR 19,00

ISBN 3-89691-330-1

Prokla 129

Arbeit und Arbeitsmärkte

2002 - 160 S. - € 10,50 - SFR 19,00

ISBN 3-89691-329-8

PERIPHERIE. Zeitschrift für Politik

und Ökonomie in der Dritten Welt

Peripherie 89

Tourismus

2003 - 144 S. - € 9,10 - SFR 16,40

ISBN 3-89691-803-6

Erscheinen: Februar 2003

Peripherie 88

Kommunikation und Terror

2002 - 156 S. - € 9,10 - SFR 16,40

ISBN 3-89691-802-8



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Dorotheenstr. 26a - 48145 Münster

Tel.: 0251/60 860 80 - Fax: 0251/60 860 20

email: info@dampfboot-verlag.de

einem Atemzug genannt werden möchte. Zum Dritten sollte ein Kandidat oder ein Produkt nicht allzu sehr auf seine spezifischen Eigenschaften pochen, sondern sich ambivalent zeigen; das vergrault niemanden und hält eine Projektionsfläche bereit. Und zum Vierten kann das Pochen auf Qualitätsmerkmale gefährlich werden: Man wird dann auch daran gemessen. Können die Versprechen nicht eingehalten werden, laufen Kunden wie Wähler umstandslos zur Konkurrenz über.

Empirisch-historische Betrachtung des expressiven Wahlverhaltens

Diese Strategien der „Bewirtschaftung“ der Tatsache, dass die Nachfrager expressiv wählen und nicht (nur) instrumentell-rational, werden im empirisch-historischen Teil von Schuesslers Arbeit beschrieben. Wahlkämpfe und Softdrink-Vermarktung in den USA verließen, so das Ergebnis, in ähnlichen Phasen: Die erste Phase war die der „whistlestop fragmentation“: Ende des 19. Jahrhunderts fuhr der Wahlkämpfer mit dem Zug über Land und versprach dem jeweiligen Publikum am Bahnhof jeweils genau das, was (nur) eben diesem nützte; zur selben Zeit bediente auch die Softdrink-Wirtschaft noch lokale Märkte. Die zweite Phase beginnt mit der zunehmenden Verbreitung von Radios in den 20er Jahren: Man konnte nun nicht mehr jedem etwas Spezielles versprechen (oder mixen), sondern musste sein Programm (und seine Drinks) für viele passend machen. Dem folgte die Phase der „expressive segmentation“, in der ein „feel-good“-Image für die Produkte entwickelt, Ambiguität gepflegt und „Abschirmung“ praktiziert wurde. Über Nixon bis Clinton wird nachgezeichnet, wie das ging: Die Wahlkampfslogans lauteten jetzt positiv, unaussagekräftig und für alle gültig „Morning Again in America“ und „Building a Bridge to the Twenty-first century“ (S. 84), und auch Pepsi Cola hat aus dem katastrophalen Einbruch gelernt, als es damit warb, billiger als Coca Cola zu sein: Als die Zuckerpreise stiegen, liefen Pepsi (ganz im Gegensatz zu Coca Cola) die Kunden massenweise davon; das änderte sich mit der Strategie der „Pepsi-Generation“: Dass man dazugehören will, zählte nun mehr als Preis und Qualität. Doch wer alles zu dieser Generation gehört, muss versteckt werden: So wie Fan-Clubs eine Bedrohung für Popstars darstellen – die Fans könnten erschrecken, wenn sie sich gegenseitig erkennen –, kann es auch Präsidentschaftskandidaten ergehen. Die Unterstützung der American Rifle Association hat George Bush sen. nicht gefreut. Eine aktuelle Kampagne von Coca

Cola versammelt Eisbären um eine Colaflasche und vermeidet damit gleich jede Assoziation mit konkreten anderen Menschen. Wie der Sinatra-Gemeinde in der Bostoner Kneipe kann ich mich der Anhängerschaft für einen bestimmten Kandidaten oder einer Softdrink-Marke dann umso eher anschließen, je weniger ich darüber Bescheid weiß, welche lieben Zeitgenossen sich da tatsächlich angeschlossen haben.

Das spieltheoretische Ende des Buches zeichnet die Dynamiken solcher Verläufe nach. So sind frühe Siege bei den amerikanischen Primaries wichtig, weil damit signalisiert wird, wer der Gewinner sein wird und wem ich mich demzufolge anschließen werde. Natürlich lässt sich auch aus der Suche

Können die Versprechen nicht eingehalten werden, laufen Kunden wie Wähler umstandslos zur Konkurrenz über.

nach Distinktionsgewinnen Profit schlagen: So wie für Camel Filter mit dem Slogan „They're not for everybody“ Werbung gemacht wird, kann auch die Wahl einer kleinen, aber feinen Partei das Ergebnis meiner „expressive choice“ sein –

und letztendlich steht die eine oder die andere auch mal vor dem Groucho Marx-Dilemma, das lautet: „Ich möchte keinem Club beitreten, der mich als Mitglied aufnehmen würde“ (zitiert nach Schuessler, S. 141). Hatte es der amerikanische Präsidentschaftskandidat Dewey 1948 noch abgelehnt, sich von einer kommerziellen Werbeagentur „als eine Zahnpasta portraituren zu lassen“, hatte Eisenhower diese Agentur vier Jahre später verpflichtet. Sein Medienberater hatte verstanden, worum es geht: „Die beste Wahlwerbung ist wie ein Rorschach-Muster. Sie erzählt dem Betrachter überhaupt nichts. Sie lässt seine Gefühle auftauchen und bietet ihm einen Kontext, in dem er diese Gefühle ausdrücken kann“ (Tony Schwartz, zitiert nach Schuessler, S. 67).

Fazit

Auch unsere Politikerinnen und Politiker wissen, dass sie das Bedürfnis nach einer „expressive choice“ bedienen müssen, um potentielle Wählerinnen und Wähler dazu zu bringen, ihre Stimme abzugeben. Eine Analyse der Wahlkampagnen der letzten Bundestagswahl würde mit Sicherheit viele Anhaltspunkte hierfür finden. So warb die SPD für ihre „Politik der Mitte“ mit einem Plakat, auf dem sich drei Delphine unter dem schlichten Schriftzug „Zusammenhalt“ tummeln.

Das hier vorgestellte Modell kann uns erklären, warum das so ist.

spw 1/2003

Literatur:

Alexander A. Schuessler (2000). A Logic of Expressive Choice. Princeton and London: Princeton University Press

Alltägliche Lebensführung und Politik

Alternativen zur Politik des „Ich-und-Jetzt Populismus“

Von Reinhold Rünker

Warum die Menschen am 22.09.2002 erneut SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Vorrang gegeben haben und nicht der Alternative aus CDU/CSU und FDP, wäre als einzige Frage für die spw-Tagung zu kurz gegriffen: Vielmehr stand im Raum, ob dieses Wahlergebnis eben nicht „zufällig“ und durch die äußeren Umstände begünstigt (Oderflut, Kriegsgefahr) zustande kam. Spiegelte sich im Wahlergebnis nicht auch ein sozi-struktureller Wandel wider, der von den politischen Strategen unzureichend analysiert wurde?

Vom Ende der Politik der „Neuen Mitte“?

Die Wahlkampfpläne des Rot-Grünen Wahlerfolges von 1998 waren davon ausgegangen, dass ihre Politik auf eine soziale Leit-Gruppe orientieren müsse, die jenseits der traditionellen WählerInnenmilieus die entscheidenden zusätzlichen Wählerstimmen einbringen würde. Diese „Leitgruppe“ sollte als aufstrebende, technische Intelligenz (qualifizierte Facharbeiter, Angestellte, neue Selbstständige, etc.) den Gegensatz zwischen traditionellen Arbeitnehmern auf der einen sowie dem liberalen Bürgertum auf der anderen Seite in sich auflösen. Demzufolge verband Schröder in seiner Politik die Akzeptanz des neoliberalen Umbauprojekts (Vorherrschaft der Finanzmärkte, Globalisierung, Sozialstaatskritik, etc.) mit der gleichzeitigen Aussicht, dass bei den einzuleitenden „Reformen“ diese neue Zielgruppe zu den Gewinnern gehören würde.

Um das traditionelle Stammklientel zu halten, durfte Lafontaine den Globalisierungskritiker und Verfechter der an Keynes orientierten Nachfragepolitik geben, wobei das Absurde darin weniger im Rücktritt Lafontaines im Frühjahr 1999 lag, als darin, dass es doch gerade Lafontaine war, der sich seit den 1980er Jahren immer wieder in der Rolle des Sozialstaats- und Gewerkschaftskritikers gefiel. (Dessen Wiederkehr als Wahlkampfhelfer und Förderer sozialdemokratischen Nachwuchses im Saarland kann fast nur noch als Farce gelten).

Nachdem Lafontaine zunächst – entschlossen als von manchen in der Partei angenommen – die sozialstaats- und nachfrageorientierte Klientel zu bedienen suchte, um auf einem Viertel des Weges die Flucht in das Rentnerdasein anzutreten, gerieten die Folgejahre mehr

oder wenig zu Rückzugsgefechten: Die Gesetze zur Scheinselbstständigkeit und zur geringfügigen Beschäftigung wurden eiligst nachgebessert, Hans Eichel übernahm als Eiserner Hans das Mantra vom Sparen, Schröder bediente die Interessen der Großkonzerne (Stichworte: Körperschaftssteuer, Altaxtoverordnung, etc.). Mit der Riester-Rente wurde der Stammklientel deutlich gemacht, dass sie auf ihre Rentenbeiträge fürs Altenteil nicht mehr zu zählen brauchen, während die „Gutsituiereten“ den steuerlichen Anreiz zur weiteren Vermögensbildung nicht benötigten. Die Aufhebung der Parität in der Sozialversicherung verärgerte also die Stammwähler, ohne dass sie auf anderer Seite Zustimmung organisiert hätte. Auch die große Steuerreform oder die Anhebung des Kindergelds brachte bei der umworbenen Wählerklientel nicht den erhofften Zuspruch, weil sie entweder in der dominierenden Sparrhetorik unterging oder wie die zweite Stufe der Steuerreform mit der Oder-Flut quasi über Nacht hinfort gespült wurde. Der „Neue Mitte“ wurde eine Politik geboten, die genau so vage war, wie das Konstrukt von der Neuen Mitte selbst.

Milieus und Lebensweise

Mehrfach hat es in der Vergangenheit auch in spw Beiträge gegeben, die versuchten die soziale Basis der Neue-Mitte-Politik“ zu ergründen. Dabei haben wir uns im wesentlichen auf die Arbeiten zur Milieuforschung bezogen. Thomas Westphal stellte in seinem Vortrag nun ein Konzept vor, das sich mit dem Milieuforschungs-Ansatz nicht grundsätzlich widersprechen muss, aber doch gegenüber deren Blick auf die „langen Linien der Milieuentwicklung“, möglicherweise kurzfristig wirksame Veränderungen in der Lebensweise erklärt, die quer zu den von Vester u.a. analysierten Milieus liegen, diese möglicherweise verändern oder aber von diesen absorbiert werden.

Das Konzept der Lebensführung beschreibt eine Form der Konstruktion des eigenen Ichs, der seelischen und der soziokulturellen Identität der jeweiligen Person. Sie stellt sich als konkrete alltägliche Konstruktionsleistung der Person dar, in der sie die Balance zwischen seelischer und kultureller Identität zu bestimmen versucht: Die Innensicht - die Möglichkeit aufgrund eigener, individueller Fähigkeiten und

Fertigkeiten des Selbst-Bestand - soll mit den Anforderungen und Vorbildern von Außen in Übereinstimmung gebracht werden. Die Identitätsbildung erfolgt über die Auseinandersetzung mit Modellen der Lebensführung.

In der historischen Betrachtung lassen sich nach Jurczyk/Voß drei Grundtypen der Lebensführung unterscheiden:

- Die strategische Lebensführung (Planung aller Ressourcen, Ziele und Wege)
- Die traditionale Lebensführung (Orientierung an unhinterfragten Werten die das Handeln vorgeben)
- Situative Lebensführung (situative Einstellung, auf sich zukommen lassen, geschickt lazieren, Lebensführung als Lebenskunst etc.)

Diese erstgenannten grundlegenden Lebensführungsstile, die an die Handlungstypologie Max Webers anknüpfen, lassen sich durchaus in das Milieukonzept (vgl. die Grafik von Michael Vester, im Schwerpunkt auf S. 16) einfügen, in dem wir jeweils diagonal vom Zentrum des Schaubilds ausgehend die strategische Lebensführung eher im linken oberen Drittel ansiedeln, während die traditionale Lebensführung im unteren Drittel zu verorten wäre. Zu den „Ecken“ der Grafik hin würde die situative Lebensführung ausfransen, links oben bezogen auf diejenigen, die aufgrund der materiellen und kulturellen Ausstattung unabhängig genug sind, situativ zu entscheiden, rechts unten als situative Lebensführung aufgrund des Mangels an kulturellem und sozialem Kapital – also diejenigen, die „von der Hand in den Mund“ leben.

Im „flexiblen Kapitalismus“ wird Lebensführung schließlich zum entscheidenden „Schlachtfeld“ im Kampf um sozial-kulturelle Hegemonie. Neue Wirtschaftssektoren gewinnen an Bedeutung. Der gesellschaftliche Gesamtarbeiter wird weiblicher, akademischer und leistet seine Arbeit in flexibleren Strukturen und Verantwortungen.

Die Vertreter des Konzepts der Lebensführung gehen nun davon aus, dass sich aufgrund der Veränderungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen eine erhebliche Verschiebung von den traditionellen und strategischen Lebensführungskonzepten hin zur situativen Lebensführung als zwar nicht empirisch dominierende, aber kulturell ausstrahlungsfähigste Konzeption kommt, denn sie suggeriert, sich in einer Welt, die als sich ständig verändernd wahr genommen wird, immer wieder anders entscheiden zu können.

„Die Mühen, seine eigene Lebensführung zu organisieren und sein Leben in die Hand zu nehmen, beinhaltet jedoch auch die Abgren-

Reinhold Rünker ist Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Leichlingen. Der Text bezieht sich an einigen Stellen auf ein Thesenpapier von Thomas Westphal, das im Vorfeld der spw-Tagung vom 07.12.2002 entstanden ist.

zung zu anderen Formen der Lebensführung (Selbstbestand durch Fremdbegrenzung). Neben den Mechanismen der Selbststeuerung, der Arbeitsleistung an einem selbst, werden die Mechanismen der sozialen und ideologischen Ausgrenzung, die gesellschaftliche Platzanweisung für andere, (der Arbeitsleistung durch Fremdefinition), immer stärker. Sie erfolgt immer stärker über Rituale, Werte und Symbole nach denen im Alltag unterschiedliche Modelle der Lebensführung sozial-kulturell sortiert werden.“ (Westphal)

Flexibilität ersetzt Planungen und Zielsetzungen. Leben und Arbeit wird flexibel gemischt. Persönliche Emotionalität wird in den Beruf getragen und umgekehrt. Grenzen zwischen der Lebenswelt und der beruflichen „Systemwelt“ werden aufgeweicht. Vermittelt über die verschiedensten Medien (Printmedien, Fernsehen, Internet) die gleichzeitig immer „schneller“ werden und den RezipientInnen immer kürzerer Reaktionszeiten abverlangen, entwickelt sich so ein veränderter Modus der (Selbst- wie Fremd-) Zuschreibung zu einer Gruppe. Weniger die in der persönlichen Auseinandersetzung bzw. Kommunikation mit dem räumlichen sozialen Umfeld zu „erfahrenden“ Zuschreibungen an das Selbst, sondern die durch Medien vermittelte „Zuschreibungsmöglichkeiten“ bieten den Fundus für die Herausbildung des eigenen Stils. Es entsteht ein persönliches Gesamtarrangement, in dem die Welten personal verknüpft werden (Ally McBeal-Effekt). Stabilität und Sicherheit wird für die seelische Identität auch in dieser Lebensführung benötigt. Sie speist sich jedoch in dieser Form nicht aus Werten und Planungen, sondern aus den Kräften und Fähigkeiten der Person selbst. Gebraucht wird das Selbstvertrauen und die Kompetenz situativ richtig reagieren zu können.

Dies geschieht jedoch keineswegs „herrschaftsfrei“, sondern im vorgegebenen Rahmen des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Die Wahlfreiheit reduziert sich auf die Elemente, die im flexiblen Kapitalismus den Weiterbestand des Selbst sicher stellt.

Während die Lebensführung also einerseits gesellschaftlich de-kontextualisiert wird, indem die Verbindungen zum eigenen sozialen Raum (zur Herkunft, Tradition, etc.) gelockert werden und ausfransen, stellt die kapitalistische Verwertungslogik durch die neoliberale Hegemonie sicher, dass die Lebensführung den vorgegebenen Rahmen nur um den Preis der Ausgrenzung gesprengt werden kann.

Die Rationalität individuellen Handelns orientiert sich damit überwiegend an den Komponenten „Zeit“ und „Verwertung“, es wird die Handlung bevorzugt, die in der kürzesten Frist den größtmöglichen Gewinn verspricht. Längerfristige Überlegungen und Bindung verlieren dem gegenüber an Bedeutung, ohne dass sie jedoch vollständig aufgelöst werden.

Der situativen Lebensführung wohnt dabei ein spezifischer Antagonismus inne: Nämlich zwischen individueller Autonomie einerseits und

dem Verlust persönlicher Stabilität andererseits. Leben und Lebensführung wird provisorischer, Alltag und Weltanschauung kontextloser. Das persönliche, soziale Vermögen zur Arbeit an sich selbst wird unter den Bedingungen des flexibilisierten Kapitalismus zur entscheidenden sozialen Spaltungslinie.

Identität, Ideologie und hegemoniale Anrufung

Mit den Arbeiten von Antonio Gramsci und Louis Althusser wissen wir, dass bei der Herausbildung einer kulturellen Identität des Subjektes ideologische Auseinandersetzungen eine wesentliche Rolle spielen. Auf dem Feld der Deutungen, der kulturellen Symbole und der ideologischen Diskurse wird die Hegemonie in der Gesellschaft reproduziert und gefestigt. Sozial-kulturelle und politische Hegemonie in der Gesellschaft wird *nicht* mit der Durchsetzung einer einheitlichen, monolithischen Ideologie errungen, sie ist auch nicht der einfache Ausdruck der herrschenden ökonomischen Klasse. Hegemonie erreicht ein herrschender ideologischer Diskurs nur durch die Integration ideologischer Elemente der Beherrschten.

Für Althusser sind Individuen nur Träger von Strukturen, sie bedürfen der ideologischen Formatierung zur Subjekt-Werdung. Diese Formatierung geschieht durch die „Anrufung“: Durch Artikulation (Verkoppelung, zum Ausdruck bringen) verschiedener (auch gegensätzlicher) ideologischer Elemente, die an sich keine notwendige Zugehörigkeit zu einer Ideologie besitzen (z.B. Anti-Imperialismus und Nationalismus) wird ein ideologischer Diskurs herausgearbeitet. „Die isolierten Elemente eines Diskurses haben für sich genommen keine Bedeutung. Entscheidend ist, wie aus der verwirrenden Vielfalt unterschiedlicher Anrufungen und angerufenen Subjekte ein ideologisch hegemoniales Gesamtsystem, ein Diskurs entsteht“ (Westphal) und dieser am Alltagsbewusstsein der Individuen anknüpft.

Ideologische Diskurse sind verkoppelt mit den sozialen und ökonomischen Strukturen und Entwicklungen einer Gesellschaft und somit an die sozial-kulturellen und historischen Entwicklungspfade einer Gesellschaft gebunden. Nach Ernesto Laclau ist Klassenkampf daher nichts anderes als eine spezifische ideologische Anrufungsstruktur, die darauf abzielt, die Beschäftigten im Produktionsprozess, als Träger der ökonomischen Struktur (Klasse an sich), durch den Diskurs des Klassenkampfes als Subjekt (als Klasse für sich) zu konstituieren.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Damit ist Klassenkampf nur das, was Klassen als solche konstituiert und daher ist nicht jeder Widerspruch ein Klassenwiderspruch. In dieser Lesart wird der Klassenkampf in der marxistischen Theorie auf seine eigentliche Bedeutung und Funktion zurückgestuft. Die deterministische Sichtweise, die davon ausgeht, dass jeder ideologische Inhalt eine Klassenkonnotation hat und jeder Widerspruch auf einen Klassenwiderspruch reduziert werden kann, wird abgelöst von einer Sichtweise, in der Klassenwiderspruch auf der ökonomischen Ebene existiert und dort nachhaltig wirkt, aber in der gesellschaftlichen Realität durch eine Vielzahl anderer relevanter Widersprüche durchdrungen wird.

Rot-grün und der „Ich-und-Jetzt“-Populismus

Neben den „Basistrends“ aus der Milieuforschung werden nun im Ansatz der „Lebensführung“ darüber liegende, „modische“ Ausdrucksweisen, Symbole und Re-Kontextualisierungen (in sehr fragilen Strukturen) sichtbar, die – so der Eindruck – alltagswirksamer zu werden scheinen, als die „längerfristigen Überzeugungen und Zuschreibungen“, die im Rahmen der Milieuforschung auch heute noch bei den gleichen Personen ermittelt werden.

Um ein aktuelles Beispiel aus der Wetterberichterstattung zu nehmen: Bei starkem Wind werden Temperaturen als kälter empfunden, als sie es in Wirklichkeit sind (windchill-effect). Ähnliches erlebten wir bei der Einführung des Euro – die „gefühlte Teuerung“ war deutlich höher als die empirisch festgestellt Teuerung.

Wie lässt sich darauf politisch reagieren? Die Wahl bleibt nur zwischen „Dein Gefühl ist falsch, die Temperatur ist plus 2 Grad und nicht minus fünf (wahlweise, die Teuerung ist deutlich unter 2 % und nicht über 10 %, etc.)“ oder aber zu akzeptieren, dass die Temperatur als kühl (der Euro als Teuro) *erfahren* wird, *obwohl* (!) das Gegenteil empirisch richtig ist. Politisch mobilisierbar nur ist eine Strategie, die die Menschen zunächst so annimmt, wie sie ist. Aufklärung sollte nicht belehrend daher kommen (wie es in der Linken leider noch zu oft der Fall ist, ersatzweise „entlarvend“), sondern im klassischen „aufkläreri-

schen" Sinne der eigenen Befreiung aus der Unwissenheit. Alternativen müssen konkret sein, erfahrbar werden.

Meine These ist nun, dass die Politik von rot-grün in den ersten vier Jahren zu unentschlossen und zu wenig ausgeprägt war, als dass sie damit in der Lage gewesen wäre, entweder derart für eine Polarisierung zu sorgen, die die eigenen Anhänger mobilisiert (und natürlich damit auch weitere Erwartungshaltungen erzeugt) hätte, oder aber tatsächlich eine soziale Brückenfunktion ausgeübt hätte, die ihre Politik und die sie vertretenden Akteure als alternativlos hätten erscheinen lassen.

Der Versuch, auf der Klaviatur der Mediengesellschaft zu spielen, hat sich sogar als verhängnisvoll heraus gestellt. Die Allianz aus „Bild, BamS und Glotze“, mit der Schröder die Republik regieren wollte, hat sich nicht vor dessen Karren spannen lassen, sondern vor allem die Springer-Presse gehört zum kaum abschwellenden Chor derjenigen, die vom Verrat des Kanzlers Schröder, vom „Wahlbetrug“ schreiben.

Die Wiederbelebung der zivilgesellschaftlichen Suche nach Alternativen zum Herrschenden hat nicht stattgefunden. Parteiveranstaltungen werden zur Akklamationsmaschine, in denen nicht mehr um politische Positionen selbst auch im Detail gerungen wird, in denen Beteiligung von Mitgliedern gewünscht und als demokratisch legitimiert betrachtet wird. Selbst die Abweichungen im Detail bei Zustimmung im Grundsatz wird als Dissonanz gewertet, die eiligst ein Kanzlerwort erfordert. „There is no alternative“ – die Negation aller Alternativen gegenüber dem von den jeweiligen Parteiführungen als richtig Erkannten wird zum Maßstab der Geschlossenheit und Führungsfähigkeit der politischen Elite.

Die Modernität und Offenheit im Auftritt und Gestus des Kanzlers war nur die attraktive Kehrseite eines mediengerechten, faktisch aber autoritären Politikstils. Politik wird nicht – wie gehofft wurde – im zivilgesellschaftlichen Raum diskursiv entwickelt, sondern in der Pressekonferenz ex Cathedra verkündet. Die Hintergründe und Motive für die Entscheidungen werden als alternativlos dargestellt, die Handlung selbst erscheint aber – um die Begrifflichkeiten des Lebensführungs-Konzeptes zu übernehmen – nicht als „strategisch-planende Regierungspolitik“, sondern vielmehr „situativ“.

Ähnlich wie bei der situativen Lebensführung zeichnet sich rot-grüne Politik durch „Alltagslogik (was ist die Schlagzeile in der Presse? Worüber redet Christiansen?)“ aus, nach der bei Bedarf ad-hoc und intuitiv entschieden wird. Es herrscht eine dynamische Situativität vor, eine Reaktion auf permanenten Gestaltwandel der Alltagsanforderungen. Komplexe Fragestellungen wie die Reform des sozialen Sicherungssystems werden zwar einerseits in eine der zahlreichen Sonder-Experten-Kom-

missionen verwiesen (und damit als Diskurs-element aus dem Alltag verbannt), gleichzeitig werden aber andererseits immer wieder Vorstöße im Detail lanciert, die die Ernsthaftigkeit der Kommission unterminiert.

Gepaart mit dem Egoismus der Generation Westerwelle kann diese Form der Politik als „Ich-und-Jetzt“-Populismus beschrieben werden.

Ist ein demokratischer Populismus möglich?

Rot-grün verfügt damit über keine eigene „Anrufungsstruktur“, um Zustimmung aus der eigenen sozio-kulturellen Basis zu organisieren. Der Absturz für die SPD in den Umfragen bei gleichzeitig phänomenalen Zustimmungswerten für die CDU/CSU (als habe es nie 16 Jahre Kohl, Reformstau, Schwarzgeld-Affäre, etc. gegeben) deutet weniger auf gewachsenes Vertrauen in die Kompetenz der Konservativen hin, als darauf, dass sich die Wähler von rot-grün so wenig ernst genommen, sondern „verarscht“ vorkommen, wie es Elmar Brandt mit seinem Steuer-Song ausdrückt. Die Menschen fühlen sich von der Politik – und erst recht von rot-grün – nicht ausreichend respektiert.

Die Rolle des Populismus wird in Deutschland überwiegend dem „Rechtspopulismus“ zugewiesen und als anti-aufklärerisch, als Spiel mit den Emotionen und Gefühlen, als Gegensatz zur Aufklärung definiert. Laclau weist jedoch darauf hin, dass der Populismus als Teil der Ideologiebildung ein wesentlicher Bestandteil hegemonialer Auseinandersetzungen ist. Klassen können ihre Hegemonie nicht gewinnen ohne das Volk ihrer Gesellschaft in ihrem Diskurs zu artikulieren. Die Verkoppelung des eigenen Diskurses mit dem Volk, als echte und einzige Wahrer der Interessen des einfachen Volkes gegen die Herrschenden der Macht, geschieht über den Populismus, als Ensemble unterschiedlicher Appelle an das Volk (populäre Anrufungen). Der Populismus ist also nicht die rückständigste Form der Ideologie sondern die höchste Stufe der Artikulation von Klasse und Volk.

Nachdem die Politik der „Neuen Mitte“ sowohl an der Unentschlossenheit einer Politik für die eigene soziale Basis wie an der Unschärfe der „Neuen Mitte“ als stabiles Milieu selbst gescheitert ist, steht rot-grün am strategischen Scheideweg: modifiziert sie ihre Politik lediglich gegenüber Stoiber, Koch und Merz „modern aufgepeppt“, oder erkennt insbesondere die Sozialdemokratie, dass es konkrete Erwartungen ihrer originären sozialen Basis gibt, um deretwillen sie gewählt wurde und auch bereit ist, diese Basis massenwirksam für sich (nämlich die Basis) einzusetzen.

Diese, von Michael Vester skizzierten, Erwartungen zu erfüllen erfordert ein größeres Maß an Konfliktbereitschaft gegenüber den Interessen des Kapitals, als dies gegenwärtig erkennbar ist. Die aktuellen Proteste des Mittelstandes und der Industriellen resultieren

ja weniger daraus, dass es ihnen tatsächlich an den Kragen ginge, sondern dass sie hier eine durchaus erfolgreiche Anrufungsstruktur aufbauen konnten, die die „Krämerseelen“ mit dem „Geiz-ist-Geil“-Faktor verbindet und letztlich nur die eigenen Interessen bedient, ohne aber ein eigene politische Alternative aufzubauen.

Der Rückgriff auf das Konzept der Lebensführung zeigt, dass neben der unmittelbar sozial-ökonomischen Abkopplung einiger Bevölkerungsgruppen die soziale Frage durch Stigmatisierung weniger dynamischer Lebensführungen verschärft wird. Hinzu kommt die Überforderung traditioneller Milieus durch laufend wechselnde Anforderungen, die etwa eine traditionale Lebensführung permanent in Schwankungen bringen. Die Herausforderung für rot-grün besteht nun gerade darin, ausgehend von den in den Milieus verankerten Grundüberzeugungen (z. B. soziale Gerechtigkeit, Demokratieorientierung) eine Politisierung und auch Konfrontation der gesellschaftlichen Verhältnisse bewusst zu organisieren und damit an den situativen Alltagbedürfnissen anzuknüpfen, die auf der Suche nach Stabilisierung (was etwas anderes als Stillstand oder Rückschritt ist) sind.

Diese Strategie muss Ross und Reiter nennen – wer profitiert warum von welcher Maßnahme? Wer hat welche Interessen? Und warum werden die einen Interessen bedient, andere aber vernachlässigt? Eine solche Strategie erfordert, aus dem verordneten neoliberalen Konsenssystem der Marktdominanz und der Strangulation der Staatsfinanzen insoweit auszubrechen, als dass das Bedürfnis nach Sicherheit für die eigene Klientel wiederhergestellt werden muss: also eine Befürwortung investiver Haushaltsausgaben zur Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zu Lasten der Mastricht-Kriterien, also z. B. eine Steuerreform mit Stärkung niedriger gegenüber hohen Einkommen und nicht-reinvestierter Gewinne, etc..

Gewiss, all die konkreten politischen Forderungen klingen nicht neu – und sie werden bedeutungslos bleiben wenn es nicht gelingt, sie mit den Alltagserfahrungen, mit der Art und Weise, wie die Menschen ihr Leben organisieren, zu verknüpfen. Ohne Leidenschaft für die konkrete Auseinandersetzung um die Lebensführung und die Akzeptanz, wie Menschen ihr eigenes Leben sehen und führen wollen, wird es keinen demokratischen Populismus geben können.

spw 1/2003

Literatur

- Klaus Dörre u. a., Die Strategie der „Neuen Mitte“, Hamburg 1999
- Ernesto Laclau, Kapitalismus – Faschismus – Populismus, Berlin 1981
- Loccumer Initiative, Rot-Grün – noch ein Projekt?, Hannover 2001
- Reinhold Rünker, u. a., Parteien und Populismus, spw 113, Dortmund 200
- Margit Wehrich, G. Günter Voß (Hg.), tagaus – tagein, München/Mering 2001
- dies., tag für tag, München/Mering 2002

Der Linkskurs der SPS und die Wahlen 2003

Ist die Sozialdemokratie noch zu retten?

Von Franco Cavalli

Zweifelsohne ist die Hochblüte des Neoliberalismus vorbei und wir müssen feststellen, dass es derzeit an einer klaren linken und gemeinsamen Alternative fehlt. Trotz gelegentlicher Lichtblicke in einigen Ländern scheint die partei-politisch organisierte radikale Linke zersplittert zu sein. Die europäische Sozialdemokratie ihrerseits fällt durch eine Orientierungslosigkeit auf. Diese Orientierungskrise wurde kurzfristig mit dem strategisch sehr dürrtigen, aber einflussreichen „Blair/Schröder-Papier“ überspielt. Während die NZZ den „Dritten Weg“ wie Schnee an der Sonne schmelzen sieht, entdecken plötzlich linksliberale Medien, die jahrelang nach der „Neuen Mitte“ gerufen haben, dass dieser Weg ein Bruch mit den lohnabhängigen Schichten war und zugleich auch eine Stärkung des Rechtspopulismus zur Folge hatte.

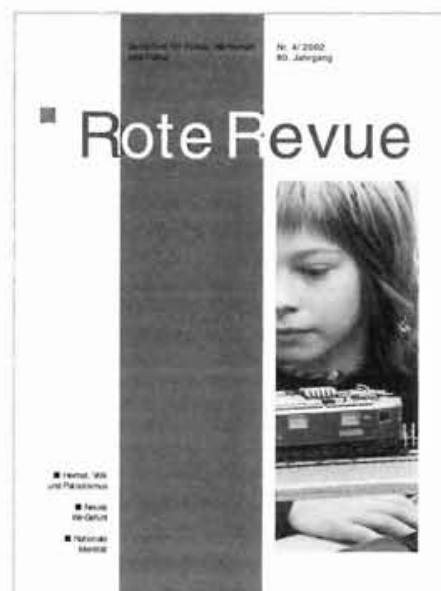
Besucht man irgendeinen sozialdemokratischen Kongress in Westeuropa, wird einem schnell klar, warum diese Parteien einen beträchtlichen Teil ihrer Stammwählerschaft verloren haben. Tatsächlich dominieren dort Funktionäre und Repräsentanten jener Yuppie-Technokraten, die an eine „humanitäre Variante des Kapitalismus“ glauben. Es war vor allem diese soziale Umschichtung der sozialdemokratischen Führungskader, die zur Politik der „Neuen Mitte“ bzw. zum Verlust beträchtlicher Teile der Lohnabhängigen führte – auch in der SPS. Warum hätten zum Beispiel linke Protestwähler im Tessin nicht in Scharen zu Bignasca's Lega laufen sollen, wenn der SP-Regierungsrat und Parteivordenker Pietro Martinelli lange Zeit als zentrale Wahlidee an der Verteidigung der Staatsreformvorschläge festhielt, die die inzwischen verschwundene A. Andersen AG für die Tessiner Regierung produziert hatte?

„Orientierungskrise“ – der Richtungsstreit in der SPS

In den 90er Jahren profitierte die SPS sowohl von den selben objektiven Bedingungen, die fast überall in Europa sozialdemokratische Wahlsiege ermöglichten, wie auch von der taktischen Brillanz und vom Aktionismus ih-

res damaligen Parteipräsidenten Peter Bodenmann: Die Geprellten der neoliberalen Umstrukturierung sahen in den Sozialdemokraten das Bollwerk gegen einen weiteren Sozialabbau, die „dynamische Mitte“ ließ sich vom Reformdrang des Parteipräsidenten mitreissen – was zum Wahlerfolg von 1995 führte. Wenig später wurde aber bereits der Beginn eines Richtungsstreites ersichtlich. Die simple Botschaft von Bodenmann („Wir meistern den Strukturwandel zu Gunsten der Lohnabhängigen“) konnte nur in Ausnahmesituationen greifen. Im Normalfall setzt sich eben doch das „normale Kräfteverhältnis“ im schweizerischen Parteiensystem regelmässig durch, ganz klar im Interesse der Bürgerlichen. Nehmen wir zum Beispiel die PTT-Reform, damals als Paradebeispiel der Reformfähigkeit der SPS gefeiert. Heute würde die SP-Mehrheit, vor allem nach dem erfolgreichen Nein zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) höchstwahrscheinlich die Holding-Lösung vorziehen, die damals verworfen wurde. Wenn wir heute nämlich eine Post haben, die von einem Börsengang schwärmt, und eine Swisscom, die keine auch noch so asoziale Restrukturierung verpasst, dann liegt es nicht nur daran, dass Bundesrat Moritz Leuenberger „ein Rechtsabweichler ist“, sondern viel eher an der Tatsache, dass in diesem Lande die Bürgerlichen immer noch das Sagen haben.

Es war zuerst der linke Flügel der SPS, vorwiegend in der Romandie, der sich gegen weitere Liberalisierungspläne im Service Public aufbäumte. Ihre Allianz mit den eher konservativen Genossen (Rudolf Strahm, Peter Vollmer et al.) sowie den Modernisierern (Regine Aeppli, Vreni Müller-Hemmi, et al.) führte 1997, nach der Demission von Peter Bodenmann, zur Wahl von Ursula Koch als Parteipräsidentin – gegen Andreas Hämmerle, der zum Bodenmann-Kreis gehörte. Die kurze Ära Koch wurde allerdings durch innerparteiliche persönliche Querelen und Blockierungen überschattet, weswegen keine richtige inhaltliche und programmatische Auseinandersetzung in Gang kommen konnte. Die jetzige Parteipräsidentin Christi-



ane Brunner ist ihrerseits gegen jede Auseinandersetzung: einerseits weil Grundsatzdebatten ihren Handlungsspielraum einengen könnten, andererseits weil sie sich fast ausschließlich auf die parlamentarischen Sachgeschäfte konzentriert. Als langfristige Option ist bei ihr nur ein gewisser Annäherungskurs an den sozialliberalen Teil der FDP feststellbar. Hauptsorge von Brunner ist es, die eigene heterogene Partei zusammenzuhalten (...).

Vereinfacht und ohne Berücksichtigung der sehr wohl existierenden Schattierungen in jedem Lager kann man zur Zeit drei Strömungen in der SPS unterscheiden. Einmal das rechtssozialdemokratische Lager, das u.a. in Simonetta Sommaruga und in Elmar Ledergerber seine Exponenten hat. Die SP des Kantons Zürich wollte sogar den Bezug auf den „demokratischen Sozialismus“ aus ihrem Parteiprogramm streichen und der Präsident der Stadtpartei Koni Loepfe fand, die von zwei nationalen Parteitagen fast einstimmig beschlossene Gesundheitsinitiative, die eine einkommensabhängige Prämienfinanzierung vorsieht, sei nicht weniger dumm als die von der SVP vorgesehene Volksinitiative, die ein Drei-Klassen-System für das Gesundheitswesen anstrebt. Dieses Lager geht wohl davon aus, dass der grosse Teil der SP-Wählerschaft bereit ist, sich je länger desto weniger an die Beschlüsse der Parteiorgane zu halten. Politisch-ethische Bedenken gegenüber der bereits tatkräftig praktizierten finanziellen Unterstützung der dominierenden Wirtschaftskreise bei wichtigen Abstimmungen (UBS im Falle der Militäreinsätze im Ausland, EconomieSuisse beim EMG-Gesetz usw.) scheinen in diesem Parteiflügel auch rapide abzunehmen.

Die zweite Strömung könnte vereinfachend als der „Ex-Bodenmann-Kreis“ bezeichnet werden (Werner Marti, Andrea Hämmerle, Hildegard Fässler, Susanne Leutenegger et

al.). Im Gegensatz zum rechten Lager, das die sozialen Härten des Strukturwandels lediglich sozial etwas abfedern möchte, will diese Strömung ihn steuern und steht deshalb für eine offensive Service-public-Politik des Staates. Sie war beispielsweise entscheidend an der Festlegung der staatsinterventionistischen SP-Linie bei der vorläufigen Lösung der Swissair-Krise beteiligt.

Der linke Flügel der SPS ist besonders in der französisch-sprachigen Schweiz stark vertreten; Pierre Yves Maillard prägt dort den politischen Kurs. Seit kurzem erscheint mit „Pages de gauche“ eine kritische Monatszeitschrift, die die innerparteiliche Debatte wieder belebt. Dieser Flügel wird aber auch in der deutschen Schweiz von wichtigen ExponentInnen getragen; dazu gehören z.B. Christine Goll (Parteivizepräsidentin) und der SGB-Präsident Paul Rechsteiner, dessen Wahl zum Gewerkschaftspräsidenten das politische Kräfteverhältnis im linken Lager stärkte. Ihr Einfluss dürfte nach der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes vom September 2002 noch zunehmen: Nachdem die Mehrheit der SP-Fraktion im Parlament letztlich doch noch für die Liberalisierung des Strommarktes gestimmt hatte, muss das Nein in der Volksabstimmung als ein sensationeller Erfolg für den Gewerkschaftsbund und den linken SP-Flügel gewertet werden, die das Referendum ergriffen hatten. Bereits im Vorfeld der Abstimmung hatte der SMUV-Vizepräsident André Daguët festgestellt: „Auf die SP ist kein Verlass. Die Gewerkschaften müssen das politische Heft selber in die Hand nehmen.“

Nebenbei bemerkt: Auch in anderen westeuropäischen Ländern, so in Italien, Großbritannien und Deutschland, ist eine Mobilisierung des gewerkschaftlichen Widerstandes gegen das Abdriften der Sozialdemokratie zur „neoliberalen“ Mitte im Gange.

Diese Flügelkämpfe in der SPS werden meiner Ansicht nach den Ausgang der Eidgenössischen Wahlen 2003 keineswegs negativ beeinflussen, im Gegenteil. Ich prognostiziere sogar Gewinne für die SP, zum einen wegen der offensichtlichen programmatischen Schwäche der bürgerlichen Parteien CVP und FDP; zum andern gibt es eine gewisse Verdrossenheit in der Bevölkerung, was den Rechtspopulismus der Blocher-SVP angeht, wengleich diese die Politikthemen Sicherheit und Asyl in menschenverachtender Weise besetzt hält. Dennoch: Die SPS mit ihrer traditionellen Sozialkompetenz wird mit entscheidenden Wahlthemen punkten können: AHV-Revision, Rentenklau beim Pensionskassengesetz, Abstimmung über die Gesundheitsinitiative und die Revision des Krankenversicherungsgesetzes.

SPS auf Linkskurs

Trotz eines möglichen Wahlerfolges im Jahr 2003 wird sich aber an der „Orientierungskrise“ nicht Entscheidendes ändern, die Flügel-

kämpfe werden weitergehen. Die nächste richtungsentscheidende Auseinandersetzung ist für die Wahl der neuen PräsidentIn 2004 vorprogrammiert. Sollte sich dabei wider Erwarten der blairistische Flügel durchsetzen, brechen für die SPS schwierige Zeiten an. Sogar eine Spaltung wie z.B. in Belgien kann dann nicht ausgeschlossen werden. Der linke Flügel muss sich deshalb für die bevorstehenden Auseinandersetzungen rechtzeitig vorbereiten; nötig ist eine intensive thematische Diskussion. Zu diesem Zweck möchte ich nur ganz cursorisch einige besonders wichtige Themen skizzieren, die Eckpunkte für eine thematische Diskussion markieren.

Erstens: Die SPS muss die Lohnabhängigen zurückgewinnen, die sie an die SVP verloren hat oder die sich enttäuscht zurückgezogen haben. Das bedeutet, dass sie mit den Gewerkschaften zusammen eine offensive Vorwärtsstrategie der Lohnabhängigen entwerfen muss, da diese in den 90er Jahren etwa 10 Prozent ihrer Kaufkraft verloren haben. Dieser Verlust ist vor allem auf die steigenden Kopfprämien der Krankenversicherung zurückzuführen. Diese Vorwärtsstrategie darf nicht nur den direkten Lohn berücksichtigen, sondern muss auch den „indirekten Teil“ miteinbeziehen, der wegen der steigenden Ausgaben für die Mieten, die Gesundheit und für die Bildung immer wichtiger wird. Im linken Lager wurden Gesundheitspolitik und Bildungspolitik bis vor kurzem als der bevorzugte Tummelplatz „postmoderner, weicher Seelen“ angesehen. Es ist an der Zeit zu verstehen, dass diese Themen für die Umverteilungspolitik und daher auch für den Klassenkampf mindestens so wichtig sind wie Steuerfragen.

Zweitens: Die SPS muss von einer undifferenzierten Mittelschichtpolitik Abstand nehmen; dies setzt aber eine einigermaßen rationale sozio-ökonomische Analyse des Mittelstandes in der Schweiz voraus. Darunter gibt es nämlich Teile (z.B. die Gesundheitsberufe), die mehr und mehr deklassiert werden, und andere, die sich in einer weniger kapital-konformen Gesellschaft besser entfalten könnten (z.B. technische Intelligenz in einer staatlich-geführten Pharmaindustrie). Diese Analyse könnte auch dazu dienlich sein, bei der Diskussion über „postmoderne Themen“ wieder etwas Dialektik ins Spiel zu bringen. Ist es aus einer Linksperspektive z.B. richtiger gegen die Gentechnologie als solche – oder gegen die Anwendung seitens der kapitalistisch-geführten Pharmamonopole anzukämpfen? Oder anders gesagt: Muss man vor allem gegen die Forscher oder gegen die paar Mehrheitsaktionäre sein, die aus purer Gewinnsucht das Leben patentieren wollen?

Drittens: Die SPS muss eine radikale Reformpolitik entwerfen, die auch die Veränderung des sozio-politischen Kräfteverhältnisses als

Ziel hat. Fragen, die heute als „heikel“ gelten, müssen also wieder angepackt werden: beispielsweise die Mitbestimmung bzw. die Rechte der Lohnabhängigen am Arbeitsort, die Verwaltung der Pensionskassengelder, ja sogar die Fusion zwischen AHV und Pensionskassen. Langfristig wird man auch der Frage nach Eigentums- und Besitzverhältnissen nicht mehr aus dem Wege gehen können. Und wenn z.B. jedes Jahr die Medikamentenkosten um 15 Prozent steigen und von einem immer grösseren Teil der Bevölkerung nicht mehr verkraftet werden können, ist es höchste Zeit sich zu überlegen, was man gegen diese Form der Ausbeutung tun kann.

Viertens: Man wird also wiederum über ein neues gesellschaftliches Projekt nachdenken müssen. Die Linke der SP in Frankreich hat dies in der jetzt dort laufenden Debatte nach der Wahlniederlage auf den Punkt gebracht: „Man kann nicht gleichzeitig zum Weltwirtschaftsforum nach Davos und zum Weltsozialforum nach Porto Alegre gehen“ Dies setzt aber eine Öffnung gegenüber den Kräften voraus, die links der SP politisieren: die globalisierungskritische Bewegung, Attac und die gewerkschaftliche Linke.

Fünftens: Jetzt wo die Schweiz endlich in der UNO ist, muss die SPS wieder außenpolitisch aktiv werden. Die wurde lange Zeit vernachlässigt oder nur als Cocktailldiplomatie verstanden. Wir brauchen einen neuen Zusammenhang der linken SozialdemokratInnen in Europa, hier könnte eine linke SPS eine wichtige Rolle spielen. Ein erster Schritt wurde auf europäischer Ebene mit der „Sozialen Republik“ gemacht, der der „Oltener Kreis“ linker SozialdemokratInnen angehört. Die Soziale Republik will aus der EU einen demokratischen Bundesstaat machen, ohne wirtschaftlichen Stabilitätspakt und mit einem neu aufgebauten, kontinentalen staatlichen Service public. Dieser Zusammenhang linker SozialdemokratInnen ist umso dringender, als die Kriegspolitik wieder vorherrschend wird, nachdem die US-Regierung in ihrer neuen strategischen Sicherheitspolitik sich das Recht angemessen hat, weltweit präventive Kriege zu führen. Dass wir es mit einer neuen Form des Imperialismus zu tun haben, wird langsam sogar bürgerlichen Strategieforschern klar. Umso enttäuschender ist darob die Tatsache, dass Teile der sozialistischen Internationale (Blair, D'Alema, Peres u.a.) sich als Knechte dieser imperialen Politik haben einspannen lassen. Die Frage „Krieg oder Frieden“ wird beim dritten Treffen des Weltsozialforums in Porto Alegre (Januar 2003) das dominierende Thema sein.

Ist es vielleicht an der Zeit, daran zu denken, in Zimmerwald nochmals ein Treffen „linker SozialdemokratInnen“ zu organisieren?

Informationen zum Oltener Kreis in der SP Schweiz: www.socialism.ch

Mitbestimmung – eine politökonomische Begründung

Heinz- J. Bontrup

Unternehmerische (wirtschaftliche) Mitbestimmung basiert, mit Ausnahme der Montan-Mitbestimmung, immer noch nicht auf einem paritätischen Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Dahinter verbirgt sich die alte Forderung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft. Heute steht der Mitbestimmungsgedanke offensichtlich nicht mehr auf der politischen Agenda. Im Gegenteil: Mitbestimmung wird von Arbeitgebern und weiten Kreisen der Politik nachhaltig bekämpft, wie u.a. die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes gezeigt hat. Der folgende Beitrag will gerade deshalb anhand einer polit-ökonomischen Argumentation aufzeigen, dass es ein ökonomisch berechtigtes Ansinnen der abhängig Beschäftigten nach einem paritätisch determinierten unternehmerischen Mitbestimmungsmodell gibt. Dabei wird deutlich, dass man Mitbestimmung nicht auf ein ökonomisches Effizienzmodell reduzieren kann, sondern dass es um viel mehr geht, nämlich um die unternehmensbezogene demokratische Partizipation der abhängig Beschäftigten in wirtschaftlichen Angelegenheiten.

1. Politisch-ideologischer Kampf gegen Mitbestimmung

Nachdem die betriebliche Mitbestimmung im Betriebsverfassungsgesetz novelliert wurde, hätte man von der rot-grünen Regierungskoalition erwarten können, dass sie sich auch der Novellierung der *unternehmerischen Mitbestimmung* zuwendet. Im Koalitionsvertrag sucht man aber vergeblich nach Hinweisen auf eine mehr als überfällige Reform. Selbst die Gewerkschaften – mit Ausnahme des IG Metall Bezirks Hannover – scheinen dabei keine offenen Forderungen an die Politik zu haben, endlich die private Wirtschaft mehr zu *demokratisieren*. Dies muss umso mehr verwundern, als dass heute mal gerade rund 7 % der abhängig Beschäftigten der unternehmerischen Mitbestimmung unterliegen. Sieht man einmal von der Montan-Mitbestimmung ab, so kann bei der so genannten 76' Mitbestimmung als auch bei der unternehmerischen Mitbestimmung gemäß Betriebsverfassungsgesetz, die nur eine „Ein-Drittel-Parität“ vorsieht, allenfalls von einer *Schein-Mitbestimmung* in wirt-

schaftlichen Angelegenheiten die Rede sein (Bontrup, 2002a, S. 282 - 296, 2002b, S. 10ff.).

Es ist hinlänglich bekannt, dass die Arbeitgeberseite als auch rechtsliberale Politiker und Wissenschaftler seit der Konstituierung der Nachkriegs-Mitbestimmung ein *Management gegen die Mitbestimmung* betrieben haben. So kann es im Nachhinein auch nicht verwundern, dass es bereits vor der Verabschiedung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes in den Jahren zwischen 1947 und 1951 heftigste politische Auseinandersetzungen gab und erst die durch den DGB-Vorsitzenden Böckler veranlasste Urabstimmung über einen Generalstreik die Adenauer-Regierung zum Einlenken und zur gesetzlichen Einführung der Montan-Mitbestimmung führte (Müller, 1991). Auch die 1952 etablierte betriebliche Mitbestimmung in Form des Betriebsverfassungsgesetzes wurde politisch vehement bekämpft und letztlich so entstellt, dass die Verabschiedung im Bundestag von der SPD und KPD mit Unterstützung der Gewerkschaften abgelehnt wurde.

Jahre später kommentierte der ehemalige IG-Metall Vorsitzende Brenner die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes und seine Folgen mit den Worten: „Dahinter steckte schon damals die Absicht, das Wirken der Gewerkschaften in einem Rahmen zu halten, den die Regierung und die Unternehmer absteckten“ (Bundeszentrale für politische Bildung 1977, S. 322). An dieser Einschätzung hat sich bis heute nichts grundlegendes verändert und auch die weitgehend als Kompromiss einzustufenden Ergebnisse im „Bericht der Kommission Mitbestimmung“ der Bertelsmann Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung, die mit Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern besetzt war, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die breite Masse von Unternehmern und Politikern auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts immer noch eine tiefe Abneigung gegen Mitbestimmung haben und dies auch offen artikulieren. Als besonders hartnäckige Mitbestimmungsgegner muss man dabei die Unternehmer des Mittelstands einstufen. Hier bilden die Eigentümer-Unternehmer bzw. Geschäftsführer ein regelrechtes Bollwerk gegen Mitbestimmungsbestrebungen.

2. Mitbestimmung und ökonomische Effizienz

Auf wirtschaftswissenschaftlicher Ebene hat sich die Diskussion um Mitbestimmung auf die Frage nach einer „ökonomischen Effizienz“ verengt. In theoretischen und empirischen Untersuchungen wird dabei der Einfluss der Mitbestimmung auf bestimmte ökonomische Kennzahlen wie Gewinn, Arbeitsproduktivität, Lohnstückkosten, Beschäftigungsniveau oder auch auf Innovationsgrößen untersucht. Die Ergebnisse sind hier sowohl positiv als auch negativ. Positive Effekte werden durch die Einsparung von Transaktionskosten sowie die von einer Partizipation ausgehende Steigerung der Motivation und Kooperation der Arbeitnehmer konstatiert. Es kommt nicht zuletzt zu einem effizienzfördernden Informationsaustausch zwischen Unternehmensleitung und Belegschaft. Negative Effekte erblickt man in Form von Bürokratisierung sowie durch die Einschränkung der Vertragsfreiheit (Property Rights) der Kapitaleigner durch Arbeitnehmer bzw. deren Mitbestimmungsträger, die an unternehmerischen Entscheidungsprozessen teilnehmen. Die Entscheidungsprozesse würden sich verzögern und damit unter Umständen die Ertragssituation des Unternehmens negativ tangieren.

Schließlich sind noch jede Theorien zur Mitbestimmung zu nennen, die divergierende Auswirkungen nach Unternehmenstypen beschreiben. So könnten Unternehmen, die ihre Unternehmensstrategie auf eine Qualitätsproduktion ausrichten würden und deshalb auf qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer setzen müssten, von der Mitbestimmung eher effizienzsteigernde Wirkungen erwarten als Unternehmen, die einem harten Kostenwettbewerb ausgesetzt seien. Auch wird Mitbestimmung immer wieder im Fokus der Unternehmensgröße analysiert. Während in größeren Unternehmen effizienzsteigernde Effekte von Mitbestimmung zugestanden werden, wird dies in kleineren und mittleren Unternehmen nicht gesehen. Hier sei die Arbeitsorganisation weniger komplex und die Arbeitsbeziehungen überschaubar und persönlicher, daher könne auf eine „kollektive Stimme“ in Form eines Betriebsrates verzichtet werden (Müller-Jentsch 2001, S. 204ff.). Diese einseitige Konzentration einer Mitbestimmungsbetrachtung in Hinblick auf ihre „ökonomische Effizienz“, die Müller-Jentsch als eine Form von „ökonomischen Imperialismus“ kritisiert, ist in der Tat zu verwerfen bzw. geht an der eigent-

lichen Begründung für Mitbestimmung und ihrer Zielorientierung vorbei, nämlich zu einer wirklichen (paritätischen) Teilnahme der Arbeitnehmer in allen wirtschaftlichen, personellen und sozialen Fragen, in der Wirtschaftsführung und -gestaltung in den Unternehmen beizutragen.

3. Mitbestimmung aus juristischer Sicht

Auch die rechtswissenschaftliche Debatte sowie die höchstrichterliche Rechtsprechung um die Mitbestimmung ist wesentlich zu eng am Eigentumsbegriff des Grundgesetzes (Art. 14 GG) orientiert. Durch eine Parität zwischen Kapital und Arbeit würde das grundgesetzlich garantierte Eigentum und die damit verbundene Verfügungsgewalt ausgehöhlt. Der Eigentümer würde in seiner unternehmerischen Planungs-, Investitions- und Preissetzungsfreiheit zu stark eingeschränkt. Dabei hat das *Bundesverfassungsgericht* „Parität“ als ein Verhältnis zweier Parteien definiert, „in dem keine Seite imstande ist, eine von ihr gewünschte Entscheidung ohne die Zustimmung der anderen Seite oder doch eines Teils von ihr zu erzwingen, in dem daher auch jede Seite die andere hindern kann, ihre Ziele (allein) durchzusetzen“ (Bundesverfassungsgericht 1995, S. 23). Diesbezüglich stellt das höchste Gericht in seiner Entscheidung zum *Montan-Mitbestimmungsgesetz* vom 2. März 1999 fest: „Da die Montan-Mitbestimmung noch stärker als die allgemeine Unternehmensmitbestimmung (gemeint ist die 76' Mitbestimmung, d.V.) auf einvernehmliche Problembewältigung angelegt ist, eignet sie sich besonders dazu, neben dem Rentabilitätsinteresse der Unternehmen und den Renditeerwartungen der Anteilseigner auch die Interessen der Arbeitnehmer an der Sicherung von Arbeitsplätzen angemessen zu berücksichtigen“ (Rau 2001, S. 403).

Trotz dieser Feststellung, gibt es aber einen eindeutigen *juristischen Interessenmonismus* für die Belange der Kapitaleigner. Die Unternehmensrendite für Eigen- und Fremdkapitalgeber wird demnach höher eingestuft als das Interesse der abhängig Beschäftigten am Erhalt ihres Arbeitsplatzes. Bei der wirtschaftlich begründeten Entlassung von Mitarbeitern wird die *freie Unternehmensentscheidung* rechtlich erst dann moniert, wenn sie *willkürlich* erfolgt (Bitter 1999, S. 1214ff.). Gehen dagegen Entlassungen auf ein schlechtes Unternehmensmanagement zurück oder verlieren Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz, weil die Kapitaleigentümer trotz einer hinreichenden marktüblichen Gewinnsituation den Gewinn noch steigern wollen, so ist dies Rechtens und es kommt zu einer ökonomisch einseitigen Risikobelastung des Faktors Arbeit. Hiergegen spricht laut Rechtsprechung auch nicht das *Sozialstaatsgebot* gemäß Art. 20 und 28 Grundgesetz, da es sich hier nur um eine allgemeine Staatszielbestimmung handelt, aus der ein konkretes

Foto: Felix Welti (Kiel)



soziales Grundrecht in Form eines *Rechts auf Arbeit* nicht abgeleitet werden kann.

Dem muss aber widersprochen werden, weil sich aus der Wirtschaftsverfassung einer „sozialen Marktwirtschaft“ durchaus zur Eigentumsgarantie ein Äquivalent, eine *Sozialverpflichtung*, in Form eines Rechts auf Erhalt des Arbeitsplatzes ableiten ließe. Denn durch die Eigentumsgarantie wird den „Vermögensbesitzern das Recht eingeräumt, ihre Vermögen zur Existenzsicherung zu nutzen. Die Garantie eines ‚Rechts auf existenzsichernden Vermögenseinsatz‘ rechtfertigte nur dann nicht die Garantie eines ‚Rechts auf existenzsichernden Arbeitseinsatz‘, wenn das Vermögen gleich verteilt wäre. Gibt es aber eine mehr oder weniger zufällige Schichtung in der Gesellschaft in Besitzende und Nicht-Besitzende, und ist der marktwirtschaftliche Prozess darauf ausgerichtet, dass sich diese Schichtung stabilisiert und eher akzentuiert, so ist die Eigentumsgarantie für den Nicht-Besitzenden wertlos. Die Garantie eines existenzsichernden Arbeitseinsatzes, also das Recht auf Arbeit, lässt sich dann folgerichtig als Pendant zur Eigentumsgarantie begreifen“ (Glasstetter 1998, S. 478). Eine derartige Argumentation hat in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes allerdings bisher keinen Niederschlag gefunden. Die Eigentumsgarantie ist hier in ihrer konkreten verfassungsrechtlichen Ausgestaltung zum Schutz von Arbeitnehmern ein absolut „stumpfes Schwert“ geblieben (Bontrup/Dammann 1999, S. 114ff.). Könnten Arbeitnehmer dagegen in den Unternehmen paritätisch mitbestimmen, so käme es sicher mehr als heute zu einem Ausgleich der Interessen zwischen Kapital-Renditen und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Dazu müsste dann aber eine paritätische Mitbestimmung zum *Staatsziel* erhoben werden.

4. Mitbestimmung aus ökonomischer Sicht

4.1 Eigentum ist nicht gleichverteilt

Das verfassungsrechtliche Primat des Eigentums an Produktionsmitteln und die daraus folgende Verfügungsmacht impliziert zweierlei: Erstens die Konstitution des Arbeitnehmers und zweitens seine Abhängigkeit von den Kapitalinteressen. Zur Erkenntnisgewinnung ist hierbei ein kurzer historischer Rückblick notwendig bzw. es muss die Frage beantwortet werden, wie es zur Herausbildung der „Arbeitnehmer“ als Klasse und ihrer gesellschaftlichen Stellung in kapitalistischen Systemen gekommen ist. Erst in dem Moment, wo Menschen in der *Urgesellschaft* ein Mehrprodukt (Überschussprodukt) generierten, und wo noch kein Privateigentum sowie eine Klassengesellschaft existierte, wurde zum ersten Mal Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit Kapital- und Eigentumbildung überhaupt möglich.

Die Ausbeutung und Unterjochung der abhängigen und nichtprivilegierten Arbeiterklasse erreichte ihren absoluten Höhepunkt in der *Sklavengesellschaft*. Hier wurde für verrichtete Arbeit nicht einmal ein Lohn gezahlt. Diese Ausbeutungsgesellschaft hatte ihre Blütezeit im 5. Jahrhundert und währte noch bis ins 19. Jahrhundert in den Südstaaten der USA. Auch in der *Feudalgesellschaft* kommt es zu einer nachhaltigen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, in der die eine Klasse Eigentum bilden konnte und die andere nicht. Hier stehen sich Grundherren und Bauern gegenüber.

Die Geschichte der Ausbeutung schrieb Marx, „ist in die Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer“ (Marx 1867, 1974, S. 743). Der Philosoph Rousseau sah hierin ein gesellschaftliches Grundübel, das bis heute nachwirkt, als er

1762 in seinem „Gesellschaftsvertrag“ schrieb: „Der Erste, der, nachdem er ein Stück Land eingezäunt hatte, sich erdreistete auszurufen: ‚Das gehört mir‘ und einfältige Leute fand, die es ihm glaubten, war der erste wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, Elend und Schrecken hätte der dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle niedergerissen, den Graben ausgefüllt und seinen Nächsten zugerufen hätte: ‚Hütet Euch, auf diesen Betrüger zu hören; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen und die Erde niemand gehört‘“ (Rousseau 1762, S. 98).

Gut einhundert Jahre später beschrieb Marx die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“. Sie ist für ihn letztlich „nichts als der historische Scheidungsprozess von Produzent und Produktionsmittel“ (Marx 1867, 1974, S. 742). Sie ist „Expropriation der unmittelbaren Produzenten“ und damit „Verwandlung der feudalen in kapitalistische Expropriation“ (Marx 1867, 1974, S. 743). Auch für Smith, den geistigen Vater der marktwirtschaftlichen Ordnung, endet der „ursprüngliche Zustand“ der Akkumulation, „in welchem der Arbeiter den ganzen Ertrag seiner Arbeit erhielt, in dem Moment, als der Boden nicht mehr frei und das Kapital bereits akkumuliert war.“ Er war bereits zu Ende, lange bevor die produktiven Kräfte der Arbeit nachhaltig verbessert worden waren, und es wäre darum zwecklos, wollte man weiter untersuchen, wie sich dieser Anfangszustand wohl auf die Vergütung oder den Lohn der Arbeit ausgewirkt haben könnte. Sobald der Boden privates Eigentum wird, verlangt der Grundherr einen Teil von fast allen Erträgen, die der Arbeiter durch Anbau oder Sammeln darauf erzielen kann. Die Rente des Grundbesitzers schmälert deshalb als erstes den Ertrag der Arbeit, die zur Bestellung des Bodens eingesetzt wird“ (Smith 1776, 1974, S. 57).

Mit der Herausbildung einer endgültig kapitalistischen Produktionsweise, und der „Geburt“ eines zwar rechtlich „freien“ aber „wirtschaftlich abhängigen“ Lohnarbeiters, wird dieser, da er nichts zu verkaufen hat, außer seiner Arbeitskraft, abhängig von der Bereitstellung der Produktionsmittel durch Unternehmer.

„Das Kapitalverhältnis setzt die Scheidung zwischen den Arbeitern und dem Eigentum an den Verwirklichungsbedingungen der Arbeit voraus. Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eigenen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter. Der Prozess, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein, als der Scheidungsprozess des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozess, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter“ (Marx 1867, 1974, S. 742).

Geschichtlich erscheint die freie Lohnarbeit als das notwendige Komplement des Kapitals selbst. Es sind, wie dies der Soziologe und Philosoph Weber schrieb, „Personen vorhanden, die nicht nur rechtlich in der Lage, sondern auch wirtschaftlich genötigt sind, ihre Arbeitskraft frei auf dem Markt zu verkaufen. Im Widerspruch zum Wesen des Kapitalismus steht es, und seine Entfaltung ist unmöglich, wenn eine solche besitzlose und daher zum Verkauf ihrer Arbeitsleistung genötigte Schicht fehlt, ebenso, wenn nur unfreie Arbeit besteht“ (Weber 1924, S. 239f.).

4.2 Kapital dominiert die Ware Arbeitskraft

Hieraus leitet sich der Charakter der Ware Arbeitskraft ab. Sie ist zwar juristisch „frei“, ökonomisch aber in Abhängigkeit. Weiter sind vielfältige Besonderheiten der Ware Arbeitskraft zu beachten (Stobbe 1987, S. 251ff.). Bereits 1933 hat hierauf der bekannte Nationalökonom Preiser nachhaltig aufmerksam gemacht, als er schrieb: „Die Ware ‚unselbständiger Dienst‘ (Arbeitskraft, d.V.) ist zwar eine Ware, weil sie auf dem Markt gekauft und verkauft wird. In jeder anderen Beziehung aber unterscheidet sie sich grundsätzlich von anderen Waren. Vor allem wird sie nicht ‚produziert‘; ihre Erzeugung richtet sich nicht nach der Nachfrage bzw. dem zu erwartenden Preis, das Angebot ist starr. Es lässt sich bei steigendem Preis nicht beliebig vermehren, bei sinkendem nicht vermindern. Wenn es im allgemeinen gilt, dass bei Überangebot und dementsprechender Preissenkung einer Ware ihre Erzeugung eingeschränkt und das Angebot solange verringert wird, bis der Preis wieder auf seinen Normalstand kommt, ist das bei einem Überangebot der ‚Ware‘ Arbeitskraft infolge der Unelastizität des Angebots eben nicht der Fall“ (Preiser 1933, S. 87).

Außerdem ist ein tiefes Machtungleichgewicht an den Arbeitsmärkten zu Lasten der Arbeitnehmer zu beachten, wozu Stobbe bemerkt: „Für die entstehende, durch einen fundamentalen Interessengegensatz gekennzeichnete Verhandlungssituation ist die ökonomische Ungleichheit der Partner typisch: Der Arbeitsplatz-Nachfrager ist regelmäßig dringender auf das Zustandekommen des Vertrages angewiesen als der Anbieter und daher in einer schwächeren Position. Er braucht lebensnotwendig ein Einkommen und kann weniger lange warten als der Unternehmer mit seinem laufenden Betrieb.“ (Stobbe 1987, S. 253).

Allein durch die historisch entstandene Herausbildung und völlig ungleiche Verteilung von Eigentumstiteln, insbesondere am Produktivkapital, aber auch in Anbetracht der Besonderheiten der Ware Arbeitskraft sowie des Machtungleichgewichts an den Arbeitsmärkten, ist bereits eine absolut hinreichende Begründung für die Etablierung einer wirtschaftlich paritätischen Mitbestimmung zwischen Ka-

pital und Arbeit gegeben, die deshalb auch Verfassungsrang beanspruchen kann.

4.3 Nur Arbeit produziert Gewinn

Die eigentliche und tiefere Begründung für eine wirtschaftlich paritätische Mitbestimmung leitet sich vor dem bisher dargestellten Hintergrund allerdings ökonomisch aus dem Tatbestand ab, dass Kapital und Arbeit im betrieblichen Prozess aufeinander angewiesen sind und dass die Arbeitskraft die Quelle allen Wohlstands ist, dass allein lebendige Arbeit totes Kapital erzeugen und es in der Produktion und Reproduktion wirksam werden lassen kann. Weiter ist hervorzuheben, dass ein „Unternehmen“ nicht nur durch den „Unternehmer“ oder Kapitalgeber abgebildet wird, selbst wenn dies auch viele in einer Selbstmystifikation glauben mögen, sondern ein Unternehmen ein sozio-ökonomisches Gebilde darstellt, in dem es entscheidend auf die Beschäftigten ankommt. Der Mensch ist hier nicht nur Mittel, sondern das Unternehmen ist eine „Betriebsgemeinschaft“, in der nach den bekannten Nestoren der Betriebswirtschaftslehre Nicklisch und Fischer Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung als konstitutive Elemente bezeichnet werden können (Nicklisch 1932, Fischer 1929). Dies deshalb, weil nur der Faktor Arbeit Gewinn produziert und nicht das tote Kapital, sondern der Geist der Arbeit die Seele der Unternehmung ist (Nicklisch 1932, S. 296).

Dazu schrieb Smith bereits 1776: „Arbeit war der erste Preis oder ursprünglich das Kaufgeld, womit alles andere bezahlt wurde. Nicht mit Gold und Silber, sondern mit Arbeit wurde aller Reichtum dieser Welt letztlich erworben“ (Smith 1776, 1974, S. 28), und er schrieb weiter: „Der Ertrag der Arbeit ist die natürliche Vergütung oder der Lohn der Arbeit. Ursprünglich, vor der Landnahme und der Ansammlung von Kapital, gehört dem Arbeiter der ganze Ertrag der Arbeit. Er muß weder mit einem Grundbesitzer noch mit einem Unternehmer teilen“ (Smith 1776, 1974, S. 56). Die Bezahlung des Faktors Arbeit in Form eines Lohns ist demnach nicht wertgleich (äquivalent) mit dem Ertrag der Arbeit. Der große Ökonom John Stuart Mill bezeichnete dies noch vor Marx als Ausbeutung der Arbeit. „Der Grund des Profits ist, dass die Arbeit mehr produziert als zu ihrem Unterhalt erforderlich ist“ (Mill 1924, S. 613).

Dies entspringt der Tatsache, dass die Arbeitskraft eine Ware ist und vom Unternehmer per Arbeitsvertrag gekauft wird. Er erlangt dadurch die Verfügungsgewalt über den Arbeitnehmer, die ihn in die Lage versetzt, den Beschäftigten mehr arbeiten, ihn mehr Dienste verrichten zu lassen, als es braucht, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zu vergüten. Hierdurch zerfällt die Länge des durch den Unternehmer per Vertrag eingekauften Arbeitstages, sozusagen als Gebrauchswert, in eine Reproduktionsar-

beitszeit, vergütet durch den Lohn, und in eine Mehrarbeitszeit, die nach Marx in Mehrwert verwandelt und vom Unternehmer auf Grund des Privateigentums angeeignet wird. Der Arbeitslohn ist hier der jeweilige natürliche Lohn für die Arbeitskraft. Bis zu diesem Punkt findet ein äquivalenter Tausch statt. Da aber die konkrete Nutzung der Arbeitskraft dem Unternehmer mehr als ihre eigene Vergütung einbringt, schafft sie Gewinn. „Die Form des Arbeitslohns löscht also jede Spur der Teilung des Arbeitstags in notwendige Arbeit und Mehrarbeit, in bezahlte und unbezahlte Arbeit aus. Alle Arbeit erscheint als bezahlte Arbeit“ (Marx 1867, 1974, S. 562). Wie der Gewinn produziert wird, ob „mit“ oder „ohne“ Mitbestimmung ist dabei allerdings aufgrund des *ökonomisch unbestimmten Arbeitsvertrages* nicht egal, da Arbeitsverträge weit davon entfernt sind, „ein vergleichbares Maß an Eindeutigkeit zu schaffen. Zwar regeln auch sie soziale Beziehungen: Der Käufer von Arbeit verpflichtet sich, für die Dauer des Arbeitsvertrages Zahlungen in bestimmter Höhe (Lohn) an den Verkäufer zu zahlen. Im normalen Arbeitsvertrag ist jedoch die ‚Gegenleistung‘, um derentwillen der Käufer zur Zahlung des Lohnes verpflichtet ist, nicht festgelegt, sondern lediglich umschrieben. Der Verkäufer verpflichtet sich, Arbeitsaufgaben einer bestimmten Kategorie, die durch eine Arbeitsplatzbezeichnung, einen Beruf usw. eingegrenzt sein können, in einem Betrieb zu festgelegten Zeiten und im Rahmen betrieblicher Regeln zu verrichten. Der Arbeitsvertrag hat den Charakter eines Rahmenvertrages: Nicht die konkreten, nach Quantität und Qualität bestimmten Arbeitsverrichtungen sind Gegenstand des Vertrages, sondern lediglich die formalen Bedingungen, zu denen die Arbeitskraft vom Unternehmen in Anspruch genommen und für – vorab niemals vollständig festgelegte – Zwecke genutzt werden kann. (...) Dies hängt damit zusammen, dass der ‚Kauf‘ von Arbeitskraft – anders als der Kauf jeder anderen Ware – keinesfalls einen Wechsel der faktischen Dispositionssphären erzeugt“ (Offe/Hinrichs 1977, S. 19). Das Unternehmen ist gegen den Willen der Arbeitskraft gar nicht in der Lage das wirkliche Arbeitsvermögen als immanenter Bestandteil der Arbeitskraft abzurufen. Der Mensch muss nicht nur arbeiten müssen, er muss auch arbeiten wollen. Der Gebrauchswert, den das Unternehmen aus der Arbeitskraft ziehen will, bleibt quantitativ und auch qualitativ an die Subjektivität des Arbeitenden gebunden. Tatsächlich verfügt auch nach dem Verkauf der Verkäufer über das, was er verkauft hat, nämlich seine Arbeitskraft (Offe/Hinrichs 1977, S. 19). Die Lösung dieses Problems liegt nicht darin, dass Kapital und Arbeit ihre jeweiligen Machtpotenziale gegeneinander zur Anwendung bringen, sondern im gegenseitigen Miteinander, in einer *Unternehmenskul-*

tur, die nach Mitbestimmung verlangt. Nur hierdurch lassen sich Motivation und Identifikation der Mitarbeiter generieren und es kommt zu einer notwendigen partizipativen Personalpolitik.

Kein Unternehmer beschäftigt eine Arbeitskraft, wenn ihm diese keinen *Überschuss* (Mehrwert) erbringt. Ist dieser, bestehend aus den Elementen Gewinn, Grundrente (Pacht) und Zins in der Produktion geschaffen worden, so muss der Mehrwert natürlich noch durch den Verkauf der Waren an den Absatzmärkten Erlöst werden. Deshalb besteht die vollständige Formel des Kapitalakkumulationsprozesses, als eine Einheit aus *Produktion* (Mehrwertentstehung) und *Zirkulation* (Mehrwertrealisierung).

Erst in der Zirkulation entscheidet sich, ob der Unternehmer den in der Produktion entstandenen Gewinn auch tatsächlich realisieren kann. Zur zeitlichen Überbrückung des Prozesses, die zwischen der Gewinnproduktion und Gewinnrealisation liegt, sind, wie *Smith* ausführt, „fast alle Arbeiter auf einen Unternehmer angewiesen, der ihnen das Rohmaterial, Kapital und ihren Lohn und Unterhalt so lange vorschießt, bis das Produkt ihrer Arbeit fertig ist. Er teilt sich mit ihnen den Ertrag ihrer Arbeit, anders ausgedrückt, den Wert, den die Arbeiter dem bearbeiteten Rohmaterial hinzufügen. Und in diesem Anteil besteht sein Gewinn.“

Mitunter kommt es tatsächlich vor, dass ein unabhängiger Handwerker selbst genügend Kapital besitzt, um das Arbeitsmaterial zu kaufen und seinen Lebensunterhalt so lange zu bestreiten, bis das Werkstück fertig ist. Er ist dann Unternehmer und Arbeiter in einer Person, und er bekommt auch den gesamten Ertrag der eigenen Arbeit oder, was das gleiche ist, den ganzen Wert, welchen er dem bearbeiteten Rohmaterial hinzufügt. Dieser Ertrag besteht gewöhnlich aus zwei unterschiedlichen Einnahmen, dem Kapitalgewinn und dem Arbeitslohn, die normalerweise zwei verschiedenen Personen zufließen“ (Smith 1776, 1974, S. 57). Dieser Zusammenhang lässt sich auch anhand der *neoklassischen Grenzproduktivitätstheorie* zeigen. Auch hier muss das Wertgrenzprodukt der Arbeit über dem ausgezahlten Lohn liegen, ansonsten entsteht kein Gewinn und der Unternehmer beschäftigt keine Arbeitskräfte (Bontrup 2000, S. 92ff.).

Alle beschäftigten Arbeitnehmer, die aber mit ihrer Grenzproduktivität oberhalb der Bezahlung des Grenzarbeiters liegen, verschaffen dem Unternehmer den von ihm angestrebten Gewinn, so dass für *Smith* die Arbeiter im Kapitalismus immer viel zu kurz kommen. „Der bedauernswerte Arbeiter, der gewissermaßen das ganze Gebäude der menschlichen Gesellschaft auf seinen Schultern trägt, steht in der untersten Schicht dieser Gesellschaft. Er wird von ihrer ganzen Last erdrückt und versinkt gleichsam in den Boden, so dass man ihn auf der Oberfläche

gar nicht wahrnimmt“ (Smith 1776, 1974, S. 87).

Aus dieser tieferen ökonomischen Begründung leitet sich letztlich eine *paritätische Mitbestimmung* ab. Diejenigen, die den Gewinn produzieren, müssen auch darüber mitbestimmen können, wie sie ihn produzieren und wie er zur Verteilung kommt. Hiervon unberührt bleibt allerdings die *Gewinnrealisierung*. Dies ist in kapitalistischen Ordnungen trotz Mitbestimmung ein unumstößlicher Fakt der durch Konkurrenz und/oder Marktmacht determiniert ist.

spw. 1/2003

Literatur:

- Bitter, W. (1999): Der kündigungrechtliche Dauerbrenner: Unternehmerfreiheit ohne Ende?, in: Der Betrieb, Heft 23
- Bontrup, H.-J./Dammann, K. (1999): Gewinne, Beschäftigungsabbau und Sozialstaatsprinzip, in: Sozialer Fortschritt, Heft 5
- Bontrup, H.-J. (2000): Lohn und Gewinn. Volks- und betriebswirtschaftliche Grundzüge, München/Wien
- Bontrup, H.-J. (2002a): Für mehr unternehmensbezogene Mitbestimmung – Ein Reformvorschlag, in: Heseler, H./Huffschmid, J./Reuter, N./Troost, A. (Hrsg.), Gegen die Markt-Orthodoxie. Perspektiven einer demokratischen und solidarischen Wirtschaft. Festschrift zum 60. Geburtstag von Rudolf Hickel, Hamburg
- Bontrup, H.-J. (2002b): Demokratie in der Arbeitswelt. Alter Hut oder Zukunftsperspektive?, Hannover
- Brenner, O. (1992): Aus einem Referat im Juni 1961, in: Brenner, O., Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt a. M.
- Bundesverfassungsgericht (1995), zitiert bei: Kittner, M./Köstler, R./Zachert, U., Aufsichtspraxis, 5. Aufl., Köln
- Bundeszentrale für politische Bildung (1977): Gewerkschaften und Mitbestimmung, Bonn
- Endres, R. (1952): Staat und Gesellschaft, 2. Aufl., Wien
- Fischer, G. (1929): Mensch und Arbeit im Betrieb, Stuttgart
- Glasstetter, W. (1998): Recht auf Arbeit – Plausibilität versus Umsetzbarkeit, in: Das Wirtschaftsstudium (WISU), Heft 4
- Harlander, N./Heidack, C./Köpfler, F./Müller, K.-P. (1994): Personalwirtschaft, 3. Aufl., Landsberg a.L.
- IG Metall-Bezirksleitung (2001): Stahl-Nachrichten vom 21. Mai
- Marx, K. (1867, 1974): Das Kapital, Bd. 1, Neuauflage, Berlin 1974
- Mill, J. S. (1924): Grundsätze der politischen Ökonomie mit einigen ihrer Anwendungen auf die Sozialphilosophie, 2. Aufl., Jena
- Müller, G. (1991): Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945 – 1975, Essen
- Müller-Jentsch, W. (2001): Mitbestimmung: Wirtschaftlicher Erfolgsfaktor oder Bürgerrecht?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4
- Nicklisch, H. (1932): Die Betriebswirtschaft, Stuttgart
- Offe, C./Hinrichs, K. (1977): Sozialökonomie des Arbeitsmarktes und die Lage „benachteiligter“ Gruppen von Arbeitnehmern, in: Offe, K. (Hrsg.), Opfer des Arbeitsmarktes. Zur Theorie der strukturierten Arbeitslosigkeit, Neuwied/Darmstadt
- Preiser, E. (1933): Grundzüge der Konjunkturtheorie, Tübingen
- Rau, J. (2001): Montan-Mitbestimmung heute, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 7
- Rousseau, J.-J. (1762): Der Gesellschaftsvertrag, in deutscher Übersetzung, Neuauflage, Essen oh. Jahresangabe
- Smith, A. (1776, 1974): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, London, in deutscher Übersetzung von Recktenwald, C., Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen, München 1974
- Stobbe, A. (1987): Volkswirtschaftslehre III, Makroökonomik, Berlin u.a. 1987
- Wassermann, W. (1999): Kampf den mitbestimmungsfreien Zonen?, in: WSI-Mitteilungen, Heft 11
- Weber, M. (1924): Wirtschaftsgeschichte, München/Leipzig

Unternehmensgeschichte und die Probleme von heute

von Mathias Band und Frank Werner

Wie neu ist die „New Economy“? Was verbindet sie mit den Neuen Industrien, die Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland entstanden sind? Lassen sich historische Kontinuitäten des Globalisierungsprozesses erkennen? Dies waren die Fragen, die im Mittelpunkt des Symposiums „Von der Neuen Industrie zur New Economy“ standen, das vom Bielefelder Institut für Weltgesellschaft am 28. November unter der Leitung von Werner Abelshäuser im Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) veranstaltet wurde. Auf der Grundlage neuer Veröffentlichungen zur Unternehmensgeschichte (zuletzt u.a. BASF, Krupp) diskutierten Wirtschaftshistoriker und Vertreter benachbarter Disziplinen über die Zukunftsfähigkeit der Neuen Industrien (Chemie, Elektrotechnik, Maschinenbau) im globalen Wettbewerb, die Konkurrenz unterschiedlicher sozialer Produktions- und Unternehmensregime sowie über grundsätzliche Fragen der Periodisierung der Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts.

Das Symposium, das im Ratssaal des ehemaligen Reichsversicherungsamtes stattfand, gliederte sich in vier Abschnitte. Den ersten Themenbereich „Alte Industrien, Neue Industrien, New Economy: Entwicklungsstufen oder Transformationsprozess?“ leitete Jürgen Kocka (Wissenschaftszentrum Berlin), der die Orientierungsreferate von Howard Gospel (Management Centre, King's College, London) und Werner Abelshäuser (Institut für Weltgesellschaft, Bielefeld) zur Diskussion stellte. Howard Gospel geht von drei aufeinander folgenden „industriellen Revolutionen“ aus. Nach der „industriellen Revolution“ des späten 18. Jahrhunderts, in der sich der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft vollzog, markierte er eine zweite Zäsur mit dem Aufkommen neuer Industrien im späten 19. Jahrhundert (Siemens, AEG, Bosch) und einen dritten Entwicklungssprung in den 1970er Jahren mit dem Wachstum der immateriellen Produktion vor allem in der Biotechnologie und der IT-Branche (Intel, Microsoft, Vodaphone). Gospel verglich auf der Grundlage der klassischen Drei-Sektoren-Hypothese den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung im internationalen Zusammenhang: In den späten

1990er Jahren liegt der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt in den USA bei 17%, in Großbritannien bei 20% und in Japan bei 23% – während er in Deutschland immerhin noch 27% erreicht. Es ist daher kein Zufall, dass sich die Frage der Zukunftsfähigkeit der Industrie vor allem in Deutschland stellt.

Eine andere Sichtweise und Periodisierung der wirtschaftlichen Entwicklung präsentierte Werner Abelshäuser, der unter Hinweis auf die neuere wirtschaftshistorische Forschung nicht am „orthodoxen“ Verständnis der Industriellen Revolution als entscheidendem Bruch in der Wirtschaftsgeschichte festhält. Für Abelshäuser lässt sich vielmehr das Aufkommen der Neuen Industrien im späten 19. Jahrhundert als eine „Zweite Wirtschaftliche Revolution“ verstehen – und damit als der von Douglass C. North postulierte größte ökonomische Entwicklungssprung seit Jahrtausenden sehen. Die revolutionäre Qualität der Neuen Industrien liegt für den Bielefelder Wirtschaftshistoriker nicht nur in der engen Verbindung von Wissenschaft und Technik, sondern auch in der Neugestaltung des institutionellen Rahmens der Wirtschaft. Ende des 19. Jahrhunderts nahm das deutsche Produktionsregime Gestalt an – von Anfang an schon unter den Bedingungen der Globalisierung und der Verwissenschaftlichung der Produktion.

Dass der gegenwärtige Globalisierungsprozess nicht als grundsätzlich neues Phänomen anzusehen ist, darüber waren sich die meisten Teilnehmer des Symposiums im zweiten Themenbereich „Weltmarkt: international, regional, transnational, global?“ unter der Leitung von Peter Hertner (Martin-Luther-Universität, Halle) weitestgehend einig. Henning Klodt (Institut für Weltwirtschaft, Kiel) skizzierte Bedingungen und Indikatoren der gegenwärtigen Globalisierungsphase (zum Beispiel sinkende Kosten der Raumüberwindung) und machte deutlich, dass nur im Inland erfolgreiche Branchen auch im Ausland investierten. Eine branchenweite Verlagerung der Produktion deutscher Unternehmen ins Ausland aus Kostengründen, wie das immer wieder behauptet wird, konnte er nicht feststellen. Erfolgreiche Branchen wachsen im In- und Ausland oder – so seine These – gehen vollstän-

dig im Strukturwandel unter. Außerdem wies er auf die ambivalente Deutung von Direktinvestitionen in Deutschland hin: Einerseits werden sie als Indikator einer hohen Standortqualität geschätzt, andererseits aber im Falle „feindlicher“ Übernahmen (Vodaphone-Mannesmann) öffentlich gebrandmarkt. Klodt gab Handlungsempfehlungen für die Politik, um die „Deutschland AG“ wieder auf Erfolgskurs zu bringen: Steuern auf Konsum statt auf Einkommen, die Infrastruktur über Gebühren statt über Steuern finanzieren und Eigeninitiative statt Umverteilung im Sozialstaat.

Im zweiten Orientierungsreferat des Themenbereichs „Weltmarkt: international, regional, transnational, global?“ unterscheidet Raymond Stokes (Europe-Japan Social Science Research Centre) nicht zwischen alten und neuen Industrien. Das entscheidende Kriterium sei der Charakter der Märkte, der sich grundlegend verändert habe. Die klassische Unterscheidung von Unternehmen und Markt hebt der Glasgower Wirtschaftshistoriker auf. Da für ihn Unternehmen intern ebenfalls nach Marktmechanismen funktionieren, bezieht er sie direkt in den Wandel der Märkte mit ein.

Unter der Überschrift „Kontinuität und Wandel des industriellen Unternehmensregimes“ diskutierten Paul Erker (Ludwig-Maximilians-Universität München) und Sigurt Vitols (Wissenschaftszentrum Berlin) im von Toni Pierenkemper (Universität Köln) geleiteten dritten Themenbereich die Entwicklung des deutschen und amerikanischen Produktionsregimes. Während Erker sich vorwiegend mit dem deutschen Produktionsregime auseinandersetzte, verglich Vitols aus soziologischer Perspektive das deutsche und das amerikanische Produktionsregime.

Paul Erker sieht insbesondere zwei Brüche in der Entwicklung des deutschen Produktionsregimes: Zum einen die Zeit des Nationalsozialismus und zum anderen die 1970er Jahre. Zwar wirkt auch für die Zeit des Nationalsozialismus die kapitalistische Anreizordnung und das etablierte Innovationssystem fort; allerdings veränderte sich der institutionelle Rahmen, was in Bezug auf industrielle Beziehungen, Aktiengesetz, Großforschung und Wettbewerb seinen Ausdruck fand.

Eine neue Situation auf den Finanz- und Rohstoffmärkten sowie steigende Rohstoffpreise markierten nach Erker den zweiten Einschnitt des deutschen Produktionsregimes. Die „rules of the game“ veränderten sich. Unsicherheit im Allgemeinen und Wandel der industrial re-

Tagungsbericht: Von der Neuen Industrie zur New Economy, Symposium im Wissenschaftszentrum Berlin 28. November 2002

Matthias Band, geb. 1976, Frank Werner, geb. 1972, arbeiten am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte (Bielefeld)

lations (Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen) sowie der innerbetrieblichen F&E (Forschung und Entwicklung) im Besonderen waren die Folge. Erker stand mit seiner Periodisierung nicht nur in Kontrast zum Abelshauserschen Modell, das in den 70er Jahren keinen wesentlichen Bruch festmachen kann, sondern ging sogar noch einen Schritt weiter und bestritt, dass der institutionelle Rahmen für Unternehmen eine große Bedeutung habe. Die Strategien der Unternehmen unterschieden sich wesentlich voneinander und das einzige Erfolgskriterium sei dabei, die höchste Effizienz zu erreichen.

Sigurt Vitols, der in seiner Untersuchung den institutionellen Rahmen der USA und Deutschlands um 1900 und der Gegenwart vergleicht, konstatierte eine Angleichung des deutschen an das amerikanische Produktionsregime. Er stellte jedoch nicht den 'varieties of capitalism'-Ansatz in Frage, der auf die Divergenz zwischen den institutionellen Rahmenbedingungen für die europäische und die amerikanische Wirtschaft verweist und die Bedeutung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einbettung von Institutionen betont. Vitols unterstreicht zu einem, dass das Produktionsregime amerikanischer Prägung die Entwicklung neuer Branchen fördert, weist aber auch darauf hin, dass die Unternehmen insbesondere im Bereich der New Economy einem härteren Wettbewerb unterlägen. Der beschleunigte Ausleseprozess kann somit auch – wie im Falle von Microsoft – zu Quasi-Monopolstellungen führen.

Im vierten und letzten Themenbereich „Wissenschaft und Technik: alte und neue Leitbilder“, der unter der Leitung von Jakob Tanner (Universität Zürich) stand, wies Jeffrey A. Johnson (Villanova University, Philadelphia) auf die Ablösung des „Classic linear Model“ durch das „Industrial Science Model“ hin. Das Leitbild des klassischen Wissenschaftlers sei bis ins letzte Viertel des 19. Jahrhunderts in Deutschland das Trial and Error-Verfahren gewesen. Erst das neue Ideal der akademischen Ausbildung öffnete der systematischen Forschung den Weg. Die alte Trennung zwischen reiner und angewandter Chemie wurde aufgehoben und beidseitige Rückkopplungseffekte verstärkten die Dynamik der Wissensproduktion. Begleitet wurde dieser Wandel von einem Anstieg des Einkommens und der Reputation von Forschern in der angewandten Chemie.

Ulrich Wengenroth (Münchener Zentrum für Wissenschafts- und Technikgeschichte) knüpfte im letzten Orientierungsreferat an die Ausführungen seines Vorgängers an, verwies aber zugleich auf die Veränderung des Innovationsprozesses in den letzten dreißig Jahren. Auch er sieht in den 70er und 80er Jahren einen Kontinuitätsbruch, weil die Produktentwicklung nicht mehr wissenschafts- oder technologiegetrieben sei. Insbesondere in verbrauchernahen Märkten wie Tourismus, Wellness, Automobil oder Versiche-

rungen spiele die Evokation von „Gefühlen“ eine immer wichtigere Rolle. Es ginge immer mehr darum, „Illusionen“ zu verkaufen. Der Erfolg Nokias zum Beispiel ließe sich nicht allein durch eine technologische Überlegenheit erklären, sondern hinge mit dem besseren Verständnis des finnischen Unternehmens für die Anwendungszusammenhänge des Produktes und des Konsumentenverhaltens zusammen. Viele Produktentwicklungen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten prägend für unsere Gesellschaft waren, seien häufig zufällige „Abfallprodukte“ der Forschung (z.B. Radioaktivität, Faxgeräte).

In der abschließenden Generaldebatte traten erneut die unterschiedlichen Sichtweisen klar hervor. Auf der einen Seite stand das Lager derer, die – wie Abelshäuser – die Kontinuität der Entwicklung von der Neuen Industrie zur New Economy betonten. Sie sehen das revolutionär Neue an der gegenwärtigen Entwicklung in der Durchsetzung des Prinzips der Wertschöpfung auf immaterieller Basis, die nicht länger auf der Stoffumwandlung, wie in der klassischen alten Industrie, als vielmehr auf dem integrierten Wissen über Bedürfnisse am Markt, Problemlösungen durch Forschung und Entwicklung, Herstellungsverfahren, Anwendungs- und Verarbeitungsmöglichkeiten sowie den in den Produktionsprozess integrierten Dienstleistungen beruhe. Damit korrespondieren weltweit divergierende Produktionsregime, die ihre komparativen institutionellen Kostenvorteile auf unterschiedlichen Märkten zur Geltung bringen. Die institutionelle Arbitrage, die daraus resultiert, gehört nach dieser Sichtweise zu den mächtigsten Antrieben der Globalisierung.

Im Lager derer, die von der Industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts ausgehend ihrem Weltbild einen gestuften Modernisierungsprozess zugrunde legen, besteht weitgehend Übereinstimmung, in den 1970er Jahren den Einschnitt einer dritten industriellen Revolution zu sehen, deren Ursachen allerdings in unterschiedlichen Faktoren gesucht wird. Einigkeit herrscht darin, den Umwälzungen in der Kommunikationsbranche große Bedeutung beizumessen. So wies Hartmut Berghoff darauf hin, dass wir es im Bereich E-Commerce mit einem neuen Unternehmertypus zu tun hätten, der sein Unternehmertum nur als kurze Lebensphase empfinde. Margrit Grabas ergänzte, dass wir die sozialen Auswirkungen der dritten industriellen Revolution in Bezug auf die Organisation von Arbeit und dem Modell der traditionellen Erwerbsarbeit noch gar nicht absehen könnten.

Die Kontroverse ließ sich auf dem Symposium nicht beilegen, doch waren sich alle Teilnehmer einig, dass die weitere Forschung beide Positionen berücksichtigen müsse, um die Ergebnisse offen zu halten. Sie stimmten ebenfalls darin überein, der historischen Unternehmensforschung dabei eine wichtige Rolle zuzumessen.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

248 Das Imperium des High-Tech-Kapitalismus

W.F. HAUG: Zur Frage der Immaterialität digitaler Produkte

S. NUSS: Ein Geschäftsmodell mit Freier Software

S. SCHULTZ: Biopolitik und affektive Arbeit bei Hardt/Negri

N.-L. SUM: »Siliconization« in Ostasien

U. HUWS: Die Produktion eines Kybertariats

B. JESSOP: »Empire« und Castells: Verklärungen der US-Hegemonie

L. PANITCH: Der Krieg gegen Terror und die Globalisierungskritiker

und andere mehr...

249 Foucault, die Macht und der Neoliberalismus

R. KEITH SAWYER: Archäologie des Diskursbegriffs

JAN REHMANN: Vom Gefängnis zur modernen Seele

TILMAN REITZ: Die Sorge um sich und keinen sonst

CATHREN MÜLLER: Zur Frage der >Gouvernementalität<

Ausserdem: **G. LABICA:** Gewalt der Herrschenden, Gewalt der Beherrschten, **S. GILL:** Überwachungsmacht im globalen Kapitalismus, **J. HIRSCH:** Macht und Anti-Macht. Zu John Holloway

Argument-Redaktion

T: 030 - 61 14 182, F: 030 - 61 14 270

versand@argument.de

www.argument.de

Ermäßigung für Studierende im Abo !

Migration und „Kultur“

Zur Debatte um Kultur, rechtliche Fragen der Migration und ihre gesellschaftlichen Implikationen

Gazi Caglar

Kultur ist ein Begriff, der immer wieder in unterschiedlichsten Kontexten auftaucht und der für unsere Alltagssprache eine große Rolle spielt. Es ist die Rede von der „eigenen Kultur“, von der „fremden Kultur“, von der „Essenskultur“, von der Kultur im Sinne von Musik, Kunst und Theater, von der „Gesprächskultur“, von der „Alltagskultur“, von der „Soziokultur“, der „italienischen“, der „islamischen“ und „christlichen“, der „türkischen“ und „deutschen“ Kultur. Kultur dient sogar inzwischen zur Erfindung von Neologismen, die bis vor kurzem in der deutschen Sprache gar nicht existierten: Der merkwürdige Begriff der „Unternehmenskultur“ ist zum Beispiel so ein Wort, das unübersehbar dem Zweck der Kompensation des zunehmend größer werdenden Legitimationsdefizits marktradikaler Denk- und Handlungsweisen dient.

Dass der Begriff der Kultur eine so vielfältige Verwendung in unterschiedlichsten Kontexten erfährt, hat etwas Sympathisches: Viele Sphären des gesellschaftlichen Lebens erfahren durch die Verleihung des Prädikats Kultur eine Aufwertung, ihnen wird gewissermaßen ein besonderer Wert zuerkannt. Die inflationäre Verwendung des Kulturbegriffs hat aber auch etwas Beunruhigendes: Es ist nicht mehr klar, wovon eigentlich gesprochen wird. Der Begriff wird inhaltsleer, um dadurch umso mehr mit teilweise Belanglosigkeiten aufgefüllt zu werden. Vielfach wird also so getan, als ob Kultur ein „terra cognita“ (bekanntes Land) ist. Dabei ist es zumeist ein „terra incognita“ (unbekanntes Land).

Allgemein lässt sich vielleicht sagen: Kultur ist alles, was dem Einzelnen erlaubt, sich in der komplexen Welt, in der ausdifferenzierten Gesellschaft und gegenüber der vielfältigen Erzählung von Geschichte zurechtzufinden. Heute wird sich aber niemand auf der komplexen und multi-kulturellen Welt zu recht finden, der eine vermeintlich angestammte „Monokultur“ fortsetzen will, es sei denn, er greift zur Gewalt. Die aber, verstanden als polemische Bezeichnung einer Auffassung, die Homogenität fälschlicherweise als Definition von Kultur begreift (schließlich

schaden agrarische Monokulturen dem Boden, auf dem sie gedeihen sollen), wäre dem Begriff nach das Gegenteil von Kultur, wenngleich in unseren modernen Gesellschaften Kultur und barbarische Gewalt vielfach dicht beieinander liegen. Insbesondere lässt sich nicht über den Zusammenhang von Kultur und Migration nachdenken, ohne zugleich über Gewalt nachzudenken, die oft und fälschlich als entladener Kulturkonflikt schöneredet wird.

Kultur als Monokultur: Keine Kultur der Integration

Von Kultur ist zumeist in Form von Monokultur die Rede. Immer wenn die Begriffe „Überfremdung“, „Überschwemmung“, „Vermischung“, „Koloniebildung“, „Parallelgesellschaft“ u. ä. fallen, ist die non-kulturelle Idee einer „deutschen Leitkultur“ nicht weit entfernt. Diese Idee kulturalisiert Politik und politisiert Kultur, um mit der Angst vor Verlust kultureller Werte und Normen, gar vor einer tiefen kulturellen Krise, interkulturelle Verständigungsprozesse zu blockieren und kulturblienden Stimmenfang zu betreiben. Interessant ist, dass man damit zumeist auf die Stimmen derer hofft, die vielfach nicht einmal wissen, wann Deutschland als Nationalstaat entstanden ist, geschweige denn, was die Größen und Inhalte einer „deutschen Leitkultur“ sein könnten.

Ein solcher Diskurs ist keine Kulturdebatte, auch wenn sie als solche daher kommt und teilweise so missverstanden wird. Sie ist ein über die Instrumentalisierung der Kultur ausgetragener Versuch der Festschreibung des alten Zustands, in dem die Partizipationsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten stark eingeschränkt sind. Interessant ist, dass in der einwanderungspolitischen Debatte der vergangenen Jahre die Frage der politischen Partizipation kaum eine Rolle spielt. Die Frage der demokratischen Beteiligung von nichtdeutschen Migrantinnen und Migranten an der politischen Meinungs- und Willensbildung, die in der Vergangenheit zumeist in der Forderung nach einem „Ausländerwahlrecht“, also dem aktiven und passiven kommunalen Wahlrecht,

zum Ausdruck kam, scheint durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das kommunale Wahlrecht sei nicht ohne weiteres mit Bestimmungen des Grundgesetzes vereinbar, erledigt zu sein. In der Frage des Wahlrechts hat das Bundesverfassungsgericht auf die Möglichkeit der Einbürgerung verwiesen, die für Migrantinnen und Migranten die einzige Möglichkeit ist, das allgemeine aktive und passive Wahlrecht verliehen zu bekommen, insofern sie keine Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind, die seit 1994 das kommunale Wahlrecht haben. Die Ambivalenzen des Einbürgerungsrechts sind aber allseits bekannt. Für die überwiegende Mehrheit der hier lebenden Migrantinnen und Migranten sind somit kaum Möglichkeiten der klassischen politischen Betätigung vorhanden. Die Ausländerbeiräte, die in manchen Städten wie Hannover aufgelöst und in Migrations- und Integrationsausschüsse umgewandelt werden, sind die einzigen teilweise gewählten Gremien, die allerdings unter einer chronischen Legitimitätsschwäche leiden, da sie zumeist nicht einmal 10 % der Stimmen erreichen. Hinzu kommen ihre Selbstorganisationen und zumeist an der Politik ihrer Herkunftsländer orientierten politischen Bewegungen mit einer vielfältigen Vereinsstruktur, in denen sie sich am Rande des Gesetzesverstoßes politisch betätigen, weil das Ausländerrecht ihre politischen Betätigungsrechte einschränkt. Im Kern hat das neue Zuwanderungsgesetz, das jetzt vom Bundesverfassungsgericht gestoppt wurde, in § 47 das umfassende „Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung“ aus dem Ausländergesetz bruchlos übernommen. Mit dem Terroristenbekämpfungsgesetz wurden ferner die spezifischen Verbotgründe für sogenannte Ausländervereine stärker ausdifferenziert und erweitert.

Es gibt also in der Bundesrepublik eine erhebliche Zahl von Menschen, die teilweise in ihrem ganzen Leben nicht gewählt haben. Dabei ist der periodische Wahlmechanismus die wichtigste Legitimationsbasis repräsentativer Demokratien. Das Demokratieprinzip verbietet es, eine relevante Minderheit in einem demokratischen Verfassungsstaat auf Dauer von der politischen Mitwirkung auszuschließen. Das seit Jahrzehnten bestehende Legitimationsdefizit der deutschen Demokratie, das aus dem Ausschluss vieler Millionen Menschen von den Staatsbürgerrech-

ten unmittelbar folgt, kann nicht lange aufrechterhalten werden, ohne dadurch die Demokratie selbst nachhaltig zu beschädigen. Nur wer aktiv mitgestalten darf, identifiziert sich mit seiner Gesellschaft. Erst auf der Grundlage einer politischen Gleichberechtigung wird ein wirklich interaktiver Integrationsprozess möglich sein, in dem sich Subjekte auf gleicher Augenhöhe begegnen. Damit könnte man auch Rassismus und Diskriminierung ganz anders begegnen. Die rechtliche und politische Ungleichheit zwischen Menschen liefert eine wichtige Voraussetzung für die ideologische Fiktion der Ungleichheit von Menschen. Das Gebot der Stunde ist die längst fällige geistige Akzeptanz einer Verfassungsdemokratie, für die kultureller Pluralismus seiner Bürger selbstverständlich ist.

Der Diskurs der „Leitkultur“ zielte im Namen einer Kulturdebatte auf die Verhinderung dieser überfälligen geistig-mentalenden Wende in Deutschland. Er wollte die Idee einer homogenen „Nationalkultur“ beleben, die immer schon eine Fiktion war und nirgends, also auch nicht in Deutschland, eine Entsprechung in der Vielfalt der Gesellschaft hatte. Er war zudem die Einladung an den „Kampf der Kulturen“ Huntingtons, der bekanntlich seine fragwürdige These aus dem scheinbar intern ablaufenden Kampf zwischen den Kulturen in den USA abgeleitet hatte. Ohne die geistig-mentale Absage an die fiktive kulturelle Homogenität der völkischen Nation also wird es Integration als interaktiven Prozess und eine humanitäre Asyl- und Zuwanderungspolitik mit allem dazugehörigen kulturellen Reichtum nicht geben. Daher kann und muss Integration nicht als „Assimilation“ an die Deutschen und ihre „Kultur“ und kulturellen Überlieferungen erfolgen, sondern als ein Prozess der politischen, rechtlichen, sozialen und kulturellen Integration von Migrantinnen und Migranten und Deutschen in einer sich wandelnden modernen Gesellschaft. Integration kann nur die Überwindung faktischer Ausschlüsse und sozialer Diskriminierung für alle bedeuten, also auch der kulturellen Ausschlussmechanismen, die in der geschichteten Welt des kulturellen Kapitals für alle Subalternen gelten.

Interkultur: Ambivalenzen eines Begriffs
Migration und Integration sind schon immer da gewesene Phänomene menschlicher Existenz auf diesem Globus. Migration und Integration sind vor allem Phänomene, die Kultur ermöglichen. Das scheint eine gewagte These zu sein: Aber kann jemand allen Ernstes irgendein Medium der Kultur, ir-

gendeinen Akt der Kultur nennen, der Ergebnis von Abschottung wäre? Sozusagen im vermeintlich warmen Nest des scheinbar Reinen entstanden? Gehört nicht der Spruch Goethes, kein Deutscher könne einen Schuh zuschnallen, der es nicht von einem Ausländer gelernt habe? Kultur und Abschottung, Kultur und die Idee des Reinen, Kultur und die Idee geschlossener Entitäten widersprechen sich der Sache nach. Kultur ist nur in und mit der Beziehung möglich, in der Beziehung zur Natur, in der Beziehung zu Mitmenschen und in der Beziehung zu sich selbst. Die lange genug imaginierte deutsche Monokultur hat nur den Prozess des Ausschlusses und der Festigung scheinbar natürlicher Ethnoidentitäten unterstützt. In Wechselwirkung mit dieser Fiktion monokultureller Identität haben sich Gruppen von Migrantinnen und Migranten auf ihre scheinbar monokulturellen Identitäten zurückgezogen. In Deutschland scheint für manche mehr als in der Türkei klarer zu sein, was „türkische Kultur“ ist. Dabei sind ihre Träger in Deutschland in der Türkei vielfach von den kulturellen Eliten dort als kulturlose Bauern und Arbeitsklaven tituliert worden. Die vermeintliche Existenz dieser Monokulturen hat diejenigen, die von der Notwendigkeit von Verständigungsprozessen überzeugt waren, immer wieder auf die Suche nach Begriffen geschickt, die den intensiven Kulturkontakt fördern könnten. Man erfand den Begriff der Multikultur, kritisierte den, erfand den Begriff der Interkultur, die ebenfalls dem Begriff nach die Existenz von einheitlichen Kulturen suggeriert, aber auf das Dazwischen hinweist, auf die im Dazwischen liegende Freiheit. Man könnte also sagen, dass der Begriff der Interkultur die Wundmale der völkisch verstandenen Einheitskultur in sich trägt. Dennoch: Solange die Veränderung der Begrifflichkeit noch nicht in den Köpfen und den gesellschaftlichen Realitäten angekommen ist, überwiegt beim Begriff der Interkultur der Aspekt der interkulturellen Verständigung. Und das ist gut so!

Kultur als Medium der Integration

Kultur lädt zur Entdeckung ein, beflügelt die Fantasie, die ins unbekanntes Land ziehen will, um den Verstand und die Sinne zu bereichern. Die Fantasie lässt sich auf das Andere ein, konsumiert das Andere nicht, sondern ist vorsichtig und hat einen feinen Fühler. Kultur schärft nicht nur den Blick auf Bekanntes und Vertrautes. Kultur hinterfragt vielmehr das vermeintlich Alltägliche, stellt die Selbstverständlichkeiten in neue Zusammenhänge und ermöglicht so den Fortgang des Lebens.

So gibt es auch inzwischen so etwas wie „Migrationskultur“ jenseits von folkloristischer Vermarktung kultureller „Eigenarten“ der Migrantinnen und Migranten. Sie nimmt die Erfahrung des Fremdseins ernst, lebt von der unbändigen Sehnsucht nach dem globalen Einheimisch-Werden und versucht die Zerrissenheiten des eigenen Daseins als Zerrissenheiten von Gesellschafts- und Welterfahrung überhaupt zu verallgemeinern und so für alle verstehbar, vermittelbar und kommunizierbar zu machen. So schafft sie Solidarität, ermöglicht Empathie und verbindet. Kultur in Migrations- und Integrationsprozessen ist die Zärtlichkeit der Sprachlosen, ist die Sprache derer, die den schwierigen Weg vom „Nix-Verstehen“ zum kommunikativen Menschen vielfach von neuem beschreiten müssen.

Die kulturellen Aktivitäten in soziokulturellen Zusammenhängen und Räumen spielen eine enorme Rolle bei der Integration von Menschen deutscher und migrantischer Herkunft in den sich höchst dynamisch wandelnden gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang. Ohne die Kultur und deren zumeist übersehenen Beiträge hätten wir heute wahrscheinlich ein ganz anderes Niveau der Integration. Die Kultur erinnert uns immer wieder daran, dass Menschen nur als Subjekte integriert werden können, nicht als kulturlose Arbeitsmaschinen. Das allein immer wieder klar zu machen, ist die große Leistung der Kultur, der Soziokultur und alles dessen, was unter Interkultur läuft.

Kulturbegegnungen überraschen mit unterschiedlichen Perspektiven und Ausschnitten, regen zum Nachdenken an, lassen Parallelen entstehen und führen zu Schnittpunkten: Der Mensch erfährt in und durch die Kultur nicht nur sich selbst, sondern auch sein Gegenüber, den Anderen. Er erfährt sich selbst und den Anderen als das, was sie sind: Mensch!

spw 1/2003



Die Wirtschaftsfelder der Zukunft

Memorandum für eine ökologische „New Deal“-Politik als wirtschaftspolitische Perspektivstrategie

Von Hermann Scheer

Die wachsende Arbeitslosigkeit, die sich auch dadurch zuspitzende öffentliche Finanzkrise und die depressive Stimmungslage zeigen: Von Monat zu Monat wird eine aktuelle wirtschaftspolitische Vorwärtsstrategie dringlicher, die weit über die bisher diskutierten und probierten Konzepte von Regierung, Opposition oder den „Wirtschaftsweisen“ hinausgehen muss. Die offenkundige deflatorische Lücke zwischen dem gesamtwirtschaftlichen Angebot an Gütern und Dienstleistungen und der kauffähigen Nachfrage ist so groß geworden und hält bereits so lange an, dass sie ohne neue, außergewöhnliche, breit und groß angelegte wirtschaftspolitische Impulse nicht mehr geschlossen werden kann. Das deutsche Problem, von den Oppositionsparteien als allein von der deutschen Regierung verschuldete „deutsche Krankheit“ gebrandmarkt, ist keine Folge mangelnder Wachstums- oder internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Unausgelastete Kapazitäten und anhaltend überproportional hohe Exportraten beweisen das Gegenteil.

Die deutsche Situation unterscheidet sich von der anderer großer Industrienationen vorwiegend in einem Punkt: Die Krise der öffentlichen Finanzen ist hierzulande strukturell noch gravierender als andernorts wegen der enorm hohen öffentlichen Finanztransfers nach Ostdeutschland zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen. In den letzten zwölf Jahren waren das insgesamt über 500 Mrd. EUR.

1. Die Grenzen konventioneller Angebots- und Nachfragestrategien

Ansonsten gibt es nur graduelle Unterschiede zu anderen, weil alle westlichen Wachstumsgesellschaften definitiv ihren Zenit überschritten haben. Die Hoffnung auf einen Konjunkturaufschwung durch allgemeine Wachstumssteigerung führt nur noch bedingt zu mehr Arbeitsplätzen: Wachstum realisiert sich im Informationszeitalter größtenteils durch verstärkte Rationalisierungsinvestitionen. Überdies absorbieren anhaltende ökologische Folgeschäden eines undifferenziert vorangetriebenen Wirtschaftswachstums zunehmend mehr staatliche Kompensationsleistungen. Umwelt-

schäden schnüren bereits die Spielräume zur Überwindung ihrer Ursachen ein und provozieren ein finanzwirtschaftliches Gefangenendilemma. Allein die öffentlichen Schadensausgleichsleistungen durch die Flutkatastrophe liegen in Deutschland bei mindestens 10 Mrd. EUR. Hinzu kommen die wachsenden privaten Versicherungsleistungen, die zur stetigen Erhöhung der Versicherungsbeiträge führen. Nach Berechnungen der Münchner Rückversicherungsgesellschaft waren die Versicherungsschäden durch Umweltkatastrophen im letzten Jahr weltweit bei etwa 100 Mrd. Dollar, neben den nicht versicherten Schäden in drei- bis vierfacher Höhe. Unternehmen suchen ihren individuellen Ausweg in beschleunigter transnationaler Konzentration und in Fusionen und bürden die sozialen Kosten den staatlichen Sozialsystemen auf, die höhere Ausgaben und niedrigere Einnahmen haben. Staaten dünnen ihre Staatsleistungen u.a. durch Privatisierungen von Staatsfunktionen laufend aus, obwohl Steuern und Abgaben kaum sinken oder sogar steigen. Hinzu kommen wachsende militärische Kosten der Ressourcensicherung. Daneben haben nationale Regierungen viele ihrer wirtschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten durch den vor drei Jahrzehnten eingetretenen Verfall des Welt-

währungssystems und dessen Ersetzung durch spekulative Währungsmärkte, durch die WTO, den EU-Binnenmarkt und die Installierung der Europäischen Zentralbank eingebüßt.

Daraus ergeben sich zwei strategische Schlussfolgerungen: zum einen gibt es die zwingende Notwendigkeit der Erhöhung der Staatsproduktivität, um die Staatsleistungen effektiver zu machen statt diese Zug um Zug aufzugeben. Dieses strategische Zukunftselement, das der Zielsetzung „mehr Politik fürs Geld“ dient, wird in diesem Memorandum nicht näher behandelt – außer in einem Teilaspekt der vorgeschlagenen Initiativen (Abschnitt V), bei denen es um Con-

tracting-Konzepte zur Erneuerung der Infrastruktur geht. Zum anderen müssen politische Wirtschaftsimpulse gezielter ansetzen als das mit klassischer allgemeiner Konjunkturpolitik möglich ist. Sie müssen strukturpolitischer Art sein und dabei die Kernfrage erkennen und beantworten: wie wir aus einer unökologischen Wachstumsökonomie zu einer ökologischen Ökonomie kommen, die neue Arbeitsplätze dort generiert, wo die elementaren Herausforderungen unübersehbar liegen. Die Kriterien dafür: die Initiativen müssen

- vorwiegend durch Umwidmung bisheriger staatlicher Mittel finanziert werden, um die öffentlichen Haushalte nicht weiter zu strapazieren;

- einen schnelle Revolvierung der staatlichen Fördermittel ermöglichen, indem diese über Steuern und Beitragseinnahmen aus den neu stimulierten Wirtschaftsaktivitäten wieder zurückfließen;

- eine hohe Treffsicherheit im Verhältnis von öffentlichem Mittelaufwand und realisierten Beschäftigungswirkungen gewähr-

leisten und deshalb strikt auf den Binnenmarkt bezogen sein;

- die ökologische Reform der Wirtschaft antreiben, um künftige Umweltschäden zu vermeiden, die längst zur Wachstumsbremse geworden sind, und

der Volkswirtschaft eine dauerhaft wirksame neue Grundlage geben.

Selbst ohne die veränderten internationalen Rahmenbedingungen haben sich die beiden Grundkonzepte nationaler Konjunkturpolitik überholt, die seit Jahrzehnten kontrovers diskutiert und – oft auch in Mischform – praktiziert werden: einerseits die staatlich induzierte „Nachfragestrategie“ über die undifferenzierte Erhöhung staatlicher Investitionen, pauschale Investitionszuschüsse oder Steuersenkungen, und andererseits die „Angebotsstrategie“ durch Senkung der Unternehmenssteuern und von Abgaben sowie durch Deregulierungen und Privatisierungen besonders im Bereich der öffentlichen Infrastruktur, um Investitionsanreize zu erhöhen und zusätzliche private Investitionsfelder aufzuschließen. Ob staatlich induzierte Nachfrage- oder Angebotsstrategie: alle haben einen massiven und die Staatskassen

Wachstum realisiert sich im Informationszeitalter größtenteils durch verstärkte Rationalisierungsinvestitionen.

unverhältnismäßig stark belastenden Mitnahmeeffekt: Es gibt zu wenig beschäftigungswirksame Resultate für die dafür eingesetzten öffentlichen Finanzen. Verfolgt man sie dennoch weiter, ist der Kollaps der öffentlichen Finanzen ebenso vorprogrammiert wie die sozial- und umweltpolitische Entpflichtung der liberalisierten und internationalisierten Wirtschaftsaktivitäten.

Hinzu kommt: Der pauschale Begriff von „der Wirtschaft“ als Ziel der politischen Wirtschaftsförderung ignoriert, dass es zunehmende Interessengegensätze zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen und Unternehmensstrukturen gibt – etwa zwischen Landwirten und Lebensmittelkonzernen, Windkraftindustrie und Stromkonzernen, baugewerblichen Handwerksbetrieben und international operierenden Baukonzernen oder zwischen der Mineralölindustrie und der Automobilindustrie, die mittlerweile auf umweltfreundliche Treibstoffe setzt.

Er ignoriert auch, dass es für Wirtschaft und Gesellschaft keineswegs gleichgültig ist, ob qualifizierte oder unqualifizierte, gesundheitserhaltende oder krankmachende, gut oder schlecht bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten werden, ob die Infrastruktur intakt gehalten oder brüchig wird; ob Wirtschaftsfelder zukunftsträchtig oder auslaufend sind; und ob es eine mehr mittelständische oder eine sich konzentrierende Wirtschaftsstruktur gibt.

Es ist deshalb ein politischer Handlungsfehler, wenn Regierungen bei ihren Entscheidungen den Konsens mit „der“ Wirtschaft suchen, die durch ihre jeweiligen Verbände vertreten wird. Deren Verbandsspitzen haben sich längst genauso von ihrer Mitgliederbasis entfernt, wie es in anderen gesellschaftlichen Organisationen festzustellen ist. Sie vertreten in der Regel eingespielte strukturkonservative Querschnittsinteressen, die sich von einem wirtschaftlichen Strukturwandel bedroht fühlen. Der richtige Weg: statt eines Konsenses mit der Wirtschaft geht es vielmehr darum, bei denjenigen Wirtschaftszweigen und Unternehmen Verbündete zu suchen, die ihre eigene Perspektive in dem anzustrebenden Strukturwandel sehen. Voraussetzung ist ein politisches Konzept für diesen Strukturwandel.

Die Frage nach einem strategischen „New Deal“-Programm ist damit auf der Tagesordnung. Der Begriff „New Deal“ stammt vom amerikanischen Präsidenten Roosevelt (1933-45), der es in den 30er Jahren als einziger schaffte, sein Land auf demokratische und soziale Weise aus der Weltwirtschaftskrise zu führen. Er erreichte dies durch einen gezielt eingeleiteten, wirtschaftlichen Struk-

turwandel unter Einbeziehung von Umweltinitiativen, was die amerikanische Volkswirtschaft und Gesellschaft auf ein neues Niveau hob – in Verbindung mit Initiativen zur Steigerung der Produktivität staatlichen Handelns. Jetzt geht es um eine ökologische „New-Deal“-Strategie – mit anderen Schwerpunkten und unter veränderten Rahmenbedingungen als bei ihrem Vorbild.

II. Der Wechsel des Leitbildes

Das deutlichste Merkmal dafür, dass eine bloße Fortschreibung des Leitbilds der industriellen Wachstumsgesellschaft bisherigen Musters keine Perspektive mehr bieten kann, ist die konventionelle Energieversorgung, die deren wesentlicher Treibriemen ist. Die fossilen Energievorkommen haben ihr Fördermaximum erreicht. Wir bewegen uns auf deren Endverbrauch zu. Selbst wenn das nicht der Fall wäre, müssen wir uns von dieser Energiebasis

verabschieden, weil diese die ökologische Weltkrise samt der Folgeschäden zuspitzt. Die fossile Energiebasis ist Ausdruck eines überkommenen und hinfällig werdenden Paradigmas – das der „fossilen Weltwirtschaft“.

Das zu verfolgende neue Leitbild der ökologischen Strukturpolitik muss in erster Linie auf eine neue Ressourcenbasis zielen. Der harte Kern jedweder Ökonomie ist die Ressourcenwirtschaft und die zentrale Ursache der Umweltzerstörung sind die Schadstoffe, die bei der Umwandlung schadstoffhaltiger Ressourcen anfallen.

Die fossile Energiebasis ist Ausdruck eines überkommenen und hinfällig werdenden Paradigmas – das der „fossilen Weltwirtschaft“.

Das die industriellen Wachstumsgesellschaften ihren Zenit überschritten haben, liegt vor allem daran, dass sich die Weltwirtschaft weit überwiegend auf schadstoffhaltige fossile Ressourcen stützt und diese Ressourcen endlich sind. Dies ist eine existenzielle Gefahr für die Weltwirtschaft und alle Volkswirtschaften – aber nur dann, wenn der Wechsel zur „solaren Weltwirtschaft“ auf der Basis dauerhaft verfügbarer erneuerbarer Ressourcen ohne umweltschädigende Umwandlungsfolgen weiter verschleppt wird. Es ist demgegenüber eine existenzielle neue Chance, wenn dieser Ressourcenwechsel so schnell und breit wie möglich eingeleitet wird.

Die Weltwirtschaft ist in ihrem Energieverbrauch gegenwärtig zu 40 Prozent vom Erdöl abhängig und bereits zu über 20 Prozent vom Erdgas. Erdöl stellt zu 90 Prozent die Grundstoffe der chemischen Industrie. Deutschlands Energieverbrauch war 1950 von 5 Prozent Energieeinfuhren abhängig, jetzt zu fast 80 Prozent. Die EU ist zu 50 Prozent von Energieeinfuhren abhängig, für das Jahr 2020 werden bei Fortsetzung der bisherigen Entwicklung 70 Prozent Abhängigkeit erwartet. Die billigen Erdöl- und Erdgas-Einfuhren versiegen in den nächsten Jahrzehnten. Je mehr wir uns dem Endverbrauch nähern, desto unberechenbarer werden internationale Konflikte und desto mehr steigen die Kosten und schnüren Produktion und Konsum ein – bei zunehmenden Wirtschaftsschäden in wachsender Milliardenhöhe. Der nächste Sturm und die nächste Flut kommen bestimmt, in dichter werdender Zeitfolge. Der Wechsel zu Erneuerbaren Energien und Rohstoffen und damit der rationelle volkswirtschaftliche Energieeinsatz ist damit der entscheidende Schlüssel zur Wohlstandserhaltung und Zukunftssiche-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

rung – und damit zur Überwindung der fossilwirtschaftlichen Existenzgefahren.

III. Die Wirtschaftsfelder der Zukunft

Daraus ergeben sich vor allem folgende künftige Wirtschaftsfelder, deren zentrale Bedeutung erkannt und die prioritär politisch kultiviert werden müssen:

Da die erneuerbaren Energiequellen, die die atomar/fossile Energiebasis auch auf dem Gebiet der Strom- und Wärmeversorgung ablösen müssen, neue Energieumwandlungstechniken erfordern, werden diese zum Motor künftiger industrieller Aktivitäten. Die Technologieunternehmen, die hier Vorreiter sind, werden die größten Weltmarktchancen haben. Dies betrifft die Sektoren der Fahrzeug-, Schiffs- und Luftfahrtindustrie, der Heizungs- und Klimatechnik, des Maschinenbaus, der Windkraft- und Solaranlagenindustrie, der Elektrotechnik und der Mikroelektronik und der Glas- und sonstigen Baustoffindustrie, die Baumaterialien herstellt, die gleichzeitig eine energetische Funktion haben, von der Wärmedämmung bis zu Fassaden und Glasmaterialien, die Solarenergie ernten. Dabei kommen neue Aufgaben auf das gesamte Bauhandwerk zu, allem voran bei der energetischen Umrüstung des Altbaubestandes.

Da ein erheblicher Teil der Energieversorgung der Zukunft (vor allem Kraftstoffe wie Bio-Methanol, Bio-Ethanol, Wasserstoff aus Biomasse, Pflanzenöl) und die Grundstoffe für die chemische Industrie künftig vollständig von der Biomasse gestellt werden muss, läuft dies auf einen massiven Bedeutungszuwachs der Land- und Forstwirtschaft hinaus. Tendenziell wird diese die Umsätze auf dem Gebiet der Kraftstoffe und der chemischen Grundstoffe machen, die heute von den global operierenden Erdöllieferanten gemacht werden. Diese wird dadurch wieder zu einem wachsenden und dauerhaft notwendigen volkswirtschaftlichen Sektor mit vielen neuen Arbeitsplätzen, die regional breit gestreut sind. Dieser Faktor wird von fast allen Wirtschaftsexperten übersehen. Der anstehende Wechsel von fossilen Grundstoffen zu nachwachsenden Grundstoffen betrifft darüber hinaus die chemische Industrie in ihrer gesamten Bandbreite und eröffnet dieser die Perspektive, zu einem tragenden Element einer ökologischen Wirtschaftsweise zu werden.

Da sich das Energieproblem und damit einhergehend das Wasserversorgungsproblem zuspitzt, werden Techniken zum Wassersparen, zur Wasserreinigung, zur Wasserrückgewinnung und zur Wasserproduktion (Meereswasserentsalzung) unweigerlich zu einem wachsenden Nachfragemarkt.

Für die Bereiche der öffentlichen Infrastruktur ergibt sich ein erheblicher zusätzlicher Handlungsbedarf, der alle Verkehrs-, Versorgungs- und Kommunikationsnetze betrifft. Der maßgebliche Schritt dafür besteht in der Bereitstellung integrierter Infrastruktur, um den wirtschaftlichen Doppel- und Mehrfachnutzen von Netzen zu nutzen, die zum Beispiel gleichzeitig Strom und Daten leiten oder die Abwassersysteme mit der Produktion von Hydro-Elektrizität kombinieren.

Unabhängig von der Existenz der sonstigen Wirtschaftsfelder und deren technologischen Innovationen müssen die hier aufgezeigten in jedem Fall aufgrund ihres unab-

weisbaren gesellschaftlichen Bedarfs zur Entfaltung kommen. Diese Bedarfe sind generell für jede Volkswirtschaft gegeben. Sie sind allesamt in starkem Maße bin-

nenmarktorientiert. Darüber hinaus eröffnen sie umfassende neue Exportchancen, weil alle Länder vor demselben Problem stehen. Diese Chancen sind umso größer, je frühzeitiger im deutschen Binnenmarkt der Marktaufschluss erfolgt und in der Forschungs- und Entwicklungspolitik entsprechende Prioritäten gesetzt werden. Darüber hinaus eröffnen die Erneuerbaren Ressourcen ein breites Marktfeld für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere für das Bauhandwerk. Für diese ist es gleichzeitig zwingend, deren immer größer gewordenen Schwierigkeiten, zinsgünstige und längerfristige Kredite zu erhalten, durch eine nachhaltige politische Initiative zu überwinden.

IV. Finanzwirtschaftliche Umwidmungsoptionen

Zur Mobilisierung der vorgenannten Wirtschaftsfelder und Unternehmen sind sowohl gesetzliche Rahmenbedingungen als auch indirekte wie gezielte direkte finanzielle Anreize erforderlich, aus denen selbsttragende Entwicklungen werden müssen. Für die finanziellen Anreize bieten sich folgende direkte oder indirekte Optionen der Umschichtung bzw. Umwidmung öffentlicher Haushalte an:

Mit der Etablierung der Europäischen Zentralbank und der Einführung des Euro am 1.1.2002 ist eine völlig neue Situation eingetreten, in der die Bundesbank ihre klassische Rolle als Währungshüter abgegeben hat. Ihre Devisenbestände sind allenfalls noch eine „Reserve der Reserve“ der EZB. Die Devisenreserven der Bundesbank lagen im Dezember 2001 bei 108,9 Mrd. Euro. Die beiden größten Posten waren dabei 34,3 Mrd. Goldreserven und etwa 50 Mrd. Dollarreserven. Deutschland hat einen EZB-Anteil von 24,4 Prozent, stellt aber mit seinen Devisenreserven 40 Prozent aller bei den nationalen No-

tenbanken im Euro-Raum noch vorhandenen Devisenreserven von insgesamt 250 Mrd. EUR. Daraus ergibt sich, dass von den 108,9 Mrd. Euro etwa 50 Mrd. Euro Devisenreserven aufgelöst und umgewidmet werden könnten, ohne dass Deutschland die Gemeinschafts-Konformität im Euro-Raum verlässt. Es blieben denn immer noch 60 Mrd. EUR Devisenbestände bei der Bundesbank, die immer noch 25 Prozent aller Devisen der nationalen Notenbank ausmachen. Die aufgelösten Reserven sollten jedoch nicht konsumiert werden, sondern einem anderen langfristig angelegten Zweck dienen und dafür aktiviert werden.

Die deutschen Kohlebeihilfen liegen nach dem Haushaltsentwurf für 2003 bei 2,6 Mrd. Euro. Dieser Betrag hat eine erhebliche regionalwirtschaftliche Bedeutung für die Bergbauregionen. Eine klimaschädigende Wirkung haben sie nicht, solange der Ersatz dazu Importkohle wäre. Dennoch muss versucht werden, diese Mittel für eine Vorwärtstrategie umzuwidmen. Die Alternative zur bloßen Fortschreibung wie zur schlichten Streichung ist die Umwidmung in eine Anschubfinanzierung für die Produktion neuer Energietechniken, die in erster Linie zum diesbezüglichen Strukturwandel in diesen Regionen eingesetzt werden sollten.

Die Einnahmen der Öko-Steuer belaufen sich ab 2003 auf etwa 17 Mrd. Euro. Mit Ausnahme der Mittel für das Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien in Höhe von 230 Mio. Euro, werden diese bisher zur Mitfinanzierung der Rentenversicherung eingesetzt. Die Alternative dazu ist, die Einnahmen für ein ökologisches Zukunftsprogramm einzusetzen, das sich strikt auf Investitionen am deutschen Standort bezieht. Damit könnten die Einnahmefälle für die Rentenversicherung in etwa gleicher Höhe kompensiert werden durch die zusätzlichen Steuern und Abgaben, die sich aus den Steuern und Abgaben aus den Wachstums- und Beschäftigungseffekten dieses ökologischen Zukunftsprogramms ergeben.

Die steuerfreien Rückstellungen der Atomkraftwerksbetreiber für die atomare Entsorgung liegen derzeit bei einem Betrag von etwa 30 Mrd. Euro. Sie wirken wie steuerfreie Gewinne, weil damit in beliebige Zwecke investiert werden kann. Die Folge ist ein einzigartiger Wettbewerbsvorteil, der für Unternehmensaufkäufe genutzt wird und den Konzentrationsprozess der Wirtschaft vorantreibt. Ein erster Schritt wäre die Beendigung dieser Rückstellungspraxis, woraus jährlich etwa zwei Mrd. Euro Zusatzeinnahmen erwachsen würden.

Die Mineralölsteuerbefreiung für mineralölverarbeitende Betriebe: Diese liegt bei mindestens 1 Mrd. Euro jährlich. Noch wesentlich höher ist die Flugtreibstoffsteuerbefreiung, die nur – solange sie international gilt – durch eine Erhöhung der Start- und

Sämtliche Energiesteuern sollten künftig als Schadstoffsteuer firmieren.

Landengebühren kompensiert werden kann und muss.

V. Initialzündungen für eine ökologische „New Deal“-Politik

Aus diesen Umschichtungen und -widmungen ergeben sich folgende Elemente einer Vorwärtsstrategie:

Ein 50-Milliarden-Kapitalstock aus aufgelösten Devisenreserven für Mittelstandskredite sollte angelegt werden in Form einer Kapitalaufstockung bei der KfW und Deutschen Ausgleichsbank. Damit sollen dem Mittelstand einschließlich der Landwirtschaft auf unbürokratischem Wege zinsgünstige Kredite deutlich unterhalb des Marktzinses mit langen Laufzeiten angeboten werden. Dies wäre der aktuell wichtigste Schritt zur Dynamisierung mittelständischer Wirtschaftsaktivitäten, in einer bisher nirgendwo ergriffenen Größenordnung. Es wäre das ambitionierteste Mittelstandskreditprogramm der Wirtschaftsgeschichte.

Eine grundlegende Neudefinition und Verwendung der Energiesteuern: Sämtliche Energiesteuern sollten künftig als Schadstoffsteuer firmieren. Das wäre mehr als eine bloße Umbenennung, sondern hätte eine konzeptionelle Bedeutung: Energien, die keine Schadstoffe hervorrufen bzw. emissionsneutral sind, würden folgerichtig steuerbefreit. Dies fördert den Umstieg von atomar/fossilen zu Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden die Schadstoffsteuern auf Atombrennstäbe und Kohle ausgeweitet. Solange es keine europaweite Besteuerung von Flugtreibstoffen gibt, wird zum Ausgleich dafür die Start- und Landgebühr deutlich angehoben, schon um die Wettbewerbsnachteile der anderen Verkehrsträger gegenüber der Luftfahrt zu überwinden.

Die Einnahmen der gegenwärtigen Öko-steuer in Höhe von etwa 17,5 Mrd. Euro sollten für ein ökologische Zukunftsin-

vestitionsprogramm verwendet werden, das aus folgenden Elementen bestehen könnte:

- eine Erhöhung der Investitionszuschüsse für die Bundesbahn, für Gleisbau, Bahnhofsbau und Schienenfahrzeuge (5 Mrd.),
 - eine Aufstockung des Altbausanierungsprogramms mit ökologischen Auflagen (2 Mrd.),
 - eine Aufstockung des Marktanzreizprogramms für Erneuerbare Energien (2 Mrd.),
 - ein kommendes Infrastruktur-Erneuerungsprogramm (5 Mrd.),
 - ein Sonderprogramm Förderung von regionalen Nahverkehrssystemen (3,5 Mrd.).
- Daraus ergibt sich ein durchgehend binnenmarktwirksames Investitionsvolumen, das bei den direkten Investitionshilfen für die

Bundesbahn und den Nahverkehr der Höhe der hier angegebenen Haushaltsmittel von 8,5 Mrd. entspricht, wenn es sich um 100 %-Förderzuschüsse handelt.

Die weiteren Ansätze könnten Beihilfen in Höhe von vielleicht 25 % der Investitionssummen darstellen, mit denen der vierfache Investitionseffekt erzielt werden kann, also insgesamt etwa 32 Mrd. Dies ergäbe jährlich zusätzliche Gesamtaufträge von über 40 Mrd. Da pro 75.000 Euro Neuinvestition ins Baugewerbe etwa ein neuer Arbeitsplatz entsteht, steckt allein in diesem Programmansatz ein Potenzial von mindestens 650.000 neuen Vollerwerbsbeschäftigten.

Die entscheidende Frage kann damit beantwortet werden: ob durch dieses ökologische Zukunftsinvestitionsprogramm das Ziel gefährdet würde, mit den Einnahmen aus der Öko-Steuer die Rentenversicherung mit zu finanzieren und damit ein Anwachsen der Lohnnebenkosten zu verhindern. Diese Gefahr besteht jedoch nicht: Die für das Investitionsprogramm zur Verfügung gestellten Investitionsanreize würden in dem Moment und in dem Ausmaß, in dem sie aus dem Bundeshaushalt aktiviert würden, unmittelbar gewerblich umgesetzt und damit zusätzliche Beschäftigung schaffen. Daraus können etwa in gleicher Höhe Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge geschöpft sowie soziale Transferleistungen eingespart werden. Da ein Arbeitsloser etwa 25.000 EUR kostet, würden 650.000 Beschäftigte einen Mehreinnahmeeffekt von 16,25 Mrd. EUR bedeuten – wobei die zusätzlichen Dynamisierungseffekte für die wirtschaftlichen Kreisläufe nicht genau zu zählen sind,

Mit einem ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramm würden weitere Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistungen entstehen.

die durch die Kaufkraftsteigerung über neue Arbeitsplätze auftreten. Würde ein solches Zukunftsinvestitionsprogramm dagegen nicht im vollen vorgesehenen Umfang in Anspruch genommen werden, so würden auch entsprechend weniger

Mittel aus dem Bundeshaushalt in Anspruch genommen werden – und stünden damit weiter direkt als Rentenversicherungszuschuss zur Verfügung.

Ein Landwirtschaftserweiterungsprogramm hin zu Biomasse für Energie und Rohstoffe: Dazu bedarf es weiterer politischer Initiativen, die über die bereits am 7. Juni 2002 vom Bundestag beschlossene Steuerbefreiung für alle Bio-Kraftstoffe hinausgehen: vor allem die im EU-Ministerrat durchzusetzende Aufhebung der Mineralölsteuerbefreiung für mineralölverarbeitende Betriebe, die eine Steuervergünstigung für die Mineralöl- und Chemiewirtschaft beim Einsatz fossiler Energien und Rohstoffe darstellt. Die durch Aufhebung der Steuerbefreiung zusätzli-

chen Steuereinnahmen von etwa einer Mrd. EUR könnten direkt weitergegeben werden für eine Umstellung der landwirtschaftlichen Produktionsmaschinen auf Bio-Energie. Dies setzt die landwirtschaftliche Erzeugung für nachwachsende Rohstoffe in Gang. Ergänzend dazu sollte in einer neuen Verpackungsverordnung festgelegt werden, dass ab dem Stichtag 1.1.2006 nur noch Kunststoffe, Farben, Lacke und Schmierfette auf der Basis nachwachsender Rohstoffe hergestellt werden. Hinzu kommt, dass die Mineralölbetriebsbeihilfe in der Landwirtschaft künftig an den Einsatz von Bio-Treibstoffen geknüpft werden sollte. Die Landwirtschaft selbst sollte Kooperationsformen für Biomasse aufbauen, um die Wertschöpfungskette in der Hand der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhalten.

Ein Sonderforschungsprogramm Nutzpflanzen und Energiespeicherung: Aus den Einnahmen der zu erhebenden Brennstoffsteuer aus Kohle und Atombrennstoffen sowie aus der Beendigung weiterer atomarer Entsorgungsrückstellungen ist ein Drei-Milliarden-Programm zur Ressourcenforschung für nachwachsende Rohstoffe möglich, das die wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeiten der Nutzpflanzen erfasst. Auf diesem Feld gibt es den größten Nachholbedarf in der Forschung und Entwicklung, obwohl die Nutzpflanzen die bedeutendste Rohstoffquelle der Zukunft sind. Das zweite Sonderprogramm zielt auf dezentrale Energiespeichertechniken, mit deren Hilfe Erneuerbare Energien durchgängig wettbewerbsfähig werden.

Ein Sonderprogramm für die Kohlenreviere durch Umwidmung der Kohlebeihilfen in Zukunftsinvestitionen. Dieses könnte sich vor allem konzentrieren auf Betriebsumstellungen in die Bereiche der Solarsilizium-Produktion, umweltfreundlicher Baustoff-Technologien und neue Energietechnologien. Die industrielle Mobilisierung der Photovoltaik-Technologien für einen umfassenden Weltmarkt bedarf vor allem der Produktionsausweitung von Solarsilizium im großen Stil. Nach Realisierung dieses Strukturwandels durch entsprechende Ersatzarbeitsplätze kann die Beihilfe auslaufen.

Die Durchsetzung des Contracting-Prinzips für öffentliche Infrastrukturinvestitionen: Weil Gebietskörperschaften, besonders auf der kommunalen Ebene, erhebliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Infrastruktur-Erneuerung haben, hat sich ein problematischer Trend zur Privatisierung durchgesetzt, der die Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse beschleunigt. Die Alternative dazu ist die Durchsetzung des Contracting-Prinzips, demzufolge die Infrastruktur auf Zeit an Contracting-Unternehmen übergeben wird, diese die vollen Gebühren bzw. bisherigen öffentlichen Zuschüsse dafür erhalten und innerhalb dieses Finanzrahmens die Erneuerungsinvestitionen durchführen.

Nach Ablauf der Konzession fällt die wirtschaftliche Verfügung an die Gebietskörperschaften zurück. Das Haushaltsrecht muss so geändert werden, das es diesen Ansatz erleichtert.

VI. Strategischer Handlungsmut

Die Zahl der dadurch möglichen Arbeitsplätze ist nicht präzise bezifferbar. Allein im Bereich eines ökologischen Zukunftsinvestitionsprogramms mit grob berechneten 650.000 würden weitere dadurch induzierte Arbeitsplätze im Bereich der Dienstleistungen entstehen. Im Bereich der Landwirtschaft wird durch die Orientierung auf die Bio-Energie eine weitere erhebliche Beschäftigungswirkung entstehen, die schrittweise eintritt. Zum Vergleich: in den letzten 30 Jahren haben in der EU-Landwirtschaft 8 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren, davon etwa 1,5 Mio. in Deutschland. Es kann damit gerechnet werden, dass mindestens soviel im Laufe der nächsten 20 Jahre wieder eine Beschäftigung in diesem Sektor finden, wenn das Landwirtschaftser-

weiterungsprogramm greift. Hinzu kommt, dass damit vor allem für Ostdeutschland, wo große landwirtschaftliche Flächen zur Verfügung stehen, ein stabiler Wirtschaftsfaktor durch den Anbau von Biomasseressourcen entsteht, der die gegenwärtig unaufhaltsam scheinende Abwanderung aufhält und damit erhebliche soziale Kosten spart. Die hier vorgeschlagene Mittelstandskredit-Offensive wird zusätzlich neue Spielräume in arbeitsintensiveren Unternehmensstrukturen schaffen.

Ein Gesamtpotential von deutlich über zwei Millionen neuen Arbeitsplätzen erscheint als nicht zu hoch gegriffen – neben dem mit dieser Strategie verbundenen langfristigen wirtschaftlichen Fundierungseffekt und den vermiedenen ökologischen Folgeschäden. Dieses Gesamtpotential ist erreichbar, obwohl die Realisierung des hier beschriebenen Strukturwandels zum Verlust von Arbeitsplätzen im Bereich der fossilen Ressourcenversorgung führt.

Neben der hier vorgeschlagenen ökologischen „New Deal“-Politik als wirtschafts-

politische Handlungsstrategie sind sicherlich viele weitere Einzelinitiativen notwendig, die kleineren und größeren Maßstabs sind.

Was wir jedoch zwingend brauchen, ist der Handlungsmut für einen konsistenten großen strategischen Entwurf, um die wirtschaftliche Entwicklung auf eine neue Grundlage zu stellen. Dazu ist es notwendig, sich von den ständig eingewandten sogenannten Sachzwängen zu befreien, die häufig mehr eine mentale als eine tatsächliche Barriere darstellen.

Eine dieser Barrieren ist das Beihilferegime der EU, das jedoch gegenüber Investitionen der öffentlichen Hand nicht gilt und bei Förderinstrumenten im Bereich privater Umweltinvestitionen nur bedingt. Nach einer Verfahrensrichtlinie der EU sind solche Förderungen stets dann zulässig, wenn sie nicht über die „eligible costs“ hinausgehen, also über die Zusatzkosten im Verhältnis der herkömmlichen Investitionen. Dieses Kriterium trifft auf alle die hier vorgeschlagenen Initiativeschritte zu.

spw 1/2003

spw intern

Kaum dokumentieren wir im Schwerpunkt dieser Ausgabe die Jahrestagung von spw und dem Verein zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung vom 07. Dezember 2002, können wir schon zur Frühjahrstagung einladen, die wir in diesem Jahr gemeinsam mit dem Projekt Moderner Sozialismus Nord in der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg allerdings an einem anderen Termin als zunächst geplant durchführen.

Frühjahrstagung am 26. April 2003: „New economy – neues Wirtschaften – neues Leben?“

Von der „New Economy“ erwarteten viele ein dauerhaft krisenfreies Wachstum und eine schöne neue Arbeitswelt. Die neuen Unternehmens- und Arbeitsstrukturen der neugegründeten Unternehmen („start-ups“) würde auf alle Wirtschaftszweige übertragen

werden. Netzwerkökonomie und ständige Innovationen böten die Möglichkeit einer Interessensharmonie von Unternehmern und Beschäftigten. Alt hergebrachte Regulierungsformen wie Gewerkschaften seien ebenso überflüssig wie staatlich organisierte soziale Sicherungssysteme. Alle würden spätestens an der Börse reich werden und als

Spaßgesellschaft das Leben genießen.

Selbst in der Boomphase dieser Entwicklung wurden die Schattenseiten deutlich. Der sich entwickelnde Typus des „Arbeitskraftunternehmers“ bezahlte Entscheidungs- und Entfaltungsfreiheiten im Beruf sowie manchmal auch eine hohe Entlohnung mit erheblicher Unsicherheit, starkem Druck und extremer Selbstaussbeutung.

Die neue Informationstechnologie als Grundlage der „New Economy“ ist wohl mehr als nur ein neues Produkt, dessen Hochphase vorbei ist und deren Unternehmen sich nun in einer „reinigenden Krise“ befinden. Sie ist zumindest eine weitere Basiserfindung wie etwa das Auto, die sowohl die Produktionsweise, die Arbeits- und Lebenswelt auch in den anderen Bereichen nachhaltig verändert hat.

Mit dem Zusammenbruch vieler Unternehmen des „Neuen Marktes“ und dem Platzen

der Spekulationsblase wird nicht nur das Sparbuch wieder interessanter, es stellt sich auch die Frage, welche Veränderungen in der Wirtschaft, in Politik und Gesellschaft nun wirklich von Dauer sind. Sind Schlüsselqualifikationen wie eigenständiges Denken und teamorientiertes Handeln auch in anderen Branchen dauerhaft gefragt oder gibt es eine Rückkehr zu autoritären Strukturen? Wie weit ist das medial gepuschte Ideal Flexibilität in den Lebensalltag eingeflossen? Führen die Änderungen zu einer entsolidarisierten Gesellschaft mit starker sozialer Polarisierung oder stecken in der Entwicklung sozialistische Potentiale, die wir nutzen können?

Mit Referaten von Prof. Michael Krätke (Universität Amsterdam, Politikwissenschaft) und Prof. Arne Heise (HWP Hamburg, Volkswirtschaft) und in den drei Arbeitsgruppen

- Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt,
- Zukünftige Unternehmensfinanzierung und Altersvorsorge und
- Unternehmensstruktur und Netzwerkkapitalismus

wollen wir dies auf der Tagung näher untersuchen und schließlich die Konsequenzen für die Politik von Parteien und Gewerkschaften diskutieren. Zusagen für die Abschlussrunde liegen bereits von Jutta Blanka (SPD) und Prof. Ulrich Zachert (HWP Hamburg, Arbeitsrecht) vor.

Anmeldungen bitte über Kai Burmeister, Kai.Burmeister@t-online.de oder per Sackpost: Kai Burmeister, ProMS Nord, Wendische Str. 74, 23558 Lübeck

Reinhold Rünker/Ulrike Hensel

Neue Wege

Martin Frenzel: *Neue Wege der Sozialdemokratie. Dänemark und Deutschland im Vergleich (1982-2002)*, Wiesbaden: DUV 2002, 379 S., 39,90 €

Martin Frenzels vergleichende Studie über die deutsche und dänische Sozialdemokratie in Regierung und Opposition ist die erweiterte Fassung seiner 1999 an der Mainzer Universität eingereichten Magisterarbeit mit dem passenderen Titel „Zwischen neoliberaler Anpassung und ökosozialen Aufbruch? Der programmatische Wandel der Sozialdemokratie in Dänemark und Deutschland“.

Während der (Minderheits-) Regierungszeit der dänischen Sozialdemokratie von 1992-2001 erlebte Dänemark einen Wirtschaftsboom sondergleichen, der zu Wohlstandssteigerungen in der breiten Bevölkerung, einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit um mehr als die Hälfte, einem großzügigen Ausbau der Möglichkeit zur Freizeiterhöhung durch Sabbatjahre und „Elternzeit“ auf Arbeitslosengeld, Haushaltsüberschüssen, aber auch vor allem für junge Familien zu einer rasanten Erhöhung der Wohnkosten durch einen Immobilienboom seit Mitte der 1990er Jahre führte. Die rot-grüne Bundesregierung, 1998 mit ähnlichen Zielsetzungen angetreten, scheiterte dagegen kläglich sowohl beim Abbau der Arbeitslosigkeit als auch bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen. Grund genug also, beide Regierungsparteien einer vergleichenden Untersuchung zu unterwerfen, zumal sich die Kenntnis der dänischen Politik in Deutschland, wenn überhaupt, meist auf Wolfgang Zanks oberflächliche „Von Dänemark lernen heißt siegen lernen“-Artikel in der ZEIT beschränkt, welche aber leider auch von Frenzel zu häufig als Quelle für dänische Tatsachen herangezogen werden.

Frenzel hat eine sehr gründliche Studie vorgelegt, basierend auf umfassender Primärquellen- und Sekundärliteraturrecherche, aber leider auch eigener politischer Anschauung als linker Sozialdemokrat: Recht häufig geht gute, scharfsinnige Analyse ohne klare Trennung in persönliches journalistisches Politisieren à la Peter Scholl-Latour über. Die nötige kritische Distanz zum Forschungsgegenstand ist bei Frenzel öfters nicht erkennbar. Besonders das Fazit der Studie über die Zukunft einer europäischen Sozialdemokratie ist eher von Frenzels missionarischem Eifer gekennzeichnet, denn als konkreter Handlungsrahmen hervorgehend aus gründlicher politischer Analyse: „Am dänischen Wesen soll Europas Sozialdemokratie genesen“, könnte man zynisch schreiben. Die Fragestellung des ursprünglichen Titels „Zwischen neoliberaler Anpassung und ökosozialen Aufbruch? Der programmatische Wandel der Sozialdemokratie in Dänemark und Deutschland“ wird jedoch faktisch gut fundiert, klar und eindeutig beantwortet. Zuerst stellt Frenzel den theoretischen Rahmen der Parteienforschung vor, auf den er in der Studie laufend zurückgreift. Hier ist Frenzel ein Anhänger der Lehre vom programmorientierten Parteityp, der Parteiprogramme und ihre stetige Weiterentwicklung als entscheidend für den dauerhaften politischen Erfolg ansieht. Dieser rote Faden durchzieht den Rest des Buches, wobei Frenzels Fazit ständig wiederholt wird, was die Spannung des Lesens vermindert: Während die dänische Sozialdemokratie die Phase der Opposition (1982-1992) nutzte, um auf die gesellschaftliche Entwicklung zu reagieren und sich gezielt in den drei Bereichen Wirtschaft, Ökologie und Wohlfahrtsstaat/soziale Gerechtigkeit programmatisch erneuerte, lag die SPD im gleichen Zeitraum und darüber hinaus programmatisch danieder und schaffte allenfalls eine ökosoziale Erneuerung. Dieses programmatische Fiasko sieht Frenzel letztendlich als entscheidend für die glücklose bisherige rot-grüne Regierungszeit in Deutschland an.

Frenzels Buch liest sich dabei in weiten Zügen wie eine Generalabrechnung mit der SPD und insbesondere Gerhard Schröder. Schon in der Oppositionszeit vermochte die SPD keine programmatische Strategie vorzulegen, wobei Frenzel die Schuld hierfür vor allem in der Parteiführung sieht: Wechselnde Kanzlerkandidaten, keine klare Führung unter Brandt sowie Engholms zögerliche Übernahme der Parteiführung. Nur Oskar Lafontaine erscheint als Lichtfigur, der aber 1990 an der Deutschen Einheit vorerst scheiterte, 1995 mit der Mannheimer Brandrede zu spät die programmatische Erneuerung einleitete, welche dann schon 1998 dem Medienwahlkampf geopfert wurde und nach Lafontaines Rücktritt von allen Ämtern 1999 völlig daniederlag. Die SPD ist nunmehr zum reinen Kanzlerwahlverein verkommen, und bei einem Wahlsieg 2002 (das Buch wurde vor der Bundestagswahl veröffentlicht) prophezeit Frenzel gar den mittelfristigen Untergang der SPD, wenn es nicht gelänge, die programmatische Schwäche abzubauen und klare Zielvorstellungen sozialdemokratischer Politik zu entwerfen. Hier erteilt Frenzel dem „Blairismus“ und anderen vor allem marktkonformen, neoliberalen Strategien eine klare Absage und betont, dass sozialdemokratische Politik für den benachteiligten Teil der Gesellschaft eintreten muss.

Im Gegensatz zur SPD hat dagegen die dänische Sozialdemokratie nach Frenzels Auffassung eine programmatische Weiterentwicklung und Modernisierung durchgemacht und ist gleichzeitig ihren Idealen

treu geblieben, da die Politikfelder Wirtschaft, Ökologie und soziale Gerechtigkeit gleich hoch priorisiert wurden. Vor allem diese programmatische Weiterentwicklung und Modernisierung ist nach Frenzels Auffassung entscheidend für den Regierungserfolg der dänischen Sozialdemokraten gewesen: Zumindest unterlässt er eine Einbeziehung anderer Faktoren. Hier müsste nämlich auch kritisch auf das allgemeine wirtschaftliche Klima und insbesondere die andere, spezifisch historisch-kulturell erklärbare politische Struktur Dänemarks eingegangen werden. Der dänische Zentralstaat ist gekennzeichnet durch eine im Vergleich zur Bundesrepublik einfache, klare Regierungs- und Verwaltungsstruktur: Reformen können bei parlamentarischer Mehrheit schnell umgesetzt werden (kein Föderalismus mit eventuell blockierendem Bundesrat, kein Bundesverfassungsgericht mit weitestgehender Möglichkeit zur Gesetzesverzögerung bzw. -verhinderung, keine ständige Kontrolle der Regierung durch laufende Landtagswahlen mit entsprechendem Wahlkampf, ein eindeutig weniger stark ausgeprägter Lobbyismus von Einzelinteressen). Die monarchische Staatsform, der historische nation-building-Prozess und die Kleinheit des Landes haben darüber hinaus einen Mythos der nationalen Geborgenheit geschaffen, der Ängste des Statusverlustes minimiert; aber eben auch nicht ganz abschafft, wie der Erfolg der Rechtspopulisten zeigt. Dazu kommt die spezifische Form der dänischen Konsensdemokratie, wo Minderheitenregierungen gezwungen sind, breite Vergleiche zu schließen. Eine dänische „Folketingsdebatte“ ist eben, je nach der persönlichen Wertvorstellung von politischer Kultur, im Vergleich zu einer Bundes- oder Landtagsdebatte eine Wohltat konstruktiver Diskussion oder stinklangweilig. Hinzu kommt eine wesentlich einfachere Ausgangsposition der dänischen Sozialdemokraten: Die Konsolidierung der Staatsfinanzen, Einschränkungen beim Wohlfahrtsstaat sowie die Wende von der Inflationspolitik der sozialdemokratisch geführten Regierungen der 1970er Jahre zur Politik der festen Bindung der dänischen Krone an DM/Euro waren bereits 1982 von der Regierung Schlüter eingeleitet worden, während die Finanzierung der deutschen Einheit entsprechende Bemühungen der Regierung Kohl unkontrollierbar aus dem Ruder hat laufen lassen.

Außerdem bleibt offen, ob wirklich alles in Dänemark Erreichte so uneingeschränkt positiv war: Aggressives Betteln auf der Straße, schon 1991 in deutschen Großstädten alltäglich, gab es damals in Dänemark noch nicht und ist heute zumindest in Kopenhagen normal. Einwanderer und gering Ausgebildete sind nach wie vor über-

proportional von Arbeitslosigkeit betroffen, und bei der Einkommensentwicklung zeigt sich nach 10 Jahren sozialdemokratischer Regierung generell eine höhere Lohnspreizung, insbesondere auch wenn die Einkommen von Frauen und Männern verglichen werden. Das öffentliche Gesundheitswesen näherte sich dazu eher dem britischen als dem deutschen Standard an: Dänemark hat z.Zt. eine der niedrigsten Lebenserwartungen in der EU, mehr und mehr (reichere) Dänen leisten sich wegen der schlechten Leistungen der steuerfinanzierten staatlichen Krankenversicherung eine private Zusatzversicherung, bei ärmeren Familien wird der Besuch des Zahnarztes wegen der erheblichen Eigenanteile gestrichen, was sich bereits beim Zahnzustand der Kinder erkennen lässt. Insgesamt hätte man sich eine kritischere Analyse der sozialdemokratischen Regierungspolitik in Dänemark

gewünscht: Schließlich ist ja die im Ausland von allen Seiten gelobte Regierung Nyrup im November 2001 mit deutlicher Mehrheit abgewählt worden, und bestimmt nicht nur wegen des von Frenzel mehrfach herangezogenen Wortbruchs in der „*efterløn-Frage*“.

Kritik verdient auch der Verlag. Das Lektorat kann nur als mangelhaft bezeichnet werden. Die Gliederung ist teilweise anstrengend für den Leser: Warum wird zum Beispiel zuerst unter Rückgriff auf das dänische Beispiel mit der SPD abgerechnet, das vorher mehrfach angeführte dänische Modell aber erst danach beschrieben? Eine klarere Linie hätte der Gliederung auch gut getan: So wirken die einzelnen Kapitel sehr abgehackt und es kommt zu häufigen Wiederholungen. Dazu ist der Text voll von Tippfehlern und beim Seitenumbruch sind teilweise ganze Sätze verloren gegangen. Die Fußnotenpraxis ist auch verwirrend.

Satzfolgen wie „Lessenich dagegen definiert den Sozialstaat als einen institutionalisierten Modus, welcher der permanenten politischen Akzentverschiebung zwischen Kommodifizierung und De-Kommodifizierung dient. Re-Kommodifizierung künde nicht vom Ende des Wohlfahrtsstaates, sondern von seinem Wesen. Er sieht De-Kommodifizierung und Kommodifizierung als zwei Seiten derselben Medaille des Wohlfahrtsstaates“ (S. 215) führen bestimmt nicht dazu, dass dieses von der Fragestellung her so interessante Buch tatsächlich gelesen wird. Schade, mit ein wenig Einsatz hätte man es besser machen und ein wissenschaftlich fundiertes, spannendes und lesbares Buch über das sozialdemokratische Dilemma Ende der 1990er Jahre am Beispiel Deutschlands und Dänemarks schreiben können.

Martin Klatt, Ph.d., (Aabenraa/Dänemark)

Die Deutschland AG in der Durchkapitalisierung

... oder: Über schlüpfende Marktprozesse und die Veränderung von Institutionen – ein Blick zurück nach vorn.

Martin Höpner: *Wer beherrscht die Unternehmen? Shareholder Value, Managerherrschaft und Mitbestimmung in Deutschland.* 232 Seiten. Campus-Verlag, 19,90 €.

Was lese ich da: Kritik an Frank Bsirske, Chef von VER.DI, und im Aufsichtsrat bei Lufthansa: „So sieht Ulrich Hocker, Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz, in den Aufsichtsratsmandaten von Bsirske einen „deutlichen Interessenskonflikt, der nur dadurch zu lösen ist, dass sich Herr Bsirske von seinen Aufsichtsratsmandaten trennt“. Denn „als Verdi-Chef gehört die Streikbereitschaft zu seinen Aufgaben“, so Hocker. (...) DSW-Chef Hocker hofft jetzt, dass der Deutsche Corporate Governance Kodex auch auf Bsirske [sic!] angewendet wird. Der regelt, dass „wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenskonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds zur Beendigung des Mandats führen sollen.“ (Vgl. Wulff, Matthias: Neuer Ballast für die Lufthansa. In: Welt am Sonntag, 19. Januar 2003. Gefunden in junge welt am 20.01.2003.)

Corporate – Governance – Regeln sind Regeln, nach denen Unternehmen beherrscht werden: Ein zentraler Begriff in den Theorien über „Varieties of Capitalism“ – den Spielar-

ten des Kapitalismus. In jedem Produktionsregime koordinieren sich die Unternehmen mehr oder weniger durch Institutionen, nämlich durch das „Corporate Governance-System, das Aus- und Weiterbildungssystem, das System der industriellen Beziehungen und das Wettbewerbsregime, zu dem beispielsweise der Technologietransfer und die Kooperation in der Standardisierung von Produkten zählen. (...) Mit seinem machtvoll verteilenden System der Unternehmenskontrolle, dem dualen Ausbildungssystem, dem formal sektoralisierten, real aber zentralisierten System der Lohnfindung sowie vergleichsweise starken Arbeitgeber- und Industrieverbänden ist Deutschland der paradigmatische Fall einer koordinierten Ökonomie.“ (13)

Welche Auswirkungen haben die Veränderungen dieser Regeln auf die Arbeitsbeziehungen in Deutschland? Welche Veränderungen gibt es in Bezug auf die Abhängigkeiten und Verknüpfungen der sog. „Corporate-Governance-Sphäre“ mit den anderen Sphären?

Höpner hat umfangreiches empirisch-analytisches Material untersucht und verarbeitet die Veränderungen und deren Ursachen. Die Einordnung der Produktionsregime hat sich in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts verändert. Früher galt: „Sechs OECD-Länder weisen demnach durchweg marktförmige Institutionen auf und werden als liberale Marktökonomien klassifiziert: Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Australien, Kanada, Neuseeland und Irland. In zehn OECD-Ländern – Deutschland, Österreich, Japan, der Schweiz, den Niederlanden, Belgien, Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland – findet sich eine kohärente Kombination marktbeschränkender, koordinierender Merkmale in den jeweili-

gen Teilsphären. Nur in sechs Fällen zeigen sich Mischformen aus koordinierenden und liberalen Merkmalen: In Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei.“ (18).

Wie ordnet sich Deutschland heute ein? Gibt es eindeutige Veränderungen? Die Ergebnisse von Höpner runden das alltäglich gesammelte Wissen um die Politik in und außerhalb von Konzernen gut ab:

- Die Orientierung auf „Shareholder – Value“ entsteht durch die Intensität des internationalen Wettbewerbs und dem Auftreten institutioneller Anleger als Aktienbesitzer.
- Der Druck der (Aktien-) Investoren erzeugt die Orientierung auf sog. „Kerngeschäfte“: Institutionelle Anleger wollen keine Quersubventionen aus einem gewinnbringenden in einen verlustmachenden Unternehmensteil. Fazit: Weg damit.
- Die Orientierung auf die Aktie und ihre permanente Wertsteigerung wird nicht als Finanzierungsinstrument benötigt. Sondern eine Aktie mit einem hohen Wert schützt vor „feindlichen Übernahmen“ und dient beim Kauf von anderen Unternehmen zum „Tauschen“.
- Manager mögen das Shareholder – Value – System, weil sie einfach mehr Geld verdienen können. Ihre Amtszeit währt nicht mehr bis zur Rente – wie im „alten System“. Der Druck der Anleger auf eine Steigerung des Aktienwertes bringt ihnen hohe Prämien. Der Manager heute ist anders: Früher waren es in der Regel Techniker, die das Unternehmen über ihre Produktkenntnisse führten – jetzt werden es mehr und mehr Wirtschaftswissenschaftler, die aus dem Finanzbereich kommen.
- Die Kontrolle der Manager hat sich verändert. Die Banken orientierten sich vom Kredit-

geschäft zum Investmentbanking um und sehen keinen Sinn mehr in der aufwendigen Aufsicht über Industrieunternehmen. Mehr und mehr ehemalige Vorstände werden anschließend die Vorsitzenden der Aufsichtsräte.

- Die Aufsicht über die Manager – Thema Mitbestimmung: Interessant ist, dass Kapitalmarktteilnehmer für die Existenz von Mitbestimmungsgremien offenbar kein Interesse zeigen – mitbestimmungsfeindliche Aktionärsoffensiven sind – so Höpner – nicht zu erwarten: „Eine realistische Interpretation ist, dass man die Macht der Arbeitnehmerbanken in den Aufsichtsräten überschätzen würde, würde man annehmen, sie könnten die Einführung von Shareholder – Value-Strategien verhindern.“(125)

- Shareholder-Value heißt auch Verbesserung der Informationspolitik der Unternehmen – auch die Arbeitnehmerbanken sind zufrieden. Sie verlassen zum Teil die Arbeitnehmerperspektive, da es eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern als Inhaber von Belegschaftsaktien gibt.

Höpner entwickelt drei Begriffe, die die neuen Auseinandersetzungslinien erklären sollen. 1. Klassenkonflikt: Wenn Arbeitnehmer einerseits und Manager und Aktionäre andererseits sich gegenüberstehen. 2. Konflikt um Managerherrschaft: Es verbünden sich Aktionäre und Arbeitnehmer. 3. Insider/ Outsider-Konflikt: Arbeitnehmer und Manager gegen die Aktionäre.

Er kommt zu einem interessanten Ergebnis: „Wo sich Unternehmensleitungen und Mitbe-

stimmungsträger in den Mikro-Einheiten zunehmend als Partner verstehen, die zum Wohl des Unternehmens zusammenarbeiten, führt dies zu Konflikten an anderer Stelle: Zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften als Repräsentanten der „Makro-Dimension“ von Arbeitnehmerinteressen.“(152) Feindliche Übernahmen wurden als illegitimes Instrument im Kampf zwischen Konkurrenten bekämpft – bis zum Fall Thyssen und Krupp 1997: „Die Beschäftigten beider Unternehmen definieren ihre Interessen in Abhängigkeit von produktionsbezogenen Interessen ihrer jeweiligen Konzerne, nicht als Klasseninteressen.“(154)

Leider werden die neuen Begriffe in den zutreffenden Schilderungen der Anpassungsentwicklung der Mitbestimmung nicht umfassend angewendet. „Die wachsende Mikro-Orientierung der Mitbestimmung führt allerdings zu Mikro-Makro-Konflikten zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften, die sich als Vertreter der Interessen aller Arbeitnehmer auf der Ebene der Gesellschaft als Ganzes verstehen.“(164.) (...) Wurde die Mitbestimmung von ihren Trägern früher als Institution zur Transformierung der deutschen Ökonomie in eine „Wirtschaftsdemokratie“ gesehen, wird sie heute, in einer veränderten Umwelt, wesentlich als Instrument zur Verteidigung klassenübergreifender einzelwirtschaftlicher Interessen genutzt.“(168 f.)

Höpner versucht in seinen Schlussformulierungen, ein Manko seiner Arbeit wettzumachen: Denn die gesamte Arbeit bleibt ir-

gendwie in ihrer eigenen Welt: Die letzten 30 Jahre der wirtschaftlichen Entwicklung bleiben in seiner Schlussbewertung außen vor. Reflektiert werden zwar die Theoreme, die Entwicklungen systematisieren wollen, aber der Blick auf die Welt als Ganzes findet nicht statt. Zwar findet die Veränderung im Tarifsystem – nämlich einem ungebrochenen und beschleunigtem Trend zu sog. „Haustarifen“ genauso Erwähnung wie der Trend zu aktienbasierten Vergütungsbestandteilen, durch die der Kapitalmarkt direkt in den Arbeitslohn eindringt. Aber die Frage, wie sich die Arbeitsbeziehungen verändert haben, wird überaus abstrakt abgehandelt: Nicht einmal der Begriff des „Arbeitskraftunternehmers“ findet sich in der Arbeit. Ebenso nichts zur Neustrukturierung von Unternehmen und Finanzmärkten nach der Krise der 1970er Jahre. Nichts zur bewusst eingesetzten staatlichen Politik von Regierungen und internationalen Finanzinstitutionen. Nichts zu G7-Staaten, zum IWF, zur Weltbank und zur WTO, die ein Politikkonzept von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung durchsetzen. Ohne eine Einordnung in diese Entwicklung bleiben die Ergebnisse der Arbeit zwar informativ, aber es wird irgendwie nicht rund – auch wenn man die Bemühungen des Autors dazu auf den letzten Seiten merkt. Trotzdem: Ein lesenwertes Buch – es ist zu hoffen, dass Martin Höpners Forschungsarbeit eine Fortsetzung findet.

Hans-Joachim Olczyk, Bremen

Jetzt bestellen!

Andrea Nahles, Benjamin Mikfeld (Hrsg)



Jobs, Jobs, Jobs!

Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?

spw

Ulla Burchardt, Reinhold Rünker (Hrsg)



Nachhaltigkeit
als Reformprinzip

Festschrift zum 65. Geburtstag
von Horst Peter

spw

Detlev von Larcher (Hrsg)



Jenseits des Sparzwangs

Perspektiven für eine gerechte
Finanz- und Steuerpolitik

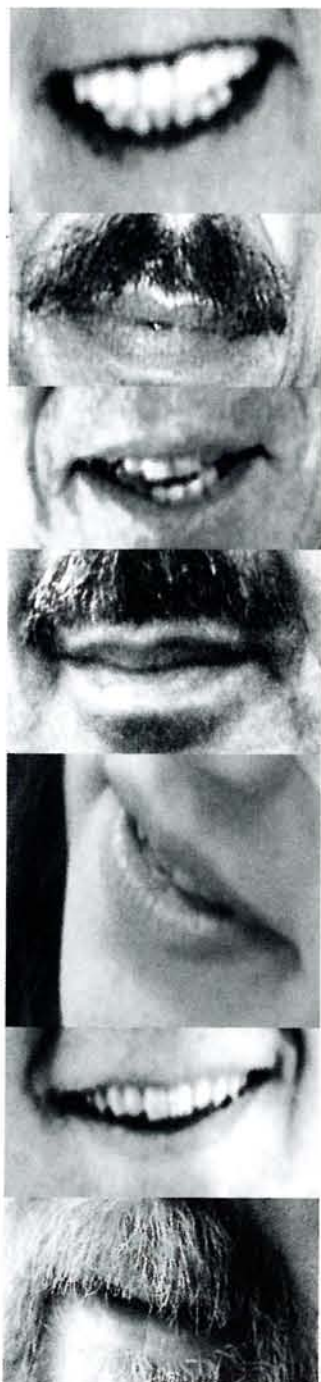
spw

Alle Bücher haben einen Umfang von ca. 120 Seiten und kosten 9,90 Euro

Bestellungen an: verlag@spw.de oder über www.spw.de

...wissen, was die SPD-Linke diskutiert – spw!

Es darf wieder gewählt werden!



Sie haben die Wahl – bestellen Sie jetzt:

Titel	Stück	Preis	Gesamt
<i>Jobs, Jobs, Jobs. Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?</i>	___	9,90 Euro	_____
<i>Jenseits des Sparzwangs. Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik</i>	___	9,90 Euro	_____
<i>Nachhaltigkeit als Gestaltungsprinzip</i>	___	9,90 Euro	_____
Ebenfalls neu im Verlagsprogramm: <i>Ulrike Hensel/Joachim Schuster:</i> Mehr Beschäftigung durch nachhaltige Mobilität?			
	___	9,90 Euro	_____
Gesamt:			_____

Und was die SPD-Linke diskutiert, erfahren Sie in spw!

- Bitte schicken Sie mir ein spw-Probeheft
- Ich abonniere spw für mindestens 12 Monate
 - Normalabo 34 Euro
 - Bei Bankeinzug 32 Euro
 - Auslandsabo 37 Euro

Absender/Lieferadresse:

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Diese Bestellung kann ich innerhalb von zwei Wochen (Poststempel) widerrufen. Hiermit bestätige ich, daß ich über mein Widerrufsrecht informiert wurde. Ich bin einverstanden, dass die Post etwaige Änderungen meiner Anschrift an den Verlag weiterleitet.

Datum, Unterschrift _____

Ich bezahle per Bankeinzug von meinem Konto:

Konto _____

Bank _____

Bankleitzahl _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bestellungen an: spw-Verlag – Postfach 12 03 33 – 44 293 Dortmund oder Fax 02 31 – 40 24 16